

Die Außen- und Sicherheitspolitik der USA  
seit dem Ende des Ost-West-Konflikts  
und die Nuklearpolitik Nordkoreas

Inauguraldissertation  
zur  
Erlangung des Doktorgrades  
der  
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät  
der  
Universität zu Köln  
2007

vorgelegt  
von

Dipl.-Soz.-Wiss. Sung Bok Cho

aus  
Seoul

Referent: Prof. Dr. T. Jäger

Korreferent: Priv.-Doz. Dr. M. R. Zimmer

Tag der Promotion: 13. Juli 2007

# Inhalt

Abbildungsverzeichnis.....	5
Abkürzungsverzeichnis.....	6
<b>1. Einleitung.....</b>	<b>8</b>
<b>2. Theoretische Diskussion: Realismus.....</b>	<b>22</b>
2.1. Die realistischen Perspektiven.....	26
2.1.1. Der klassische Realismus.....	28
2.1.2. Der strukturelle Realismus.....	34
2.1.3. Die internationale Ordnung.....	44
2.2. Die Sicherheitsstrategie der USA.....	55
2.2.1. Die unipolare Stellung der USA.....	55
2.2.2. Die US-Sicht gegenüber anderen Staaten.....	63
2.3. Die Sicherheitsstrategien anderer Staaten.....	86
2.3.1. Gründe für das Unbehagen an der US-Rolle.....	88
2.3.2. Anpassungs- und Widerstandsstrategien.....	92
<b>3. Die Nordkoreapolitik der USA nach dem Ost-West-Konflikt.....</b>	<b>124</b>
3.1. Die globale Außen- und Sicherheitspolitik der USA.....	126
3.1.1. Der Gesamtrahmen der Außenpolitik.....	126
3.1.2. Die Proliferationspolitik der USA.....	145
3.1.3. Die US-Politik gegenüber <i>rogue states</i> .....	155
3.2. Die regionale Außen- und Sicherheitspolitik der USA.....	160
3.2.1. Die US-Politik in Nordostasien.....	160
3.2.2. Die Chinapolitik der USA.....	164
3.2.3. Die Koreapolitik der USA.....	168
3.3. Die Nordkoreapolitik der USA.....	179
3.3.1. Die Sanktionspolitik im Kalten Krieg.....	179
3.3.2. Die Engagementpolitik der Clinton-Regierung.....	183
3.3.2.1. Die erste Nuklearkrise von 1993/94.....	183
3.3.2.2. Der Langstreckenraketen-test von 1998.....	194

3.3.3. Die hegemoniale Politik der Bush-Regierung.....	205
3.3.3.1. Die zweite Nuklearkrise seit Ende 2002.....	205
3.3.3.2. Die Sechs-Staaten-Gespräche seit 2003.....	215
3.3.3.3. Der Atomwaffentest von 2006.....	224
<b>4. Die Handlungsoptionen Nordkoreas.....</b>	<b>242</b>
4.1. Das Motiv für Atomwaffen.....	242
4.2. Die Überlebenspolitik.....	247
4.3. Alternativen für Pyongyang.....	252
<b>5. Schlussfolgerung.....</b>	<b>256</b>
 Anhang 1: Chronologie der US–DVRK Nukleardiplomatie aus dieser Arbeit.....	 259
 Anhang 2: Literaturverzeichnis.....	 261

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1–1: Struktur und Komponenten einer Deduktiv-Nomologischen Erklärung.....	17
Abbildung 1–2: Erklärung und Prognose.....	18
Abbildung 1–3: Argumentationsstruktur dieser Arbeit.....	21
Abbildung 2–1: Die Typen internationaler Ordnung.....	55
Abbildung 2–2: Record of Voting with U.S. in the U.N. General Assembly Ranked by Mean, 1999–2004.....	72
Abbildung 2–3: Die Strategien anderer Staaten gegenüber den USA (I)....	94
Abbildung 2–4: Die Strategien anderer Staaten gegenüber den USA (II).	121
Abbildung 3–1: Beiträge einiger Mitgliedstaaten der UN.....	139
Abbildung 3–2: US-Beziehungen in Nordostasien.....	177
Abbildung 3–3: Ziel und Methoden in den Sechs-Staaten-Gesprächen....	223
Abbildung 3–4: Die US–DVRK Nuklearverhandlungen.....	238
Abbildung 3–5: Das US-Dilemma in Nordostasien.....	241
Abbildung 4–1: Handlungsoptionen Nordkoreas.....	255

## Abkürzungsverzeichnis

ABC-Waffen	atomare, biologische und chemische Waffen
ABM	Anti-Ballistic Missile (Raketenabwehrrakete)
Al-Kaida	al-Qaida oder al Qaeda (eine Terrororganisation)
APEC	Asia-Pacific Economic Cooperation
ASEAN	Association of South-East Asian Nations
BWÜ	Biowaffenübereinkommen
CTBT	Comprehensive Test Ban Treaty (Atomwaffenteststopp-Vertrag)
CWÜ	Chemiewaffenübereinkommen
DMZ	Demilitarized Zone (between North and South Korea)
DPRK	Democratic People's Republic of Korea (North Korea)
DVRK	Demokratische Volksrepublik Korea (kurz Nordkorea)
EU	Europäische Union
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
G7	Group of Seven (Gruppe der sieben führenden Industrieländer)
G8	G7 plus Russland
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GPR	Global Defense Posture Review
GUS	Gemeinschaft Unabhängigen Staaten
HEU	highly enriched uranium (Urananreicherung)
IAEA	International Atomic Energy Agency (Wien)
IMF	International Monetary Fund (Washington, DC)
KCNA	Korean Central News Agency
KEDO	Korean Peninsula Energy Development Organization (New York)
MAD	Mutual Assured Destruction
MW	megawatt

MTCR	Missile Technology Control Regimes
MTR	Military Technical Revolution
NAFTA	North American Free Trade Agreement
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NMD	National Missile Defense (Nationales Raketenabwehrsystem)
NPR	Nuclear Posture Review
NPT	Non-Proliferation Treaty bzw. Treaty on the Nuclear Non-Proliferation of Nuclear Weapons (Nichtweiterverbreitungs- oder Atomwaffensperrvertrag)
NSS	National Security Strategy
NYT	New York Times
OECD	Organization of Economic Cooperation and Development (Paris)
PSI	Proliferation Security Initiative
Pyongyang	Pjöngjang oder Pyöngyang (die Hauptstadt Nordkoreas)
QDR	Quadrennial Defense Review
RMA	Revolution in Military Affairs
ROK	Republic of Korea (South Korea)
SWP	Stiftung Wissenschaft und Politik – Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit (Berlin)
TMD	Theatre Missile Defense (Raketenabwehrsystem für den Kriegsschauplatz)
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UN	United Nations (Vereinte Nationen, VN)
USFK	United States Forces Korea
WTO	World Trade Organization (Genf)

# 1. Einleitung

## **Die Außen- und Sicherheitspolitik der USA**

Der Ost-West-Konflikt<sup>1</sup> endete mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1990. Danach etablierten sich die Vereinigten Staaten von Amerika als einzige überlebende Supermacht. Denn die USA haben eine beispiellose militärische Stärke und großen wirtschaftlichen und politischen Einfluss in der Welt. Dies gibt ihnen eine unipolare Stellung im internationalen System. Deshalb entwarf 1992 das Pentagon eine neue Strategie, um diese Unipolarität zu bewahren, indem das Auftauchen eines neuen globalen Rivalen verhindert werden soll. Allerdings sind die USA nicht mehr mit einem einzelnen nuklearbewaffneten Gegner konfrontiert, sondern mit vielen aufsteigenden Staaten und Terrororganisationen, die sowohl Massenvernichtungswaffen als auch entsprechende Trägersysteme erlangen möchten. Deswegen konzentrieren sie sich auf die Verhinderung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen und Trägersystemen.<sup>2</sup>

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 veränderten die Bedrohungswahrnehmung der USA grundlegend. Gefahr für die amerikanische

---

<sup>1</sup> Nach W. Link ist der Ost-West-Konflikt als ideologischer und partiell organisierter Gegensatz – als Ausdruck antagonistischer Interessen oder widerstreitender innengesellschaftlicher und internationaler Ordnungsvorstellungen – älter als der Kalte Krieg. vgl. Link, Werner: *Der Ost-West-Konflikt*, 2. Auflage (Stuttgart u.a.: Kohlhammer, 1988), S. 61 ff.

<sup>2</sup> Vgl. The Secretary of State: *United States Strategic Plan for International Affairs* (Washington, DC, February 1999), S. 13; Wohlforth, William C.: The Stability of a Unipolar World, in: *International Security*, Vol. 24, No. 1 (Summer 1999), S. 5–41 (5); und Bush, George W.: *The National Security Strategy of the United States of America* (Washington, DC: The White House, September 2002).



Sicherheit geht nun von internationalem Terrorismus und sog. Schurkenstaaten (*rogue states*)<sup>3</sup> aus. In der *National Security Strategy* (NSS) von 2002 nannte die Administration von George W. Bush „Schurkenstaaten, Terrornetzwerke und Massenvernichtungswaffen“ als wichtige gegenwärtige Bedrohung für die USA.<sup>4</sup> Danach sind die Proliferationspolitik und die Politik gegenüber *rogue states* in der amerikanischen Außenpolitik noch wichtiger geworden. In diesem Kontext halten die US-Regierungen seit dem Ende des Ost-West-Konflikts besonders den Iran und Nordkorea für gefährlich.

Zu den Faktoren der amerikanischen Sicherheitsstrategie nach dem 11. September 2001 gehören vor allem die Doktrin des Präventivkrieges, die Möglichkeit des Atomwaffeneinsatzes, die Politik des Regimewechsels (*regime change*) und die unilaterale Ausrichtung Washingtons. Danach können Staaten von US-Streitkräften bedroht werden, und zwar nicht aufgrund eines Verstoßes gegen existierendes internationales Recht, sondern aufgrund einer alleinigen Entscheidung Washingtons, die solche Staaten als ein Hindernis in ihrer unilateralen Ordnung betrachtet. Diese neue Sicherheitsstrategie der Bush-Regierung könnte aber paradoxerweise dazu führen, dass andere Staaten versuchen, eine Gegenmacht gegen die USA zu bilden, und dass sich amerikafeindliche Staaten um den Besitz von Massenvernichtungswaffen als einzige Möglichkeit der Abschreckung gegen die heutige US-Strategie bemühen. Dies führt zu einem „Sicherheitsdilemma“<sup>5</sup> der Vereinigten Staaten.<sup>6</sup> Diese Problematik scheint sich gegenwärtig im Falle des Irans und Nordkoreas zu bewahrheiten.

Die koreanische Halbinsel ist heutzutage ein gefährlicher Ort in der Welt. Seit dem Ende des Korea-Krieges (1950~53) steht die Halbinsel unter

---

<sup>3</sup> Dies wird in Kapitel 2.2.2. und Kapitel 3.1.3. näher ausgeführt.

<sup>4</sup> Vgl. Bush: *The National Security Strategy of the United States of America* (September 2002), S. 13–15.

<sup>5</sup> Vgl. Herz, John H.: *Weltpolitik im Atomzeitalter* (Stuttgart, 1961), S. 130–131.

<sup>6</sup> Vgl. Ikenberry, G. John: America's Imperial Ambition, in: *Foreign Affairs*, Vol. 81, No. 5 (September/October 2002), S. 44–60 (57).

Spannung und einem Rüstungswettlauf, da sich die USA (mit ihrem Sicherheitsallianzpartner, die *Republic of Korea*, ROK oder kurz Südkorea) und die Demokratische Volksrepublik Korea (DVRK bzw. DPRK oder kurz Nordkorea) offiziell nur in einem Waffenstillstand befinden. Trotz dem Ende des Ost-West-Konflikts dauert dieser Kalte Krieg auf der koreanischen Halbinsel immer noch an. Seit Anfang der 1990er Jahre liegt der Kern des Konfliktes<sup>7</sup> zwischen beiden Seiten darin, dass Pyongyang Atomwaffen- und Langstreckenraketenprogramme entwickelt. Dadurch werden die Auseinandersetzungen noch heftiger. Mit einem Atomwaffentest Nordkoreas vom Oktober 2006 sind die Verhandlungen in die höchste Phase der Konfrontation getreten. Dieser nukleare Test ist nicht nur eine potentielle ernste Bedrohung der Sicherheit Südkoreas und Japans, sondern auch eine große Herausforderung an die amerikanische Non-Proliferationspolitik.<sup>8</sup>

In Bezug auf ihr Atomprogramm ist das Ziel der DVRK relativ klar. Es geht darum, das Überleben des Landes bzw. ihrer Regierung zu sichern, indem eine Normalisierung der Beziehung zu den USA und die Entwicklung der Wirtschaft mit Hilfen anderer Länder als Gegenleistungen für die Aufgabe des Atomwaffenprogramms erreicht werden. Dagegen zeigt sich die amerikanische Nordkoreapolitik ambivalent und manchmal widersprüchlich, wie z. B. einerseits eine „Übertreibung“ der nordkoreanischen Atomwaffen- und Raketenprogramme und andererseits eine „wohlmeinende Vernachlässigung“ zeigen.<sup>9</sup> Die Clinton-Regierung hatte die erste nordkoreanische Nuklearkrise mit einem Rahmenabkommen (das so genannte *Agreed Framework*) vorübergehend beigelegt, allerdings das Abkommen nicht gut

---

<sup>7</sup> Konflikt wird definiert als eine Wettbewerbssituation, in der die Parteien sich der Unvereinbarkeit potentieller künftiger Positionen bewusst sind und in der jede Partei den (erkennbaren) Wunsch hat, eine Position einzunehmen, die mit den Wünschen der anderen unvereinbar ist. (die Übersetzung von *W. Link* der Definition von Kenneth E. Boulding), in: Link: *Der Ost-West-Konflikt*, S. 35–36.

<sup>8</sup> Vgl. Manning, Robert A.: United States – North Korean Relations: From Welfare to Workfare, in: Kim, Samuel S./Lee, Tai Hwan (eds.): *North Korea and Northeast Asia* (New York u.a.: Rowman & Littlefield, 2002), S. 61–88 (75); und Umbach, Frank: Atommacht Nordkorea – was tun?, in: *Internationale Politik* (11/2003), S. 65–68 (68).

<sup>9</sup> Vgl. Möller, Kay: Nordkorea - der verschleppte Konflikt, in: *SWP-Aktuell* 32 (Berlin, September 2003), S. 3.

ausgeführt. Danach brach die Bush-Regierung das Rahmenabkommen angeblich wegen eines heimlichen Urananreicherungsprogramms der DVRK ab und stellte an Nordkorea Forderungen, die Pyongyang nicht akzeptiert hat. Damit entstand die zweite Nuklearkrise und sie dauert noch weiter an. Wie kann man diese amerikanische Nordkoreapolitik erklären?

### **Die Nuklearpolitik Nordkoreas**

Warum wollen Staaten Atomwaffen haben? Dafür haben viele Wissenschaftler der internationalen Beziehungen eine klare und einfache Antwort: Staaten versuchen Nuklearwaffen zu entwickeln, wenn eine militärische Bedrohung ihrer Sicherheit existiert, die sie durch andere Methoden nicht überwinden können. Außer diesem sicherheitspolitischen Grund gibt es nach *Scott Sagan* auch innenpolitische und normative Gründe.<sup>10</sup>

Es gibt einige Gründe, die dafür sprechen, dass Nordkorea ein eigenes Nuklearprogramm verfolgt. Zum einen versucht die DVRK aufgrund ihrer Sicherheitsinteressen bezüglich amerikanischer Bedrohung und südkoreanischer Überlegenheit hinsichtlich konventioneller Waffen, Atomwaffen zu erhalten (aus realistischer Sicht). Zum anderen verfolgt Pyongyang sein Nuklearprogramm aus innenpolitischen Interessen, nämlich um eine Lücke in der Energieversorgung zu füllen, die Regierung zu stärken und ein Faustpfand für diplomatische Verhandlungen zu bekommen (aus liberaler Sicht).

<sup>11</sup> Darüber hinaus kann die Unwirksamkeit der internationalen Institutionen wie zum Beispiel der *Non-Proliferation Treaty* (NPT), die *International Atomic Energy Agency* (IAEA) ein Grund dafür sein, dass die Entwicklung des nordkoreanischen Atomwaffenprogramms nicht verhindert werden kann (aus institutioneller Sicht).

---

<sup>10</sup> Vgl. Sagan, Scott D.: Why Do States Build Nuclear Weapons? – Three Models in Search of a Bomb, in: *International Security*, Vol. 21, No. 3 (Winter 1996/97), S. 54–86.

<sup>11</sup> Vgl. Mazarr, Michael J.: Going Just a Little Nuclear – Nonproliferation Lessons from North Korea, in: *International Security*, Vol. 20, No. 2 (Fall 1995), S. 92–122 (100).

Von all den genannten Gründen kann das Sicherheitsinteresse nach der Auflösung der Sowjetunion als der wichtigste Grund angesehen werden, da Russland kein militärischer Verbündeter der DVRK mehr ist und Pyonyang keinen Schutz mehr gewährleistet.<sup>12</sup> Seit dem Ende des Korea-Krieges sind die USA aus nordkoreanischer Sicht der Hauptgegner und damit ein Hauptpartner in Verhandlungen über die Sicherheitsfrage, weil das Waffenstillstandsabkommen im Jahre 1953 nur von den USA und Nordkorea (mit China) wegen der Verweigerung der Unterzeichnung des damaligen südkoreanischen Präsidenten unterschrieben wurde.<sup>13</sup>

Vor allem fürchtet Nordkorea nach dem 11. September 2001 um seine Sicherheit, weil die Bush-Administration seitdem eine harte Politik gegenüber so genannten Schurkenstaaten verfolgt, wie z. B. die US-Angriffe gegen Afghanistan 2001 und den Irak 2003 gezeigt haben. Deswegen versuchte Pyonyang für seine Abschreckung gegen die amerikanische Bedrohung, ein einsatzfähiges Atomprogramm aufzubauen und verkündete offiziell im Februar 2005, dass es Atomwaffen besitzt. Im Oktober 2006 fand der erste Atomwaffentest Nordkoreas statt.<sup>14</sup> Welche Wahl kann die nordkoreanische Regierung in ihrer Nuklearpolitik unter weiteren amerikanischen Sanktionen bezüglich der Aufgabe aller Atomprogramme haben?

## **Forschungsstand**

Eine umfassende Studie, die die amerikanische Nordkoreapolitik und die nordkoreanische Nuklearpolitik während des gesamten Beobachtungszeitraums von Anfang 1990er Jahre bis zum Atomwaffentest von 2006 und den

---

<sup>12</sup> Vgl. Harrison, Selig S.: U.S. Policy Toward North Korea, in: Suh, Dae-sook/Lee, Chae-jin (eds.): *North Korea After Kim Il Sung* (Boulder/London: Lynne Rienner, 1998), S. 61–83 (62); und Manning: United States – North Korean Relations, S. 67.

<sup>13</sup> Vgl. Foot, Rosemary J.: *The Wrong War – American Policy and the Dimensions of Korean Conflict 1950-1953* (Ithaca: Cornell University Press, 1985), S. 204–231; und Harrison, Selig S.: Time to Leave Korea, in: *Foreign Affairs*, Vol. 80, No. 2 (March/April 2001), S. 62–78 (73).

<sup>14</sup> Vgl. Schnepfen, Anne: Schlimme Szenarios in Asien – Nordkoreas Diktator Kim Jong-il hält die Welt in Atem, in: FAZ (09.10.2006).

Sechsparteiengesprächen von Februar 2007 bei den Nuklearverhandlungen analysiert, ist bislang noch nicht erschienen.

Bisherige Untersuchungen<sup>15</sup> über die Nuklearfrage wurden im Wesentlichen als ein innenpolitisches Problem Nordkoreas (z. B. als ein abweichendes Verhalten der nordkoreanischen Regierung) durchgeführt. Damit blieben die Einflüsse der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik auf die nordkoreanische Nuklearpolitik außer Acht. In diesem Sinne wird diese Untersuchung mit einer anderen Perspektive (realistische Sicht) als die allgemein akzeptierte Annahme (liberale Sicht), nämlich dass die Ursachen für die Nuklearkrisen ausschließlich in Nordkorea liegen, durchgeführt. Außerdem ist der Forschungsstand angesichts der nordkoreanischen Sichtweise des Problems nicht breit gefächert, weil der Zugang zu Literatur nur sehr eingeschränkt möglich ist. Abgesehen davon sind auch deutschsprachige Veröffentlichungen<sup>16</sup> über dieses Thema nur in geringer Zahl vorhanden.

---

<sup>15</sup> Vgl. Roy, Denny: North Korea as an Alienated State, in: *Survival*, Vol. 38, No. 4 (Winter 1996-97), S. 22–36; Miles, James: Waiting out North Korea, in: *Survival*, Vol. 44, No. 2 (Summer 2002), S. 37–49; Cha, Victor D.: Korea's Place in the Axis, in: *Foreign Affairs*, Vol. 81, No. 3 (May/June 2002), S. 79–92; Carpenter, Ted Galen: Living with the Unthinkable – How to coexist with a nuclear North Korea, in: *The National Interest* (Winter 2003/04), S. 92–98; Morris, Stephen J.: Averting the Unthinkable, in: *The National Interest* (Winter 2003/04), S. 99–107; Snyder, Scott: *Negotiating on the edge – North Korean Negotiating Behavior* (Washington, DC: United States Institute of Peace Press, 1999); Kim, Samuel S./Tai Hwan Lee (eds.): *North Korea and Northeast Asia* (New York u.a.: Rowman & Littlefield, 2002); O'Hanlon, Michael E./Mocizuki, Mike M.: *Crisis on the Korean Peninsula – How to deal with a Nuclear North Korea* (McGraw-Hill, 2003); Carpenter, Ted Galen/Doug Bandow: *The Korean Conundrum – America's troubled relations with North and South Korea* (New York: palgrave, 2004); Wit, Joel S./Daniel B. Poneman/Robert L. Gallucci: *Going Critical - The First North Korean Nuclear Crisis* (Washington, DC: Brookings Institution Press, 2005); Lee, Chae-Jin: *A Troubled Peace – U.S. Policy and the Two Koreas* (Baltimore: The Johns Hopkins University Press, 2006) u.a.

<sup>16</sup> Vgl. Harnisch, Sebastian: *Außenpolitisches Lernen – Die US-Außenpolitik auf der koreanischen Halbinsel* (Opladen: Leske+Budrich, 2000); ders.: Nordkoreas nukleare Programme – Entstehung, Fähigkeiten und die internationalen Bemühungen um ihre Eindämmung, in: *Österreichische Militärische Zeitschrift* (2003) 2, S. 149–162; Möller, Kay/Hilpert, Hanns Günther: Falschgeld, Drogen, Menschenrechte: Sechs Parteien in der Sackgasse? – Nach der Ausweitung der amerikanischen Nordkorea-Agenda, in: *SWP-Aktuell 59* (Berlin, Dezember 2005); Wulf, Herbert: Nordkoreas Griff zur Bombe – Möglichkeiten und Strategien zum Stopp des Nuklearprogramms unter europäischer Beteiligung, in: *SWP-Studie* (Berlin, Juni 2006); Reiter, Erich: *Nach dem Irak nun Nordkorea? – Die Krise um das nordkoreanische Atomwaffenprogramm* (Wien: Büro für Sicherheitspolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung, Juni 2003) u.a.

## **Forschungsinteresse und Fragestellung**

Für Südkorea und Japan ist es wichtig, dass die nordkoreanische Nuklearkrise schnell gelöst wird. Es ist auch wichtig für alle Länder in Nordostasien (die DVRK, die ROK, Japan, China, Taiwan und Russland), dass diese Krise mit friedlichen Mitteln gelöst wird, da die Länder eine militärische Aktion auf der Halbinsel aufgrund ihrer räumlichen Nähe vermeiden wollen. Trotz der Dringlichkeit der Nuklearfrage wurden die Verhandlungen immer wieder verschleppt. Die Lösung der Nuklearkrise ist von Bedeutung für die Wiedervereinigung der koreanischen Halbinsel, sowie für Stabilität und Frieden in Nordostasien. Dabei spielen die USA und Nordkorea eine entscheidende Rolle. In diesem Zusammenhang ist es bedeutsam, die amerikanische Nordkoreapolitik im vom bipolaren zum unipolaren veränderten internationalen System zu erklären und dagegen mögliche Alternativen der nordkoreanischen Regierung zu finden. In dieser Arbeit werden die folgenden Fragestellungen aus realistischer Sicht untersucht:

- Erklärt die unipolare Stellung der USA im internationalen System die Ausgestaltung der amerikanischen Nordkoreapolitik?
- Welche Handlungsoptionen eröffnen sich der nordkoreanischen Regierung gegenüber den USA in einem solchen internationalen System?

## **Zur Vorgehensweise und Quellenlage**

Methodisch wird in dieser Studie sowohl die Sekundäranalyse<sup>17</sup> als eine Untersuchungsform, als auch die Inhaltsanalyse<sup>18</sup> für die Datenerhebung und die hermeneutische Methode<sup>19</sup> für die Datenanalyse genutzt. Theoretisch

---

<sup>17</sup> Vgl. Schnell, Rainer/Hill, Paul B./Esser, Elke: *Methoden der empirischen Sozialforschung*, 7. Auflage (München/Wien: Oldenbourg, 2005), S. 251–257.

<sup>18</sup> Vgl. ebd., S. 407–413.

<sup>19</sup> Vgl. ebd., S. 98–106.

wird der realistische Ansatz als Instrument zur Erklärung der Außen- und Sicherheitspolitik der USA und der Nuklearpolitik Nordkoreas herangezogen.

Nach *Helga Haftendorn* können außenpolitische Entscheidungsprozesse auf der Akteurs- und auf der Systemebene untersucht werden. Auf der Akteursebene gibt es drei Analyseebenen, nämlich die Ebene individueller Akteure (Regierungschef, Politiker, Beamte und andere), die Ebene kollektiver innerstaatlicher Akteure (Kabinett, Regierungsausschüsse, Parteiführungen, Verwaltungen u.a.) und die Ebene internationaler Akteure (Staaten, internationale Organisationen, multilaterale Konzerne u.a.).<sup>20</sup> In diesem Beitrag wird sich die Untersuchung auf die Ebene internationaler Akteure konzentrieren. Die beiden Staaten – USA und Nordkorea – sind hier die zentralen Akteure für die Nuklearverhandlungen. Internationale Organisationen wie z. B. der NPT, die IAEA spielen nur eine geringe Rolle besonders im Kontext des unipolaren internationalen Systems.

Die nordkoreanische Nuklearfrage ist nicht nur mit den USA, sondern auch mit Südkorea, Japan, China, Russland und anderen verbunden. Aber die vorliegende Studie beschäftigt sich vor allem mit der Beziehung zwischen den USA und Nordkorea, da diese Beziehung für die Lösung der Nuklearfrage grundlegend ist. Außerdem werden die amerikanischen Beziehungen zu China und Südkorea untersucht, da diese Faktoren für die Gestaltung der Nordkoreapolitik der USA auch wichtig sind.

Die Begriffe „amerikanisch“ oder „Amerika“ werden in dieser Arbeit ausschließlich im Kontext mit den USA verwendet. Die nordkoreanische „Nuklearfrage“ bedeutet die nordkoreanischen Atomwaffen- bzw. Langstreckenraketenprogramme. Außerdem werden „Nuklearprogramm“ und „Nuklearwaffenprogramm“ als Synonym benutzt, da die Grenze der beiden Programme fließend ist. Die heutige Bush-Administration verlangt mittlerweile von Nordkorea alle Nuklearprogramme aufzugeben, während die Clinton-

---

<sup>20</sup> Vgl. Haftendorn, Helga: Zur Theorie außenpolitischer Entscheidungsprozesse, in: *Politische Vierteljahresschrift* (Sonderheft, 21/1990), S. 401–423 (405).

Administration damals in der ersten Nuklearkrise nur das Nuklearwaffenprogramm fokussiert hatte. Dagegen stellt Nordkorea heutzutage fest, dass es das Recht zu einer friedlichen Nutzung von Atomenergie hat. Damit legt Pyonyang nahe, dass es unter einigen Voraussetzungen zur Aufgabe der Nuklearwaffenprogramme bereit sein könnte. Darüber hinaus weist Präsident Bush oder George W. Bush auf den heutigen Präsidenten der USA (2001~2008) hin. Sein Vater wird als Präsident *Bush Sen.* oder *George H. W. Bush* (1989~1992) dargestellt.

Für die Analyse werden besonders die folgenden Dokumente benutzt: das *Agreed Framework* in Genf von 1994, der *Perry-Report* und der *Armitage-Report* von 1999, die *Quadrennial Defense Review* (QDR) von 2001 und 2006 bzw. *Nuclear Posture Review* (NPR) von 1993 und 2002 des Pentagons, die *National Security Strategy* (NSS) von 2002 und 2006, und die „Gemeinsame Erklärung“ in den vierten Sechs-Parteien-Gesprächen von 2005. Außerdem werden vor allem Aufsätze aus folgenden Zeitschriften, die bekannt und einflussreich auf dem Fachgebiet internationaler Beziehungen sind, im Zeitraum von Anfang der 1990er Jahre bis heute analysiert: *International Security*, *Foreign Affairs*, *Survival*, *The Washington Quarterly*, Zeitschrift für Internationale Beziehungen, Internationale Politik, Aus Politik und Zeitgeschichte und weitere. Auch Artikel aus verschiedenen amerikanischen Institutionen, die als *Think Tanks* für die Forschung in Sicherheitsfragen gelten, wie die *Brookings Institution*, die *Heritage Foundation*, das *Center for Nonproliferation Studies* (CNS), das *Center for Defense Information* (CDI), sowie aus deutschen Institutionen, besonders die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und Bücher von Forschern der internationalen Politik werden als Sekundärliteratur verwendet. Darüber hinaus dienen als Material für die Untersuchung der Sechs-Staaten-Gespräche seit August 2003 über die Beendigung der zweiten nordkoreanischen Nuklearkrise vor allem Informationen aus Zeitungen, wie die *Washington Post*, *New York Times* (NYT) und Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ).



## Argumentationsstruktur

In dieser Arbeit geht es um die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik seit dem Ende des Ost-West-Konflikts und die nordkoreanische Nuklearpolitik. Der analytische Rahmen dieser Studie wird vom realistischen Ansatz eingegrenzt. Für die Argumentationsstruktur dieser Untersuchung wird die „Deduktiv-Nomologische Erklärung (kurz: D-N-Erklärung)“ angewendet. Die D-N-Erklärung besteht aus „Explanans (Gesetz und Randbedingung)“ und „Explanandum (zu erklärendes Phänomen)“. Das Explanandum bedeutet die korrekte Erklärung des zu erklärenden Phänomens und erfolgt nun über eine logische Deduktion (Ableitung) aus dem Gesetz und der Randbedingung (Kontrolle des empirischen Vorliegens der Ursache). Allgemein formuliert gilt: Bei Wahrheit des Gesetzes und der realen Existenz der Randbedingungen ergibt sich logisch deduktiv das Explanandum. Man spricht deshalb von einer „deduktiv-nomologischen Erklärung“. <sup>21</sup> (siehe Abbildung 1–1)

Abbildung 1–1: Struktur und Komponenten einer Deduktiv-Nomologischen Erklärung<sup>22</sup>

Explanans	Gesetz (Allaussage)  Randbedingung	Wenn Konkurrenz, dann Ausländerfeindlichkeit  In Gesellschaft x besteht Konkurrenz
Explanandum	zu erklärendes Phänomen	In Gesellschaft x existiert Ausländerfeindlichkeit

Hierbei ist das Gesetz als Allaussage formuliert, d. h. es erhebt Anspruch auf Gültigkeit an allen Orten und zu allen Zeiten. Dagegen bezieht sich die

---

<sup>21</sup> Vgl. Schnell/Hill/Esser: *Methoden der empirischen Sozialforschung*, S. 57–58.

<sup>22</sup> Ebd. S. 58.

empirische Überprüfung der Randbedingung und des Explanandums auf eine konkrete Situation (z. B. nur an bestimmten Orten und zu bestimmten Zeiten). Bezüglich sozialwissenschaftlicher Forschungen wird man feststellen, dass in den Sozialwissenschaften keine Gesetze im obigen Sinne bekannt sind und deshalb die ideale Form der Erklärung kaum möglich ist. Aus dem Mangel an sozialwissenschaftlichen Gesetzen ergibt sich die zentrale Aufgabe der empirischen Sozialforschung als die Suche nach Gesetzen zur Erklärung sozialen Handelns.<sup>23</sup>

Außerdem unterliegt die für rationales Handeln bedeutsame „Prognose“ von Ereignissen der gleichen logischen Struktur wie die Erklärung. Es ist möglich, mit Hilfe der gleichen Denkfigur ein weiteres wissenschaftliches Ziel zu erreichen. Der Unterschied zwischen Erklärung und Prognose:

ist also eher praktischer Natur. Während bei einer Erklärung das Explanandum als „Forschungsfrage“ vorgegeben ist und aufgrund dieser Vorgabe eine Hypothese gesucht bzw. aufgestellt wird und danach die in der Hypothese spezifizierten Randbedingungen kontrolliert werden, wird bei einer Prognose die Randbedingung als geltend angenommen und die der Hypothese entsprechende – zeitlich versetzte – Wirkung (Explanandum) kontrolliert.<sup>24</sup>

Abbildung 1–2: Erklärung und Prognose<sup>25</sup>

	Gesetz	Randbedingung	Explanandum
Erklärung	gesucht	gesucht	gegeben
Prognose	gegeben	gegeben	gesucht

---

<sup>23</sup> Vgl. ebd., S. 59–60.

<sup>24</sup> Ebd., S. 65.

<sup>25</sup> Ebd.

Aus den bisherigen Überlegungen kann die folgende Argumentationsstruktur für die zwei Fragestellungen dieser Arbeit nach der D-N-Erklärung abgeleitet werden. Bei der ersten Frage – erklärt die unipolare Stellung der USA im internationalen System die Ausgestaltung der amerikanischen Nordkoreapolitik? – handelt es sich um eine Erklärung. Hierbei wurde das Explanandum schon gegeben. Ein Gesetz oder eine Hypothese<sup>26</sup> und eine Randbedingung werden gesucht. Dadurch kann die Frage beantwortet werden. Die Argumentationsstruktur lautet:

**Hypothese (Gesetz):** Wenn ein Staat eine unipolare Stellung im internationalen System einnimmt, dann verfolgt er eine hegemoniale Politik gegenüber revisionistischen Staaten.

**Randbedingung:** Im internationalen System nehmen die USA die unipolare Stellung nach dem Ende des Ost-West-Konflikts ein.

**Schlussfolgerung:** Wenn die USA die unipolare Stellung im internationalen System einnehmen, dann verfolgen sie eine hegemoniale Politik gegenüber Nordkorea.

Für die Überprüfung der Hypothese soll zuerst die Randbedingung untersucht werden. Im Kapitel 2.2. wird betrachtet, ob die USA eine dominante Pol im internationalen System nach dem Ende des Ost-West-Konflikts wurden. Danach wird die Hypothese durch die Untersuchung der amerikanischen Nordkoreapolitik im Kapitel 3.3. überprüft. Dabei spielen die Analysen der globalen und regionalen Außen- und Sicherheitspolitik der USA im Kapitel 3.1. und 3.2. für die Ausgestaltung ihrer Nordkoreapolitik eine große Rolle. Dadurch kann die erste Fragestellung beantwortet werden.

---

<sup>26</sup> Ein Gesetz bzw. eine Hypothese postuliert eine kausale Verknüpfung von zwei Ereignissen bzw. Zuständen in Form eines Ursache-Wirkungs-Verhältnisses. „Kausalität an sich“ ist nicht beobachtbar oder prüfbar, sondern nach *I. Kant* ein synthetisches Urteil a priori, d. h. eine nicht auf Erfahrung beruhende Annahme, mit deren Hilfe man die Ereignisse ordnet und strukturiert. In: ebd., S. 58.

Bei der zweiten Fragestellung – welche Handlungsoptionen eröffnen sich der nordkoreanischen Regierung gegenüber den USA in einem solchen internationalen System? – handelt es sich um eine Prognose. Hierbei wurden ein Gesetz oder eine Theorie und eine Randbedingen schon abgegeben. Dabei gibt die balance-of-threat Theorie einige wichtige Hinweise. Vor allem spielen die These (*Balancing* oder *Bandwagoning* ist eine Antwort auf Bedrohung) und die These (*Bandwagoning* von schwachen Staaten) eine große Rolle.<sup>27</sup> Dafür wird die folgende Argumentationsstruktur vorausgesetzt:

**Theorie (Gesetz):** Wenn ein Staat einen anderen Staat in internationalem System bedroht, dann führt dies dazu, dass der bedrohte Staat für die Beseitigung der Bedrohung versucht, ein *Balancing* (Gegenmachtbildung) oder ein *Bandwagoning* zu erreichen.

**Randbedingung:** In internationalem System bedrohen die USA Nordkorea nach dem Ende des Ost-West-Konflikts.

**Schlussfolgerung:** Wenn die USA Nordkorea bedrohen, dann versucht Nordkorea, ein *Balancing* (Gegenmacht) mit äußerer bzw. innerer Methode oder ein *Bandwagoning* mit den USA zu erreichen.

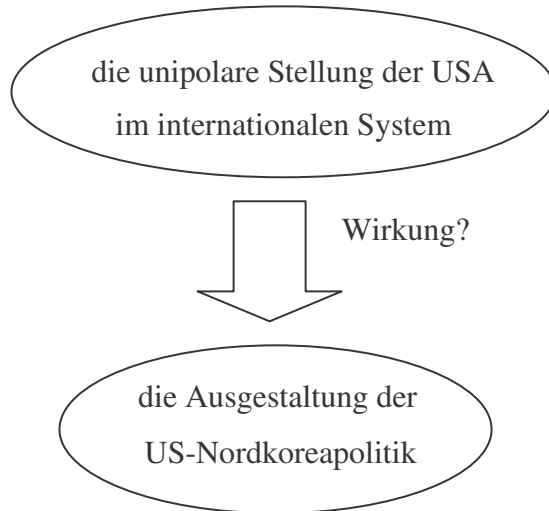
Das Gesetz wurde aus dem strukturellen Realismus, und zwar aus der balance-of-threat Theorie abgeleitet. Diese Theorie wird im Kapitel 2.1. beleuchtet. Die Randbedingung wird in der folgenden Empirie des Kapitels 3.3. überprüft. Wenn sie als richtig nachgewiesen wird, ist die Schlussfolgerung gültig. Dadurch können einige Handlungsoptionen der nordkoreanischen Regierung im Kapitel 4 gefunden werden. Hierbei gibt das Kapitel 2.3. einige Hinweise.

---

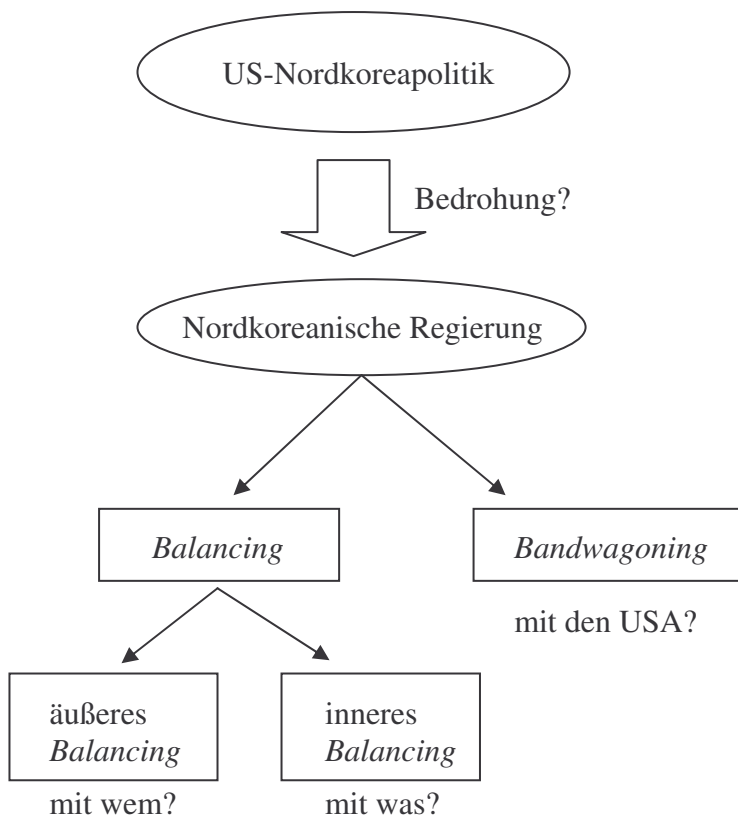
<sup>27</sup> Vgl. siehe Kapitel 2.1.2.

Abbildung 1–3: Argumentationsstrukturen dieser Arbeit

Fragestellung 1



Fragestellung 2



## 2. Theoretische Diskussion: Realismus

### **Institutionalismus oder Realismus für Sicherheitsfragen?**

Bezüglich der Sicherheitsfrage in Nordostasien, konkret auf der koreanischen Halbinsel, neigen einige südkoreanische Wissenschaftler dazu, einen institutionellen Rahmen für die Sicherheitsgarantie in der Region zu fordern.<sup>28</sup> Diese Gedanken sind zunächst nachvollziehbar, weil es für Südkorea schwierig ist, seine Interessen auf gleicher Ebene mit den großen Nachbarländern wie China, Japan, Russland und auch den USA zu wahren bzw. eine gleichwertige Gegenmacht zu bilden. Zum Beispiel hat Südkorea bei den Sechs-Staaten-Gesprächen über die Beendigung der nordkoreanischen Nuklearfrage keinen großen Spielraum, seine eigenen Interessen zu vertreten. Auf den ersten Blick sieht es für Südkorea deshalb so aus, als wäre die Einführung einer multilateralen Institution zur Wahrung seiner Sicherheit geeignet.

---

<sup>28</sup> Vgl. Park, Chung-heup: *Zwei Seiten derselben Medaille – Die Lösung der Koreafrage im Transformationsprozess der Bedingungen ostasiatischer Friedenssicherung* (Dissertation: Freie Universität Berlin, 2001); Shim, Jae-sung: *Les chances de l'adaptation du modele de securite europeenne a l'Asie du Nord-Est* (Dissertation: Univ. de Paris I/Pantheon-Sorbonne, 2003); Koo, Kab-woo/ Park, Kun-young/Choi, Young-jong: Promoting Peace on the Korean Peninsula and Multilateral Security Cooperation in East Asia, in: *Korea and International Politics*, Vol. 21, No. 2 (Summer 2005), S. 31–64; Chung, Kyung-young: Strategy for Institutionalization of Military Cooperation in Northeast Asia, in: *KNDU Review*, Vol. 10, No. 2 (December 2005), S. 45–74; Paik, Hak-soon: The Building of Peace System in Korean Peninsula and Multilateral Security Cooperation in Northeast Asia, in: *Policy Report*, 2006–5 (Seoul: The Sejong Institute, October 2006), (in koreanischer Sprache); Han, Yong-sup: Implications of the European Success of Multilateral Security Cooperation for Peace in East Asia and Northeast Asia, in: *The Korean Journal of Security Affairs*, 11–1 (June 2006), S. 83–101 u.a.

Aus der Sicht des Institutionalismus werden internationale Organisationen und Regime als die wichtigsten Ordnungskräfte der internationalen Politik angesehen, da sie die Aktionen oder die Anreize von Staaten beeinflussen, auch wenn Staaten ihre grundsätzlichen Interessen selbst entscheiden. Manche Institutionalisten glauben, dass die internationalen Organisationen dafür geeignet sind, ein System der kollektiven Sicherheit zu ermöglichen. Damit könnte das Sicherheitsdilemma stark reduziert werden.<sup>29</sup> Institutionalisten argumentieren auch, dass Institutionen die Bevorzugung von Staaten ändern und damit das Verhalten von Staaten beeinflussen können. Die Institutionen sind unabhängige Variablen und haben Kapazitäten, Staaten von einem Krieg abzuhalten.<sup>30</sup>

Dagegen sind Realisten meistens skeptisch gegenüber den Grundannahmen des Institutionalismus. Aus der realistischen Sicht sind die internationalen Organisationen keine selbständigen Akteure, sondern Instrumente der Staaten. Sie sind eine Reflexion der Machtverteilung in der Welt. Ob Staaten eine internationale Institution gründen und ob Staaten sie nutzen oder nicht, hängt von der jeweiligen Interessenlage der Staaten und von Vertragsbestimmungen ab. Dabei spielt das Konsensprinzip eine große Rolle, in dem jeder Mitgliedstaat die Möglichkeit hat, eine Entscheidung zu verhindern, d. h. die internationale Institution durch sein Veto zu blockieren. Das Konsensprinzip und das Vetorecht widersprechen schon der Behauptung der Institutionalisten, dass Kooperation und Sicherheit durch internationale Organisationen gewährleistet werden können, da jeder Staat oder besonders jede Großmacht in jedem Einzelfall nach eigener Interesselage die Kooperation entscheidet.<sup>31</sup>

---

<sup>29</sup> Vgl. Keohane, Robert O.: Neoliberal Institutionalism: A Perspective on World Politics, in: ders. (ed.): *International Institutions and State Power. Essays in International Relations Theory* (Boulder: Westview Press, 1989), S. 1–20 (5–7).

<sup>30</sup> Vgl. Mearsheimer, John J.: The False Promise of International Institutions, in: *International Security*, Vol. 19, No. 3 (Winter 1994/95), S. 5–49 (7).

<sup>31</sup> Vgl. Link, Werner: *Die Neuordnung der Weltpolitik- Grundprobleme globaler Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert*, 3. Auflage (München: Beck, 2001), S. 104–106.

Die Institutionen basieren auf dem Kalkül von Großmächten und üben keinen unabhängigen Einfluss auf das Verhalten von Staaten aus. Deshalb glauben die Realisten daran, dass Institutionen keine wichtigen Gründe für Frieden sind. Es gibt verschiedene Meinungen über Institutionen in der Literatur der internationalen Beziehungen. Laut *John Mearsheimer* werden Institutionen definiert als:

A set of rules that stipulate the ways in which states should cooperate and compete with each other. They prescribe acceptable forms of state behavior, and prescribe unacceptable kinds of behaviors. These rules are negotiated by states. (...) These rules are typically formalized in international agreements, and are usually embodied in organizations with their own personnel and budgets. (...) it is not the organization *per se* that compels states to obey the rules. Institutions are not a form of world government.<sup>32</sup>

*Mearsheimer* meint, dass die Institutionen einen minimalen Einfluss auf das Verhalten von Staaten haben und deshalb wenig Hoffnung darauf geben, die Stabilität der Welt in der Zeit nach dem Ost-West-Konflikt zu fördern.

Entsprechend diesen Argumenten gibt es ein entscheidendes Problem bei der institutionellen Sicht. Eine Institution, in der Großmächte ihre Interessen nicht durchsetzen können, ist kaum möglich.<sup>33</sup> Vor allem unter dem heutigen unipolaren internationalen System ist es schwer vorstellbar, dass eine Sicherheitsinstitution in Nordostasien ohne Berücksichtigung der amerikanischen Macht und Interessen aufgebaut wird. Es gibt nur einige schwache Institutionen in Asien im Gegensatz zu einer umfassenden und relativ gut entwickelten Institution (z. B. NATO) in Europa, weil asiatische Länder Angst vor der Rüstung Japans und dem Aufstieg Chinas haben.<sup>34</sup> Tatsächlich kann niemand die USA bei den Sechser-Verhandlungen zwingen, eine

---

<sup>32</sup> Mearsheimer: The False Promise of International Institutions, S. 8–9.

<sup>33</sup> Vgl. Waltz, Kenneth N.: Structural Realism after the Cold War, in: *International Security*, Vol. 25, No. 1 (Summer 2000), S. 5–41 (26–27).

<sup>34</sup> Vgl. Mearsheimer: The False Promise of International Institutions, S. 6.



den US-Interessen widerstrebende Entscheidung zu verfolgen. Zum Beispiel verlor die *Korean Peninsula Energy Development Organization* (KEDO), die für die Lösung der nordkoreanischen Nuklearfrage gegründet wurde, ihre Bedeutung, als sich die USA nicht mehr für die Organisation interessierten. Über die eingeschränkte Rolle internationaler Institutionen schreibt *Kenneth Waltz*: “Realism reveals what liberal institutionalist „theory“ obscures: namely, that international institutions serve primary national rather than international interests.”<sup>35</sup> In diesem Kontext ist es also angemessener, die Sicherheitsfragen in Nordostasien im Hinblick auf die Außen- und Sicherheitspolitik der USA und Nordkoreas aus einer realistischen Sicht zu behandeln.

In diesem Kapitel werden zuerst die Grundlagen des Realismus beleuchtet (Kapitel 2.1). Danach wird aus dieser realistischen Sicht untersucht, ob die USA ein dominanter Pol im internationalen System nach dem Ost-West-Konflikt wurden und wie die USA ihre internationale Umwelt wahrnehmen (Kapitel 2.2). Schließlich wird untersucht, wie andere Staaten die USA in einem solchen internationalen System sehen und welche Anpassungs- und Widerstandsstrategien gegenüber den USA sie haben (Kapitel 2.3). Diese beiden Perspektiven sind für die Erklärung von Auseinandersetzungen zwischen den USA und der DVRK aufgrund des nordkoreanischen Atomwaffenprogramms hilfreich.

---

<sup>35</sup> Waltz: *Structural Realism after the Cold War*, S. 21.

## 2.1. Die realistischen Perspektiven

### Die Kriterien für den Realismus

Der Realismus ist ein großer Forschungsbereich in der internationalen Theorie, der eine Vielzahl konkurrierender Theorien enthält. Realisten haben einige allgemeine Annahmen wie z. B. Staaten sind die wichtigsten Akteure; das Verhalten von Großmächten wird durch ihre äußere Umwelt beeinflusst; und Staaten wetteifern um Macht. Die Realisten werden nach ihren unterschiedlichen Schwerpunkten in verschiedene Gruppen aufgeteilt.

Dabei sind zwei Fragen wichtig: 1) Warum wollen Staaten Macht haben? 2) Wie viel Macht wollen Staaten haben? Nach diesen Kriterien wird der Realismus in einen „klassischen Realismus (oder einfach Realismus)“ und einen „strukturellen Realismus (oder Neorealismus)“ unterteilt. Der klassische Realismus meint, dass Staaten aus einem inneren Trieb nach Macht streben. Dagegen meint der strukturelle Realismus, dass die Struktur des Systems verantwortlich für das Machtstreben der Staaten sei. Angesichts der zweiten Frage meint der klassische Realismus, dass Staaten alle Macht haben, die sie erhalten können, und dass Staaten ihre relative Macht maximieren und Hegemonie<sup>36</sup> als höchstes Ziel haben. Der Grund der Suche nach der relativen Macht liegt darin, dass es schwer zu entscheiden ist, wie viel Macht „genug“ für einen Staat ist.<sup>37</sup> Dagegen meint der strukturelle Realismus, dass Staaten nicht so viel Macht wollen und sich darauf konzentrieren, ein Gleichgewicht von Macht beizubehalten.<sup>38</sup>

---

<sup>36</sup> “Hegemony, from the Greek, refers to the leadership of one state (the *hegemon*) over other states in the system.” in: Gilpin, Robert: *War and Change in World Politics* (New York: Cambridge University Press, 1981), S. 116.

<sup>37</sup> Vgl. Mearsheimer, John J.: *The Tragedy of Great Power Politics* (New York/London: W. W. Norton, 2001), S. 34–35.

<sup>38</sup> Vgl. ebd., S. 17–22.

*Hans Morgenthau*, ein Vertreter des klassischen Realismus, setzt voraus, dass die Konkurrenz zwischen Staaten aus menschlicher Machtgier entsteht. Eigentlich bezeichnet er seinen Ansatz nicht selbst als „klassischen“ Realismus. Er benutzt den Begriff des „politischen Realismus“. Damit meint er nicht die praktische Politik, sondern einen politikwissenschaftlichen Realismus im Unterschied zum Realismus in der Erkenntnistheorie oder in der Kunst. Außerdem nennt man diesen Realismus auch den „anthropologischen Realismus“, da *Morgenthau*s Annahmen über das Wesen des Menschen eine wichtige Rolle spielen. Im Vergleich damit hat *Kenneth Waltz* den strukturellen Realismus Ende der 1970er Jahre begründet. Er ignoriert die menschliche Natur, konzentriert sich auf die Effekte des internationalen Systems und setzt voraus, dass Staaten lediglich auf ihr Überleben und Sicherheit zielen.<sup>39</sup>

Der strukturelle Realismus wird nach der unterschiedlichen Sicht auf die obige zweite Frage in einen „defensiven“ und „offensiven“ Realismus aufgeteilt. Defensive Realisten<sup>40</sup> (= strukturelle Realisten), wie z. B. *Jack Snyder* und *Charles Glaser* setzen voraus, dass Staaten wenig Interesse an militärischen Eroberungen haben. Sie argumentieren, dass Großmächte im Allgemeinen sicherer sind, wenn sie von einer Machtmaximierung absehen und den „Status quo“<sup>41</sup> zu schützen suchen. Also versuchen die Staaten in diesem Ansatz ihre Sicherheit zu maximieren und nicht ihre Macht. Dagegen

---

<sup>39</sup> Vgl. Krell, Gert: *Weltbilder und Weltordnung – Einführung in die Theorie der internationalen Beziehungen*, 3. Auflage (Baden-Baden: Nomos, 2004), S. 146–147 und 153.

<sup>40</sup> Vgl. Snyder, Jack: *Myths of Empire: Domestic Politics and International Ambition* (Ithaca, NY: Cornell University, 1991); und Glaser, Charles L.: Realists as Optimists: Cooperation as Self-Help, in: *International Security* Vol. 19, No. 3 (Winter 1994/95), S. 50–90.

<sup>41</sup> “The policy of the status quo aims at the maintenance of the distribution of power as it exists at a particular moment in history.” in: Morgenthau: *Politics among Nations*, S. 46 und siehe auch S. 40–44 und 64–73; und “Status quo” means ‘the existing state of affairs’ and refers to the prevailing pattern of relations in international relations. In: Evans, Graham/Newnham, Jeffrey: *The Penguin Dictionary of International Relations* (London: Penguin Books, 1998), S. 517.

argumentieren offensive Realisten<sup>42</sup> wie *John Mearsheimer* und *Eric Lab*, dass Anarchie alle Staaten ermutigt, ihre relative Kraft zu maximieren, denn kein Staat könnte sicher sein, wenn eine revisionistische Macht auftauchen würde. Deshalb versuchen Großmächte, ihre Sicherheit durch die Maximierung ihrer relativen Macht zu steigern.<sup>43</sup>

### 2.1.1. Der klassische Realismus

#### Das Gestaltungsprinzip

Ein Begründer der realistischen Denkschule der internationalen Beziehungen ist *Hans Morgenthau*.<sup>44</sup> Er versucht aus der Kritik des Idealismus, in dem jeder Angriff eines Staates durch eine kollektive Reaktion der Staatengemeinschaft bestraft werden sollte, eine rationale Theorie der internationalen Politik zu entwickeln. Aus seiner Sicht basiert die internationale Politik nicht auf dem Konzept einer geprägten Weltgemeinschaft, sondern auf der Vorstellung eines Staatensystems, in dem es keine zentrale Instanz gibt. Die Welt befindet sich im Naturzustand der Anarchie in Analogie zur Vorstellung von *Thomas Hobbes* (der „Krieg aller gegen alle“). Das Verständnis von Macht ist ein Schlüssel zum Verständnis internationaler Politik, da die Macht die Basis jeder politischen Handlung ist. Aber *Morgenthau* liefert keine eindeutige Definition für Macht. Nach *Max Weber* bedeutet „Macht jede Chance innerhalb einer sozialen Beziehung, den eigenen Willen auch

---

<sup>42</sup> Vgl. Mearsheimer: *The False Promise of International Institutions*, S. 11–12; und Labs, Eric: *Beyond Victory: Offensive Realism and Expansion War Aims*, in: *Security Studies* Vol. 6, No. 4 (Summer 1997), S. 1–49.

<sup>43</sup> Vgl. Walt, Stephen M.: *The Progressive Power of Realism*, in: *American Political Science Review* Vol. 91, No. 4 (December 1997), S. 931–935. Außerdem gibt es einen schönen Überblick über die Theorien internationaler Beziehungen. Siehe Walt, Stephen M.: *International Relations: One World, Many Theories*, in: *Foreign Policy* (Spring 1998), S. 29–46.

<sup>44</sup> Morgenthau, Hans J.: *Politics among Nations. The Struggle for Power and Peace* (New York, 1948); und deutsch: *Macht und Frieden – Grundlegung einer Theorie der internationalen Politik* (Gütersloh, 1963).

gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel, worauf diese Chance beruht“.<sup>45</sup> Hierzu schreibt *Morgenthau*:

Wenn von Macht gesprochen wird, ist die Herrschaft von Menschen über das Denken und Handeln anderer Menschen gemeint. Unter politischer Macht verstehen wir die wechselseitigen Machtbeziehungen zwischen den Inhabern öffentlicher Gewalt und zwischen diesen einerseits und dem Volk andererseits.<sup>46</sup>

Da Machtstreben das Merkmal internationaler Politik wie aller Politik ist, muss internationale Politik zwangsläufig Machtpolitik sein. (...) Der Kampf um Macht hat universellen Charakter in Zeit und Raum und stellt eine unwiderlegliche Erfahrungstatsache dar.<sup>47</sup>

Mit der Entdeckung von Macht als Fundamentelement der Politik nach *Morgenthau* ist Macht als ein Bestimmungsfaktor der internationalen Politik sichtbar geworden. Macht kann nach der Vorstellung von Realisten vor allem durch militärische und wirtschaftliche Mittel, nicht aber durch internationale Kooperation erhalten und vergrößert werden.<sup>48</sup> Der Begriff „Internationale Politik“ ist im Wesentlichen durch Machtbeziehungen gekennzeichnet. Dazu schreibt er, „Internationale Politik ist, wie alle Politik, ein Kampf um die Macht. Wo immer die letzten Ziele der internationalen Politik liegen mögen, das unmittelbare Ziel ist stets die Macht“.<sup>49</sup> Daraus folgert er, dass das außenpolitische Interesse eines Staates primär darin besteht, für das eigene Überleben des Landes Macht zu erhalten und anzuhäufen.<sup>50</sup>

---

<sup>45</sup> Weber, Max: *Wirtschaft und Gesellschaft* (Tübingen, 1980), S. 28.

<sup>46</sup> Morgenthau: *Macht und Frieden*, S. 61.

<sup>47</sup> Ebd. S. 65.

<sup>48</sup> Vgl. Lemke, Christiane: *Internationale Beziehungen* (München u.a.: Oldenbourg, 2000), S. 21.

<sup>49</sup> Morgenthau: *Macht und Frieden*, S. 69.

<sup>50</sup> Vgl. Jacobs, Andreas: Realismus, in: Schieder, Siegfrieder/Spindler, Mauela (Hrsg.): *Theorien der Internationalen Beziehungen* (Opladen: Leske+Budrich, 2003), S. 35–59 (40–46).

Bei den „Sechs Grundsätze des politischen Realismus“ zeigt *Morgenthau* seine politische Einstellung zu den internationalen Beziehungen. Er beschreibt den ersten Grundsatz mit folgenden Worten: „der politische Realismus geht davon aus, dass die Politik, so wie die Gesellschaft allgemein, von objektiven Gesetzen beherrscht wird, deren Ursprung in der menschlichen Natur liegt“. <sup>51</sup> Diese Gesetze verändern sich nicht und sind unabhängig von menschlicher Bevorzugung. Die Welt wird von widersprechenden Interessen und von Konflikten geprägt. Ideologien sind wichtige Hindernisse zum Verständnis internationaler Politik, da sie für die Rechtfertigung politischer Interessen und Handlungen ausgenutzt werden.

Zweitens ist die internationale Politik ein Kampf um Macht. Macht ist der entscheidende Faktor der Politik, der sich von anderen Bereichen wie Ökonomie, Recht und Ethik unterscheidet. Drittens definiert *Morgenthau* Macht nur als die Herrschaft von Menschen über Menschen. Viertens wird staatliches Handeln nicht von moralischen Prinzipien geführt, auch wenn es moralische und ethische Implikationen für sich beansprucht. Staatliches Handeln kann auch nicht mit solchen moralischen Maßstäben gemessen werden. Individuen werden von Moral beeinflusst, aber Staaten sind keine „moralische Agenturen“. Fünftens betont er noch einmal, dass selbstgefällige Ethik keine große Rolle für die Politik spielt. Obwohl sich Staaten manchmal darum bemühen, ihre Handlungen mit ethischen Wörtern (z. B. die Befürwortung von Menschenrechten) zu verkleiden, benutzen die Staaten solche moralischen Begriffe nur, um ihre Politik zu rechtfertigen. Und sechstens ist der politische Bereich von allen anderen rechtlichen, moralischen und ökonomischen Bereichen der menschlichen Angelegenheiten unabhängig. <sup>52</sup>

---

<sup>51</sup> Morgenthau: *Macht und Frieden*, S. 67.

<sup>52</sup> Vgl. Burchill, Scott: Realism and Neo-realism, in: Burchill, Scott u.a. (eds.): *Theories of international relations*, 2nd edition (New York: Palgrave, 2001), S. 70–102 (79–81); und Krell: *Weltbilder und Weltordnung*, S. 153–155.

## Die Grundannahmen

Die folgenden Voraussetzungen werden in der Regel als die Grundannahmen für die realistische Forschung in internationalen Beziehungen akzeptiert.<sup>53</sup> Erstens sind die wichtigsten und souveränen Akteure im internationalen System die „territorial organisierten Einheiten“ – Stadtstaaten im Altertum und Nationalstaaten heutzutage. Die Nationalstaaten sind nicht die einzigen Akteure in der heutigen Welt. Aber Realisten setzen voraus, dass Weltpolitiken durch die Analyse des staatlichen Verhaltens oder der Interaktionen zwischen Staaten besser verstanden werden können als durch die Untersuchung des Verhaltens von Individuen, Klassen, transnationalen Firmen oder internationalen Organisationen. Den internationalen Organisationen stehen die Realisten grundsätzlich skeptisch gegenüber.<sup>54</sup> In diesem Sinne spielt z. B. der *Non-Proliferation Treaty* (NPT) bei der Diskussion über die Nuklearfragen des Irans und Nordkoreas eine geringe Rolle.

Zweitens kann staatliches Verhalten als Folge einer rationalen Entscheidungsfindung erklärt werden. Staaten verhalten sich rational nach dem Prinzip der Kosten-Nutzen-Analyse und der Maximierung ihres Nutzens.<sup>55</sup> Deshalb spielt das politische System von Staaten für die Analyse internationaler Sicherheit nur eine untergeordnete Rolle, weil die Annahme des rationalen Handelns für alle Staaten gilt. Aus dieser realistischen Sicht spielen die Menschenrechte und das politische System Nordkoreas keine große Rolle für die Nuklearverhandlungen.

Drittens betonen Realisten die enge Verbindung zwischen staatlicher Macht und Interessen. Staaten verfolgen Macht und Sicherheit als ihre dominanten Ziele und sie wollen damit ihre Interessen bezüglich der internationalen Situation, der sie gegenüberstehen, erreichen. Da alle Staaten gleich-

---

<sup>53</sup> Vgl. Mastanduno, Michael/Kapstein, Ethan B.: Realism and State Strategies After the Cold War, in: Mastanduno, Michael/Kapstein, Ethan B. (eds.): *Unipolar Politics – Realism and State Strategies After the Cold War* (New York: Columbia University Press, 1999), S. 1–27 (7–8).

<sup>54</sup> Vgl. Lemke: *Internationale Beziehungen*, S. 21.

<sup>55</sup> Vgl. Legro, Jeffrey W./Moravcsik, Andrew: Is Anybody still Realist?, in: *International Security*, Vol. 24, No. 2 (Fall 1999), S. 5–55 (12–13).

zeitig Macht anstreben, ist internationale Politik vor allem ein Kampf um Macht, der zu einem „*Balance of Power*“ führt. Staaten verfolgen eine Reihe von Interessen. Dabei ist für Realisten wichtig, wie man das so genannte „Nationale Interesse“ definiert. Nationale Interessen werden deshalb in Kategorien von Macht definiert. Nach der Vorstellung *Morgenthau*s sollte die Definition des nationalen Interesses unter Berücksichtigung der Interessen anderer Staaten erfolgen.<sup>56</sup>

Viertens liegt das Ziel der Staaten unter einem dezentral und anarchisch aufgebauten internationalen System darin, ihr Überleben in einer feindlichen Umwelt zu sichern. Die Erlangung von Macht ist deshalb das Ziel der Außenpolitik. Diese Annahme bedeutet, dass die internationale Umwelt durch Anarchie gekennzeichnet ist.<sup>57</sup> Realisten glauben daran, dass es eine inhärente Konkurrenz in den Beziehungen zwischen Staaten gibt. Die Konkurrenz deutet an, dass sich Staaten um ihre Stellung oder Machtposition hinsichtlich anderer Staaten kümmern und diese Sorge das Verhalten von Staaten steuert oder anführt. Die Konkurrenz ist eine Folge von Anarchie im internationalen System. Anarchie hat zwei wichtige Folgen. Zum einen stellt es wenig Raum für Vertrauen zwischen Staaten zur Verfügung, weil ein Staat sich nicht davon erholen könnte, wenn sein Vertrauen missbraucht würde. Zum anderen muss jeder Staat sein eigenes Überleben sichern, da kein anderer Akteur seine Sicherheit garantieren kann. Alle anderen Staaten sind eine potentielle Bedrohung und keine internationalen Institutionen können mächtige Aggressoren bestrafen.<sup>58</sup>

Außerdem betonen die Realisten die ständige Existenz von Konflikt und Wettbewerb. Trotzdem kommt eine Kooperation zwischen Staaten vor. Dabei sind zwei Faktoren wichtig. Zum einen müssen Staaten, die Kooperation erwägen, darüber nachdenken, wie der Gewinn zwischen ihnen aufgeteilt

---

<sup>56</sup> Vgl. Jacobs: Realismus, S. 47.

<sup>57</sup> Vgl. Allison, Graham/Zelikow, Philip: *Essence of Decision – Explaining the Cuban Missile Crisis*, second edition (New York u.a.: Addison Wesley Longman, 1999), S. 27–28.

<sup>58</sup> Vgl. Mearsheimer, John J.: Back to the Future: Instability in Europe After the Cold War, in: *International Security*, Vol. 15, No. 1 (Summer 1990), S. 5–56 (12).



werden soll. Dazu gibt es zwei Möglichkeiten: absoluter Gewinn (jede Seite strebt nur nach der Maximierung ihres eigenen Profits und hat wenig Interesse daran, wie viel die andere Seite in der Verhandlung gewinnt oder verliert) und relativer Gewinn (jede Seite schaut nicht nur auf ihren eigenen Profit, sondern auch auf den Profit der anderen Seite. Durch das Kalkül wird seine Kooperation entschieden). Kooperation ist schwieriger zu erreichen, wenn Staaten sich auf die Logik des relativen Gewinns einlassen als wenn sie die Strategie des absoluten Gewinns verfolgen. Zum anderen wird Kooperation durch Angst vor Betrug verhindert. Staaten gehen oft nur widerwillig eine Kooperation ein, weil sie Angst haben. Angst bedeutet hier, dass eine Seite annimmt, dass die andere Seite sich nicht an die Vereinbarung hält und einen relativen Profit anstrebt.<sup>59</sup> Neorealisten behaupten, dass unter einer Bedingung der Anarchie im internationalen System der relative Gewinn wichtiger als der absolute Gewinn ist.<sup>60</sup>

Und fünftens resultiert die Stabilität der internationalen Ordnung aus dem an Gegenmachtbildung orientiertem Verhalten der Staaten und ihrer Fähigkeit zur Allianzbildung.

### **Die Vorteile des klassischen Realismus**

Eine Stärke des klassischen Realismus besteht darin, dass man das existierende Macht- und Gewaltpotenzial in der internationalen Politik nicht ignoriert. Allerdings gibt es unterschiedliche Meinungen darüber, ob und wie es überwunden werden kann. In der Regel sehen die Realisten die Chance für die Überwindung des Konfliktes eher skeptisch. In den 1970er Jahren bezeichnete *Morgenthau* Atomwaffen als eine Revolution in der Geschichte der internationalen Beziehungen, weil relativ schwache Staaten damit in der Lage sind, eine mögliche Gewaltanwendung von starken Staaten im inter-

---

<sup>59</sup> Vgl. Mearsheimer: *The False Promise of International Institutions*, S. 12–13.

<sup>60</sup> Vgl. Waltz, Kenneth N.: *Man, the State, and War—A Theoretical Analysis* (New York: Columbia University Press, 1959), S. 198.

nationalen System abzuschrecken.<sup>61</sup> *Waltz* sieht auch, dass die Atomwaffen das Verhalten von Staaten erheblich änderten. Allerdings meint er, dass sie die anarchische Struktur des internationalen politischen Systems nicht geändert haben.<sup>62</sup>

Eine andere Stärke des Realismus ist seine ideologiekritische Haltung. Die objektiven Gesetze sind wichtig in der internationalen Politik. Diese nennt *Gert Krell* den „Objektivismus“ im Realismus.<sup>63</sup> Durch die beiden Stärken des Realismus können die Handlungen von Staaten im heutigen internationalen System, besonders die des Irans und Nordkoreas, besser verstanden werden.

## 2.1.2. Der strukturelle Realismus

### **Das Gestaltungsprinzip**

In der heutigen Theoriebildung der internationalen Beziehungen spielen die Grundkonzepte des Realismus immer noch eine große Rolle. Der Neorealismus wird auch vom klassischen Realismus stark beeinflusst. *K. Waltz* ist noch der bedeutendste und einflussreichste Vertreter des Neorealismus. Er unterscheidet zur Erklärung der internationalen Politik drei Analyseebenen – die Ebene des Individuums, des Staates und des internationalen Systems. Während sich viele Theoretiker der Internationalen Beziehungen in ihrer Analyse auf die Ebene des Individuums oder des Staats beschränken, wählt er die Ebene des internationalen Systems. Die Struktur des internationalen Systems ist dadurch gekennzeichnet, dass eine übergeordnete Ordnungs- oder Sanktionsmacht fehlt. Der Realismus bezeichnet diesen Zustand als „anarchisch“. *Waltz* untersucht den Zusammenhang zwischen der internationalen Anarchie und internationalen Konflikten. Dafür fokussiert er die

---

<sup>61</sup> Vgl. Krell: *Weltbilder und Weltordnung*, S. 167.

<sup>62</sup> Vgl. Waltz: *Structural Realism after the Cold War*, S. 5.

<sup>63</sup> Vgl. Krell: *Weltbilder und Weltordnung*, S. 168.

Struktur des internationalen Systems. Daher bezeichnet man den Neorealismus oft auch als strukturellen Realismus.<sup>64</sup>

*Waltz* hat die Grundgedanken des Neorealismus in einem Buch<sup>65</sup> entwickelt. Diese Gedanken orientieren sich stark am Vorbild der Wirtschaftswissenschaften bzw. Naturwissenschaften. Ein internationales System besteht aus einer Struktur und interagierenden Einheiten. Er betrachtet die Struktur eines internationalen Systems unabhängig von den Akteuren und ihren Interaktionen, während „reduktionistische“ Theoretiker die Struktur als ein Ergebnis von Interaktionen der Staaten gesehen haben. In der reduktionistischen Theorie glaubt man, dass Ursachen der internationalen Konflikte auf der Ebene der Individuen oder des Staates liegen.<sup>66</sup> Für *Waltz* ist das System eine hochgradige Abstraktion. Deshalb kann man das „System“ nicht sehen. Die Systeme handeln auch nicht selbst, aber sie bilden eine Struktur, die das Handeln von Staaten beeinflusst. Nach der Definition von *Waltz* sind politische Strukturen durch drei Elemente gekennzeichnet: 1) Ordnungsprinzipien (*ordering principles*), 2) die Eigenschaften der Akteure (*the character of the units*) und 3) die Verteilung von Fähigkeiten (*the distribution of capabilities*).<sup>67</sup>

Grundsätzlich gibt es zwei Ordnungsprinzipien für die Organisation von Akteuren in einem System – Hierarchie und Anarchie. Innenpolitische Systeme sind zentralisiert und hierarchisch durch eine übergeordnete Sanktionsinstanz mit Gewaltmonopol geordnet. Im Gegensatz dazu sind internationale Systeme dezentralisiert und anarchisch geordnet. Unter der Anarchie kann niemand die Sicherheit der einzelnen Staaten garantieren. Als Eigenschaften der Akteure im internationalen System lässt sich sagen, Staaten sind nebeneinander angeordnet, Staaten sind nicht funktional differenziert und es existiert

---

<sup>64</sup> Vgl. Schörning, Niklas: Neorealismus, in: Schieder, Siegfrieder/Spindler, Mauela (Hrsg.): *Theorien der Internationalen Beziehungen* (Opladen: Leske+Budrich, 2003), S. 61–87 (64–66).

<sup>65</sup> *Waltz*, Kenneth N.: *Theory of International Politics* (Reading, Mass.: Addison-Wesley, 1979).

<sup>66</sup> Vgl. ebd. Kapitel 2.

<sup>67</sup> Vgl. ebd. S. 88–99.

tieren unterschiedliche Fähigkeiten. Deswegen sollen sich die Staaten vorrangig um ihre Sicherheit kümmern und dabei auf keine äußere Hilfe vertrauen. Das von Neorealisten beschriebene System wird deshalb auch als ein „Selbsthilfesystem“ bezeichnet. Das dritte Element für die Charakterisierung der Struktur des internationalen Systems ist die Machtbeziehung zwischen einzelnen Staaten. Dabei kann man sich drei Arten der Machtverteilung im internationalen System vorstellen: unipolar (heutzutage seit dem Ende des Ost-West-Konflikts), bipolar (während des Ost-West-Konflikts) und multipolar.<sup>68</sup> Dieses Verständnis des internationalen Systems ist für die folgende Erklärung der heutigen unipolaren Stellung der USA hilfreich.

### **Unterscheidungsmerkmale des klassischen und strukturellen Realismus**

Die wichtige Kontinuität der Grundannahmen zwischen Realismus und Neorealismus liegt darin, dass Staaten die zentralen Akteure der internationalen Beziehungen sind, dass Staaten ihre eigenen Interessen verfolgen und insofern rationale Akteure sind, und dass die Beziehungen zwischen Staaten durch Anarchie gekennzeichnet sind. Dabei werden Staaten als einheitliche und gleichartige Akteure vorausgesetzt. Aus dieser realistischen Sicht ist deshalb auch das innerstaatliche System nicht von Bedeutung. Also spielt es hier keine Rolle, ob das politische System eines Staates eine Demokratie, Monarchie oder auch eine Diktatur ist.<sup>69</sup>

Dagegen wurden einige Annahmen des klassischen Realismus von Neorealisten verworfen oder modifiziert. Das egoistische Menschenbild *Morgenthau* wurde durch das Bild von rationalem Menschen ersetzt. Akteursverhalten wird im Neorealismus durch eine systemische Grundannahme (strukturelle Anarchie) bestimmt, während das Akteursverhalten im Realismus durch die anthropozentrische Grundannahme (Machtstreben) bestimmt wird. Auch die Neorealisten gehen davon aus, dass sich Staaten für relative

---

<sup>68</sup> Vgl. Krell: *Weltbilder und Weltordnung*, S. 162–163; und Schörnig: *Neorealismus*, S. 68–70.

<sup>69</sup> Vgl. Schörnig: *Neorealismus*, S. 66–68.

Gewinne interessieren, während die Realisten die Maximierung von Macht als absoluten Gewinn im Nullsummenspiel<sup>70</sup> der Akteure sehen. Außerdem liegt für die Neorealisten der Vorrang des Interesses von Staaten nicht mehr in der Macht, sondern in der Sicherheit. Macht ist kein Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck. Abgesehen davon liegt ein neues Element des strukturellen Realismus darin, dass die Neorealisten nur auf das Staatensystem schauen, aber nicht auf die staatsinternen Aspekte.<sup>71</sup>

### **Balance-of-power Theorien**

Es gibt nach *Jack Levy* keine einzige balance-of-power Theorie, sondern eine Vielfalt von balance-of-power Theorien. Die meisten dieser Theorien, außer die von *Kenneth Waltz*, sind eher einzelne Hypothesen, die noch nicht über eine gut entwickelte Theorie verfügen. Alle Theorien des Realismus legen folgende Kernannahmen zugrunde – “the system is anarchic, the key actors are territorial states, their goals are the maximization of power or security, and they act rationally to promote those goals.”<sup>72</sup> In diesem Sinne ist, abgesehen von dem Aspekt der Analyseebene, der Unterschied zwischen dem klassischen und dem strukturellen Realismus nicht groß. Die jeweiligen Wissenschaftler fügen „nur“ zusätzliche Annahmen ein oder haben verschiedene nominale und operationale Definitionen von Kernkonzepten. Dies führt zu unterschiedlichen oder manchmal widersprüchlichen Vorschlägen. Zum Beispiel behaupten klassische balance-of-power Theoretiker wie *Mor-*

---

<sup>70</sup> Das Nullsummenspiel ist ein Konstantsummenspiel, d. h. die Summe der zu verteilenden Werte bleibt die Gleiche. Bei Beteiligung von 2 Parteien impliziert grundsätzlich der Gewinn einer Seite einen Verlust auf der anderen Seite. Die sozialwissenschaftliche Anwendung von Nullsummen bezieht sich auf eine vollkommen antagonistische Konfliktsituation. Siehe Fuchs, Werner u.a. (Hrsg.): *Lexikon zur Soziologie*, 2. Auflage (Opladen, 1978), S. 538.

<sup>71</sup> Vgl. Gu, Xuewu: *Theorien der internationalen Beziehungen* (München: Oldenbourg, 2000), S. 47–54; und Meyers, Reinhard: Grundbegriffe und theoretische Perspektiven der Internationalen Beziehungen, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): *Grundwissen Politik*, 3. Auflage (Bonn, 1997), S. 313–434 (379–380).

<sup>72</sup> Levy, Jack S.: What Do Great Powers Balance Against and When?, in: Paul, T.V./Wirtz, James J./Fortmann, Michel (eds.): *Balance of Power – Theory and Practice in the 21<sup>st</sup> Century* (Stanford, Cal.: Stanford University Press, 2004), S. 29–51 (31).

genthau, dass multipolare Systeme stabiler sind als bipolare Systeme. Hingegen behauptet *Waltz* das Gegenteil.<sup>73</sup>

Die meisten balance-of-power Theoretiker argumentieren, dass Staaten bestimmte Ziele wie z. B. die Beibehaltung ihrer Unabhängigkeit, die Vermeidung einer Hegemonie oder die Bewahrung des allgemeinen „Status quo“ wichtiger sei als Frieden. Unter diesen Umständen ist für einen Staat ein Krieg ein annehmbares Instrument für die Durchsetzung seiner Interessen. Deswegen kann man die allgemeine Aussage nicht halten, dass balance-of-power Systeme oder balance-of-power Strategien Frieden befördern, auch wenn eine spezielle Version der balance-of-power Theorie dafür geeignet ist.<sup>74</sup>

Das primäre Ziel aller Staaten ist ihr eigenes Überleben bezüglich der territorialen Einheit und Autonomie. Staaten haben auch Sicherheitsziele, die für das Überleben wichtig sind. Die Vermeidung der Hegemonie ist das wichtigste Ziel. Früher schrieb *Polybius* darüber: “We should never contribute to the attainment by one state of a power so preponderant, that none dare dispute with it even for their acknowledged rights.” Ähnlich schrieb *Vattel*, “The balance of power (...) is an arrangement of affairs so that no State shall be in a position to have absolute mastery and dominate over others.”<sup>75</sup>

Da jeder Staat sein eigenes nationales Interesse gegen alle anderen Staaten durchsetzen will, sind Konflikte, die oft genug zu einem Krieg führen können, im internationalen System unvermeidlich. Deswegen kann ein Krieg jederzeit ausbrechen.<sup>76</sup> Nach *Clausewitz* ist der Krieg definiert als „ein Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen“.<sup>77</sup> Dabei liegt ein wichtiges Problem also im Risiko einer Gewalt-

---

<sup>73</sup> Vgl. ebd., S. 30–31.

<sup>74</sup> Vgl. ebd., S. 31.

<sup>75</sup> *Polybius: The Histories*, vol. 1, trans. W. R. Paton (Cambridge, Mass.: Harvard University Press, 1960); *Emmerich de Vattel: The Law of Nations*, trans. Charles Fenwick (Washington, DC: Carnegie Institution, 1916) zitiert nach ebd., S. 32.

<sup>76</sup> Vgl. *Waltz: Theory of International Politics*, S. 102.

<sup>77</sup> *Clausewitz, Carl von: Vom Kriege*, 3. Auflage (München: Ullstein, 2002), S. 27.

anwendung. Da immer einige Staaten zu militärischen Angriffen bereit sind, müssen alle anderen Staaten für die Verteidigung gegen solche Angriffe selbst vorsorgen. In einem solchen anarchischen System brauchen Staaten normalerweise eine Allianz, um ihre Sicherheit zu erhöhen. Bezüglich der Allianzbildung gibt es zwei bekannte Theorien: balance-of-power Theorie von *Kenneth Waltz* und balance-of-threat Theorie von *Stephen Walt*.

### **Balance-of-power**<sup>78</sup>

“*Balance of Power*” ist der Grundstein der realistischen Theorie der internationalen Beziehungen. Auf der systemischen Ebene können Staaten Sicherheit und Stabilität erhalten. Das so genannte “*Balancing*” ist in der modernen Geschichte der Kern der Strategie, in der Großmächte ihre Sicherheit zu bewahren suchen. Die folgenden vier Voraussetzungen sind in der traditionellen balance-of-power Theorie wichtig.

Erstens ist das internationale System „anarchisch“ und es hat keine Zentralmacht, um individuelle Staaten zu schützen. Zweitens versuchen Staaten als unabhängige Einheiten zu überleben. Drittens ist Machtkonkurrenz ein Faktum der internationalen Politik. Und viertens, wenn ein Staat versucht, dominant oder bedrohlich zu werden, dann wollen andere Staaten eine defensive Koalition durch innere oder äußere Mittel oder manchmal durch beide bilden. In seinem Strukturmodell der balance-of-power Theorie benutzt *K. Waltz* das so genannte “*Bandwagoning*” als Gegenteil von *Balancing*. *Bandwagoning* bedeutet, dass sich Staaten an stärkere Staaten anlehnen. Hingegen bedeutet *Balancing*, dass sich Staaten mit schwächeren Staaten verbünden.<sup>79</sup>

---

<sup>78</sup> *Balance of Power* ist definiert als Zustand der internationalen Beziehungen, in denen kein Staat in einer Position ist, die ihn so übermächtig werden lässt, dass er die anderen Staaten beherrschen kann. vgl. Bull, Hedley: *The Balance of Power and International Order*, in: *The Anarchical Society – A Study of Order in World Politics* (London: Macmillan, 1977), S. 101–125 (101).

<sup>79</sup> Vgl. Waltz: *Theory of International Politics*, S. 126–127.

## **Balance-of-threat**

Die balance-of-power Theorie prognostiziert, dass Staaten eine Allianz gegen einen dominierenden Staat im internationalen System bilden. Dagegen prognostiziert die balance-of-threat Theorie von *Stephen Walt*, dass Staaten dazu neigen, eine Allianz gegen die gefährlichste Bedrohung zu bilden.<sup>80</sup> *S. Walt* betrachtet ein balancing-Verhalten als die allgemeine Tendenz in internationalen Beziehungen wie die balance-of-power Theorie. Aber er sieht das Motiv eines balancing-Verhaltens ganz anders und betont, dass das balancing-Verhalten eine Antwort auf Bedrohungen oder die aggressive Absicht eines anderen Staats ist. Eine Bedrohung resultiert aus den Fähigkeiten und den Intentionen anderer Staaten. Die Fähigkeiten resultieren aus der aggregierten Macht (z. B. Territorium, Bevölkerung, ökonomische Ressourcen), der geographischen Nähe und den offensiven militärischen Fähigkeiten. Die Intentionen beschreiben die wahrgenommene Absicht, diese Fähigkeiten auch einzusetzen.<sup>81</sup> *S. Walt* schreibt darüber:

If balancing is the dominant tendency, then threatening states will provoke others to align against them. Because those who seek to dominate others will attract widespread opposition, status quo states can take a relatively sanguine view of threats. Credibility is less important in a balancing world, because one's allies will resist threatening states out of their own self-interest, not because they expect others to do it for them.<sup>82</sup>

## ***Balancing und Bandwagoning***<sup>83</sup>

*Stephen Walt* führte eine umfassende Untersuchung über die Allianzbildung von Staaten durch und definierte die beiden Begriffe von *Kenneth Waltz* für

---

<sup>80</sup> Vgl. Walt: *The Progressive Power of Realism*, S. 933.

<sup>81</sup> Vgl. Walt, Stephen M.: *Alliance Formation and the Balance of World Power*, in: *International Security*, Vol. 9, No. 4 (Spring 1985), S. 3–43 (8–13).

<sup>82</sup> Walt, Stephen M.: *The Origins of Alliances* (Ithaca, NY: Cornell University Press, 1987), S. 27.

<sup>83</sup> Siehe auch Kapitel 2.3.2.



seine balance-of-threat Theorie neu: *Balancing* (sich verbünden gegen die wichtigste Quelle der Bedrohung) und *Bandwagoning* (sich verbünden mit dem Staat, der die wichtigste Bedrohung darstellt).<sup>84</sup> Dieser Gedanke wurde von *Randall Schweller* mit den folgenden Worten treffend formuliert:

When confronted by a significant external threat, states may either balance or bandwagon. *Balancing* is defined as allying with others against the prevailing threat; *bandwagoning* refers to alignment with the source of danger.<sup>85</sup>

Die Basis dieses Staatenverhaltens liegt in der traditionellen balance-of-power Theorie. Nach dieser Sicht gibt es zwei wichtige Gründe dafür, dass Staaten ein *Balancing* wählen. Erstens gehen sie ein Überlebensrisiko ein, wenn sie scheitern, einem potentiellen dominierenden Staat Zügel anzulegen, bevor er zu stark wird. Zweitens kann ein Staat einen großen Einfluss auf die Allianz nehmen, wenn er sich mit schwachen Staaten zusammenschließt. Es sei denn, dass der Staat nur wenig Einfluss auf die Allianz nehmen kann und verwundbar gegenüber der Laune ihrer Partner ist. Deshalb wird ein *Balancing* mit der schwachen Seite bevorzugt. Obwohl die Geschichte diese Hypothese unterstützt, wird oft argumentiert, dass Staaten lieber eine Allianz mit der stärksten Macht eingehen wollen. Damit ist die Idee von *Bandwagoning* möglich.<sup>86</sup> Darüber hinaus bedeutet *Balancing* nach *Randall Schweller*:

[T]he creation or aggregation of military power through internal mobilization or the forging of alliances to prevent or deter the territorial occupation

---

<sup>84</sup> Vgl. Walt: Alliance Formation and the Balance of World Power, S. 4.

<sup>85</sup> Schweller, Randall L.: Bandwagoning for Profit: Bringing the Revisionist State Back In, in: *International Security*, Vol. 19, No. 1 (Summer 1994), S. 72–107 (80).

<sup>86</sup> Vgl. Walt: Alliance Formation and the Balance of World Power, S. 5–6.

or political and military domination of the state by a foreign power or coalition.<sup>87</sup>

Nach seiner Meinung kommt ein *Balancing* nur dann vor, wenn sich die Staaten in einer Gefahr, z. B. einer Beschlagnahme von Territorium oder vitalen Interessen im In- oder Ausland befinden.

Dagegen bedeutet *Bandwagoning*, dass sich schwache Staaten freiwillig an dominante Staaten anschließen und damit auf eine Gegenmachtbildung durch Allianzen verzichten. Es gibt zwei Motive hinter *Bandwagoning*. Erstens kann *Bandwagoning* als eine Form von Beschwichtigungspolitik angesehen werden. Durch Stehen in einer Linie mit dem bedrohenden Staat kann der bandwagoning-Staat hoffen, einen Angriff zu vermeiden. Zweitens kann ein Staat sich der dominanten Seite anschließen, um die Beute eines Sieges zu teilen. Diese beiden Motive für *Bandwagoning* sind grundsätzlich verschieden. Das erste Motiv ist ein defensiver Grund, um die Unabhängigkeit gegen eine potentielle Bedrohung zu bewahren. Das zweite Motiv ist ein offensiver Grund, um Territorium zu erwerben.<sup>88</sup> Außerdem äußerte Walt sich über das *Bandwagoning* von schwachen Staaten: “If weak states see no possibility of external assistance, accommodation through alignment with the threatening power may be chosen as a last resort.”<sup>89</sup>

Also neigen Staaten zur Wahrung ihrer Sicherheit dazu, eine Allianz *gegen* oder *mit* eine(r) fremde(n) Macht zu bilden, die die beträchtlichste Bedrohung darstellt. Eine ist ein *Balancing* und die andere ist ein *Bandwagoning*. *Balancing* ist in eine Linie mit der schwachen Seite und *Bandwagoning* mit der starken. Nach Stephen Walt ist ein balancing-Verhalten verbreiteter als ein *Bandwagoning*, denn die bandwagoning-Staaten müssen hinter

---

<sup>87</sup> Schweller, Randall L.: Unanswered Threats: A Neoclassical Realist Theory of Underbalancing, in: *International Security*, Vol. 29, No. 2 (Fall 2004), S. 159–201 (166).

<sup>88</sup> Vgl. Walt: Alliance Formation and the Balance of World Power, S. 6–8.

<sup>89</sup> Ebd., S. 17.

einem Hegemon zurückstehen. Außerdem sind die Absichten des Hegemons unzuverlässig.<sup>90</sup>

### **Kritik an Walt**

Es gibt aber auch eine Kritik. Nach *Schweller* ist die These von *Walt* falsch, dass ein balancing-Verhalten verbreiteter sei als *Bandwagoning*. *Schweller* sieht, dass die beiden Verhaltensweisen sich nicht gegenseitig ausschließen. Das Motiv für *Bandwagoning* ist ein grundsätzlich anders als das für *Balancing*. Mit seinen Worten:

Bandwagoning is commonly done in the expectation of making gains; balancing is done for security and it always entails costs. In practice, even Great Powers have chosen to remain on the sidelines in the hope of avoiding the high costs of balancing aggressively against powerful predatory states.<sup>91</sup>

Dieser Punkt gibt einige Hinweisen darauf, warum z. B. Japan seinen Sicherheitspakt mit den USA trotz dem Ende des Ost-West-Konflikts beibehält, warum die ehemaligen Satellitenstaaten der Sowjetunion in die NATO eintreten möchten oder warum Südkorea seine Allianz mit den USA trotz wirtschaftlicher Überlegenheit gegenüber Nordkorea weiter behalten will.

---

<sup>90</sup> Vgl. ebd., S. 15–17.

<sup>91</sup> *Schweller: Bandwagoning for Profit*, S. 106.

### 2.1.3. Die internationale Ordnung

#### **Das Konzept der Devianz**

Das Konzept der Devianz im internationalen System, also des abweichenden Verhaltens von Staaten von der bestehenden internationalen Ordnung, ist relevant für den Begriff der Isolation in der internationalen Politik. Aus realistischer Sicht wird die Isolation von Akteuren im internationalen System als kein dominantes Problem gesehen, da sich die Akteure nur mit ihren eigenen Interessen beschäftigen. Internationale Isolation ist nach *Thomas Jäger*:

eine Form des Umgangs mit Akteuren, die sich den Beschränkungen der bestehenden Weltordnung nicht unterordnen wollen, sei es, dass sie aus machtpolitischen Gründen ihre Stellung als unzureichend betrachten (wie der Irak, aber auch der Iran), dass sie um den Bestand ihrer Herrschafts- und Gesellschaftsordnung fürchten (wie in Nordkorea) oder in ideologisch-machtpolitischen Rivalitäten zu den dominanten Mächten der internationalen Ordnung stehen (wie Libyen).<sup>92</sup>

Isolierte Staaten haben aus ihrer besonderen Stellung heraus gewöhnlich kein Interesse an der Aufrechterhaltung der bestehenden internationalen Ordnung. Im Gegenteil. Sie sind eher daran interessiert, dass sich die weltpolitischen Strukturen ändern und eine Lage entsteht, in der es ihnen gelingt, ihre Interessen effektiver durchzusetzen.<sup>93</sup>

Während es im bipolaren System „Paria-Staaten“ geben kann, gibt es im unipolaren System so genannte „deviante Staaten“. Mit *deviant state* soll ein weiterführender Begriff aufgestellt werden, weil es um von den Normen der internationalen Ordnung abweichendes Verhalten geht. Diese Staaten sind Akteure im internationalen System, die aufgrund ihres politischen Systems,

---

<sup>92</sup> Jäger, Thomas: *Isolation in der internationalen Politik* (Baden-Baden: Nomos, 1996), S. 28.

<sup>93</sup> Ebd., S. 30.

ihrer ideologischen Haltung, ihrer Führung oder allgemeinen Verhaltens an diplomatischer Isolation und global verbreitetem Tadel leiden. Ihre Legitimität wird angezweifelt, seitdem man wahrnimmt, dass sie sich etablierten Regeln internationaler Gesetze, der Diplomatie und anderen Verhaltensnormen widersetzen, die normalerweise in der internationalen Gesellschaft gelten. Das klassische Beispiel dafür war Südafrika von 1948 bis 1994. Aber der Paria-Status wird oft nach den Interessen und Werten eines dominanten Staates subjektiv verliehen. Für die USA ist deshalb *Fidel Castros* Kuba seit der Revolution von 1959 ein Paria-Staat.<sup>94</sup>

In diesem Sinne können so genannte Schurkenstaaten und der Aufstieg der Volksrepublik China ebenso als Herausforderungen an die USA verstanden werden, wie die Auflösung der Regeln internationaler Ordnung durch das abweichende Verhalten devianter Staaten. Dagegen denken Europäer hierüber anders als Amerikaner.<sup>95</sup> Laut *Thomas Jäger*:

In Europa hingegen wird vor allem die Regelverletzung (...) – die Missachtung der Regeln der internationalen Ordnung durch die USA selbst – thematisiert. Dass der Iran möglicherweise Massenvernichtungswaffen besitzen wird, ebenso wie Nordkorea, Pakistan, Israel und andere, wird in den europäischen Regierungen als geringere Gefahr wahrgenommen als die militärisch ausgeführte Politik der USA gegenüber diesen Staaten. Die Regierungen der europäischen Staaten verfügen dabei über keine gemeinsame Bedrohungsanalyse, aber der Unterschied zu den Bedrohungsanalysen der amerikanischen Regierung ist – mit Ausnahme Großbritanniens – noch größer.<sup>96</sup>

---

<sup>94</sup> Vgl. Evans/Newnham: *The Penguin Dictionary of International Relations*, S. 417–418.

<sup>95</sup> Vgl. Jäger, Thomas: Ordnung, Bedrohung, Identität: Grundlage außenpolitischer Strategien, in: Jäger, Thomas/Höse, Alexander/Oppermann, Kai (Hrsg.): *Die Sicherheitsstrategien Europas und der USA – Transatlantische Entwürfe für eine Weltordnungspolitik* (Baden-Baden: Nomos, 2005), S. 9–26 (17–18).

<sup>96</sup> Ebd., S. 18.

In diesem Kontext stehen die Frage des Aufstiegs Chinas und das Atomwaffenprogramm Nordkoreas mit Fragen im Mittleren Osten ganz oben auf der außenpolitischen Agenda der USA.

### **Die Definition von internationaler Ordnung**

Was ist eine internationale Ordnung? Für eine Antwort darauf ist zuerst die Abgrenzung zwischen „internationaler Ordnung“ und „internationalem System“ hilfreich. Die Definition des internationalen Systems ist laut *Robert Mundell* and *Alexander Swoboda*: “A system is an aggregation of diverse entities united by regular interaction according to a form of control.”<sup>97</sup> Bei dieser Definition hat nach *Robert Gilpin* ein „internationales System“ drei wichtige Aspekte.

In the first place, there are the “diverse entities,” which may be processes, structures, actors, or even attributes of actors. Second, the system is characterized by “regular interaction,” which can vary on a continuum from infrequent contacts to intense interdependence of states. Third, there is some “form of control” that regulates behavior and may range from informal rules of the system to formal institutions.<sup>98</sup>

Außerdem ist nach *Martin Wight* und *Hedley Bull* ein internationales System:

eine Gruppe von souveränen Staaten, die so viele Interaktionen untereinander haben, dass das Verhalten jedes dieser Mitglieder die Beziehungen un-

---

<sup>97</sup> Mundell, Robert A./Swoboda, Alexander K. (eds.): *Monetary Problems of the International Economy* (Chicago: University of Chicago Press, 1969), S. 343 zitiert nach Gilpin: *War and Change in World Politics*, 26.

<sup>98</sup> Gilpin: *War and Change in World Politics*, S. 26.

tereinander beeinflusst. Ein System ist demnach erst einmal nichts anders als die Zustandsbeschreibung einer gewissen Interdependenz.<sup>99</sup>

Dagegen wurde eine „internationale Ordnung“ von *Hedley Bull* definiert als “A pattern of activity that sustains the elementary or primary goals of the society of states, or international society.”<sup>100</sup> *Gilpin* schreibt auch darüber:

During the imperial era, the governance of an international system (what some today would call the international order) was provided by these imperial structures. Because each empire tended to represent, or at least to be dominated by, a particular civilization and religion, empires held few values and interests in common; they evolved few rules or institutions to govern their relations.<sup>101</sup>

Laut *Gorden Craig* und *Alexander George* müssen drei Elemente gegeben sein, um von einer internationalen Ordnung zu sprechen:

(1) eine gemeinsame Übereinkunft zwischen den beteiligten Staaten über die Ziele und Perspektiven; (2) das Vorhandensein einer Systemstruktur, die der Herstellung der Ziele dient und (3) die Existenz und Wirksamkeit akzeptierter Verfahrensregeln (Normen, Usancen und Institutionen).<sup>102</sup>

Außerdem schreibt *Thomas Jäger* über die internationale Ordnung:

---

<sup>99</sup> Krause, Joachim: Amerikanische und europäische Konzepte zur internationalen Ordnung, in: Jäger, Thomas/Höse, Alexander/Oppermann, Kai (Hrsg.): *Transatlantische Beziehungen: Sicherheit–Wirtschaft–Öffentlichkeit* (Wiesbaden: VS Verlag, 2005), S. 35–61 (37).

<sup>100</sup> Bull: *The Anarchical Society*, S. 7.

<sup>101</sup> Gilpin: *War and Change in World Politics*, S. 111.

<sup>102</sup> Die Übersetzung von Krause: Amerikanische und europäische Konzepte zur internationalen Ordnung, S. 37.

Staaten unterstehen keiner gemeinsamen Autorität. (...) Obwohl keine legitim autorisierten sanktionsbewehrten Regeln im internationalen System existieren, verhalten sich Staaten jedoch in gleicher Weise. (...) Staaten, die im Innern sehr unterschiedlich organisiert sind, verhalten sich nach außen ähnlich. (...) Der Handlungsspielraum der Staaten variiert dabei entsprechend ihrer Positionierung im internationalen System, wobei mächtige Staaten grundsätzlich über mehr Optionen für außenpolitisches Handeln verfügen als schwächere Staaten. Nur in als peripher wahrgenommenen Regionen können sich schwächere Staaten dem Druck der Ordnungsmächte entziehen. Diese Option variiert entsprechend der Ordnungsstrukturen; (...) <sup>103</sup>

Ein wichtiges Problem in den internationalen Beziehungen ist das Bildungsproblem einer internationalen Ordnung, das heißt, wie eine internationale Ordnung geschaffen, wie sie gebrochen und wie sie erneut gebildet wird. Eine internationale Ordnung wird hergestellt, wenn die grundlegend organisierten Vereinbarungen in einem internationalen System getroffen werden. Die Ordnung wird gebrochen, wenn die Vereinbarungen gestürzt oder in Unordnung gebracht werden. Die Ordnung wird wieder hergestellt, wenn die Vereinbarungen wieder geschaffen werden. <sup>104</sup>

Eine Diskussion über die Einflussfaktoren in der internationalen Ordnungsbildung lässt sich folgendermaßen gliedern. Eine Gruppe betont die Wichtigkeit von Macht für die Ordnungsbildung und die andere Gruppe betont die Wichtigkeit von Institutionen. Die erste Gruppe wird als Realisten bezeichnet, die andere als Institutionen. Die Eigenschaft und die Stabilität der Ordnung in der Zeit nach dem Ende eines Krieges hängen von z. B. den Kapazitäten von Staaten ab, die im Krieg gewonnen haben. Die Staaten können institutionelle Mechanismen entwickeln und verbindliche Vereinbarungen herstellen. Die realistische Tradition hat eine klare Antwort auf die

---

<sup>103</sup> Jäger: Ordnung, Bedrohung, Identität: Grundlage außenpolitischer Strategien, S. 11.

<sup>104</sup> Vgl. Ikenberry, G. John: *After Victory – Institutions, Strategic Restraint, and the Rebuilding of Order after Major Wars* (Princeton/Oxford: Princeton University Press, 2001), S. 22–23.



grundlegende Frage, wie die internationale Ordnung zwischen Staaten geschaffen wird. Die Realisten behaupten, dass die internationale Ordnung durch die Macht von Staaten hergestellt und erhalten wird. Ein Wandel in der internationalen Ordnung findet letztlich durch eine Veränderung in der Machtverteilung des internationalen Systems statt. In dieser realistischen Sicht gibt es allerdings auch zwei unterschiedliche Ansichten über die Ordnungsbildung in der internationalen Politik: die balance-of-power Theorie von *Kenneth Waltz* und die Hegemonie Theorie von *Robert Gilpin*. Außerdem gibt es aus institutioneller Sicht eine konstitutionelle Ordnung.<sup>105</sup>

### **Balance-of-power/hegemoniale Ordnung**

Die balance-of-power Theorie erklärt die internationale Ordnung als das Ergebnis von einem *Balancing*- und einem Anpassungsprozess gegenüber den Machtkonzentrationen oder Bedrohungen zwischen Staaten unter den Bedingungen der Anarchie. Eine „balance-of-power Ordnung“ beruht nach *Waltz* auf dem Prinzip der „Anarchie“ im internationalen System. In einer anarchischen Welt gibt es Anreize zum *Balancing*, weil Staaten sehr empfindlich in Bezug auf ihre relative Machtposition sind. Wenn mächtige Staaten auftauchen, versuchen die anderen sekundären Staaten, sich durch eine entweder innerstaatliche und/oder internationale Gegenmachtbildung zu verteidigen. Allianzen treten als vorübergehende Koalitionen von Staaten auf, um sich der Machtkonzentration zu widersetzen. Wenn sich die Machtverteilung verändert, dann verändert sich auch die Koalition. Also basiert die internationale Ordnung auf den *Balancing*-Handlungen von Staaten.<sup>106</sup>

Nach *Gilpin* wird die internationale Ordnung von einem hegemonialen Staat geschaffen und erhalten. Der Staat verwendet seine Macht, um die Beziehung zwischen Staaten zu organisieren. Die internationale Ordnung ist nach seiner Meinung eine Reflexion der Machtverteilung zwischen Staaten innerhalb eines internationalen Systems in einem spezifischen Zeitpunkt der

---

<sup>105</sup> Vgl. ebd., S. 10–11.

<sup>106</sup> Vgl. ebd., S. 11 und 23–26.

Geschichte. Eine Veränderung dieser Machtverteilung führt nicht nur zu Konflikten und Rissen im internationalen System, sondern auch zu einem Krieg und gegebenenfalls einer Reorganisation der internationalen Ordnung, in der sich eine neue Verteilung von Machtkapazitäten zeigt. Ein aufsteigender und vorherrschender Staat oder eine Gruppe von Staaten, deren Machtposition durch einen Krieg anerkannt wurde, entscheidet die Eigenschaften der neuen Ordnung nach dem Ende des Krieges.<sup>107</sup> Mit seinem Worten:

(...) the legitimacy of the “right to rule” on the part of a great power may be said to rest on three factors. First, it is based on its victory in the last hegemonic war and its demonstrated ability to enforce its will on other states; the treaties that define the international status quo and provide the constitution of the established order have authority in that they reflect this reality. (...)<sup>108</sup>

Eine „hegemoniale Ordnung“ beruht zwar auch auf der Machtverteilung zwischen Staaten, aber sie funktioniert nach einer ganz anderen Logik als die balance-of-power Ordnung. Die Machtbeziehungen zwischen Staaten werden durch das Prinzip der „Hierarchie“ entschieden. In einer hierarchischen internationalen Ordnung werden sich Staaten in über- und untergeordnete Positionen vertikal integrieren. Hierarchien können durch unterschiedliche Wege, sowohl durch die Regeln eines Gesetzes und die Wirksamkeit eines formellen institutionellen Prozesses als auch durch die zwingende Ausübung von Macht, geschaffen und erhalten werden. Die extremste Form hegemonialer Ordnung kann ein Imperium sein. Darin haben schwache Staaten keine völlige Souveränität und letztendlich werden sie durch eine zwingende Vorrangstellung kontrolliert. Die hegemoniale Ordnung ist hierarchisch, obwohl innerhalb der Ordnung die sekundären und schwachen

---

<sup>107</sup> Vgl. ebd., S. 11–12.

<sup>108</sup> Gilpin: *War and Change in World Politics*, S. 34.

Staaten formell souverän sind und die Bereiche und Mechanismen von Herrschaft locker oder weniger formell sein können.<sup>109</sup>

Die internationale Politik ist nach *Gilpin* eine Folge von Ordnungen, die führende Staaten der Welt den anderen Staaten aufdrängen. Ein hegemonialer Staat benutzt seine dominante Position, um eine vorteilhafte Ordnung für seine Interessen herzustellen. Regeln und Rechte werden durch die Machtkapazität des hegemonialen Staates eingeführt und durchgesetzt.<sup>110</sup> Im Verhältnis dazu schreibt *Mearsheimer*:

A hegemon is a state that is so powerful that it dominates all the other states in the system. No other state has the military wherewithal to put up a serious fight against it. In essence, a hegemon is the only great power in the system. (...) The United States, for example, is the most powerful state on the planet today. But it does not dominate Europe and Northeast Asia the way it does the Western Hemisphere, (...).<sup>111</sup>

Zusammenfassend sind balance-of-power und hegemoniale Ordnungen die Ergebnisse von internationaler Machtverteilung. Balance-of-power Ordnungen reflektieren vorhersagbare und musterhafte Reaktionen auf die vorherrschende Machtverteilung. Diese Reaktionen werden durch ein grundsätzliches Interesse der Staaten getrieben. Die Staaten haben das Interesse, ihre Position beizubehalten und nicht von einem unkontrollierten hegemonialen Staat beherrscht zu werden. Wenn sich die Machtverteilung verändert, dann sollte ein *Balancing* oder eine Allianz entstehen. Hegemoniale Ordnungen werden durch die Machtkonzentration hergestellt und aufrechterhalten, wobei es den Unterschied bezüglich der Stärke des Zwangs auf schwächere und sekundäre Staaten gibt. Während die balance-of-power Ordnung

---

<sup>109</sup> Vgl. Ikenberry: *After Victory*, S. 26–29.

<sup>110</sup> Vgl. Gilpin: *War and Change in World Politics*, S. 42–43.

<sup>111</sup> Mearsheimer: *The Tragedy of Great Power Politics*, S. 40–41.

auf der Überprüfung oder dem Ausgleich einer konzentrierten Macht beruht, basiert die hegemoniale Ordnung auf einer unkontrollierten Macht.<sup>112</sup>

Neorealistischen Theorien sind für die Erklärung der internationalen Ordnungsbildung nach dem Ende eines Krieges hilfreich. Aber die weitreichende Stabilität der westlichen Nachkriegsordnung seit dem Ende des Ost-West-Konflikts ist eine Herausforderung an die folgenden Theorien. Nach der balance-of-power Theorie sollte ein strategisches *Balancing* von sekundären Staaten wie Japan, Deutschland oder eine regionale Allianz gegen die USA entstehen oder wenigstens Sicherheitsorganisationen, wie z. B. die NATO oder der amerikanisch-japanische Sicherheitspakt, geschwächt werden.<sup>113</sup> Waltz erwartete, dass die NATO am Ende des Ost-West-Konfliktes schwächer würde und letztendlich verschwinden würde.<sup>114</sup> Aber diese Phänomene entstehen noch nicht.

Nach der hegemonialen Theorie sollten auch ausgleichende Aktionen durch asiatische oder europäische Allianzen folgend aus dem extremen Übergewicht der amerikanischen Macht ausgelöst werden oder zumindest die sicherheitspolitischen Verbindungen mit den USA lockerer werden. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Ende der Bipolarität fand eine plötzliche Veränderung in den internationalen Machtbeziehungen statt. Im Gegensatz zu den neorealistischen Erwartungen dauern die guten Beziehungen zwischen den USA und der westlichen Welt weiterhin an.<sup>115</sup> Außerdem wurde die NATO am Ende der 1990er Jahre sogar erweitert und es gibt noch eine Erweiterungsoption bis in die zentralasiatische Region.<sup>116</sup> Darüber

---

<sup>112</sup> Vgl. Ikenberry: *After Victory*, S. 28–29.

<sup>113</sup> Vgl. ebd., S. 246–251.

<sup>114</sup> Vgl. Waltz, Kenneth N.: The Emerging Structure of International Politics, in: *International Security*, Vol. 18, No. 2 (Fall 1993), S. 44–79 (76).

<sup>115</sup> Vgl. Ikenberry: *After Victory*, S. 12–13.

<sup>116</sup> Vgl. Stelzenmüller, Constanze: Bündnis in Bedrängnis: Die NATO in ihrer größten Bewährungsprobe, in: *Internationale Politik* (6/2004), S. 1–12 (5–6).

hinaus wurde die amerikanisch-japanische Sicherheitsallianz durch die beiden Abkommen von 1997 und 2006 bestärkt.<sup>117</sup>

### **Konstitutionelle Ordnung**

Außer der balance-of-power und hegemonialen Ordnung gibt es nach *Ikenberry* noch einen weiteren wichtigen Typ für die internationale Ordnung: die konstitutionelle Ordnung. Dieses Konzept stammt aus der institutionellen Sicht. Der liberale Institutionalismus ist ein intellektueller Gegenspieler des strukturellen Realismus entstanden. Der Unterschied zwischen den beiden Theorien liegt in den unterschiedlichen Vorstellungen darüber, wie rationale Akteure Unsicherheiten im internationalen System überwinden. Staaten haben nur zwei Optionen, um sich das Überleben in der internationalen Anarchie zu sichern: durch die nationale Selbsthilfe oder die zwischenstaatliche Kooperation. Während der Neorealismus von einer Festlegung der Staaten an der Option der Selbsthilfe ausgeht und damit eine Überwindung der Anarchie als unmöglich betrachtet, geht der liberale Institutionalismus davon aus, dass die internationale Anarchie durch die internationale Kooperation wie z. B. internationale Organisationen überwunden werden können.<sup>118</sup>

Konstitutionelle Ordnungen sind von legalen und politischen Institutionen abhängig. Sie können Rechte verteilen und die Ausübung von Macht beschränken. In einer konstitutionellen Ordnung ist Macht „zahn“. Die konstitutionelle Ordnung wird durch die Existenz eines konstitutionellen Dokuments weder identifiziert noch garantiert, obwohl sie auf einer geschriebenen Verfassung basiert. Vielmehr wird sie durch zwischen Staaten einverstandene und institutionelle Regeln, Rechte und Festlegungen, die in-

---

<sup>117</sup> Vgl. Ekert, Paul: US, Japan agree overhaul of security ties, in: *Washington Post* (01.05.2006).

<sup>118</sup> Vgl. Kim, Samuel S.: North Korea and Northeast Asia in World Politics, in: Kim, Samuel S./Lee, Tai Hwan (eds.): *North Korea and Northeast Asia* (New York u.a.: Rowman & Littlefield, 2002), S. 3–58 (13); und Gu: *Theorien der internationalen Beziehungen*, S. 73.

nerhalb der Ordnung die Ausübung von Macht prägen und begrenzen können, sichergestellt.<sup>119</sup>

Eine konstitutionelle Ordnung hat drei wichtige Elemente. Erstens besteht eine gemeinsame Vereinbarung in den Prinzipien und Regeln der Ordnung. Darauf beruhen die Teilnahme und Zustimmung von Staaten. Zweitens werden Regeln und Institutionen eingeführt, die eine Bindung und eine autoritäre Beschränkung der Machtanwendung regeln. Die Beschränkung der Ausübung von Macht wird durch institutionelle Mittel und Verfahren garantiert. Daraus resultiert, dass ein führender Staat seine Macht innerhalb eines institutionellen politischen Prozesses ausüben muss. Und drittens sind unter einer konstitutionellen Ordnung diese Regeln und Institutionen im breiteren politischen System nicht leicht veränderbar. Konstitutionelle Auseinandersetzungen sind selten. Wenn die Institutionen oder Regeln einmal verabschiedet werden, dann findet die Politik innerhalb dieses legalen und institutionellen Rahmens statt.<sup>120</sup>

Die Diskussion über die konstitutionelle Ordnung weist auf die Überlegungen über die amerikanische unipolare Position im internationalen System nach dem Ende der Bipolarität hin, da es zweifelhaft ist, dass die USA ihre unipolare Position durch die Logik der balance-of-power oder hegemonialen Ordnung dauerhaft behalten können. Wenn die USA nur diese Strategie verfolgen, dann wird die Beibehaltung ihrer Position im internationalen System ihnen schwer fallen. Der Grund dafür liegt darin, dass hier mehr Transaktionskosten für internationale Angelegenheiten als bei der Beibehaltung internationaler Institutionen anfallen. Dabei wird vorausgesetzt, dass die Kosten für die Gründung und Beibehaltung der Institutionen kleiner als die Transaktionskosten sind.

Die bisherige Diskussion wird mit der folgenden Tabelle von *John Ikenberry* dargestellt.

---

<sup>119</sup> Vgl. Ikenberry: *After Victory*, S. 29–30.

<sup>120</sup> Vgl. ebd., S. 31–32.

Abbildung 2–1: Die Typen internationaler Ordnung<sup>121</sup>

	Balance of Power	Hegemonic	Constitutional
organizing principle	anarchy	hierarchy	rule of law
restraint on concentrated power	counterbalancing coalitions	none	binding institutions
Source of stability	equilibrium of power	preponderance of power	limits on the return to power

## 2.2. Die Sicherheitsstrategie der USA

### 2.2.1. Die unipolare Stellung der USA

#### **Die Kriterien für Unipolarität**

Es gibt verschiedene Faktoren für die Bestimmung einer Polarität im internationalen System. Einige Analytiker identifizieren einen polaren Status mit wirtschaftlichen Kapazitäten, normalerweise wird dazu das Bruttoinlandsprodukt (BIP) herangezogen. Entsprechend dem BIP lässt sich im internationalen System eine *tripolare* Struktur feststellen. Dabei bilden die USA den mächtigsten Pol, Japan und Deutschland (bzw. die Europäische Union) die kleineren Pole.<sup>122</sup> Wenn das BIP der USA von 2005 als 100% (10.996 Billi-

<sup>121</sup> Ebd., S. 24.

<sup>122</sup> Vgl. Ikenberry: *After Victory*, S. 280.

arden US-Dollar) gesetzt wird, dann erreicht Japan davon 45% (4.994) und Deutschland 18% (1.962). Die Summe von den europäischen Staaten in OECD beträgt 86% (9.493).<sup>123</sup>

Andere Studien orientieren sich als Kriterium für eine Polarität ausschließlich an der Militärkapazität eines Landes. Allerdings gibt es unterschiedliche Meinungen darüber, wie groß die Militärkapazität eines Staates für einen polaren Status sein muss. Zum Beispiel definiert *Mearsheimer* eine polare Macht als “To qualify as a pole in a global or regional system, a state must have a reasonable prospect of defending itself against the leading state in the system by its own efforts.”<sup>124</sup> Nach dieser Definition bleibt das heutige System bipolar, weil Russland sich gegen einen amerikanischen Angriff noch selbst verteidigen kann. Außerdem könnte man auch die Volksrepublik China als einen Pol qualifizieren. Als ein anderes Beispiel setzen andere Wissenschaftler dieser Schule die Polarität mit einer Nuklearmacht gleich. In diesem Fall unterscheiden sie zwei Fälle: 1) ein Supermachtstatus durch den einfachen Besitz von Atomwaffen und 2) eine so genannte Zweitschlagkapazität mit Atomwaffen. Im ersten Fall ist die internationale Struktur multipolar und im zweiten Fall nur noch bipolar.<sup>125</sup>

Eine weitere Schule betont die ideologischen Grundlagen einer Polarität. In dieser Studie wird die Zeit zwischen 1918 und 1945 als ein tripolarer Kampf (Faschismus, Demokratie und Kommunismus) und die Zeit zwischen 1945 und 1960 als ein tripolares System (Kommunismus, Westliche Orientierung und Neutrale Gruppen) klassifiziert. Wenn man dieses Konzept anwendet, dann könnte das heutige System entweder als unipolar, bipolar oder multipolar bezeichnet werden. Nach *Fukuyamas* These<sup>126</sup> „das Ende

---

<sup>123</sup> Siehe <http://www.oecd.org/dataoecd/48/4/33727936.pdf> (Stand:12.10.2006).

<sup>124</sup> Mearsheimer: *Back to the Future*, S. 7.

<sup>125</sup> Vgl. Schweller, Randall L.: *Realism and the Present Great Power System – Growth and Positional Conflict Over Scarce Resources*, in: Mastanduno, Michael/Kapstein, Ethan B. (eds.): *Unipolar Politics – Realism and State Strategies After the Cold War* (New York: Columbia University Press, 1999), S. 28–68 (37–38).

<sup>126</sup> Vgl. Fukuyama, Francis: *The End of History?*, in: *The National Interest* (Summer 1989), S. 3–18.



der Geschichte“, in dem ein Triumph der liberal-demokratischen Ideologie vorausgesetzt wird, ist die Welt unipolar. Im Gegensatz dazu ist die Welt bipolar nach *Kishore Mahbubanis* Phrase *“the West against the Rest”*. Darüber hinaus prognostiziert *Samuel Huntington* in seinem Buch<sup>127</sup> einen multipolaren Kampf zwischen dem Westen, dem Buddhismus, den Konfuzianern, der Japanischen Religion, der Slawisch-orthodoxen Ausrichtung, Lateinamerika, dem Hinduismus und der islamischen Kultur.

Es gibt also verschiedene Meinungen über die heutige Struktur der internationalen Ordnung, z. B. die „Unipolarität mit regionaler Multipolarität“, die „Uni- Multipolarität (eine Supermacht und einige Großmächte)“<sup>128</sup> oder die „Multi-Multipolarität“.<sup>129</sup> Nach *Thomas Jäger* ist sie unipolar (USA) im Bereich des Militärs und bipolar (USA, Europa) im Bereich der Ökonomie bezüglich der Globalisierung (verstanden als Prozesse, die die Faktoren Raum und Zeit gegen Null komprimieren), der Transnationalisierung (also der stabilen Interaktionen von gesellschaftlichen Akteuren im internationalen System) und der Internationalisierung (als Versuch der Staaten, Steuerungsfähigkeiten gegenüber den gesellschaftlichen Akteuren zurück zu gewinnen).<sup>130</sup>

### **Die unipolare Stellung der USA im internationalen System**

Die Verbindung der unterschiedlichen Elemente, die in der Regel als die wichtigen Grundlagen von Macht akzeptiert werden, ist ein möglicher Weg, um die Struktur eines Systems zu definieren. Die Wissenschaftler, die an Einschätzungen der Polarität oder der Staatsmacht arbeiten, sind sicher damit einverstanden, dass Staaten danach eingeordnet werden sollen, wie sie

---

<sup>127</sup> Huntington, Samuel P.: *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order* (New York, 1996).

<sup>128</sup> Dies bedeutet, dass die USA die Kooperation einiger Großmächte in der Verhandlung internationaler Angelegenheiten brauchen. vgl. Huntington, Samuel P.: *The Only Superpower*, in: *Foreign Affairs*, Vol. 78, No. 2 (March/April 1999), S. 35–49 (36–37).

<sup>129</sup> Vgl. Schweller: *Realism and the Present Great Power System*, S. 37–39.

<sup>130</sup> Vgl. Jäger: *Ordnung, Bedrohung, Identität: Grundlagen außenpolitischer Strategien*, S. 14.

bezüglich der verschiedenen Dimensionen von Macht abschneiden. Studien dieses Typs enthalten normalerweise drei Bereiche von Machtkapazitäten – Bevölkerung und Territorium, wirtschaftliche Kräfte und Militärkapazitäten. Wenn diese Einschätzung genutzt wird, ist das heutige internationale System „unipolar“. Nur die USA haben eine imposante Kraft in allen drei Machtbereichen, obwohl einige Staaten eine große ökonomische Macht (Japan und Deutschland) und andere Staaten (Russland und China) eine große Militärmacht, Bevölkerung und ein großes Territorium haben.<sup>131</sup>

Viele Wissenschaftler stimmen mit dieser Ansicht überein. Zum Beispiel schreibt ein bekannter US-Kolumnist *Charles Krauthammer*:

American preeminence is based on the fact that it is the only country with military, diplomatic, political and economic assets to be a decisive player in any conflict in whatever part of the world it chooses to involve itself.<sup>132</sup>

*Thomas Jäger* schreibt dazu:

Die Zeit nach dem Ende des Ost-West-Konflikts kannte in der Praxis nur eine Ordnung und eine Ordnungsmacht: die unipolare Struktur, wobei die USA als zentraler Akteur über ein solches Maß an Fähigkeiten verfügten, dass ein Ausgleich durch andere Staaten (allein oder Allianzen) nicht möglich war. Das System ist deshalb von einer grundlegenden Asymmetrie geprägt.<sup>133</sup>

*Christopher Layne* schreibt:

---

<sup>131</sup> Vgl. Schweller: Realism and the Present Great Power System, S. 37–39.

<sup>132</sup> Krauthammer, Charles: The Unipolar Moment, in: *Foreign Affairs*, Vol. 70, No. 1 (Winter 1990/91), S. 23–33 (24).

<sup>133</sup> Jäger: Ordnung, Bedrohung, Identität: Grundlagen außenpolitischer Strategien, S.12.

The Soviet Union's collapse transformed the international system from bipolarity to unipolarity. To be sure, the United States has not imposed a "universal monarchy" on the international system. There are other states that are formidable militarily (Russia) or economically (Japan and Germany). However, because only the United States possesses imposing strength in all categories of great power capability, it enjoys a preeminent role in international politics.<sup>134</sup>

*Stephen Walt* stimmt dieser Meinung auch zu, da die USA die größte Wirtschaft in der Welt haben, einen überwältigen militärischen Vorteil aufweisen, eine dominante Position in wichtigen internationalen Institutionen innehaben und eine günstige geopolitische Lage haben.<sup>135</sup> *Robert Pape* definierte die Unipolarität als:

The distinct quality of a system with only one superpower is that no other single state is powerful enough to balance against it. As a unipolar leader, the United States is also more secure than any other state in the world, able to determine the outcome of most international disputes, and has significant opportunities to control the internal and external behavior of virtually any small state in the system.<sup>136</sup>

Diese Definition deutet an, warum die USA eine unilaterale Politik gegenüber Nordkorea durchführen.

---

<sup>134</sup> Layne, Christopher: The Unipolar Illusion: Why New Great Power Will Rise, in: *International Security*, Vol. 17, No. 4 (Spring 1993), S. 5–51 (5).

<sup>135</sup> Vgl. Walt, Stephen M.: *Taming American Power - The Global Response to U.S. Primacy* (New York/London: W. W. Norton, 2005), S. 31–32.

<sup>136</sup> Pape, Robert A.: Soft Balancing against the United States, in: *International Security*, Vol. 30, No. 1 (Summer 2005), S. 7–45 (11).

## Die Merkmale der Unipolarität

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion veränderte sich die internationale Ordnung von der bisherigen bipolaren zu einer unipolaren. Viele amerikanische Wissenschaftler, insbesondere Neorealisten, halten die heutige unipolare Ordnung im internationalen System für instabil oder gefährlich. *Kenneth Waltz* behauptet, dass Bipolarität stabiler als Uni- oder Multipolarität ist, denn andere Staaten fühlen sich durch die Machtkonzentration in einem unipolaren System bedroht und versuchen deshalb, eine *Balance of Power* als ein bi- oder multipolares System wieder herzustellen. Nach seiner Meinung können die USA dies nicht verhindern. Darüber äußerte er sich folgendermaßen: “the structure of international politics has simply been remade by the disappearance of the Soviet Union, and for a time we will live with unipolarity.”<sup>137</sup> Die Unipolarität widerspricht der zentralen These des Neorealismus. Diese Perspektive ist anders als die von klassischen Realisten. *Morgenthau* hielt die bipolare Konkurrenz zwischen den USA und der Sowjetunion für besonders gefährlich.<sup>138</sup>

Gerade wurde diskutiert, dass die unipolare Ordnung im internationalen System instabil ist und die Neorealisten die Bipolarität für besonders stabil halten. Dagegen gibt es aber auch andere Strömungen, die der Meinung sind, dass die unipolare Ordnung stabil ist. Dies erklärt *William Wohlforth* anhand von drei Punkten. Erstens ist das heutige System „unipolar“. Unipolarität ist eine Struktur, in der die Kapazitäten des dominanten Staates zu groß sind und deshalb niemand dagegen balancieren kann. Zweitens ist die Unipolarität „friedlich“. Sie verhindert sowohl Kriege zwischen Großmächten als auch Konkurrenz auf relativ niedrigen Ebenen um „Prestige“<sup>139</sup> oder Sicherheit. Dafür gibt es zwei Gründe: zum einen beseitigt der Machtvorteil des dominanten Staates das Problem hegemonialer Rivalität in der Weltpoli-

---

<sup>137</sup> Waltz: *Structural Realism after the Cold War*, S. 39.

<sup>138</sup> Vgl. Walt: *International Relations: One World, Many Theories*, S. 30–31.

<sup>139</sup> The reputation for strength is what we call *prestige*. A country gains prestige from the possession of economic and military power. In: Hawtrey, Ralph G.: *Economic Aspects of Sovereignty* (London: Longman, 1952), S. 64, zitiert nach Gilpin: *War and Change in World Politics*, S. 32.

tik und zum anderen reduziert dies die Möglichkeit des balancing- Verhaltens von Großmächten. Und drittens ist die Unipolarität „haltbar“. Sie ist von zwei Pfeilern abhängig: 1) die massive Machtlücke zwischen den USA und anderen Staaten und 2) die amerikanische geographische Lage und deshalb die Schwierigkeit einer Allianzbildung von Großmächten gegen die USA.<sup>140</sup>

Nach *Robert Pape* gibt es drei Antworten der Realisten auf die Frage, warum keine Großmacht nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes versucht hat, gegen die USA zu balancieren.<sup>141</sup> Erstens balancieren Staaten gegen die Supermacht, aber der Prozess ist unregelmäßig und langsam. Nach *Kenneth Waltz* wurde argumentiert, dass schwache Staaten Angst und ein gemeinsames Interesse an *Balancing* gegen stärkere Staaten haben, obwohl sich die stärkeren Staaten moderat, zurückhaltend und geduldig verhalten. Außerdem bringt ein balancing-Verhalten Risiken. Die stärkeren Staaten sind nicht freundlich zu solchen Staaten, die sich ihnen widersetzen. Schwache Staaten erkennen dies. Deshalb wollen sie nach der Strategie von “*Buck-Passing*”<sup>142</sup> suchen. Dies ist der Grund dafür, warum das balancing- Verhalten gegen die USA seit dem Ende des Kalten Krieges erst langsam entsteht bzw. noch nicht stattgefunden hat.

Die zweite Antwort betont den Ruf der USA bezüglich ihrer freundlichen und milden Absichten. *Stephen Walt* behauptete, dass Staaten nicht so sehr gegen Macht allein, sondern vielmehr gegen eine Bedrohung balancieren wollen. Nach seiner Meinung könnten Staaten gute oder schlechte Absichten haben und nur Staaten, die aggressive Absichten haben, verursachen, dass andere Staaten gegen sie balancieren. Die USA haben im Vergleich zu bisherigen anderen Großmächten in der Geschichte eine Außenpolitik mit

---

<sup>140</sup> Vgl. Wohlforth: *The Stability of a Unipolar World*, S. 9–28.

<sup>141</sup> Vgl. Pape: *Soft Balancing against the United States*, S. 18–20.

<sup>142</sup> “Buck-passing is a threatened great power’s main alternative to balancing. A buck-passer attempts to get another state to bear the burden of deterring or possibly fighting an aggressor, while it remains on the sidelines. The buck-passer fully recognizes the need to prevent the aggressor from increasing its share of world of power but looks for some other state that is threatened by aggressor to perform that onerous task.” In: Mearsheimer: *The Tragedy of Great Power Politics*, S. 157–158.

ziemlich moderaten Absichten verfolgt, das heißt, sie streben nicht nach Eroberung oder Bildung eines Imperiums. Trotz der enormen potentiellen Bedrohung durch die amerikanische Macht hat deshalb niemand gegen die USA balanciert, da sie in der Regel nicht-aggressive Absichten haben.

Schließlich richtet sich die dritte Antwort auf die amerikanische „*Grand Strategy*“<sup>143</sup> aus. *John Mearsheimer* argumentierte, dass die USA seit dem zwanzigsten Jahrhundert eine „Strategie von *Offshore Balancing*“ verfolgen, nicht um wichtige Regionen der Welt zu beherrschen, sondern um die Herrschaft stärkerer Staaten über diese Regionen zu verhindern. Die Strategie des *Offshore Balancing* hat zwei wichtige Ziele: das Risiko amerikanischer Intervention in Kriegen möglichst gering zu halten und die relative Macht der USA im internationalen System zu erhöhen. Nach *Pape* hat diese *Grand Strategy* Großmächte wie die EU, Russland, Japan und China erfolgreich davon überzeugt, dass die USA auch als alleinige Supermacht kaum eine Bedrohung darstellen. Zumindest bis zur Bush-Doktrin vermied es diese *Grand Strategy* einen Anlass zu geben, der zu einem *Balancing* von anderen Staaten gegen die USA führen könnte.

Im Gegensatz dazu gibt es aber auch eine andere Sicht: die bisherige amerikanische *Grand Strategy* war nach *Christopher Layne* eine „Strategie von Übergewicht (*Strategy of Preponderance*)“. Die wichtigen Elemente dieser Strategie sind: die Herstellung und die Beibehaltung einer Weltordnung, die sowohl auf die politische, militärische und ökonomische US-Macht als auch auf die amerikanischen Werte basieren; die Maximierung der US-Kontrolle über das internationale System durch die Verhinderung des Auftauchens einer Großmacht in Europa oder in Asien; und die Beibehaltung wirtschaftlicher Unabhängigkeit als ein vitales US-Sicherheitsinteresse. In der amerikanischen *Grand Strategy* gab es nach ihm bisher keine entsprechende Änderung, obwohl der Zerfall der Sowjetunion das internationa-

---

<sup>143</sup> In conflict, strategy is an actor's plan for using armed forces to achieve military or political goals. In this context grand strategy refers to the totality of an actor's resources directed toward military, political, economic, or other objectives. Vgl. Arreguin-Toft, Ivan: *How the Weak Win Wars: A Theory of Asymmetric Conflict* (New York u.a.: Cambridge University Press, 2005), S. 29.

le System erheblich umgewandelt hat. Bezüglich ihrer Ambitionen, Interessen und Allianzen verfolgen die USA die Strategie des Übergewichts, die sie von 1945 bis 1991 verfolgt haben. Er behauptete, dass die USA eine Alternative zur bisherigen Strategie suchen, da die Kosten und Risiken der Strategie des Übergewichts erheblich erhöht werden. Die Alternative ist die Strategie des *Offshore Balancing*.<sup>144</sup> Mit seinem Worten:

(...) the strategy of preponderance cannot be maintained much beyond that period. The changing distribution of power in the international system – specially, the relative decline of U.S. power and the corresponding rise of new great powers – will render the strategy untenable. The strategy also is being undermined because the robustness of America’s extended strategy is eroding rapidly. Over time, the cost and risks of the strategy of preponderance will rise to unacceptably high levels.<sup>145</sup>

### 2.2.2. Die US-Sicht gegenüber anderen Staaten

Die Auflösung der Sowjetunion und das Ende der Bipolarität bilden eine plötzliche Veränderung in der internationalen Machtverteilung. Dadurch entstanden nach *John Ikenberry* drei Tendenzen in der internationalen Politik. Erstens wurde Deutschland wiedervereinigt. Osteuropäische Staaten verbündeten sich mit der westlichen Allianz. Russland suchte eine gefällige Außenpolitik gegenüber der westlichen Welt. Zweitens reagierten die USA darauf durch die Erweiterung oder Schaffung einer Menge von Sicherheits- und Wirtschaftsinstitutionen, z. B. der NATO, der *North American Free Trade Agreement* (NAFTA), der *Asia Pacific Economic Cooperation* (APEC) und der *World Trade Organization* (WTO). Und drittens erweiterten die

---

<sup>144</sup> Vgl. Layne, Christopher: From Preponderance to Offshore Balancing – America’s Future Grand Strategy, in: *International Security*, Vol. 22, No. 1 (Summer 1997), S. 86–124 (86–88).

<sup>145</sup> Ebd., S. 87.

USA und die anderen industriellen Staaten kooperative Beziehungen unter der Veränderung der Machtverteilung in den 1990er Jahren. Trotz ihrer wachsenden Machtasymmetrie zu den USA versuchten die Großmächte nicht, sich gegen die USA zu balancieren oder sich von den USA zu distanzieren.<sup>146</sup>

Es gibt zwei bekannte realistische Theorien, die Erklärungen und Prognosen für das amerikanische Verhalten nach dem Ost-West-Konflikt liefern. Eine ist die balance-of-power Theorie von *K. Waltz* und die andere die balance-of-threat Theorie von *S. Walt*. Die balance-of-power Theorie ist rein systemisch und die balance-of-threat Theorie schließt sowohl systemische Faktoren als auch die Art von einheitlicher Ebene (*unit-level*) Variablen ein, die beim klassischen Realismus schon diskutiert wurden. Nach *Michael Mastanduno* ist die balance-of-threat Theorie für die Erklärung der amerikanischen Sicherheitspolitik als die balance-of-power Theorie hilfreicher.<sup>147</sup> In diesem Kapitel werden die balance-of-power Theorie und danach die balance-of-threat Theorie behandelt. Dadurch wird die amerikanische Verhaltensweise besser nachvollziehbar.

### **Aus der balance-of-power Sicht**

Die balance-of-power Theorie hat eine klare Implikation gegenüber der Unipolarität. Staaten versuchen ein *Balancing* gegen die dominante Macht eines Hegemons zu finden. Das Übergewicht der vorherrschenden Macht regt den Aufstieg einer neuen Weltmacht bzw. möglicherweise Koalitionen von Großmächten gegen den dominanten Staat an. Dabei liegt die Frage nicht darin, ob neue Mächte aufsteigen und balancieren oder nicht, sondern wann dies geschieht. *C. Layne* und *K. Waltz* erwarten einen schnellen Übergang und schlagen vor, dass sich die Unipolarität im ersten oder zweiten

---

<sup>146</sup> Vgl. Ikenberry: *After Victory*, S. 216–217.

<sup>147</sup> Vgl. Mastanduno, Michael: Preserving the Unipolar Moment – Realist Theories and U.S. Grand Strategy After the Cold War, in: Mastanduno, Michael/Kapstein, Ethan B. (eds.): *Unipolar Politics – Realism and State Strategies After the Cold War* (New York: Columbia University Press, 1999), S. 138–181.



Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts in eine Multipolarität verwandeln wird.<sup>148</sup> *Layne* schreibt, “In a unipolar world, others must worry about the hegemon’s capabilities, not its intentions. The preeminent power’s intentions may be benign today but may not be tomorrow.”<sup>149</sup> Da Neorealisten eine multipolare Welt für gefährlicher halten als eine bipolare Welt, haben sie eine pessimistische Sicht für Frieden und Kooperation zwischen den Großmächten.

In Hinsicht auf die Implikation einer unipolaren Struktur für das Verhalten eines dominanten Staates im internationalen System haben die balance-of-power Neorealisten eine ironische Sicht. Einerseits sehen sie, dass der dominante Staat sich in einer beneidenswerten Position befindet, da der Staat völlig frei ist und einen breiten Ermessensspielraum in der Leitung seiner internationalen Angelegenheiten genießt. Diese Situation ist ganz anders als unter der bipolaren Situation. Andererseits wird der dominante Staat als ohnmächtig angesehen, diesen attraktiven Zustand aufrecht zu halten. Der dominante Staat kann nur einen schnellen Aufstieg der anderen fähigen Mächte erwarten. Deshalb muss einem klar sein, dass der dominante Staat den unipolaren Moment bewahren möchte, aber dieser Zustand nicht andauern wird. Darüber hinaus meint diese balance-of-power Theorie, dass die Anstrengungen für die Beibehaltung des unipolaren Moments vergeblich und voraussichtlich kontraproduktiv sind. Stattdessen ist die vernünftige Strategie für den dominanten Staat, die Unvermeidlichkeit einer Multipolarität zu akzeptieren und den unipolaren Zeitraum auszunutzen.<sup>150</sup>

In diesem Kontext beschäftigte sich *K. Waltz* mit dem Aufstieg ausgleichender Mächte gegen die USA, wie z. B. Japan, Deutschland, China, die Europäische Union (EU) und Russland.<sup>151</sup> *Mearsheimer* befasste sich vor allem mit der Konstellation der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China als mögliche regionale Hegemone. Er prognostizierte eine

---

<sup>148</sup> Vgl. *Layne*: *The Unipolar Illusion*, S. 7–8.

<sup>149</sup> *Ebd.*, S. 13–14.

<sup>150</sup> Vgl. *Mastanduno*: *Preserving the Unipolar Moment*, S. 140–142.

<sup>151</sup> *Waltz*: *The Emerging Structure of International Politics*, S. 50–76.

Nuklearmacht der Bundesrepublik, wenn amerikanische Truppen aus Europa abgezogen würden. Und er erwartet eher China als Japan als eine Gegenmacht aufgrund der Bevölkerungsgröße und des Wirtschaftspotentials.<sup>152</sup> Layne erklärte die Nutzlosigkeit einiger amerikanischen Bemühungen für die Beibehaltung ihrer Hegemonie im folgenden Satz:

A policy of attempting to smother Germany's and Japan's great power emergence would be unavailing because structural pressures will impel them to become great powers regardless of what the United States does or does not do.<sup>153</sup>

Hierin liegt der Unterschied zwischen der balance-of-power und der balance-of-threat Sicht.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Logik der balance-of-power Theorie deutlich drei Punkte bezüglich der amerikanischen Sicherheitspolitik in der Zeit nach dem Ost-West-Konflikt herausarbeitet. Erstens verhalten sich die USA, die frei von den Begrenzungen einer bipolaren Struktur sind, als eine unkontrollierte Macht mit unbegrenztem Ermessensspielraum in der Führung ihrer internationalen Angelegenheiten. Zweitens lösen sich andere wichtige Mächte von der Abhängigkeit von den USA und bereiten sich auf ein *Balancing* gegen die USA vor. Und drittens akzeptieren die USA die Unvermeidlichkeit der Multipolarität.

Dass die USA seit der Öffnung der Berliner Mauer 1989 militärische Operationen in der Welt durchgeführt haben, ist ein Beweis für den ersten Punkt. Die folgenden Beispiele sind eine außergewöhnliche Aufzeichnung der aggressiven Handlungen. Die USA:

– invaded Panama and overthrew the government of Manuel Noriega

---

<sup>152</sup> Vgl. Mearsheimer, John J.: The Future of the American Pacifier, in: *Foreign Affairs*, Vol. 80, No. 5 (September/October 2001), S. 46–61 (50–56).

<sup>153</sup> Layne: The Unipolar Illusion, S. 46–47.

- devastated Iraq in the first Persian Gulf war
- occupied Somalia
- forced the government of Haiti from power by threatening to invade the country
- bombed the Bosnia Serbs into accepting a peace agreement
- bombed Yugoslavia into relinquishing control over its province of Kosovo
- invaded Afghanistan and overthrew the Taliban government
- attacked and occupied Iraq in the second Persian Gulf war<sup>154</sup>

Für den zweiten und dritten Punkt gibt es jedoch wenige Beweise. Vielmehr zeigen sich einige Phänomene genau entgegengesetzt, als die balance-of-power These vorhergesagt hat. Die deutsche Regierung hält den Fortbestand der NATO und die Stationierung von US-Soldaten in Deutschland für die Eckpfeiler ihrer nationalen Sicherheitsstrategie. Die japanische Strategie hängt trotz dem Ende des Ost-West-Konfliktes immer noch vom amerikanisch-japanischen Sicherheitspakt ab. Strukturelle Realisten hatten vorausgesagt, dass Deutschland und Japan Anreize haben würden, eigene Nuklearkapazitäten als Antwort auf das Sicherheitsdilemma zu bilden, das von anderen Großmächten in ihren Regionen geschaffen wird. Aber die beiden Staaten haben weder Atomwaffen noch haben sie Interesse an solchen gezeigt. Gründe dafür sind, dass die politischen und diplomatischen Kosten für die Entwicklung eines Atomwaffenprogramms extrem hoch sind und die öffentliche Meinung dagegen ist. Ein deutsches Nuklearwaffenprogramm könnte die europäische Integration zerstören, die für Deutschland vorteilhaft ist. Ein japanischer Erwerb von Atomwaffen könnte zu Ängsten in China und gegebenenfalls den USA führen. Damit würde dem japanischen Wohlstand geschadet.<sup>155</sup>

---

<sup>154</sup> Carpenter/Bandow: *The Korean Conundrum*, S. 73.

<sup>155</sup> Vgl. Goldgeier, James M./McFaul, Michael: A tale of two worlds: core and periphery in the post-cold war ear, in: *International Organization*, Vol. 46, No. 2 (Spring 1992), S. 467–491 (480–481).

Außerdem suchen weder China noch Russland eine *balancing*-Koalition gegen die USA, obwohl die beiden Staaten Meinungsverschiedenheiten mit Washington haben. Darüber hinaus liegt ein zentraler Aspekt der Sicherheitsfragen für viele Staaten in Europa und in Asien nicht darin, wie sie sich von den USA entfernen können, sondern darin, wie sie verhindern können, von den USA aufgegeben zu werden.<sup>156</sup> In diesem Kontext hat die *balance-of-power* Theorie nur eine eingeschränkte Erklärungskraft für die Handlungen der USA und der anderen Staaten nach dem Ost-West-Konflikt.

### **Aus der *balance-of-threat* Sicht**

Die Logik der *balance-of-threat* Theorie deutet darauf hin, dass es wenigstens zum Teil vom außenpolitischen Verhalten des dominanten Staats abhängig ist, ob andere Staaten gegen den Staat balancieren oder nicht. Im heutigen unipolaren System kann deshalb das amerikanische Verhalten die Berechnungen anderer Großmächte beeinflussen. Zum Beispiel kann ein gemäßigtes US-Verhalten die Großmächte davon überzeugen, dass es nicht nötig ist, sich mit einem *balancing*-Verhalten zu beschäftigen. Nach dieser Logik ist es auch nicht unbedingt nötig, dass ein schneller Übergang von der Unipolarität zur Konkurrenz zwischen Großmächten in einer multipolaren Umgebung entsteht. Die Unipolarität wird nicht ständig beibehalten, aber die *balance-of-threat* Theorie deutet an, dass sie weit länger bestehen kann als die *balance-of-power* Theorie vorausgesehen hat. Diese Andeutung ist für die USA wichtig, weil die US-Regierungen eine unipolare Welt bevorzugen. In einer unipolaren Welt können die USA Sicherheitsbedrohungen minimieren und die Autonomie ihrer Außenpolitik maximieren. Nach der realistischen Logik will jede Großmacht eine unipolare Macht werden, ob sie eine hegemoniale Absicht hat oder nicht.<sup>157</sup>

Aus der *balance-of-threat* Theorie kann man ableiten, dass die USA versuchen, den unipolaren Zeitraum zu verlängern. Ein Zusammenbruch der

---

<sup>156</sup> Vgl. Mastanduno: Preserving the Unipolar Moment, S. 143–145.

<sup>157</sup> Vgl. ebd., S. 146–147.

Unipolarität ist nach dieser Theorie vermeidlich, da ein *balancing*-Verhalten eine Reaktion auf eine Bedrohung ist. Deshalb können die USA den Zerfall der Unipolarität dadurch vermeiden, dass das Bedrohungsgefühl, das andere Staaten wahrnehmen, beseitigt wird. Allerdings ist es nicht einfach, eine spezifische Politik für die Bewahrung der US-Position festzulegen. Es ist trotzdem möglich, allgemeine Prognosen über die Politik aus der Logik der *balance-of-threat* Theorie abzuleiten. Zum Beispiel ist zu erwarten, dass sich der dominante Staat in einer unipolaren Situation auf einen Multilateralismus in Bezug auf seine internationalen Angelegenheiten verlässt. Multilaterale Entscheidungsprozesse sind vielleicht wenig effizient und mächtige Staaten sind geneigt, ihre Entscheidungen unilateral zu treffen. Aber multilaterale Prozesse sind überzeugender, um andere Staaten zu Hilfeleistungen zu motivieren.<sup>158</sup>

Außerdem kann man aus der *balance-of-threat* These Erwartungen ableiten, wie sich ein dominanter Staat gegenüber seinen potentiellen Herausforderern verhält. Das Verhalten potentieller Herausforderer wird dadurch beeinflusst, wie sie die Absicht des dominanten Staates wahrnehmen. Das Verhalten des dominanten Staates wird auch dadurch beeinflusst, wie er die Intention der Außenpolitik von möglichen Herausforderern versteht. Hierbei ist die Unterscheidung<sup>159</sup> zwischen „Status quo (oder saturierten) Staaten“ und „revisionistischen (oder imperialistischen) Staaten“<sup>160</sup> nützlich, die aus dem klassischen Realismus kommt.

Die Außenpolitik der Status-quo-Staaten akzeptiert und verfolgt eine vorhandene internationale Ordnung oder Machtverteilung. Nach *Barry Buzan* ist der „Status quo (gegenwärtiger Zustand) keine natürliche oder neutrale Situation, sondern resultiert aus dem Wettbewerb um vorteilhafte internationale Positionen der einzelnen Akteure, die sich entlang der und be-

---

<sup>158</sup> Vgl. ebd., S. 147–148.

<sup>159</sup> Vgl. Wohlforth, William C.: Realism and the End of the Cold War, in: *International Security*, Vol.19, No. 3 (Winter 1994/95), S. 91–129 (120–121).

<sup>160</sup> They [revisionist states] will employ military force to change the status quo and to extend their values. For revisionist states, the gains from nonsecurity expansion exceed the costs of war. In: Schweller: *Bandwagoning for Profit*, S. 105.

gründet durch die Wert- und Regelsetzung verteilen und reproduzieren“.<sup>161</sup> Dagegen benachteiligen die revisionistischen Staaten die vorhandene Ordnung und deshalb suchen sie nach einer Veränderung dieser Ordnung, da sie mit der dominierenden Ordnung und den Verfahren der Gewinnverteilung innerhalb des internationalen Systems unzufrieden sind.<sup>162</sup> Schon *Hans Morgenthau* unterschied Status-quo-Staaten von den imperialistischen Staaten, *Frederick Schuman* „satiated und unsatiated Staaten“, *Henry Kissinger* „status-quo und revolutionären Staaten“, *Edward Carr* „satisfied und dissatisfied Staaten“ und *Arnold Wolfers* „status-quo und revisionist Staaten“.<sup>163</sup>

Die Politik des dominanten Staates gegenüber anderen Staaten hängt davon ab, ob sich die Außenpolitik anderer Staaten an saturierten, revisionistischen oder neutralen Position gegenüber dem dominanten Staat orientieren. Entsprechend können drei Staatengruppen für den dominanten Staat aufgeteilt werden: *status-quo*, *revisionistische* und *neutrale Staaten*. Für saturierte Staaten verfolgt der dominante Staat eine Anpassungs- und Beruhigungspolitik. Der Zweck dieser Politik ist, saturierte Staaten davon zu überzeugen, dass sie sicher sind und deshalb keine Notwendigkeiten haben, ihre militärischen Kapazitäten auszubauen und die vorhandene Ordnung herauszufordern. Der dominante Staat vermeidet eine Außenpolitik, die die saturierten Staaten als Bedrohung sehen könnten, und hilft ihnen, andere Bedrohungen ihrer Sicherheit abzuschrecken.<sup>164</sup>

Gegen revisionistische Staaten betreibt der dominante Staat eine Eindämmungs- und Konfrontationspolitik, da sie das wichtigste Interesse des dominanten Staates bedrohen. In diesem Fall überlegt sich der dominante Staat, eine diplomatische und militärische Koalition oder gegebenenfalls eine militärische Aktion gegen die revisionistischen Staaten zu organisieren. Darüber hinaus gibt es einige Staaten, die weder saturiert noch revisionis-

---

<sup>161</sup> Buzan, Barry: *Peoples, States and Fears. An Agenda for International Security Studies in the Post-Cold War Era*, 2<sup>nd</sup> ed. (Boulder, Col., 1991), S. 300, zitiert nach Jäger: *Isolation in der internationalen Politik*, S. 19.

<sup>162</sup> Vgl. Mastanduno: *Preserving the Unipolar Moment*, S. 148.

<sup>163</sup> Vgl. Schweller: *Bandwagoning for Profit*, S. 85.

<sup>164</sup> Vgl. Mastanduno: *Preserving the Unipolar Moment*, S. 148–149.

tisch sind und potentielle Herausforderer sein können. Sie verhalten sich neutral und die Richtung ihrer Außenpolitik ist noch nicht klar. Für diese neutralen Staaten verfolgt der dominante Staat eine Anpassungspolitik mit der Hoffnung, dass sie den gegenwärtigen Zustand fördern. Wenn der dominante Staat eine Konfrontationspolitik betreiben würde, besteht die Gefahr, dass die neutrale Staaten in das revisionistische Lager übertreten.<sup>165</sup>

Nach der Logik der balance-of-threat Theorie sind folgende drei Punkte für die Sicherheitspolitik der USA nach dem Ost-West-Konflikt vorstellbar. Erstens besteht der Kern der amerikanischen *Grand Strategy* darin, den unipolaren Zeitraum zu verlängern. Zweitens wollen die USA eine Beruhigungspolitik gegenüber Status-quo-Staaten, eine Konfrontationspolitik gegenüber revisionistischen Staaten und eine Engagement- und Integrationspolitik gegenüber neutralen Staaten durchführen. Und drittens betonen die USA multilaterale Verfahren in der Ausgestaltung ihrer Außenpolitik.<sup>166</sup>

Heutzutage befinden sich die USA in einer beneidenswerten Position im internationalen System, in der niemand ihre Position leicht bedrohen kann. Die USA brauchen nicht zu balancieren, da Russland und aufsteigende Mächte wie China, Japan und die EU, die einige Kapazitäten für eine Konkurrenzmacht hätten, nicht gegen die USA protestieren wollen. Staaten, die herausfordern wollen, verfügen nicht über die benötigten Kapazitäten.<sup>167</sup> Zu Status-quo-Staaten gehören die Staaten der US-Allianzen wie Deutschland, Japan und andere westliche Staaten. Zu revisionistischen Staaten zählen die so genannten Schurkenstaaten wie der Iran, Nordkorea und andere. Zu neutralen Staaten gehören inzwischen Russland und China. Eine interessante UN-Statistik illustriert diese Unterscheidung. (siehe Abbildung 2–2)

---

<sup>165</sup> Vgl. ebd., S. 149.

<sup>166</sup> Vgl. ebd.

<sup>167</sup> Vgl. Joffe, Josef: "Bismarck" or "Britain"? – Toward an American Grand Strategy after Bipolarity, in: *International Security*, Vol. 19, No.4 (Spring 1995), S. 94–117 (99, 109, 116).

Abbildung 2–2: Record of Voting with U.S. in the U.N. General Assembly Ranked by Mean, 1999–2004<sup>168</sup>

Rank	Staat	Ranking durch Durchschnitt
1	Israel	92.2%
5	Großbritannien	63.6%
7	Frankreich	59.7%
8	Australien	58.8%
10	Kanada	56.7%
<b>12</b>	<b>Deutschland</b>	<b>55.2%</b>
<b>41</b>	<b>Japan</b>	<b>50.2%</b>
47	Südkorea	47.0%
<b>62</b>	<b>Russland</b>	<b>33.4%</b>
149	Indien	20.4%
153	Iran	19.5%
166	Sudan	18.3%
<b>173</b>	<b>China</b>	<b>17.2%</b>
174	Libyen	17.0%
175	Pakistan	16.8%
181	Syrien	13.8%
183	Cuba	13.5%
<b>189</b>	<b>Nordkorea</b>	<b>5.7%</b>
190	Irak	5.6%

<sup>168</sup> Vgl. Gardiner, Nile/Schaefer, Brett D.: U.N. Security Council Expansion Is Not in the U.S. Interest, in: *Backgrounder*, No. 1876 (Washington, DC: The Heritage Foundation, 18.08.2005), S. 6–9.



Nach *Mastanduno* stehen den USA zwei potentielle Großmächte und zwei weitere Großmächte gegenüber. Das außenpolitische Verhalten der ersten zwei Großmächte, nämlich Japan und Deutschland, sind positiv für den heutigen Zustand. Diese beiden Staaten bleiben lieber in einer untergeordneten Rolle unter einem US-dominanten System als sich gegen die amerikanische Vorrangstellung aufzulehnen. Die zwei anderen Großmächte sind Russland und China. Sie stehen auf der Grenze zwischen saturiertem und revisionistischem Lager und die Absichten ihrer Außenpolitik sind noch unklar.<sup>169</sup>

## Status-quo-Staaten

### **Deutschland und die EU**

Nach *Mastanduno* liegt der Kern deutscher Sicherheitspolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts im Bestreben nach einem Fortbestand der NATO mit der Beibehaltung amerikanischer Truppen und dem US-Nuklearschirm in Europa. Diese Annahme basiert darauf, dass Deutschland an einer gemeinsamen Verteidigungspolitik der Europäischen Union (EU) teilnimmt und nicht eine eigene autonome Verteidigungspolitik verfolgt.<sup>170</sup>

Die Auflösung der Sowjetunion reduzierte die sicherheitspolitische Abhängigkeit der europäischen Staaten von den USA. Ende 1991 einigten sich die Staats- und Regierungschefs der europäischen Staaten beim Gipfeltreffen in Maastricht auf einen Vertrag über die EU. Dabei beschlossen die EU-Staaten die „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)“ als zweite Säule der EU mit der Perspektive einer gemeinsamen Verteidigungspolitik. Danach bemühen sich die Mitgliedstaaten der EU um einen größeren Spielraum ihrer Autonomie im Sicherheitsbereich, z. B. mit Entwicklung

---

<sup>169</sup> Vgl. Mastanduno: Preserving the Unipolar Moment, S. 149.

<sup>170</sup> Vgl. ebd., S. 149–150.

der „Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)“.<sup>171</sup> Diese Bemühungen führen meistens zu einigen Spannungen mit der von den USA dominierten NATO. Diesen europäischen Bemühungen gegenüber zeigen sich die USA ambivalent.<sup>172</sup> Aber die ESVP kann die Rolle der NATO noch nicht ersetzen.<sup>173</sup>

Wenn die Europäische Union (EU) ein Staat werden würde, dann könnte die Welt bipolar werden. Für die Einheit braucht die EU eine einheitliche Sicherheits- und Außenpolitik bzw. eine gemeinsame Militärindustrie. Dafür müsste sie einen institutionellen und politischen Mechanismus aufbauen. Aber dies ist nicht einfach, da dadurch die Souveränität der einzelnen Länder verletzt werden könnte. Deshalb glauben die USA, dass dieser Prozess lange Zeit in Anspruch nehmen würde.<sup>174</sup> In Bezug auf den Irak-Angriff der USA in 2003 zeigte die EU keine einheitliche Stimme. Die deutsche Weigerung, zusammen mit Frankreich und Russland am Irak-Krieg teilzunehmen, führte zu Spannungen in den transatlantischen Beziehungen.

Während die Bush-Administration argumentierte, dass sie mit dem Krieg gegen den Irak die internationale Sicherheit erhöhe, wurde der Krieg in vielen Staaten gegenteilig gewertet. Durch die Erfahrungen der Kriege im Kosovo 1999 und im Irak 2003 denken viele europäische Staaten, dass kein Staat oder keine Staatenkoalition die USA davon abhalten kann, militärische, ökonomische und politische Macht einzusetzen, um ihre selbst definierten Ziele zu erreichen. Diese amerikanische Vorrangstellung kann entweder zu einer imperialistischen oder hegemonialen Stellung der USA in der Welt führen. Darüber schreibt *Thomas Jäger*:

---

<sup>171</sup> Vgl. Jopp, Mathias: Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik; und Diedrichs, Udo/Wessels, Wolfgang: Europäische Union, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): *Europa von A bis Z* (Bonn, 2002), S. 160–175.

<sup>172</sup> Vgl. Walt: *Taming American Power*, S. 45–46.

<sup>173</sup> Zur Diskussion über die Beziehungen zwischen der EU und der NATO, siehe Heise, Volker/Schmidt, Peter: NATO und EU: Auf dem Weg zu einer strategischen Partnerschaft?, in: Jäger, Thomas/Höse, Alexander/Oppermann, Kai (Hrsg.): *Transatlantische Beziehungen: Sicherheit–Wirtschaft–Öffentlichkeit* (Wiesbaden: VS Verlag, 2005), S. 65–86; und Chang, Fu-chang: *Autonomie und Allianz – EU statt NATO für die Europäische Sicherheit?* (Dissertation: Universität zu Köln, 2006).

<sup>174</sup> Vgl. Woforth: *The Stability of a Unipolar World*, S. 31.

Eine hegemoniale Stellung ist auf der Grundlage der Akzeptanz durch die Gefolgschaftsstaaten möglich und dies müssten im unipolaren System die nächst mächtigsten Staaten sein. Gelingt dies nicht, wird die Vorrangstellung einen imperialistischen Ausdruck annehmen, also die Souveränität von Staaten kontrollierend beschränken. Davon hängen die zukünftigen transatlantischen Beziehungen und die Möglichkeiten gemeinsamer oder konfrontativer Ordnungspolitik ab.<sup>175</sup>

## Japan

Die japanische Außenpolitik ist vielleicht ein wichtiger Beweis dafür, dass die Vorhersage realistischer Theorien falsch ist. Seit mehr als zwanzig Jahren haben Realisten immer wieder vorausgesagt, dass Japan wieder aufrüsten oder zumindest eine einigermaßen militärische Macht in Parallele zu seiner wirtschaftlichen Macht werden würde. Aber dies ist nicht geschehen. Dafür gab es zwei wichtige realistische Erklärungen. Eine war die so genannte „Großmacht Erklärung (great power explanation)“ von *Kenneth Waltz*,<sup>176</sup> diese setzt voraus, dass Japan reich und technisch fortgeschritten ist, so dass es bald wünscht, wieder eine Großmacht zu werden. Die andere ist die sog. „Regenschirm Erklärung (umbrella explanation)“ von *Richard Betts*.<sup>177</sup> Nach seiner Hypothese würde Japan wieder aufrüsten und eine normale Macht werden, wenn amerikanische Soldaten aus Japan abgezogen würden.

Aber *David Kang* kritisierte, dass Realisten keine Erklärung dafür haben, warum Japan als die zweitgrößte Weltwirtschaft nicht gegen die USA zu balancieren oder sie herauszufordern versucht, oder warum Japan nicht ver-

---

<sup>175</sup> Jäger: Ordnung, Bedrohung, Identität: Grundlagen außenpolitischer Strategien, S. 25.

<sup>176</sup> Vgl. Waltz: *The Emerging Structure of International Politics*, S. 65–66.

<sup>177</sup> Vgl. Betts, Richard K.: *Wealth, Power, and Instability – East Asia and United States after the Cold War*, in: *International Security*, Vol. 18, No. 3 (Winter 1993/94), S. 34–77 (55–56).

sucht, seine Sicherheit selbst in die Hand zu nehmen. *K. Waltz* schreibt so, “Countries with great-power economies have become great powers, whether or not reluctantly.”<sup>178</sup> Aber Japan ist keine Großmacht.

Die Regenschirm Erklärung war auch nicht überzeugend aus zwei Gründen. Sie kann nicht erklären, warum Japan auf die Sicherheitsgarantie der USA vertraut. Bedrohungen entstehen nur durch die Existenz von Kapazitäten. Intentionen sind immer wechselhaft. Auch erklärt sie nicht, warum Japan die amerikanische Festlegung für seine Sicherheit in der Vergangenheit nicht bezweifelte. Es gab viele Gründe dafür, dass Japan die Festlegung bezweifeln konnte, da z. B. die USA Südvietnam Mitte der 1970er Jahre aufgaben, die Anerkennung Taiwans zurücknahmen und die Hälfte ihrer Soldaten aus Südkorea abzogen.<sup>179</sup>

*D. Kang* schlug die so genannte „Hierarchische Erklärung (hierarchical explanation)“ für die japanische Außenpolitik als eine neue Erklärung vor. Nach seiner Hypothese wäre Japan eine sekundäre status-quo Macht, die trotz seiner genügenden Fähigkeit noch nicht aufgerüstet hat. Denn Japan braucht keine Aufrüstung und es hat keine Absicht, die Dominanz Chinas bzw. der USA in Asien herauszufordern. Japan sorgt nicht für sein Überleben und akzeptiert die zentrale Rolle Chinas in der regionalen Politik. Japan machte deutlich, dass es nicht an einem Konflikt bezüglich Taiwans teilnehmen will. Außerdem ist China mittlerweile der zweitgrößte Handelspartner Japans und Japan zählt zum größten Handelspartner Chinas.<sup>180</sup>

Die wirtschaftliche Macht Japans war in einigen Bereichen eine Herausforderung an die Vorherrschaft der USA bis Mitte der 1990er Jahre. Die amerikanische Sicherheit war teilweise von japanischer Militärtechnologie abhängig. Das Wachstum der japanischen Wirtschaft bedrohte den amerikanischen Wohlstand, da US-Fabriken durch den Verlust von Marktanteilen

---

<sup>178</sup> Waltz: *The Emerging Structure of International Politics*, S. 66.

<sup>179</sup> Vgl. Kang, David C.: *Getting Asia Wrong – The Need for New Analytical Frameworks*, in: *International Security*, Vol. 27, No. 4 (Spring 2003), S. 57–85 (73–76).

<sup>180</sup> Vgl. ebd., S. 77–79.

geschlossen werden sollten. Bis zu einem gewissen Grad waren die USA von Import japanischer Waren und Geld abhängig.<sup>181</sup>

Trotzdem versicherten sich die USA und Japan weiterhin ihres Sicherheitspakts von 1997. Dabei sollen die USA Japan verteidigen, gegebenenfalls mit Atomwaffen. Japan bleibt dabei weiter in seiner Rolle einer nur partialen Militärmacht. Die bisherige amerikanische Politik, die mögliche Bedrohungen der japanischen Sicherheit durch Russland oder China abgeschreckt hat, lässt es Japan wenig ratsam erscheinen, eine normale Großmacht zu werden. Dabei ermutigen US-Beamte Japan, eine größere Rolle in internationalen Angelegenheiten, zum Beispiel in internationalen Wirtschafts- und Umweltproblemen oder bei Friedenseinsätzen in Südostasien oder in Afrika zu spielen. Außerdem betonen sie damit, dass Japan für die Ausführung dieser Angelegenheiten keine Großmacht zu werden braucht.<sup>182</sup>

Es sieht so aus, dass die USA Japan nicht für einen Herausforderer halten, sondern für einen Partner. Denn die beiden Staaten haben im Mai 2006 eine Vereinbarung über eine intensive militärische Zusammenarbeit erreicht. Damit befürwortet Washington eine eingeschränkte japanische Aufrüstung.

## Neutrale Staaten

### **Russland**

Seit 1993 versucht Russland durch eine Interventionspolitik, seinen Einfluss auf seine Nachbarländer, z. B. in der Region des Balkans und des Persischen Golfs zu vergrößern. Aber amerikanische Beamte meinen, dass Russland in diesem Fall keine Expansionsideologie hat. Trotz einiger Spannungen zwi-

---

<sup>181</sup> Vgl. Huntington, Samuel P.: Why International Primacy Matters, in: *International Security*, Vol. 17, No. 4 (Spring 1993), S. 68–83 (76–80).

<sup>182</sup> Vgl. Mastanduno: Preserving the Unipolar Moment, S. 150–153.

schen Russland und westlichen Staaten zeigen sich die meisten russischen Annäherungsversuche gegenüber den westlichen Staaten kooperativ.

Die USA erweiterten die NATO um drei osteuropäische Staaten (Polen, Ungarn, Tschechien) im Jahre 1999 und noch weitere sieben Staaten (Bulgarien, Rumänien, Estland, Lettland, Litauen, Slowakei und Slowenien) im März 2004. Damit stieg die Zahl der Mitgliedstaaten von sechzehn auf nun sechszwanzig.<sup>183</sup> Dieses amerikanische Verhalten widersprach deutlich der balance-of-threat Theorie (ein *balancing*-Verhalten beruht auf einer Bedrohung), da die östliche Erweiterung der NATO zu einer Bedrohung der Sicherheit Russlands führen kann.<sup>184</sup> Deswegen wurde im Mai 2002 auf der NATO-Tagung in Reykjavik, Island und auf dem NATO–Russland Gipfel in Rom beschlossen, den NATO–Russland-Rat in ein neues Gremium zu überführen, in dem Moskau Einfluss auf die Entscheidungsfindung der Allianz ausüben kann. Im Gegenzug dämpfte Moskau seine Kritik an der NATO-Erweiterung.<sup>185</sup>

Gründe für die amerikanischen Bemühungen um die NATO- Erweiterung liegen nicht nur in einer Verhinderung zukünftiger russischer Expansion, sondern auch in der Verhinderung einer unabhängigen deutschen Ostpolitik und möglicher deutsch-russischer Konflikte. Außerdem ermöglicht die Erweiterung der NATO die Stationierung amerikanischer Soldaten in dieser Region.<sup>186</sup> Somit ist die NATO ein Instrument für die Herrschaft der USA in der Außen- und Militärpolitik der europäischen Staaten.<sup>187</sup>

---

<sup>183</sup> Vgl. Haftendorn, Helga: Eine neue NATO?, in: *SWP-Aktuell 16* (Berlin, April 2004).

<sup>184</sup> Vgl. Mastanduno: Preserving the Unipolar Moment, S. 150–151.

<sup>185</sup> Vgl. Haftendorn: Eine neue NATO?, S. 3–4.

<sup>186</sup> Vgl. Ikenberry: *After Victory*, S. 235–239; und Mastanduno: Preserving the Unipolar Moment, S. 154–155.

<sup>187</sup> Vgl. Waltz: Structural Realism after the Cold War, S. 19–22.

## China

Die Volksrepublik China zeigt zwei Aspekte bezüglich der internationalen Ordnung – einerseits ein Status quo Verhalten für die wirtschaftliche Kooperation im internationalen System und andererseits eine revisionistische Aggressivität für die Forderung nach Territorium. Ein wichtiges Interesse der Volksrepublik liegt heutzutage in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit ihren Nachbarstaaten. Dies ist das Motiv für ihre Status quo Politik. Dagegen zeigt Peking bezüglich der Rehabilitierung ihrer damaligen Territorien z. B. Taiwan und der *Diaoyu* Insel (Japaner nennt sie *Senkaku*) eine revisionistische Sicht.<sup>188</sup>

Im Gegensatz zu der konventionellen Weisheit der realistischen Sicht, gibt es nach *David Kang* in Nordost- und Südostasien kein deutliches *balancing*-Verhalten gegen die aufsteigende Macht Chinas. Dabei spielt die Präsenz diplomatischer, wirtschaftlicher, kultureller und militärischer US-Macht in Asien eine große Rolle. Die USA sind klar der dominante Staat in Asien. Wenn die Volksrepublik China ihr wirtschaftliches Wachstum und ihre militärische Modernisierung weiter fortsetzen will, ist die Kernfrage relevant, ob die USA der Volksrepublik erlauben können oder wollen, ihren Platz oben in der regionalen Hierarchie in Asien einzunehmen.<sup>189</sup>

Es ist schwierig vorherzusagen, wie andere asiatischen Staaten auf eine mögliche zukünftige amerikanisch-chinesische Konfrontation reagieren, wenn die chinesische Fortsetzung ökonomischer und militärischer Machtzunahme vorausgesetzt würde. Die USA können in einem zukünftigen Konflikt mit China keine Unterstützungen asiatischer Staaten erwarten, denn die meisten Staaten zögern mit der Hilfe, weil die Wichtigkeit ihrer wirtschaftlichen Beziehungen zu China noch wichtiger als in der Zeit des Kalten Krieges geworden ist. Die amerikanischen Allianzpartner, z. B. Japan und Südkorea, wollten in die Auseinandersetzungen mit dem Taiwan-Streit 1996

---

<sup>188</sup> Vgl. Carpenter/Bandow: *The Korean Conundrum*, S. 153–155

<sup>189</sup> Vgl. Kang: *Getting Asia Wrong*, S. 70

und dem Problem des Aufklärungsflugzeuges 2001 zwischen den USA und China nicht eingreifen.<sup>190</sup>

Wenn die asiatischen Staaten gegen China nicht balancieren, könnte ein amerikanischer Versuch hoch problematisch sein, der eine *balancing*-Koalition mit ostasiatischen Staaten für die Eindämmung Chinas bilden will. Wenn die USA ihre Soldaten aus der Region abziehen würden, müsste nach *Kang* Asien nicht die gefährliche oder instabile Region werden, die *balance-of-power* Anhänger prognostizieren, weil andere Staaten in die zentrale chinesische Position einwilligen würden.<sup>191</sup>

In diesem Zusammenhang ist es fragwürdig, ob die USA den regionalen Frieden und Stabilität, vor allem in Nordostasien, weiter sichern können. *Muthiah Alagappa* schreibt dazu:

The claim that stability in Northeast Asia is predicted on the U.S. role rests on several controversial assertions (...) that the United States checks China's growing power and influence, which is feared by other Asian states; [and] that nearly all countries trust and prefer the United States. (...) [However,] containment of China does not appeal to many Asian states.<sup>192</sup>

Obwohl die USA noch eine überwältige Macht in dieser Region haben, ist ihr Bereich beachtlich kleiner geworden als während der Zeit des Kalten Krieges. Staaten in Ostasien (einschließlich Japan, China, die koreanische Halbinsel und gelegentlich Russland) und Südostasien (Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam) sind stärker, reicher und im Allgemeinen stabiler geworden. Dass die USA eine wichtige sicherheitspolitische Rolle in Asien spielen, ist relativ unumstritten, aber dass einige Formen eines US-Militärabzuges für diese Region schädlich sein könnten,

---

<sup>190</sup> Vgl. Carpenter/Bandow: *The Korean Conundrum*, S. 152–156.

<sup>191</sup> Vgl. Kang: *Getting Asia Wrong*, S. 71.

<sup>192</sup> Alagappa, Muthiah: *Managing Asian Security*, in: Derselbe (ed.): *Asian Security Practice: Material and Ideational Influences* (Stanford, Calif.: Stanford University Press, 1998), S. 571–606 (601), zitiert nach ebd., S. 72.



ist noch fragwürdiger. Also versuchen nach *D. Kang* asiatische Staaten nicht gegen die aufsteigende Volksrepublik China zu balancieren, sondern scheinen sich eher an China anzulehnen (*bandwagoning*).<sup>193</sup>

Für die Entwicklung Chinas könnten folgende zwei Szenarios möglich sein. Die Entwicklung der Machtstrukturen in Nordostasien ist davon abhängig, wie sich die Volksrepublik weiter entwickelt. Wenn sie kein Hegemon würde, könnten die USA ihre Truppen aus dieser Region abziehen und dadurch könnte Japan als Ausgleich des Abzugs der US-Soldaten seine Militärkapazität ausbauen und wieder eine Großmacht werden. Dann würde das regionale System in Nordostasien multilateral und gleichgewichtig sein. Aber die Konkurrenz in der Sicherheitsfrage würde größer sein als heute. Wenn China ein Hegemon würde, würde Nordostasien in eine unausgewogene Multipolarität geraten und die USA würden eine solche chinesische Bedrohung kontrollieren wollen. Dieses Szenario ist wahrscheinlich, weil China durch die Größe seiner Wirtschaft und seiner Bevölkerung über eine potentiell große Macht verfügen kann. Deshalb liegt ein wichtiges Interesse der USA darin, dass ihre Soldaten weiter in Nordostasien bleiben, um das Auftauchen Chinas als eine globale Führungsmacht zu verhindern.<sup>194</sup>

## Revisionistische Staaten

### *rogue states*

Seit Ende des Ost-West-Konfliktes betrachten die Regierungen der USA die so genannten Schurkenstaaten als revisionistisch. Anders als die balance-of-threat Theorie erwartet hat, haben amerikanische Regierungsbeamte auf regionale Mächte, die eine revisionistische Politik verfolgen, eher mit einer

---

<sup>193</sup> Vgl. ebd., 58–60 und 72.

<sup>194</sup> Vgl. Mearsheimer, John J.: The Future of the American Pacifier, in: *Foreign Affairs*, Vol. 80, No. 5 (September/October 2001), S. 46–61 (47, 53–56).

Konfrontationspolitik reagiert als mit einer Engagementpolitik. Der Irak-Krieg der *Bush Sen.*-Regierung, die Strategie der „doppelten Eindämmung“ der Clinton-Regierung gegenüber dem Iran und dem Irak, und die Konfrontationspolitik gegenüber *rogue states* zeigten dies deutlich.<sup>195</sup> Nach dem 11. September 2001 zeigen sich diese Tendenzen noch stärker ausgeprägt, was man z. B. am Afghanistan-Krieg 2001 und dem Irak-Krieg 2003 gesehen hat.

“*Rogue state*” ist ein amerikanisch geprägter Begriff. Die Vorläuferbegriffe waren schon in den 1970er Jahren zu finden, z. B. “*crazy states, pariah states, terrorist states* oder *outlaw governments*.” Zu Beginn der 1990er Jahre tauchte der Begriff von *rogue state* auf. Er beruht meistens auf zwei Kriterien: das Streben nach Massenvernichtungswaffen und der Mangel an Integration in die internationale Gemeinschaft. Nach *Dirk Schmittchen* wurde *rogue state* definiert als

Ein *Rogue State* ist demnach ein Staat, der primär nach ABC-Waffen strebt und den internationalen Terrorismus unterstützt. Als Sekundärkriterien sind die Destabilisierung der jeweiligen Region, die Gegnerschaft zu US-Interessen und das Ablehnen des internationalen Systems zu nennen.<sup>196</sup>

Danach wurde dieses Konzept auch “*rogue state doctrine, states of concern* oder *problem states*” genannt, die Kriterien haben sich aber nicht verändert.<sup>197</sup>

---

<sup>195</sup> Vgl. Lake, Anthony: Confronting Backlash States, in: *Foreign Affairs*, Vol. 73, No. 2 (March/April 1994), S. 45–55 (48–52).

<sup>196</sup> Schmittchen, Dirk: “Rogue States”– “Schurkenstaaten”: Ein stringentes US-Konzept im Kampf gegen Terrorismus und Proliferation von ABC-Waffen?, in: *SWP- Diskussionspapier* (Berlin, Februar 2006), S. 13.

<sup>197</sup> Vgl. ebd., S. 3–12; und vgl. Novak, Michael: Global Liberty – Toward a Foreign Policy for Democratic Nations, in: American Enterprise Institute (AEI) for Public Policy Research (28.01.2005), S. 4, at [http://www.aei.org/include/news\\_print.asp?newsID=21893](http://www.aei.org/include/news_print.asp?newsID=21893) (Stand: 20.02.2005).

Diese Doktrin ist ein wichtiges Element der US-Außenpolitik seit dem Ende des Ost-West-Konflikts. Sie setzt voraus, dass *rogue states* (der damalige Irak, der Iran, Nordkorea, Syrien, Kuba und der Sudan) irrational handeln und deshalb unabschreckbar sind.<sup>198</sup> Ein Grund hierfür liegt darin, dass die Führer neuer Nuklearstaaten lieber einen massiven Gegenschlag riskieren könnten, der durch einen Nuklearangriff gegen die USA ausgelöst werden kann, als in einer Konfrontation nachzugeben. Mit anderen Worten sieht es so aus, dass *rogue states* ein größeres Risiko aushalten als andere Staaten aushalten wollten.<sup>199</sup> Allerdings gibt es kaum Beweise für diese These.

Den Begriff von *rogue state* kann man jedoch in internationalen Gesetzen nicht finden. Ein Staat kann nur durch die Einstufung der USA zu einem so genannten „Schurkenstaat“ werden. Das Konzept wurde schon immer äußerst flexibel gehandhabt. Doch letzten Endes waren die Kriterien eindeutig: Ein „Schurkenstaat“ war nicht einfach ein krimineller Staat. Es war vielmehr ein Staat, der sich den Anordnungen der Mächtigen, insbesondere der USA nicht fügen wollte. Deshalb wird dieses Konzept weder in Europa noch in der übrigen Welt unterstützt.<sup>200</sup>

Die Anwendung dieser Kriterien war auch willkürlich. Zu den so genannten Schurkenstaaten gehört zum Beispiel Kuba, welches weder Massenvernichtungswaffen noch Trägersysteme besitzt. Aber Pakistan wurde von den USA nicht als *rogue state* verzeichnet, obwohl es sowohl Atomwaffen besitzt und Langstreckenraketen entwickelt als auch seitens der IAEA Sorge auslöst.<sup>201</sup> Außerdem verdächtigte die US-Regierung den pakistanischen Atomwissenschaftler *Abdul Qadeer Khan* bei der Entwicklung des irani-

---

<sup>198</sup> Vgl. Eland, Ivan/Lee, Daniel: The Rogue State Doctrine and National Missile Defense, in: *Foreign Policy Briefing*, No. 65 (Washington, DC: Cato Institute, 29.03.2001), S. 2–4, at <http://www.cato.org/pubs/fpb65.pdf> (Stand: 15.04.2005).

<sup>199</sup> Vgl. Powell, Robert: Nuclear Deterrence Theory, Nuclear Proliferation, and National Missile Defense, in: *International Security*, Vol. 27, No. 4 (Spring 2003), S. 86–118 (102–103).

<sup>200</sup> Vgl. Wallace, William: U.S. Unilateralism: A European Perspective, in: Patrick, Stewart/Forman, Shepard (eds.): *Multilateralism and U.S. Foreign Policy - Ambivalent Engagement* (Boulder/London: Rienner, 2002), S. 141–164 (151).

<sup>201</sup> Vgl. Kamp, Karl-Heinz: Wie sicher sind Pakistans Atomwaffen?, in: *Internationale Politik* (9/2004), S. 51–56 (51–53).

schen Atomwaffenprogramms geholfen zu haben.<sup>202</sup> Da Pakistan aber seine Politik (z. B. „Kampf gegen den Terror“) mit den Interessen der USA abglichen, wurde Pakistan von den USA nicht als *rogue state* gesehen. *Robert Litwak* bezeichnet dies als „künstliches Gruppieren bestimmter Staaten“.<sup>203</sup>

Abgesehen davon nahm Washington an, dass sich einige der „Schurkenstaaten“ um die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen und Langstreckenraketen bemühen und diese Staaten deshalb gefährlich für die Sicherheit der USA sind. In der NSS von 2002 wurden sie mit folgenden fünf Kriterien charakterisiert:<sup>204</sup>

- Die Misshandlung der eigenen Bevölkerung und die Verschwendung nationaler Ressourcen für die persönlichen Interessen der Machthaber;
- Die Ignoranz des Völkerrechts, die Bedrohung ihrer Nachbarn, der bedenkenlose Bruch von internationalen Verträgen, die sie selbst geschlossen haben;
- Die Entschlossenheit in den Besitz von Massenvernichtungswaffen und/oder Hochtechnologie-Militärausrüstung zu gelangen, um damit drohen zu können oder aber sie zur Verwirklichung ihrer aggressiven Ziele benutzen zu können;
- Den internationalen Terrorismus zu unterstützen; und
- Die grundlegenden Menschenrechte abzulehnen und die USA bzw. ihre Werte zu hassen.

In der NSS von 2006 schreibt die Bush-Regierung über den Iran und Nordkorea folgendermaßen:

---

<sup>202</sup> Brinkley, Joel/Weisman, Steven R.: Rice Seeks Details on Pakistani's Nuclear Help to Iran, in: NYT (16.03.2005).

<sup>203</sup> Schmittchen: „Rogue States“– „Schurkenstaaten“, S. 13.

<sup>204</sup> Bush: *National Security Strategy* (September 2002), S. 14 (Das Zitat wurde vom Autor ins Deutsche übertragen).

Iran has violated its Non-Proliferation Treaty safeguards obligations and refuses to provide objective guarantees that its nuclear program is solely for peaceful purposes.

The DPRK continues to destabilize its region and defy the international community, now boasting a small nuclear arsenal and an illicit nuclear program in violation of its international obligations.<sup>205</sup>

Die USA haben erhebliche Sorgen bezüglich der folgenden Handlungen Irans und Nordkoreas. Das iranische Regime unterstützt Terrorismus, bedroht Israel, versucht den Frieden im Nahen Osten zu verhindern, zerrüttet die Demokratie im Irak und verweigert die Hoffnung seines Volks nach Freiheit. Nordkorea fälscht US-Dollars, handelt mit Betäubungsmitteln, lässt sich in verbotene Aktivitäten ein, bedroht sowohl Südkorea mit seiner Armee als auch andere Nachbarn mit seinen Raketen und misshandelt sein Volk. Außerdem ist die amerikanische Regierung um die Ausbreitung von nuklearen Materialien besorgt. Sie hat einige Initiativen, z. B. die *Proliferation Security Initiative* (PSI) und die *Global Threat Reduction Initiative* (GTRI) gegründet, um die Verbreitung dieser Materialien zu verhindern.<sup>206</sup>

Nach der amerikanischen Besetzung des Iraks gehören noch die Bedrohungen durch Nordkorea und den Iran zu den US-Interessen. Die beiden Atomwaffenprogramme sind eine klare Herausforderung an die Non-Proliferationspolitik der USA. Ein beträchtliches nukleares Arsenal Nordkoreas könnte ähnliche Waffenprogramme in Japan, Südkorea und Taiwan anregen und die regionale Stabilität verringern. Ein iranischer Erwerb von Nuklearwaffen könnte auch Ägypten, Saudi-Arabien und Syrien anregen.<sup>207</sup>

---

<sup>205</sup> Bush, George W.: *The National Security Strategy of the United States of America* (Washington, DC: The White House, March 2006), S. 19.

<sup>206</sup> Vgl. ebd., S. 20–21.

<sup>207</sup> Vgl. Allison, Graham: North Korea Nuclear Challenge: Bush Administration Failure; China's Opportunity, in: *The Korean Journal of Defense Analysis*, Vol. XVIII, No. 3 (Fall 2006), S. 7–34 (19–20).

Deshalb hat die Bush-Administration beständig gezeigt, dass sie solche Herausforderungen durch einen Regimewechsel in Teheran und Pyongyang lösen wollte, wie die US-Regierungen mit ihrer Eindämmungspolitik zum Zusammenbruch des sowjetischen Regimes beigetragen hatten. Regimewechsel sind weniger aufwendig als Diplomatie und weniger gefährlich als ein Leben mit den neuen Nuklearstaaten. Dabei liegt ein Problem allerdings darin, ob die USA diese Regime wirklich stürzen können. So haben sie zum Beispiel dieses Ziel in Kuba in den letzten vierzig Jahren nicht erreicht. Für einen Regimewechsel können die USA z. B. auf Diplomatie, wirtschaftliche Sanktionen und einen militärischen Angriff setzen.<sup>208</sup>

## 2.3. Die Sicherheitsstrategien anderer Staaten

In diesem Kapitel wird untersucht, wie die USA von anderen Staaten gesehen werden. Dafür wird zuerst betrachtet, warum andere Staaten sich vor der heutigen globalen Rolle der USA fürchten. Danach wird beleuchtet, wie andere Staaten auf die Herrschaft der Supermacht durch Widerstand- oder Anpassungsstrategien reagieren können. Für die Analyse anderer Staaten bezüglich ihres Verhaltens gegenüber den USA können in folgenden drei Gruppen aufgestellt werden.

Es gibt drei wichtige Gruppen von Staaten, die die US-Macht herausfordern.<sup>209</sup> Einige Staaten können sich gegen die US-Politik nur in einigen eingeschränkten Bereichen widersetzen (*Status-quo-Staaten*). Diese Staaten

---

<sup>208</sup> Vgl. Haass, Richard N.: Regime Change and Its Limits, in: *Foreign Affairs*, Vol. 84, No. 4 (July/August 2005), S. 66–78 (66–71).

<sup>209</sup> Vgl. Walt: *Taming American Power*, S. 109–113.

wollen normalerweise gute Beziehungen zu Washington in den anderen Bereichen. Die Reibungen zwischen diesen Staaten und den USA verletzen die Beziehungen nicht stark, da sie sich normalerweise im beiderseitigen Interesse befinden. Hier gibt es einen Wettbewerb um eine bessere Position in internationalen Verhandlungen. Zum Beispiel sind Japan und Südkorea mit einem Angriffsplan der USA gegen nordkoreanische Nuklearanlagen nicht einverstanden.

Staaten, die zur zweiten Gruppe gehören, können eine Widerstandspolitik gegen die USA aufgrund einer Angst vor breiten Implikationen der amerikanischen Herrschaft wählen (*neutrale Staaten*). Die Angst resultiert daraus, dass ihre zukünftigen Interessen von den USA verletzt werden könnten. Dies ist eine allgemeine Angst vor einer unkontrollierten Macht. Zum Beispiel widersprechen Russland, China und einige Staaten öffentlich der Absicht eines Präventionskrieges durch die Bush-Regierung.

Die dritte Gruppe hat grundsätzlich eine feindselige Haltung gegenüber den USA (*revisionistische Staaten*). Ihre Interessen stehen im Widerspruch zu amerikanischen. Deshalb will sie sich den USA verweigern und eine Widerstandspolitik öffentlich durchführen. Zu dieser Gruppe zählen die so genannten Schurkenstaaten, die von der Clinton-Administration herausgegriffen wurden, oder die drei „Achse des Bösen“ Staaten – damals noch der Irak, der Iran und Nordkorea, die von Präsident Bush genannt wurden. Die Ziele der Außenpolitik dieser Staaten stoßen deutlich mit den US-Interessen zusammen. Der Grund dafür liegt meistens darin, dass einige dieser Staaten Massenvernichtungswaffen entwickeln wollen.<sup>210</sup>

---

<sup>210</sup> Allerdings ist es nicht ganz klar, welche die unabhängige Variable und die abhängige Variable zwischen der Entwicklung von Massenvernichtungswaffen der so genannten Schurkenstaaten und der amerikanischen Eindämmungspolitik gegenüber den Schurkenstaaten sind.

### 2.3.1. Gründe für das Unbehagen an der US-Rolle

#### **Die US-Vorrangstellung**

Das Ende des Ost-West-Konflikts veränderte viele wichtige Merkmale der Weltpolitik, aber es beeinflusste nicht die grundlegende Natur des internationalen Systems. Die Staatenwelt bleibt in einem Stand der Anarchie, solange es keine Weltregierung gibt. Dies bedeutet, dass jeder Staat für seine eigene Sicherheit selbst sorgen muss. Staaten neigen deshalb dazu, sich darüber zu sorgen, wenn ein Staat stärker wird als die anderen Staaten. In diesem Sinne kann die US-Position als die einzige Supermacht bedrohlich für andere Staaten sein. Daher gibt es nach *Stephen Walt* folgende Probleme, wenn die USA ihre Vorrangstellung weiter aufrechterhalten wollen.<sup>211</sup>

Erstens haben die USA ihre Macht genutzt, anderen Staaten in der Vergangenheit – inklusive Staaten, die nicht besonders schlimm oder aggressiv waren – zu schaden. Die anderen Staaten sind sich dieser Sache bewusst. Zweitens sorgen andere Staaten sich vor der US-Macht, da sie wissen, dass Interessenskonflikte normalerweise unvermeidlich sind. Gründe dafür sind, dass jeder Staat eine unterschiedliche Menge von Ressourcen, eine einzigartige geographische Lage und seine eigene spezielle Geschichte hat. Drittens kann kein Staat wissen, wie sich ein anderer Staat in Zukunft verhalten wird. Auch wenn es wahr wäre, dass sich die USA immer gut verhalten haben, können andere Staaten nicht wissen, wie sich die USA in Zukunft verhalten werden. Und viertens kann die Politik der USA anderen Staaten einen großen Schaden zufügen, auch wenn sie dies nicht möchte. Deswegen ist die Absicht allein nicht immer wichtig. Dafür gibt es nach *S. Walt* ein gutes Beispiel:

If the United States were to launch a preventive war against North Korea, or attempt a surgical strike against its nuclear production facilities, this ac-

---

<sup>211</sup> Vgl. Walt: *Taming American Power*, S. 71–77.



tion could trigger a destructive war on the Korean Peninsula and do massive damage to South Korea and possibly Japan. But these results would not have been our intention, merely a tragic side effect.<sup>212</sup>

Also könnte die Außenpolitik unabhängig von einer Absicht dazu führen, dass ein unerwartetes Ergebnis eintritt. Deswegen haben die anderen Staaten, inklusive Russland, China, viele Staaten in der dritten Welt und sogar einige europäische Staaten, die Partner der USA in der NATO sind, Sorge um die unilaterale Außenpolitik der USA und ihre Vorrangstellung.<sup>213</sup>

### **Der Irak-Krieg**

Obwohl der Angriff der NATO 1999 im Kosovo eine Menge von unschuldigen Zivilisten im Kosovo und Serbien tötete, sahen viele Bewohner in Bosnien und Kosovo diese Intervention als notwendig, um einen andauernden Bürgerkrieg zu beenden und um ein brutales und diktatorisches Regime zu beseitigen. Dagegen war der US-Angriff auf den Irak 2003 ganz anders. Die Amerikaner betrachten den Sturz *Saddam Husseins*, die Beseitigung angeblicher irakischer Massenvernichtungswaffenprogramme und die Beendigung der unterstellten Zusammenarbeit *Husseins* mit *Al-Kaida* als legitim. Aber die Irakpolitik der Bush-Regierung bekam Schwierigkeiten mit der öffentlichen Meinung und im Kongress, weil der Krieg aufgrund irakischen Widerstandes verlängert wurde.<sup>214</sup> Auch viele andere Staaten der Welt betrachten die Invasion und die weiteren Kämpfe im Irak als illegitim, da die Bush-Regierung den Krieg mit falschen Informationen geführt, keine Massenvernichtungswaffen im Irak gefunden und das Leben von irakischen Bürgern nicht schnell verbessert hatte.

---

<sup>212</sup> Ebd., S. 76.

<sup>213</sup> Vgl. Rodman, Peter W.: The World's Resentment – Anti-Americanism as a Global Phenomenon, in: *The National Interest*, No. 60 (Summer 2000), S. 33–41.

<sup>214</sup> Vgl. Rudolf, Peter: Amerikanische Irakpolitik – wie weiter?, in: *SWP- Aktuell 36* (Berlin, September 2003).

Deutsche Wissenschaftler kritisierten den Irak-Krieg besonders mit folgenden beiden Thesen:

Der Zweck, im Irak oder anderswo schwere Menschenrechtsverletzungen zu beenden und demokratische Verhältnisse herzustellen, rechtfertigt nicht den punktuellen Einsatz von militärischer Gewalt, der mit hohen Risiken, materiellen Zerstörungen und zivilen Opfern verbunden ist, wenn gleichzeitig Diktaturen in einem „doppelten Standard“ der Menschenrechtspolitik von Sanktionen verschont bleiben oder gar zu befreundeten Staaten erklärt werden.<sup>215</sup>

Die eigenmächtige Kriegsentscheidung von zwei Ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates verletzte nicht nur eine Grundregel der UN-Charta und den friedenssichernden Gründungszweck der Vereinten Nationen, sondern schwächte auch deren Autorität und Handlungsfähigkeit.<sup>216</sup>

### **Unilaterale Außenpolitik**

Vor der Bush-Regierung war der Unwille der restlichen Welt über die US-Macht nicht zu groß. Der dramatische Rückgang in der positiven Haltung hängt mit der immer stärker unilateral bzw. hegemonial ausgeprägten Außenpolitik der Bush-Regierung zusammen. Die Regierung hat eine Menge von internationalen Konventionen nicht nur abgelehnt, sondern auch darauf in einer besonders egoistischen Weise reagiert. Im Jahre 2002 lehnte Präsident Bush das 1997 von Präsident Clinton unterschriebene Kyoto-Protokoll ab, wie der Senat die Ratifizierung des Vertrages ablehnte. Die Regierung weigerte sich lange, eine Alternative für die Verhinderung globaler Erwärmung vorzuschlagen. Als Grund dafür wurde genannt, der Vertrag sei nicht vereinbar mit den wirtschaftlichen Interessen der USA. Diese Politik ist für den Rest der Welt schwierig zu akzeptieren, da die USA ein reicher Staat

---

<sup>215</sup> Hauchler, Ingomar/Messner, Dirk/Nuscheler, Franz: Der Irak-Krieg: Zehn Thesen zu einer weltpolitischen Zäsur, in: dieselbe (Hrsg.): *Globale Trends 2004/2005 - Fakten Analysen Prognosen* (Bonn: Stiftung Entwicklung und Frieden, 2003), S. 9–27 (13).

<sup>216</sup> Ebd., S. 15.

sind und der größte Verursacher des Treibhausgases.<sup>217</sup> Dies belegte eine Studie über die Menge der Kohlendioxid-Emissionen pro Einwohner deutlich. Nach dieser Studie stößt jede Person in den USA rund 20 Tonnen Kohlendioxid pro Jahr aus, etwa zwei Mal so viel wie in Russland, Deutschland und Japan, und zehn Mal mehr als in China.<sup>218</sup>

Außerdem lehnte die Bush-Regierung es auch ab, die Errichtung des Internationalen Strafgerichtshofs zu ratifizieren, die Clinton Ende 2000 unterschrieben hatte. Denn US-Bürger (z. B. US-Soldaten in internationalen Militäreinsätzen) könnten durch ein internationales Gericht angeklagt und verurteilt werden. Im Mai 2002 zog die US-Regierung die vorherige Unterzeichnung des Vertrages offiziell zurück und zwang andere Staaten mit einer aggressiven Diplomatie, diese Konventionen abzulehnen. Überdies widersetzte sie sich einem stärkeren Verifikationsprotokoll für die Biowaffenübereinkommen (BWÜ), großenteils um die Interessen von amerikanischen Pharmafirmen und ihre eigenen Forschungsprogramme für Biowaffen zu schützen. Darüber hinaus hob sie den *Anti-Ballistic Missile* (ABM) Vertrag von 1972 auf und erteilte dem Multilateralismus eine Absage. Dieses unilaterale Verhalten der USA galt für die Anti-Folter-Konvention, die Ottawa-Konvention über die weltweite Ächtung von Anti-Personen-Minen und Wirtschaftssanktionen gegen viele Staaten (etwa 78 Länder im Jahre 2003). Auch der US-Senat lehnte im Oktober 1999 die Ratifizierung des Atomwaffenteststopp-Vertrages (CTBT) ab.<sup>219</sup>

Nach *Robert Pape* liegt die Ursache der verbreiteten Opposition gegen die US-Militärpolitik unter der Bush-Regierung nicht in den politischen Werten oder in der Veränderung der relativen US-Macht. Sondern der Schlüssel liegt darin, dass diese Strategie den guten Ruf einer wohlwollen-

---

<sup>217</sup> Vgl. Walt: *Taming American Power*, S. 96–97.

<sup>218</sup> Vgl. Fues, Thomas: Klima und Energie, in: Hauchler, Ingomar/Messner, Dirk/Nuscheler, Franz (Hrsg.): *Globale Trends 2004/2005 - Fakten Analysen Prognosen* (Bonn: Stiftung Entwicklung und Frieden, 2003), S. 194–213 (194–200).

<sup>219</sup> Vgl. Messner, Dirk/Schade, Jeanette/Weller, Christoph: Weltpolitik zwischen Staatenanarchie und *Global Governance*, in: Hauchler, Ingomar/Messner, Dirk/Nuscheler, Franz (Hrsg.): *Globale Trends 2004/2005 - Fakten Analysen Prognosen* (Bonn: Stiftung Entwicklung und Frieden, 2003), S. 235–251 (248–249).

den Absicht schädigt, den die USA lange hatten. Da die USA schon sehr mächtig sind, kann eine kleine Veränderung ihrer Einstellung bezüglich des Militäreinsatzes dazu führen, dass andere Großmächte sich um ihre eigene Sicherheit sorgen. Die größte Sorge anderer Staaten liegt nicht in den Zielen der US-Politik, sondern in den Mitteln, besonders in der Absicht der Bush-Regierung, militärische Aktionen unilateral durchzuführen. Denn solche Aktionen verletzen die schon lange gültigen internationalen Normen.<sup>220</sup>

### 2.3.2. Widerstand- und Anpassungsstrategien

#### **Widerstand und Anpassung**

Die USA sind noch stärker als andere bisherige Großmächte in früheren Zeiten. Aber der Rest der Welt hat viele Möglichkeiten, amerikanische Bemühungen um ihre Interessen zu vereiteln. Die Möglichkeiten können bezüglich der Annäherungsmethoden gegenüber der US-Macht in zwei Möglichkeiten aufgeteilt werden – Widerstand und Anpassung. Als Widerstandsstrategien es gibt es nach *Stephen Walt* z. B. *balancing*, *balking*, *binding*, *blackmail* oder *delegitimation*. Als Anpassungsstrategien gibt es *bandwagoning*, *regional balancing* oder *bonding*. Außerdem gibt es nach *Richard Betts* z. B. *Cooperating*, *Carping*, *Cowering* oder *Collaborating*. (siehe unten)

Einige Staaten haben Angst vor einem willkürlichen Einsatz der US-Macht. Diese Staaten widersetzen sich normalerweise öffentlich der Vorherrschaft der USA, um das Überleben des Landes zu sichern. Die anderen Staaten sind in der Regel pro-amerikanisch oder neutral. Trotzdem haben auch diese Staaten Sorge darum, dass die Machtkonzentration der Amerikaner zu groß wird.

---

<sup>220</sup> Vgl. Pape: *Soft Balancing against the United States*, S. 24–25.

Der Widerstand ist nicht der einzige Weg, sich gegen die USA zu wehren. Groß- und Kleinmächte scheinen sich manchmal, dem amerikanischen Koloss anpassen zu wollen. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion, haben einige vormalige Verbündete und Satellitenstaaten der ehemaligen Sowjetunion die Absicht verfolgt, Mitglied der NATO zu werden. Nach dem Ende jahrzehntelanger distanzierter Beziehungen haben die USA und Indien eine Wiederannäherungspolitik betrieben. Die amerikanisch-pakistanischen Beziehungen sind nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 besser geworden.<sup>221</sup> Obwohl die Perspektiven der USA und Russlands nicht gleich sind, erreichten die beiden Staaten eine dramatische Verbesserung ihrer Beziehungen, wenn man an die intensive Feindschaft im Ost-West-Konflikt denkt. China und die USA haben weiterhin unterschiedliche Meinungen bezüglich der Taiwanfrage, aber sie versuchen weiter, gegenseitige vorteilhafte wirtschaftliche Beziehungen aufzubauen und eine direkte Konfrontation zu vermeiden.<sup>222</sup> Bezüglich der Taiwanfrage zeigt sich die US-Regierung ambivalent, sie unterstützt weder die *“One China Policy”* Chinas noch die Unabhängigkeit Taiwans.<sup>223</sup> Im Folgenden werden die Strategien im Einzelnen dargestellt und damit wird untersucht, wie diese Strategien des Widerstandes oder der Anpassung durch Status-quo-Staaten, neutrale Staaten und revisionistische Staaten angewendet werden.

---

<sup>221</sup> Vgl. Schreer, Benjamin/Wagner, Christian: Amerikanische-indische Sicherheitsbeziehungen – Aufbruch zu einer neuen „Ära“?, in: *SWP- Aktuell 33* (Berlin, Juli 2005).

<sup>222</sup> Vgl. Walt: *Taming American Power*, S. 180–182.

<sup>223</sup> Vgl. Tkacik Jr., John J.: America’s “China Policy” Is in Urgent Need of Definition, in: *Heritage Lectures*, No. 874 (Washington, DC: The Heritage Foundation, 19.04.2005).

Abbildung 2–3: Strategien anderer Staaten gegenüber den USA (I)

	Widerstandsstrategien	Anpassungsstrategien
Status-quo-Staaten	–Balking –Binding	–Bonding (Cooperating)
Neutrale Staaten	–Balancing (Collaborating) –Delegitimation (Carping)	–Regional Balancing
Revisionistische Staaten	–Blackmail (no Covering)	–Bandwagoning

### Status-quo-Staaten

#### ***Balking* als Widerstand**

*Balking* ist eine bewusste Entscheidung, trotz des Wunsches oder der Forderung eines anderen Staates nicht mit ihm zusammenzuarbeiten. Staaten, die balancieren, bemühen sich normalerweise darum, ihre Positionen gegenüber den USA entweder durch eine Allianzbildung oder durch die Mobilisierung ihrer eigenen inneren Ressourcen zu verbessern. Im Gegensatz dazu versuchen zögernde (=eng. *balk*) Staaten nicht, ihre relative Position zu verbessern, sondern die von den USA gewünschten Handlungen zu vermeiden, da sie nicht in ihrem eigenen Interesse sind.

Beim *Balking* gibt es verschiedene Formen. Die einfachste Form besteht darin, Forderungen der USA abzulehnen. Dies entsteht in der Hoffnung, dass Amerika entweder der Wille oder die Kapazität fehlt, Gehorsam zu er-

zwingen. In diesem Sinne ist *Balking* “just saying no.” Ein gutes Beispiel war die Ablehnung der Türkei, den Zugang von US-Militärkräften zu türkischen Basen vor dem Einmarsch in den Irak 2003 zu erlauben. Eine zweite Möglichkeit ist mit einigen Handlungen formell einverstanden zu sein, aber nur ein absolutes Minimum möglichst langsam zu tun. Die englische Bezeichnung hierfür lautet “*dragging one’s feet*” oder “*working-to-rule*”. Die israelische Regierung sprach davon, dass sie die Besiedlung in den besetzten Gebieten abbauen will, tut dies aber nur sehr langsam. Die palästinensische Führung versprach, gegen selbstmörderische Bombenleger scharf vorzugehen, unternimmt aber kaum Konkretes gegen sie. Eine dritte Form ist ein „Trittbrettfahrer (*free-rider*).“ In diesem Fall unterstützt ein Staat wirklich die US-Politik, wünscht aber nicht, seinen Anteil der Kosten beizutragen. Die meisten Staaten möchten z. B. die Gefahr des Terrorismus reduzieren und die globale Umwelt schützen, aber sie wollen nicht dafür zahlen.<sup>224</sup>

Gründe für *Balking* sind sowohl Widerstände einer inneren Öffentlichkeit gegen die Zusammenarbeit mit den USA (z. B. in der Türkei) als auch echte Interessenskonflikte mit den USA. Zum Beispiel haben die USA Russland gedrängt, seine Hilfe zum iranischen Atomkraftwerk-Projekt (zwei 1.300 Megawatt Leichtwasserreaktoren) in *Bushehr* zu beenden, aber die russische Regierung, die Geld braucht, hat diese wiederholten US-Forderungen höflich abgelehnt,<sup>225</sup> denn der Iran ist der drittgrößte Abnehmer militärischer Rüstungsgüter aus Russland, nach China und Indien.<sup>226</sup>

Südkorea zögerte, als die USA 1994 einen präventiven Angriff gegen nordkoreanische Nuklearanlagen geplant hatten, weil sich die ROK Sorgen machte, dass der Angriff zum Schaden der ganzen koreanischen Halbinsel führen könnte.<sup>227</sup> Außerdem zeigte sie auch ein ähnliches Verhalten im Irak-

---

<sup>224</sup> Vgl. Walt: *Taming American Power*, S. 142–143.

<sup>225</sup> Vgl. Deutsch, John u.a.: Making the World Safe for Nuclear Energy, in: *Survival*, Vol. 46, No. 4 (Winter 2004-05), S. 65–80 (76).

<sup>226</sup> Vgl. Brooks, Stephen G./Wohlforth, William C.: Hard Times for Soft Balancing, in: *International Security*, Vol. 30, No. 1 (Summer 2005), S. 72–108 (88).

<sup>227</sup> Vgl. Wit/Poneman/Gallucci: *Going Critical*, S. 102.

Krieg. Als die USA von der ROK 5.000 Kampftruppen für Garnisonspflichten im Irak forderten, weigerte sie sich und sandte nur nicht-kämpfende Truppen. Seoul zögerte sogar mit dieser Aktion.<sup>228</sup>

Ein weiterer Grund für das Zögern von Staaten liegt darin, dass der fordernde Staat ein größeres politisches Kapital zum Erreichen seines Ziels einsetzen muss. Wenn andere Staaten zögern, brauchen die USA eine große Menge von politischem Kapital, um ihre Ziele zu erreichen. Also ist *Balking* eine besonders effektive Strategie in der Zeit der amerikanischen Vorrangstellung, da sogar eine Supermacht wie die USA nicht alle Staaten zwingen oder einschüchtern kann, ihnen immer zu folgen.<sup>229</sup> In diesem Kontext war *Balking* eine effektive Strategie für Nordkorea in Bezug auf die Implementierung des Rahmenabkommens 1994<sup>230</sup> oder der Gemeinsamen Erklärung 2005,<sup>231</sup> auch wenn die USA sie nicht gut durchgeführt haben.

### ***Binding* als Widerstand**

Viele Staaten hoffen darauf, die US-Politik durch die Bindung der USA an internationale Institutionen zu beeinflussen. Dadurch versuchen die Staaten, die Anwendung der US-Macht zu beschränken und damit ihre Sicherheit vor einem Missbrauch der US-Macht zu schützen. Die Logik der *Bindung* beruht darauf, dass Institutionen eine große Rolle bei der Fortsetzung internationaler Kooperationen spielen. Internationale Institutionen können auch starken Staaten eine Legitimität ihrer Gewaltanwendung verleihen. Wenn schwache Staaten daran glauben, dass Großmächte ihre Kräfte nur unter der Kontrolle internationaler Unterstützung (z. B. eine Entscheidung des UN-Sicherheitsrats) einsetzen, dann brauchen die schwachen Staaten weniger Angst vor der Machtasymmetrie im internationalen System zu haben.<sup>232</sup>

---

<sup>228</sup> Vgl. Carpenter/Bandow: *The Korean Conundrum*, S. 4.

<sup>229</sup> Vgl. Walt: *Taming American Power*, S. 143.

<sup>230</sup> Siehe Kapitel 3.3.2.

<sup>231</sup> Siehe Kapitel 3.3.3.

<sup>232</sup> Vgl. Walt: *Taming American Power*, S. 144–145.



Ein gutes Beispiel dafür waren die Bemühungen von Frankreich, Deutschland und Russland durch die Institution des UN-Sicherheitsrats, den US-Angriff gegen den Irak Anfang 2003 zu vermeiden. Die Bush-Regierung wollte einen präventiven Krieg gegen den Irak, während die meisten anderen Staaten eine Eindämmungsstrategie bevorzugten. Allerdings zeigt dieser Fall deutlich, dass *Binding* keine so effektive Strategie ist, vor allem nicht, wenn es um die nationale Sicherheit geht. Die US-Regierungen machten im Serbien-Angriff von 1999 und im Irak-Krieg von 2003 klar, dass sie eine Genehmigung des UN-Sicherheitsrats als Vorbedingung für den legitimen Gewalteinsatz nicht akzeptieren würden.<sup>233</sup>

Internationale Institutionen können für viele Angelegenheiten zuständig sein, aber nicht für die Kontrolle der US-Macht, da die USA die Institutionen gegebenenfalls aufgrund ihrer nationalen Interessen ignorieren. Formelle Institutionen sind ineffektiv für die Kontrolle der USA, insbesondere in jenen Bereichen, in denen wichtige Sicherheitsinteressen auf dem Spiel stehen. Außerhalb des Sicherheitsbereichs ist die Strategie von *Binding* relativ effektiver, da die US-Herrschaft im Wirtschaftsbereich nicht so entscheidend ist. Daher versuchten die USA in den 1990er Jahren regionale und globale Wirtschaftsinstitutionen (z. B. NAFTA, APEC, WTO) zu bilden. Die USA nahmen die Institutionen als Mechanismus, um andere Staaten in die Ausrichtungen ihrer Politik einzuschließen, obwohl sie ihre Autonomie zum Teil einschränken sollten. Die anderen Staaten benutzten die Institutionen auch als einen Zugang zum US-Markt oder als ein Einflussmittel zur Ausgestaltung amerikanischer Politik.<sup>234</sup>

Die amerikanische Haltung zu internationalen Gesetzen zeigt sich ähnlich wie bei internationalen Institutionen. Die USA hatten eine ambivalente Haltung gegenüber internationalen Gesetzen. Diese Ambivalenz ist im letzten Jahrzehnt gestiegen. Einerseits spielte die US-Regierung eine wichtige

---

<sup>233</sup> Vgl. ebd., S. 146 und Jäger, Thomas: Die Entwicklung der transatlantischen Beziehungen unter den Bedingungen machtpolitischer Asymmetrie und kultureller Differenz, in: Jäger, Thomas/Höse, Alexander/Oppermann, Kai (Hrsg.): *Transatlantische Beziehungen: Sicherheit–Wirtschaft–Öffentlichkeit* (Wiesbaden: VS Verlag, 2005), S. 13–33 (19).

<sup>234</sup> Vgl. Ikenberry: *After Victory*, S. 233–234.

Rolle bei der Entwicklung neuer internationaler Gesetze und versicherte auch immer im In- und Ausland ihre Verpflichtung zu diesen Gesetzen. Aber andererseits beschränkte sie oft die Befolgung der Gesetze, indem sie die Wirkung der Gesetze entweder durch die Ablehnung ihrer Unterschrift (bzw. die Verweigerung der Ratifizierung im Senat) oder durch die Behauptung von speziellen Vorbehalten deutlich begrenzte.<sup>235</sup>

Das ambivalente Verhalten kommt aus der politischen Kultur des “*American Exceptionalism*.” Der Exceptionalismus basierte auf der Überzeugung, dass die USA ein spezielles Schicksal zwischen den Staaten haben. Das Schicksal bedeutete eine neue Form von politischer Gemeinschaft, die auf den Prinzipien – Rechtstaatlichkeit, Privateigentum, Repräsentativsystem, Rede-, Religions- und Handelsfreiheit – besteht.<sup>236</sup> Diese politische Kultur kann auch “*America first*” ausgedrückt werden.<sup>237</sup>

Die Fähigkeiten anderer Staaten sind im heutigen unipolaren System eingeschränkt, die USA in Institutionen zu integrieren, denn die USA brauchen nicht so viele Allianzen wie früher. Während der Zeit des Ost-West-Konflikts wollten die USA sich selbst in verschiedenen internationalen Institutionen integrieren, da sie die Unterstützung von Allianzen brauchten und die Isolierung der Sowjetunion fördern wollten. Seit Anfang der 1990er Jahre sehen amerikanische Führer die Handlungsfreiheit als unbedingt notwendig für die Verteidigung ihrer vitalen Interessen an. Sie wollen sich nur wenig an formelle internationale Institutionen binden und ihre Autonomie nur widerwillig einschränken. Schwache Staaten wollen starke Staaten in Institutionen integrieren, aber z. B. der dominante Staat versucht, die gleichen Institutionen für die Vergrößerung seiner Macht und die Entwicklung seiner Interessen zu verwenden. Institutionen können starke Staaten nicht zwingen,

---

<sup>235</sup> Vgl. Walt: *Taming American Power*, S. 147–148.

<sup>236</sup> Vgl. Patrick, Stewart: Multilateralism and Its Discontents: The Causes and Consequence of U.S. Ambivalence, in: Patrick, Stewart/Formen, Shepard (eds.): *Multilateralism and U.S. Foreign Policy* (Boulder/London: Lynne Rienner, 2002), S. 1–44 (7–8).

<sup>237</sup> Vgl. Schweigler, Gebhard: Außenpolitik, in: Adams, Willi Paul/Lösche, Peter (Hrsg.): *Länderbericht USA – Geschichte Politik Geographie Wirtschaft Gesellschaft Kultur* (Bonn, 1998), S. 393–473 (395–400).

sich in einer bestimmten Richtung zu verhalten.<sup>238</sup> Wenn sich die starken Staaten nicht mehr an die Institutionen binden wollen, dann ist die Strategie des *Binding* nicht mehr möglich.<sup>239</sup>

### ***Bonding* als Anpassung**

*Bonding* ist eine Anpassungsstrategie und bedeutet eine starke Beziehung mit jemandem zu entwickeln. Um einen US-Schutz zu gewinnen, versuchen einige Staaten, eine enge personelle Partnerschaft mit den USA zu erreichen. Sie können durch *Bonding* mit US-Führern „einen Platz am Tisch“ der außenpolitischen Entscheidungsprozesse der USA bekommen. Damit könnten sie die US-Führer ermutigen, sich mit ihnen über wichtige Initiativen zu beraten. Das klarste Beispiel dafür war die besondere Beziehung zwischen den USA und Großbritannien. Der britische Premierminister *Winston Churchill* bemühte sich sehr darum, dass Großbritannien die enge amerikanische Allianz im zweiten Weltkrieg behielt. *Harold Macmillan* suchte eine enge Verbindung mit *Dwight Eisenhower* und besonders mit *John F. Kennedy*. Der personelle Einfluss *Margaret Thatchers* führte zu guten Ergebnissen in der *Reagan-* und der *Bush Sen.-Administration*. *Tony Blair* ist von Kritikern als „*poodle*“ von George W. Bush bezeichnet worden.<sup>240</sup>

Allerdings ist es schwierig, das Ausmaß des Einflusses *Blairs* auf die US-Außenpolitik zu messen. In diesem Sinne produziert *Bonding* kaum einen bedeutsamen Einfluss und kann nur geringfügig funktionieren. Außerdem kann *Bonding* keinen soliden Hebel für die Beeinflussung auf US-Entscheidungen schaffen. Regierungen, die eine enge Beziehung zu Washington unterhalten, bezahlen zu Hause einen politischen Preis und können sogar ihr Amt durch verärgerte Wähler verlieren. Das Schicksal des ehemaligen

---

<sup>238</sup> Vgl. Waltz: *Structural Realism after the Cold War*, S. 21–25.

<sup>239</sup> Vgl. Walt: *Taming American Power*, S. 149–152.

<sup>240</sup> Vgl. Walt: *Taming American Power*, S. 191–192.

spanischen Ministerpräsidenten *José Maria Aznar* war hier lehrreich.<sup>241</sup> Obwohl *Aznar* in bescheidenem Maße Einfluss auf den Irak-Krieg durch die Freundschaft mit Präsident Bush nehmen konnte, untergrub diese Entscheidung z. B. durch die Bombenanschlag in Madrid 2003 deutlich seine Position im spanischen Wahlkampf und so verlor seine Partei die Wahl im April 2004.<sup>242</sup>

Darüber hinaus wollen einige Staaten, wie Großbritannien oder verbündete Staaten, die von *Bandwagoning* mit den USA diplomatische und wirtschaftliche Vorteile erwarten, in gleicher Linie mit der USA stehen und keine Frage stellen. Dazu gehören einige Staaten, die *Donald Rumsfeld* „*the new Europe*“ nannte, oder neue unabhängige Staaten neben Russland, die eine amerikanische Schirmherrschaft wünschen. Hierbei könnte die US-Vorrangstellung so groß werden, dass keine Staaten mit den USA wetten. Dieses Verhalten der Staaten wird auch *Cooperating* genannt.<sup>243</sup>

## Neutrale Staaten

### ***Balancing*<sup>244</sup> als Widerstand**

Die traditionelle balance-of-power Theorie konzentriert sich auf die Verteilung materieller Kapazitäten wie z. B. Bevölkerung, wirtschaftliche Größe, militärische Macht und natürliche Ressourcen. Diese Theorie besagt, dass Staaten normalerweise gegen den stärksten Staat, nämlich den Staat mit den größten materiellen Ressourcen, balancieren wollen. Wenn die Theorie auf

---

<sup>241</sup> Vgl. Maihold, Günther: Kurswechsel in Madrid – Die Außenpolitik Spaniens nach den Attentaten vom 11. März 2004 und vor dem Regierungswchsel, in: *SWP-Aktuell 12* (März 2004).

<sup>242</sup> Vgl. Walt: *Taming American Power*, S. 193–194.

<sup>243</sup> Vgl. Betts, Richard K.: The Future of Force and U.S. National Security Strategy, in: *The Korean Journal of Defense Analysis*, Vol. XVII, No. 3 (Winter 2005), S. 7–26 (24).

<sup>244</sup> Siehe Kapitel 2.1.2.

die Zeit nach dem Ost-West-Konflikt angewendet wird, dann kann man sowohl folgern, dass existierende amerikanische Allianzen zerbrechlicher werden und schwieriger zu führen sind, als auch, dass andere Staaten für eine Gegenmachtbildung gegen die US-Macht innere Ressourcen mobilisieren und/oder äußere Bündnisse schließen.

In der Regel können Staaten einem expansionistischen Staat durch inneres *Balancing* (nämlich die Wiederaufrüstung oder die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums für die Unterstützung der Wiederaufrüstung) oder äußeres *Balancing* (nämlich die Organisierung der Allianzen für die Gegenmachtbildung) gewachsen sein. In den meisten multipolaren internationalen Systemen sind beide Formen von *Balancing* möglich. In bipolaren Systemen ist nur inneres *Balancing* wichtig, da kein dritter Staat Einfluss auf die „*Balance of Power*“ haben kann. Im unipolaren System ist inneres *Balancing* eine nicht gut durchführbare Option, da es für einen Staat schwierig ist, eine Gegenmacht gegen die unipolare Macht allein zu bilden. In einem solchen Fall ist sanftes *Balancing* eine realisierbare Strategie.<sup>245</sup> Also gibt es drei Möglichkeiten für die balancing-Strategie – *External* (äußeres), *Soft* (sanftes) und *Internal* (inneres) *Balancing*.<sup>246</sup>

***External Balancing.*** Nach der realistischen Theorie sieht es so aus, dass eine sofortige Opposition gegen die USA entstehen sollte. Obwohl es einige bescheidene Anzeichen des anti-amerikanischen *Balancing* gibt, ist es nicht so stark ausgeprägt, wie nach dieser Theorie zu erwartet wäre. Das Ende des Ost-West-Konfliktes und der Auftritt der Bush-Regierung führten zu großen Spannungen zwischen den USA und ihren europäischen Allianzen. Europäische Sorgen bezüglich der US-Macht führten zu vorläufigen Bemühungen um multilaterale Kooperation gegen die USA. Die Europäische Union versucht, ihre sicherheitspolitische Abhängigkeit von den USA durch die Ausbau ihrer militärischen Kapazitäten zu reduzieren und eine vereinigte Stim-

---

<sup>245</sup> Vgl. Pape: *Soft Balancing against the United States*, S. 15–18.

<sup>246</sup> Vgl. Walt: *Taming American Power*, S. 120–140.

me der EU in außenpolitischen Angelegenheiten durch institutionelle Reformen zu erreichen. Es ist sicher, dass die transatlantischen Beziehungen davon abhängen, wie stark die Europäer selbst sind.<sup>247</sup> Allerdings ist dies nicht einfach für die EU-Staaten, wie z. B. ihre unterschiedlichen Verhaltensweisen beim Irak-Krieg Anfang 2003 gezeigt haben.

China und Russland schlossen ein Freundschafts- bzw. Kooperationsabkommen im Juli 2001 und führten ein gemeinsames Manöver im Dezember 2004 durch, um bestehende Spannungen zwischen den beiden Staaten zu lösen und das gegenseitige Sicherheitsgefühl durch eine Sicherheitskooperation zu erhöhen. Obwohl sich das Abkommen nicht gegen einen konkreten Staat richtet, kann man leicht vermuten, dass es für einen Widerstand gegen die USA nötig ist. Es ist aber nicht einfach, damit gegen die USA zu balancieren, weil es eine Strategie nur für die Kontrolle der USA ist. Zum Beispiel hatten die USA im Ost-West-Konflikt eine enge Beziehung mit China angestrebt, um die Sowjetunion besser in Schach zu halten.<sup>248</sup> Außerdem äußerte der russische Präsident *Vladimir Putin*, dass Indien eine Großmacht werden wird, um eine multipolare Welt schaffen zu helfen. Eigentlich hatte Russland einen strategischen Pakt mit Indien im Jahre 2000 geschlossen. Aber ein strategisches Dreieck zwischen Russland, China und Indien gestaltet sich schwierig, da amerikanische Verbindungen mit jedem dieser drei Länder stärker sind als die Beziehungen zwischen diesen drei Staaten.<sup>249</sup>

Eine Counter-Koalition, die plausibel und potent ist, wäre nach *Richard Betts* eine anti-amerikanische Allianz zwischen Russland und China. Spannungen zwischen den beiden Staaten und den USA sind schwankend und jetzt niedrig, aber die US-Politik gegenüber der Erweiterung der NATO, dem Balkan, Zentralasien und der Verteidigung Taiwans stellt langfristig

---

<sup>247</sup> Vgl. Reiter, Erich: Die Sicherheitsstrategie der EU, in: Jäger, Thomas/Höse, Alexander/Oppermann, Kai (Hrsg.): *Die Sicherheitsstrategien Europas und der USA – Transatlantische Entwürfe für eine Weltordnungspolitik* (Baden-Baden: Nomos, 2005), S. 57–65.

<sup>248</sup> Vgl. Huntington: *The Clash of Civilizations*, S. 325–331.

<sup>249</sup> Vgl. Lieber, Keir A./Alexander, Gerard: Waiting for Balancing – Why the World Is Not Pushing Back, in: *International Security*, Vol. 30, No. 1 (Summer 2005), S. 109–139 (123–124); und Brooks/Wohlforth: Hard Times for Soft Balancing, S. 83–84.

Ursachen für Konflikte zwischen diesen beiden Seiten dar. Dieser Punkt ermöglicht, dass Russland und China trotz Misstrauen einander gegen eine gemeinsame Bedrohung der USA kooperieren könnten. Dieses Verhalten wird auch *Collaborating* genannt.<sup>250</sup>

Abgesehen davon sind die USA mit NATO-Staaten, Japan, Südkorea, Taiwan und mehreren anderen ASEAN<sup>251</sup>-Staaten verbündet. Diese Allianzen sind noch unbeschädigt. Also zeigen sich die Tendenzen zum *external Balancing* noch ziemlich mild. Gründe dafür sind nach *Walt* die amerikanische geografische Lage und ein freundlicher (*benign*) Charakter der US-Macht. Daher halten die meisten anderen Staaten die USA für nicht so bedrohlich und nicht besonders aggressiv. Deswegen ist es schwierig, ein äußeres *Balancing* gegen die USA zu erreichen.<sup>252</sup>

***Soft Balancing.*** *Soft Balancing* versucht nicht die gesamte Verteilung der Machtkapazitäten zu ändern, während *Hard Balancing* sich auf die gesamte *Balance of Power* konzentriert und eine ausgleichende Koalition gegen die dominante Macht zusammenzusetzen versucht. Diese Strategie nimmt ein gegenwärtiges Gleichgewicht an, aber sie sucht ein besseres Ergebnis innerhalb dieser Konstellation zu finden. In der heutigen Zeit der amerikanischen Vorrangstellung ist das *Soft Balancing* von *Walt* definiert als:

The conscious coordination of diplomatic action in order to obtain outcomes contrary to U.S. preference – outcomes that could not be gained if the balancers did not give each other some degree of mutual support.<sup>253</sup>

---

<sup>250</sup> Vgl. Betts: *The Future of Force and U.S. National Security Strategy*, S. 26.

<sup>251</sup> “Association of South-East Asian Nations”, siehe Möller, Kay: *ASEAN and the United States – For Want of Alternatives*, in: Dosch, Jörn/Mols, Manfred (eds.): *International Relation in the Asia-Pacific – New Patterns of Power, Interest, and Cooperation* (New York, 2000), S. 155–169 (155–158).

<sup>252</sup> Vgl. Lieber/Alexander: *Waiting for Balancing*, S. 115–119.

<sup>253</sup> Walt: *Taming American Power*, S. 126.

Nach *Robert Pape* bedeutet das:

That is, actions that do not directly challenge U.S. military preponderance but that use nonmilitary tools to delay, frustrate, and undermine aggressive unilateral U.S. military policies. Soft balancing using international institutions, economic statecraft, and diplomatic arrangements has already been a prominent feature of the international opposition to the U.S. war against Iraq.<sup>254</sup>

Das Verhalten von *Soft Balancing* kann unter folgenden Bedingungen entstehen: 1) die Machtposition und das Militärverhalten des Hegemons beunruhigen andere Staaten, aber sie stellen noch keine ernsthafte Herausforderung an die Souveränität von Großmächten dar. 2) der dominante Staat hat wichtige Mittel im Wirtschafts- und Sicherheitsbereich, die nicht einfach ersetzt werden können. Und 3) der dominante Staat kann nicht einfach eine Aktion durchführen, entweder weil die *balancing*-Bemühungen anderer Staaten heimlich sind oder weil die anderen Staaten seine Position militärisch nicht direkt herausfordern.<sup>255</sup>

Diese Strategie kann verschiedene Ziele haben. Erstens können Staaten dadurch balancieren, dass sie ihre Widerstandskapazität gegen amerikanischen Druck erhöhen. Einige Staaten, die von der US-Macht direkt bedroht wurden, haben geheime Informationen ausgetauscht. Zum Beispiel informierte der Irak Serbien über die amerikanische Luftangriffstaktik vor dem Kosovo-Krieg. China informierte den Irak über eine Technologie (z. B. *fiber-optic*) für die Verbesserung ihrer Luftabwehrkapazität. Es heißt, dass Nordkorea dem Iran Material (z. B. *fluorine gas*), das ein notwendiger Stoff für die Urananreicherung ist, verkaufte. Nicht-Staatliche Akteure (z. B. Terrororganisationen) arbeiten für ihre politische Agenda zusammen.

---

<sup>254</sup> Pape: *Soft Balancing against the United States*, S. 10.

<sup>255</sup> Vgl. Paul, T.V.: *Soft Balancing in the Age of U.S. Primacy*, in: *International Security*, Vol. 30, No. 1 (Summer 2005), S. 46–71 (59).



Außerdem gehörten nach *Robert Pape* die russische Hilfe für den Aufbau des iranischen Nuklearkraftwerks und die südkoreanische Wirtschaftshilfe für Nordkorea zum *Soft Balancing*. Allerdings gab es auch eine andere Meinung dazu. *Lieber* und *Alexander* meinen, dass solche Handlungen nicht für *Soft Balancing* geeignet sind, weil die russischen und die südkoreanischen Aktionen nicht für das *balancing*-Verhalten gegen die USA, sondern nur für ihre wirtschaftlichen oder lokalen Interessen gedacht sind.<sup>256</sup>

Zweitens ist die Verbindung der Kräfte mit anderen Staaten eine Möglichkeit, ihre Verhandlungsposition in internationalen Angelegenheiten zu verbessern. Zum Beispiel gab es eine Koalition von einundzwanzig entwickelnden Staaten in der *World Trade Organization* (WTO), die von Brasilien, China, Indien und Südafrika gegründet wurde. Sie forderten die entwickelten Staaten dazu auf, ihre Subventionen in der Landwirtschaft bedeutsam zu reduzieren.

Drittens kann *Soft Balancing* auch in Form von symbolischen Handlungen geschehen. Die strategische Partnerschaft Russlands mit Indien und China ist für diesen Zweck geeignet. Entsprechend erweitern Russland und der Iran heimlich ihre strategische Partnerschaft seit 2000, wenigstens zum Teil als eine Antwort auf die wachsende US-Militärpräsenz in dieser Region.<sup>257</sup> Außerdem ist die zunehmende strategische Partnerschaft zwischen der EU und China ein wichtiges Zeichen für *Soft Balancing*. Die EU will gerade das Waffenembargo gegen China, das nach dem *Tiananmen* Ereignis verhängt wurde, trotz eines starken amerikanischen Druck aufheben.

Und viertens ist *Soft Balancing* eine Methode, um eine falsche Wahl z. B. angesichts wachsender Unsicherheit in den Beziehungen zu den USA zu vermeiden. Eine einheitlichere europäische Verteidigungskraft stärkt auch die Verhandlungsmacht innerhalb der existierenden transatlantischen Institutionen. Dies ist der Grund dafür, dass sich amerikanische Beamte immer

---

<sup>256</sup> Vgl. Lieber/Alexander: *Waiting for Balancing*, S. 129–130.

<sup>257</sup> Vgl. Brooks/Wohlforth: *Hard Times for Soft Balancing*, S. 75.

ambivalent gegenüber den europäischen Bemühungen um die Stärkung ihrer militärischen Kapazitäten zeigen.

Es gibt eine weitere Erklärung für *Soft Balancing*. Analytiker sehen einige Handlungen als *Soft Balancing*, die die US-Außenpolitik komplizierter machen. Staaten können eine Politik oder Handlungen verfolgen, die die Ausführung der US-Außenpolitik verhindern oder einschränken, weil die Staaten auf ihre wirtschaftlichen Gewinne oder erhöhte regionale Sicherheit abzielen. Außerdem können diese Staaten aufgrund innenpolitischer Gründe mit einer spezifischen US-Politik nicht einverstanden sein, auch wenn sie im Allgemeinen mit der US-Macht einverstanden sind.<sup>258</sup> Dazu kann der süd-koreanische Widerstand gegen die harten US-Sanktionen gegenüber Nordkorea gezählt werden.

***Internal Balancing***. Dafür gibt es drei Methoden – 1) die Entwicklung konventioneller militärischer Strategie, 2) die Möglichkeit von Terrorismus und 3) das Streben nach Massenvernichtungswaffen. In konventionellen Kämpfen versuchen schwache Staaten aufgrund der asymmetrischen Kapazitäten, eine militärische Strategie und Taktik zu finden, die ihre eigene Wirksamkeit maximieren und die Wirksamkeit ihrer Gegner minimieren kann.<sup>259</sup> Dazu gehört die Guerilla-Strategie von *Mao Tse-tung*. Partisanenarmeen vermeiden normalerweise die direkte Konfrontation mit regulären Truppen auf dem Schlachtfeld, bis ihre eigenen Kräfte sich vergrößert haben.<sup>260</sup> Die Guerilla-Strategie benötigt zwei grundlegende Elemente: i) Schutzgebiete (physisch: z. B. Sümpfe, Berge, dichte Wälder oder Dschungel; oder politisch: arme Gebiete oder schwach kontrollierende Grenzgebiete) und ii) unterstützende Bewohner, die Kämpfer mit Information, Bedürf-

---

<sup>258</sup> Vgl. ebd., S. 79–81.

<sup>259</sup> *Strategy* is an actor's plan for using armed forces to achieve military or political goals. (...) *Tactics* refers to the art of fighting battles and of using the various arms of the military – for example, infantry, armor, and artillery – on terrain and in positions that are favorable to them. In: Arreguin-Toft: *How the Weak Win Wars: A Theory of Asymmetric Conflict*, S. 29–30.

<sup>260</sup> Vgl. Münkler, Herfried: *Die neuen Kriege* (Hamburg: Rowohlt, 2002), S. 187–189.

nissen und Ersatz versorgen. *Mao Tse-tung* formulierte diese Strategie folgendermaßen:

In guerilla warfare, select the tactic of seeming to come from the east and attacking from west; avoid the solid, attack the hollow; (...) deliver a lightning blow, seek a lightning decision. When guerillas engage a stronger enemy, they withdraw when he advances; harass him when he stops; strike him when he is weary; pursue him when he withdraws. In guerilla strategy, the enemy's rear, flanks, and other vulnerable spots are his vital points, and there he must be harassed, attacked, dispersed, exhausted, and annihilated.<sup>261</sup>

Während und nach dem Afghanistan-Krieg 2001 und dem Irak-Krieg 2003 zeigte sich deutlich diese Strategie. Außerdem versuchte China, militärische Kapazitäten wie z. B. Anti-Schiffs-Marschflugkörper zu erwerben und wollte damit vermeiden, dass die US-Marine z. B. in einen Taiwanstreit eingreifen könnte.

Es gibt verschiedene Definitionen von Terrorismus. Nach *Walt* ist Terrorismus wie folgt definiert:

Terrorism is a strategy that weaker actors use because it allows them to avoid the superior armed forces of its stronger opponents, and thus to target the more vulnerable elements of society itself. (...) Hostile forces can also use terrorist tactics (such as suicide bombings) in order to attack U.S. military forces, seeking to penetrate U.S. defenses by masquerading as innocent civilians rather than by openly engaging U.S. forces on the battlefield.<sup>262</sup>

---

<sup>261</sup> Mao, Tse-tung: *On Guerilla Warfare* 1961, S. 46, zitiert nach Arreguin-Toft: *How the Weak Win Wars: A Theory of Asymmetric Conflict*, S. 33.

<sup>262</sup> Walt: *Taming American Power*, S. 137.

Das Außenministerium der USA benutzt die folgende Definition:

Vorsätzlich, politische motivierte Gewalt, verübt gegen zivile Ziele durch substaatliche Gruppen oder geheime Agenten, gewöhnlich in der Absicht, ein Publikum zu beeinflussen.<sup>263</sup>

Außerdem definiert die US-Bundespolizei, das *Federal Bureau of Investigation* (FBI), den Terrorismus folgendermaßen:

Gesetzwidriger Gebrauch von Zwang oder Gewalt gegen Personen oder Eigentum zur Einschüchterung oder zur Nötigung einer Regierung, der Zivilbevölkerung oder irgendeines Teiles davon zur Förderung bestimmter politischer oder gesellschaftlicher Ziele.<sup>264</sup>

Und das Pentagon vertritt die folgende Begriffsbestimmung:

Gesetzwidriger –oder angedrohter – Gebrauch von Zwang oder Gewalt gegen Personen oder Eigentum, um Regierungen oder Gesellschaften zu nötigen oder einzuschüchtern, oftmals um politische, religiöse oder ideologische Ziele zu erreichen.<sup>265</sup>

Ähnlich wie andere asymmetrische Strategien versucht der Terrorismus stärkere Gegner nicht direkt zu schlagen. Er ist eine politische Strategie, die einen Erfolg dadurch erzielt, die Überzeugung stärkerer Gegner anzugreifen und Sympathisanten des Terrorismus zu ermutigen. *Al-Kaida* ist dafür ein gutes Beispiel. Außerdem gab/gibt es die *Irish Republican Army* (IRA) in

---

<sup>263</sup> Hoffman, Bruce: *Terrorismus – Der unerklärte Krieg: Neue Gefahren politischer Gewalt*, 4. Auflage (Frankfurt/M: Fischer, 2002), S. 47.

<sup>264</sup> Ebd., S. 48.

<sup>265</sup> Ebd.

Nordirland, die nationalen Rebellen in Tschetschenien oder in Kaschmir und die verschiedenen Palästinensergruppen.<sup>266</sup>

Anstatt direkten Widerstands gegen konventionelle US-Kräfte zu leisten, können Staaten, die Angst vor der amerikanischen Militärmacht haben, sich dafür entscheiden, ihre Militärkapazitäten auszubauen. Damit können die Staaten die US-Kräfte abschrecken. Dabei spielen nukleare, chemische und/oder biologische Waffen eine große Rolle. Der Grund dafür, dass schwache oder verarmte Staaten versuchen, Massenvernichtungswaffen zu erwerben, liegt darin, ihre vitalen Interessen zu schützen bzw. potentielle oder wirkliche Feinde abzuschrecken. Massenvernichtungswaffen, vor allem Nuklearwaffen, sind ein höchst effektives Instrument für die Abschreckung, da es zu gefährlich ist, einen solche Waffen besitzenden Staat mit einer Eroberung oder einem Regimewechsel zu drohen. Das Erwerben eines nuklearen Arsenal ist eine klassische asymmetrische Vorgehensweise. Dies kann nicht alle Instrumente der US-Macht abwehren, aber dies kann wenigstens einen erbarmungslosen Einsatz der US-Macht vermeiden.<sup>267</sup>

### ***Delegitimation als Widerstand***

Alle politischen Ordnungen hängen von dem Glauben ab, dass sie legitim sind. Wenn die Mitglieder einer Gesellschaft die existierende Ordnung als legitim erachten, dann stellen sie die Ordnung nicht in Frage und streben nicht nach einer Veränderung der Ordnung. Wenn Staaten die existierende Machtstruktur im internationalen System generell als legitim betrachten, fordern sie den dominanten Staat nicht heraus und halten möglicherweise auch seine dominierende Position als natürlich oder unvermeidlich. Es sei denn, dass sie Gelegenheiten suchen, die Ordnung zu ändern. Es ist deshalb wichtig, ob der Charakter der Ordnung als legitim betrachtet wird oder nicht.

---

<sup>266</sup> Vgl. Lieber/Alexander: *Waiting for Balancing*, S. 138.

<sup>267</sup> Vgl. ebd., S. 138–139.

Eine Strategie von *Delegitimation* sucht nicht die US-Macht direkt herauszufordern, sondern versucht als zentrales Ziel, den Glauben zu untergraben, dass die US-Herrschaft natürlich oder moralisch unantastbar ist. Im Wesentlichen sucht diese Strategie Menschen zu veranlassen, sich der US-Herrschaft bewusst zu werden, so dass sie sich gegen diese Herrschaft wenden, und so dass die USA mehr Aufwand betreiben müssen, um Unterstützung zu bekommen.<sup>268</sup>

Der Irak-Krieg von 1991 mit der Entscheidung des UN-Sicherheitsrats wurde weltweit als ein legitimer Gewalteinsatz gesehen. Dagegen untergrub die Entscheidung für den Irak-Angriff von 2003 die Legitimität der US-Herrschaft, weil die USA daran scheiterten, die Genehmigung des UN-Sicherheitsrats zu erhalten. Bezüglich der neuen Bush-Doktrin der Prävention kritisierte UN-Generalsekretär *Kofi Annan* ausdrücklich, dass diese Politik mit Verfahren und Prinzipien zusammenstößt, die die internationale Gesellschaft mehr als fünf Jahrzehnte unterstützt haben.

Article 51 of the Charter prescribes that all States, if attacked, retain the inherent right of self-defence. But until now it has been understood that when States go beyond that, and decide to use force to deal with broader threats to international peace and security, they need the unique legitimacy provided by the United Nations.

Now, some say this understanding is no longer tenable, since an “armed attack” with weapons of mass destruction could be launched at any time, without warning, or by a clandestine group.

Rather than wait for that to happen, they argue, States have the right and obligation to use force pre-emptively, even on the territory of other States, and even while weapons systems that might be used to attack them are still being developed.

---

<sup>268</sup> Vgl. Walt: *Taming American Power*, S. 160–172.

According to this argument, States are not obliged to wait until there is agreement in the Security Council. Instead, they reserve the right to act unilaterally, or in ad hoc coalitions.

This logic represents a fundamental challenge to the principles on which, however imperfectly, world peace and stability have rested for the last fifty-eight years.<sup>269</sup>

Diese Kritik beruhte auf den Fakten, dass die internationale Gemeinschaft ein etabliertes Verfahren für die Legitimierung des Einsatzes von Militärgewalt hat und dass die US-Doktrin das Verfahren verletzt. Außerdem reagieren skeptische Allianzpartner der USA oder andere Staaten, die sich der amerikanischen Anwendung von Gewalt widersetzen, lieber rhetorisch z. B. mit Kritik oder Vorwürfen auf die US-Politik als mit konkreten Aktionen. Dieses Verhalten wird auch *Carping* genannt.<sup>270</sup>

Im September 2004 verteidigte sich Präsident Bush in der UN- Vollversammlung gegen die Kritik an dem Irak-Krieg dadurch, dass er meinte, der Irak sei befreit worden, die irakischen Bürger kämen nun in den Genuss von Freiheit und die Welt sei sicherer geworden, da eine Terrorallianz gefallen sei. Solche Bemühungen um die Verteidigung der Legitimität der US-Herrschaft beruhen darauf, dass die Kosten-Nutzen-Bilanz der US- Handlungen trotz unglücklicher Konsequenzen (z. B. der Tod von unschuldigen Zivilisten) insgesamt positiv ist.

Dagegen zweifeln US-Gegner an solcher Legitimität, indem sie anführen, dass die Nettoeffekte der US-Handlungen größtenteils negativ seien. Im Fall des Irak-Krieges wurde die Kritik vor allem mit dem Misserfolg der Suche nach Massenvernichtungswaffen, mit dem Leiden der irakischen Bevölkerung in der Nachkriegszeit und mit der weiter andauernden Gewalt innerhalb des Iraks begründet. Auf einer eher grundsätzlichen Ebene stellen isla-

---

<sup>269</sup> Annan, Kofi: The Secretary-General Address to the General Assembly (New York, 23.09.2003), at <http://www.un.org/webcast/ga/58/statements/sg2eng030923.htm> (Stand: 03.08.2006).

<sup>270</sup> Vgl. Betts: The Future of Force and U.S. National Security Strategy, S. 24–25.

mische Radikale wie *Osama bin Laden* die globale Rolle der USA in Frage. Sie behaupten, dass Amerikaner den islamischen Ländern ihr Öl stehlen würden, ungerechte wirtschaftliche Sanktionen gegen islamische Länder verhängen, Militärbasen in muslimischen Ländern unterhalten, die islamische Gesellschaft verderben und Israel unterstützen. Für *Al-Kaida* ist die amerikanische Vorrangstellung böse und illegitim. Damit sind ihre gewaltsamen Repressalien gerechtfertigt.<sup>271</sup>

Einige weniger extreme Kritiker kritisieren die USA, indem sie anführen, dass die USA globale Probleme auslösen bzw. an deren Lösung (z. B. die Ablehnung des Kyoto-Protokolls) scheitern. Außerdem werden die USA für ihre niedrigen Budgets bei internationalen Katastrophen kritisiert. Im Dezember 2004 hatte die Bush-Regierung z. B. bei der Erdbeben-Katastrophe *Tsunami* in Südasien zunächst 15 Millionen US-Dollar Hilfe angeboten. Als dieses Angebot international und selbst von Amerikanern scharf verurteilt wurde, erhöhte sie es schließlich auf 350 Millionen US-Dollar. Auch wurde die amerikanische Wirtschaftspolitik (z. B. landwirtschaftliche Subventionen und textile Zölle) kritisiert, da sie die Entwicklung einiger der ärmsten Staaten der Welt behindert. Schließlich meinen viele Führer in der Welt, dass die Machtkonzentration in US-Händen unerwünscht sei, auch wenn einige amerikanische Entscheidungen für andere Staaten nützlich sind. Und sie argumentieren, dass eine Rückkehr zu einer multipolaren Machtverteilung besser sei.

Nach *S. Walt* werden einige Bedingungen für das Funktionieren der Strategie von *Delegitimation* vorausgesetzt.<sup>272</sup> Erstens erwerben sich die USA wenig Anerkennung, wenn sie schwächere Staaten unter Druck setzen. Zweitens gewinnen Kritiker einer uneingeschränkten US-Dominanz an Überzeugungskraft, wenn sie einen unparteiischen oder moralisch ausgezeichneten Hintergrund haben. Die Kritik einer „schurkenstaatlichen“ Re-

---

<sup>271</sup> Vgl. Osama bin Laden's "letter to the American people" (24.11.2002), at <http://observer.guardian.co.uk/worldview/story/0,11581,845725,00.html> (Stand: 07.08.2006).

<sup>272</sup> Vgl. Walt: *Taming American Power*, S. 173–175.



gierung kann als reine Propaganda abgetan werden. Aber wenn eine Verurteilung von einer neutralen Organisation wie *Amnesty International* kommt, hat dies ein größeres Gewicht. Und drittens wird die Legitimität der US-Politik in Frage gestellt, wenn die angebotene Rechtfertigung für ihre Handlungen offensichtlich falsch ist. In letzter Zeit wird die amerikanische Legitimität als Weltführer dadurch deutlich beschädigt, dass irakische Massenvernichtungswaffen nicht aufzufinden sind, dass die USA verzerrte Informationen für den Angriff des Iraks nutzten, und dass sie, in einem Fall, diese Informationen absichtlich gefälscht haben.

Der iranische konservative Zeitungskolumnist *Amir Mohebian* argumentiert:

The Americans say in order to preserve the peace for [their] children [they] should have nuclear weapons and [we] should not.<sup>273</sup>

S. *Walt* schreibt ganz ähnlich dazu:

Similarly, there is an obvious contradiction between U.S. insistence that other states abandon their own nuclear programs and its own plans to build strategic missile defenses and to develop a new generation of nuclear weapons.<sup>274</sup>

### ***Regional Balancing als Anpassung***

Eine Motivation von Staaten für eine Anlehnung an die USA liegt normalerweise in dem Wunsch, von der amerikanischen Militärmacht zu profitieren, um eigene regionale Bedrohungen abwehren zu können. Dies ist ein *Bandwagoning* im weitesten Sinne oder eine Form von *Balancing* gegen die Bedrohung eines anderen Nachbarstaats. Diese Tendenz hat schon eine lange Geschichte. Während des Ost-West-Konfliktes suchten viele Staaten eine

---

<sup>273</sup> Takeyh, Ray: Iran's Nuclear Calculations, in: *World Policy Journal*, Vol. 20, No. 2 (Summer 2003), at <http://www.worldpolicy.org/journal/articles/wpj03-2/takeyh.html> (Stand: 18.06.2006).

<sup>274</sup> Walt: *Taming American Power*, S. 174.

Unterstützung von einer der zwei Supermächte (und manchmal sogar von beiden) zu erhalten, um einer nahen Bedrohung oder inneren Herausforderungen entgegenzuwirken. Dazu gehörten Nord- und Südkorea, Nord- und Südvietnam, Israel, Ägypten, Kuba, Pakistan, Angola, Somalia, Äthiopien und andere. Die USA waren eine attraktive Allianz für einige Mittelmächte in Europa und Asien, da die USA als keine direkte Bedrohung gesehen wurden, weil im Gegensatz zur Sowjetunion die USA von Eurasien durch zwei Ozeane getrennt sind.<sup>275</sup>

Diese Motivation gibt es noch heute. Die US-Allianzpartner in Europa möchten hier amerikanische Truppen stationiert haben, um gegen zukünftige Bedrohungen (z. B. regionale Konkurrenten, eine wiederauflebende russische Bedrohung) gewappnet zu sein. Dies war der Grund dafür, warum osteuropäische Staaten wie Polen, Ungarn und die baltischen Staaten Mitglied der NATO werden wollten.<sup>276</sup> Auch in Asien sind trotz Ende des Ost-West-Konfliktes noch US-Truppen verblieben. Aufgrund der potentiellen zukünftigen Bedrohung durch China und des nordkoreanischen Nuklearproblems streben viele asiatische Staaten wie Japan, Singapur, Vietnam, Malaysia, Indonesien, die Philippinen und Indien eine enge strategische Partnerschaft mit den USA an.<sup>277</sup>

Im Nahen Osten gibt es eine ähnliche Situation. Die Motivation Israels für einen US-Schutz ist klar, da Israel seit Mitte der 1960er Jahre von den USA quasi abhängig ist. Auch Staaten wie Jordanien, Saudi-Arabien, Ägypten und kleinere Golf Staaten (z. B. Kuwait, Katar, Oman, Bahrain) haben ein zentrales Interesse an ihren Beziehungen zu den USA. Die Strategie von *regional Balancing* spiegelt eine Anerkennung der US-Herrschaft wider. Denn ein amerikanischer Schutz wäre wenig wertvoll, wenn die USA keine dominante Weltmacht wären. Aber diese Strategie ist nicht dieselbe wie *Bandwagoning*, da in diesen Fällen Staaten trotz fehlender Bedrohung durch

---

<sup>275</sup> Vgl. ebd., S. 187–188.

<sup>276</sup> Vgl. Haftendorn: Eine neue NATO?, S. 2–3.

<sup>277</sup> Allerdings gab es nach *David Kang* die andere Meinung, in der der Aufstieg Chinas von anderen asiatischen Staaten nicht als bedroht gesehen wurde. Siehe Kapitel 2.2.2. China.

die USA eine enge Linie mit den USA suchen, um ihre Sicherheit vor regionalen Bedrohungen zu verteidigen.<sup>278</sup>

## Revisionistische Staaten

### ***Blackmail* als Widerstand**

Das *Oxford English Dictionary* definiert “*Blackmail* (Erpressung)” als “any payment or other benefits extorted by threats or pressure”. Ein Erpresser bedroht jemanden mit Handlungen, die das Opfer verhindern will, aber verzichtet auf die Handlungen, wenn das Opfer die Forderung des Erpressers erfüllt. Obwohl es unglaublich erscheint, dass ein schwacher Staat einen starken Staat wie die USA erfolgreich erpressen könnte, kann dies unter bestimmten Umständen eine attraktive Strategie sein. Schwache Staaten können diese Strategie erfolgreich anwenden, wenn sie die Fähigkeit haben, etwas zu tun, was die USA nicht wollen. Dabei muss die Bedrohung glaubwürdig sein, die USA dürfen dies nicht durch eine andere Art und Weise einfach verhindern können und die USA müssen Gründe haben, daran zu glauben, dass die Erfüllung der Forderungen tatsächlich die Bedrohung verhindern wird.<sup>279</sup>

Nach *Walt* war der unumstrittene „Weltmeister“ in diesem Bereich seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes Nordkorea. Seither hat Pyongyang diese Strategie erfolgreich durchgeführt, um einige wichtige Zugeständnisse der USA zu erpressen, obgleich es eine große Machtasymmetrie zwischen den beiden Staaten gibt. Wie war dies möglich? Ein Grund dafür war, dass die DVRK ein aktives Nuklearprogramm hatte. Die nukleare Erpressung funktionierte, weil die oben genannten Bedingungen erfüllt waren.

---

<sup>278</sup> Vgl. *Walt: Taming American Power*, S. 188–191.

<sup>279</sup> Vgl. ebd., S. 152–153.

Erstens wurde der Erwerb von Nuklearwaffen als eine potentielle ernsthafte Bedrohung für die US-Interessen gesehen, und zwar für ihre Politik der Non-Proliferation. Zweitens war die Entwicklung des Atomwaffenprogramms sehr glaubwürdig, da Nordkorea seine Sicherheit nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ohne Atomwaffen nicht gewährleisten konnte. Nordkorea hatte also gute Gründe, Atomwaffen zu wollen. Drittens konnten die USA den Erwerb von Nuklearwaffen durch eine andere Methode, z. B. durch einen Militärangriff, nicht einfach verhindern. Obwohl die USA einen präventiven Luftangriff trotz der Widerstände Südkoreas und Japans gegen nordkoreanische Atomanlagen starten könnten, ist es nicht gewährleistet, dass sie alle Nuklearprogramme damit beseitigen könnten.<sup>280</sup> Und viertens hatte Washington vernünftige Gründe für die Annahme, dass die Nuklearkrise durch das *Agreed Framework*<sup>281</sup> von 1994 gelöst werden könne, da Nordkorea unter einer schlechten wirtschaftlichen und finanziellen Situation befand.<sup>282</sup>

Darüber hinaus gab es noch weitere Beispiele für erfolgreiche Erpressungen. *Blackmail* ist auch eine Strategie, die Allianzpartner benutzen können, um ihren Dominanzpartner davon zu überzeugen, ihren Wünschen beizupflichten. Die Grundlogik ist gleich. Mit der Erwartung der Konzession bedroht ein schwacher Verbündeter seinen Förderer, etwas zu tun, das der Förderer eigentlich nicht will. Während des Ost-West-Konflikts konnten z. B. viele Verbündete der Sowjetunion und der USA große Gewinne von ihren jeweiligen Förderern durch die Drohung einer Neufestsetzung oder eines Rücktritts aus der Allianz ziehen.

Der ägyptische Präsident *Gamal Abdel Nasser* brachte die Sowjetunion durch eine solche Drohung 1970 dazu, ihre militärische Unterstützung zu erhöhen. Die südvietnamesischen Führer, *Ngo Dinh Diem* und *Nguyen Van Thieu* bekamen immer wieder zusätzlich amerikanische Unterstützung durch

---

<sup>280</sup> Vgl. Wit/Poneman/Gallucci: *Going Critical*, S. 102–104.

<sup>281</sup> Siehe Kapitel 3.3.2.

<sup>282</sup> Vgl. Walt: *Taming American Power*, S. 153–156.

die stillschweigende Drohung, ohne US-Hilfe könnte Vietnam kommunistisch werden. Japan, Südkorea und Taiwan benutzten eine verschleierte Drohung (nämlich selbst eine Nuklearmacht zu werden), um konventionelle militärische Unterstützung und Sicherheitsgarantie von den USA zu erhalten. Seit dem 11. September 2001 nutzten einige andere Staaten auch die US-Bemühung im „Kampf gegen den Terrorismus“ aus, um zusätzliche Zugeständnisse von Washington zu erhalten. Denn die USA brauchten die Kooperation von Usbekistan, Pakistan und Russland, um den Krieg in Afghanistan führen zu können. Dadurch bekamen diese Staaten wirtschaftliche und politische Unterstützung der USA.<sup>283</sup>

*Blackmail* kann unter bestimmten Voraussetzungen eine effektive Strategie sein, dies trifft aber nicht sehr häufig zu. Erfolgreiche Erpressungen sind selten, weil sie nur unter ungewöhnlichen Bedingungen funktionieren und alle Staaten nur widerwillig annehmen, dass sie tatsächlich dazu gezwungen werden könnten, größere Konzessionen zu geben. *Blackmail* ist auch eine sehr riskante Strategie. Ein Erpresser kann bedeutsame Konzessionen von den USA nicht erhalten, sofern er wichtige US-Interessen nicht bedroht. Das Risiko besteht darin, dass die USA lieber einen Kampf wählen könnten als zu bezahlen. Zum Beispiel kann die Drohung des Erwerbs von Massenvernichtungswaffen ein glaubwürdiges Instrument von *Blackmail* sein. Aber die Drohung des Einsatzes von solchen Waffen gegen die USA oder ihre Verbündeten ist nicht glaubwürdig, sondern riskant, weil die USA in diesem Fall nicht eine Konzession, sondern einen präemptiven Angriff wählen könnten. Also muss ein Erpresser diese Grenze vorsichtig austarieren.<sup>284</sup> In diesem Sinne managte Nordkorea seine nukleare Politik des äußersten Risikos erfolgreich.<sup>285</sup>

Aus realistischer Sicht ist es normal, dass schwache Staaten keine Provokation darstellen und in der Hoffnung leben, dass sie nicht Ziel der stärken

---

<sup>283</sup> Vgl. ebd., S. 157–158.

<sup>284</sup> Vgl. ebd., S. 158–160.

<sup>285</sup> Vgl. Snyder, Scott: *Negotiating on the Edge – North Korean Negotiating Behavior*, 69–82; und auch siehe Kapitel 3.

Staaten werden. Im Gegensatz dazu gibt es drei Typen von Ausnahmen. Ein Typ ist ein von Religion motiviertes Regime (z. B. der Iran, Pakistan), das glaubt, dass Gott auf seiner Seite ist oder dass Moral eher als materielle Interessen ein Maß der Politik ist. Eine andere Ausnahme sind *rogue regimes* (z. B. der damalige Irak, Nordkorea). Sie glauben nicht an die Möglichkeit ihres Überlebens, wenn sie Zugeständnisse an amerikanische Forderungen machen. Dieses Verhalten ist die Ausnahmen von Strategie "Cowering".<sup>286</sup>

### ***Bandwagoning* als Anpassung**

*Bandwagoning* entsteht dann, wenn ein Staat sich dem stärksten oder gefährlichsten Staat, dem er gegenübersteht, anschließt. Ein Staat wird versuchen, sich den USA anzuschließen, wenn er daran glaubt, dass die USA bedrohlich und potentiell aggressiv sind, und dass die Bindung an die USA der einzige Weg ist, um amerikanischen Druck oder Bestrafungen zu vermeiden. *Bandwagoning* ist eine Beschwichtigungspolitik anstelle von einem Widerstand gegen die dominante Macht. Dieses staatliche Verhalten ist geschichtlich gesehen selten und ist in der Regel auf sehr schwache und isolierte Staaten begrenzt gewesen. Der Grund dafür ist einfach. Für die Entscheidung von *Bandwagoning* brauchen die schwachen Staaten Mut, ihr Schicksal in die Hände eines stärkeren Staats zu legen, obwohl sie an versteckten feindseligen Intentionen des stärkeren Staats noch zweifeln.<sup>287</sup>

Der Glaube, dass Staaten stark zu *Bandwagoning* neigen, liegt in der Wahrnehmung von Hardlinern der US-Außenpolitik wie *Richard Perle*, Berater der Bush-Administration und *Paul Wolfowitz*, der damalige Vizeverteidigungsminister. Sie meinen, je mehr die USA ihre militärische Überlegenheit und ihre Bereitschaft des Gewalteinsetzes demonstrieren, desto eher respektieren andere Staaten die US-Herrschaft und unterstützen Positionen der US-Politik. Im Gegensatz zu diesen Erwartungen gibt es jedoch tatsächlich wenige Beispiele für echtes *Bandwagoning* trotz der heutigen US-

---

<sup>286</sup> Vgl. Betts: *The Future of Force and U.S. National Security Strategy*, S. 25–26.

<sup>287</sup> Siehe Kapitel 2.1.2.

Vorrangstellung. Die USA haben ihre hervorragende Macht bei vielen Angelegenheiten in den letzten Jahrzehnten demonstriert, aber die Zielscheiben ihrer Drohungen wie der damalige Irak, Nordkorea, der Iran, Serbien, Syrien und China sind nicht sichtbar eingeschüchtert worden. Ferner hat diese US-Politik das früher bessere Bild der USA getrübt. Trotz amerikanischen Drucks gab Syrien seine Forderung nach Rückgabe der *Golan* Höhen und seine Unterstützung für die Palästinenser nicht auf. Als die Bush-Regierung andeutete, dass Syrien das nächste Ziel für einen Angriff werden könnte, hörte Damaskus auf, den USA wertvolle Informationen über *Al-Kaida* zu geben.<sup>288</sup>

Ähnliche US-Bemühungen im Iran führten zur Schwächung der reformistischen Bewegung und zur Stärkung iranischer Hardliner vor der Parlamentwahl im Februar 2004. Dies war also ein ganz anderes Ergebnis als Washington erwartet hat.<sup>289</sup> Auch Nordkorea hat keine devote Haltung bei den multilateralen Verhandlungen für eine Beendigung seines Nuklearprogramms eingenommen. Der US-Krieg gegen den Irak führte dazu, dass die DVRK es als den einzigen Weg für ihr Überleben sah, eine Abschreckungskapazität durch Atomwaffen und Langstreckenraketen gegen die USA zu erwerben.<sup>290</sup>

Die Bush-Administration und ihre Anhänger stellen den Fall Libyens<sup>291</sup> als Beweis für ihre Politik dar, um ihre Entscheidung des Irakangriffs und ihre harte Politik zu verteidigen, die sie seit dem 11. September 2001 verfolgen. In dieser Behauptung steckt etwas Wahrheit, aber der libysche Fall ist kein überzeugendes Beispiel von *Bandwagoning*. Denn die USA haben Libyen nicht mit einem Gewalteinsatz gedroht. Libyen zählt auch nicht zur

---

<sup>288</sup> Vgl. Walt: *Taming American Power*, S. 183–185

<sup>289</sup> Vgl. Takeyh, Ray: Iran – From Reform to Revolution?, in: *Survival*, Vol. 46, No. 1 (Spring 2004), S. 131–144 (134–135); und Pollack, Kenneth/Takeyh, Ray: Taking on Tehran, in: *Foreign Affairs*, Vol. 84, No.2 (March/April 2005), S. 20–34 (21–27).

<sup>290</sup> Siehe Kapitel 6.4.

<sup>291</sup> Vgl. Braun, Chaim/Chyba, Christopher F.: Proliferation Rings – New Challenges to the Nuclear Nonproliferation Regime, in: *International Security*, Vol. 29, No. 2 (Fall 2004), S. 5–49 (14–16).

„Achse des Bösen“ der Bush-Regierung. Gründe des libyschen Standortwechsels liegen nicht in dem US-Druck, sondern in der internationalen Isolation und den wirtschaftlichen Sanktionen, die nach dem Bombenanschlag auf das Flugzeug (*Pan Am 103*) 1988 verhängt wurden. Außerdem konnte Libyen trotz des massiven Imports von Maschinen und Materialien das Nuklearprogramm nicht weit genug entwickeln und konnte wohl auch nicht weiterentwickelt werden.<sup>292</sup>

Aus zwei Gründen ist *Bandwagoning* selten. Zum einen ist die US-Macht normalerweise keine Bedrohung für die meisten Staaten der Welt. Obwohl die USA extrem mächtig und manchmal launisch sind, befinden sie sich in geographischer Isolation von anderen Großmächten und haben kein Interesse daran, andere Staaten zu erobern. Obwohl einige Staaten Gründe haben, sich davor zu fürchten, brauchen sich insgesamt nicht viele Staaten vor der US-Militärmacht zu fürchten.

Zum anderen kann *Bandwagoning* dann entstehen, wenn ein sehr schwacher Staat daran glaubt, dass er die Bedrohung durch die Anlehnung an die dominante Macht beseitigen oder ablenken und damit seine eigenen Interessen entwickeln kann. Aber militärische Bedrohungen entstehen nicht häufig, da Interessenskonflikte nicht deutlich verkündet werden oder ein Kompromiss möglich ist. Wenn der Interessenskonflikt relativ klein ist oder wenn es für eine schwächere Macht leicht ist, ihre Politik anzupassen, dann wird die stärkere Macht keine öffentlichen Drohungen äußern. Öffentliche Drohungen entstehen, wenn der Zusammenstoß der Interessen extrem ist und Regierungen, deren Interessen im Widerspruch zu denen der USA stehen, nicht gewillt sind, ihre grundsätzlichen Ziele aufzugeben. Also wollen viele Staaten vermeiden, in Konflikt mit Washington zu geraten. Kluge Staaten sind dabei aber vom Prinzip des *Bandwagoning* weit entfernt. Diese Staaten unterstützen keine US-Positionen oder geben keine direkte Unterstützung der amerikanischen Außenpolitik.<sup>293</sup>

---

<sup>292</sup> Vgl. Walt: *Taming American Power*, S. 185–186.

<sup>293</sup> Vgl. ebd., S. 186–187.



Abbildung 2–4: Strategien anderer Staaten gegenüber den USA (II)

	Strategien		Status-quo-Staaten	Neutrale Staaten	Revisionistische Staaten	
Widerstand	<i>Balancing</i>	<i>External</i>		China–Russland		
		<i>Soft</i>		Russland–China EU–China	Irak–Serbien Nordkorea–Iran	
		<i>Internal</i>	konventionell		China	
			Terrorismus			(Al-Kaida)
			WMD			Nordkorea/Iran
	<i>Balking</i>	Ablehnung	Türkei/Südkorea	Russland		
		working-to-rule	Israel/Palästina			
		Trittbrettfahrer	meiste Staaten			
	<i>Binding</i>	Frankreich/Deutschland/Russland				
	<i>Blackmail</i>				Nordkorea	
<i>Delegitimation</i>	EU		China			
Anpassung	<i>Bandwagoning</i>				(Libyen)	
	<i>Regional Balancing</i>	Südkorea/Taiwan/ Japan/Philippin/ Israel/ Saudi-Arabien	Osteuropäische Staaten Asienstaaten Staaten in Nahen Osten			
	<i>Bonding</i>	Großbritannien				

## *Zwischenfazit*

Während der Zeit des Ost-West-Konflikts versuchten die USA, gegen die sowjetische Macht zu balancieren, wie der strukturelle Realismus unterstellt. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion erreichten die USA eine unipolare Stellung im internationalen System. Trotzdem versuchen sie, ihre Macht weiter zu verstärken, allerdings nicht mit der Strategie von *Balancing* gegen einen Gegner. Ihr Angriff auf den Irak war nicht für eine Gegenmachtbildung gedacht, sondern um ihre relative Macht zu maximieren, wie der klassische bzw. offensive Realismus behauptet. Darüber hinaus versucht keine andere Großmacht, gegen die USA zu balancieren. Zumindest ist noch kein Machtgleichgewicht im internationalen System entstanden. In diesem Kontext kann der klassische Realismus das Verhalten der USA seit den 1990er Jahren besser erklären als der strukturelle Realismus.

Die USA fühlten sich in der Zeit des Ost-West-Konfliktes von Nordkorea nicht bedroht und konnten die DVRK auch zu nichts zwingen, weil die Sowjetunion hinter ihr stand. Seit Anfang der 1990er Jahre sehen die USA Nordkorea als einen revisionistischen Staat und bezeichnen ihn als einen sogenannten Schurkenstaat. Allerdings gibt es keine klare internationale Vereinbarung über die Definition und die Anwendung des Konzepts. *Rogue states* wurden von der amerikanischen Regierung festgelegt. Die Entscheidung war willkürlich. Die Bush-Regierung hat sich in vielen internationalen Angelegenheiten unilateral verhalten. Trotz den Terroranschlägen vom 11. September 2001 verändert sich diese Tendenz nicht. Im Irak-Krieg zeigten die USA ihre hegemoniale Politik deutlich. Kein Staat oder keine Institution kann die USA zwingen, internationale Normen zu achten.

Diese unilaterale bzw. hegemoniale Politik der USA kann also durch ihre heutige unipolare Stellung im internationalen System erklärt werden. Damit kann die Hypothese dieser Arbeit [Wenn ein Staat eine unipolare Stellung im internationalen System einnimmt, dann verfolgt er eine hegemoniale Politik gegenüber revisionistischen Staaten.] als bestätigt angesehen werden.

Nach einer Behauptung des stellvertretenden Außenministers der USA, *Christopher Hill*, sieht Washington bezüglich der nordkoreanischen Nuklearfrage zwei Möglichkeiten für die DVRK: anhaltende Isolation oder Kooperation mit der internationalen Gemeinschaft.<sup>294</sup> Dagegen behauptet Pyongyang, dass die USA zuerst auf ihre bedrohliche Nordkoreapolitik verzichten sollen. Im Kapitel 3 wird ausführlich untersucht, welche unilaterale oder hegemoniale Politik gegenüber Nordkorea die USA verfolgten.

Die DVRK steht seit dem Korea-Krieg in Konfrontation mit den USA. In der Zeit des Kalten Krieges konnte sich Nordkorea an die Sowjetunion oder China anlehnen. Seit Anfang der 1990er Jahre gibt es keine Anlehnungsmacht mehr für Pyongyang, da die Sowjetunion zusammengebrochen war und China keine deutliche Sicherheitsgarantie gibt. Das Verhalten der DVRK, vor allem ihre Bemühung um den Erwerb von Atombomben, kann mit der realistischen Theorie erklärt werden. Aus der Sicht des klassischen Realismus versucht Nordkorea mit Atomwaffen, ihre relative Macht zu maximieren. Aus der Sicht des strukturellen Realismus versucht Nordkorea mit Atomwaffen, eine Gegenmacht gegenüber den USA zu bilden.

Vor allem aus der Sicht der *balance-of-power* oder *balance-of-threat* Theorie hat die nordkoreanische Regierung zwei Möglichkeiten für ihre Sicherheit – *Balancing* oder *Bandwagoning*. In der Strategie von *Balancing* gibt es einen äußeren und einen inneren Weg. Die Strategie von *Bandwagoning* ist für Pyongyang schwer vorstellbar, da das nordkoreanische Regime seine Souveränität nicht verlieren möchte und die USA die Politik des Regimewechsels gegenüber dem nordkoreanischen Regime verfolgen. Nach *Stephen Walt* kann diese Strategie nur im Notfall möglich sein. Im Kapitel 4 wird untersucht, welche Theorie das nordkoreanische Verhalten besser erklären kann, und welche Handlungsoptionen der nordkoreanischen Regierung zur Verfügung stehen.

---

<sup>294</sup> Vgl. Nordkoreas Raketentests – „Hoffe, sie treffen die richtige Wahl“, in: FAZ (10.07.2006).

### 3. Die Nordkoreapolitik der USA nach dem Ost-West-Konflikt

In diesem Kapitel geht es um die Nordkoreapolitik der USA nach dem Ende des Kalten Kriegs. Dafür werden zuerst die globale Außen- und Sicherheitspolitik der Vereinigten Staaten – der Gesamtrahmen (die nationalen Interessen, die Dominanz im internationalen System und die multi- und unilateralen Aspekte der Außenpolitik vor und nach dem 11. September 2001), die Proliferationspolitik (Non- und Counter-Proliferation) und die Politik gegenüber so genannten Schurkenstaaten – untersucht. Danach wird die regionale Politik der USA in Nordostasien, insbesondere in der Volksrepublik China und auf der koreanischen Halbinsel, beleuchtet. Durch Verständnis der globalen und regionalen Außen- und Sicherheitspolitik der USA kann die amerikanische Nordkoreapolitik gut nachvollzogen werden. Die Nordkoreapolitik wird geprägt durch eine Sanktions- und Eindämmungspolitik von dem Korea-Krieg bis Anfang der 1990er Jahre, die Engagementpolitik der Clinton-Regierung und die unilaterale bzw. hegemoniale Politik der Bush-Regierung.

## Der Ost-West-Konflikt

Der Ost-West-Konflikt war durch ein nukleares Gleichgewicht zwischen den USA und der Sowjetunion gekennzeichnet. Die Entwicklung von Nuklearwaffen ermöglichte diese Balance. Die nukleare Revolution führte zu den technologischen Voraussetzungen der „gegenseitigen gesicherten Zerstörung (*Mutual Assured Destruction*, MAD)“.<sup>295</sup> Sobald sich die beiden Staaten die Zweitschlagsmöglichkeit gesichert hatten, konnte jeder Staat nach einem nuklearen Erstschlag des Gegners diesen trotzdem noch zerstören. Somit war ein „Gleichgewicht des Schreckens (*Balance of Terror*)“<sup>296</sup> möglich. Nach *William Perry* wurde diese Situation folgendermaßen dargestellt:

The United States and the Soviet Union confronted each other with nuclear arsenals capable of destroying the world. Each year the size and the destructive power of these arsenals increased (...). Moreover, because of the mutual suspicion and hostility of the two nations, each kept its arsenal on hair-trigger alert. Thus a deadly nuclear exchange could occur not only if one of these nations initiated an attack but if one of them mistakenly believed that the other had initiated an attack. This perilous state of affairs was rightly called a “balance of terror.”<sup>297</sup>

Das ist die so genannte *Nuclear Deterrence Theory*. Die Sicherheit in der Zeit der Bipolarität basierte hauptsächlich auf diesem Gleichgewicht der nuklearen Kräfte, die die gegenseitige gesicherte Zerstörung androhte und ein gemeinsames Interesse an der Erhaltung des bestehenden internationalen

---

<sup>295</sup> “The term was used by strategic analysts during the Cold War era with particular reference to US policies of nuclear deterrence. MAD implied a situation of parity between the superpowers where both possessed such offensive capabilities as to be able to credibly threaten each other’s homelands with devastation levels that would be rationally unacceptable. Thus the term “mutual vulnerability” could be seen as a more accurate.” in: Evans/Newnham: *The Penguin Dictionary of International Relations*, S. 312.

<sup>296</sup> “The term refers to a situation where two actors can credibly threaten each other with destruction. This capability need not be total but should certainly be unacceptable to the parties concerned.” in: ebd., S. 44.

<sup>297</sup> Perry, William J.: Foreword, in: Bunn, George/Chyba, Christopher F. (eds.): *U.S. Nuclear Weapons Policy – Confronting Today’s Threats* (Washington, DC: Brookings/CISAC, 2006), S. vii.

Systems erzeugte.<sup>298</sup> Dieses internationale System war nach *Herbert Dittgen* folgendermaßen gekennzeichnet:

Der Einfluss der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten auf bestimmte Regionalkonflikte durch die Unterstützung von Stellvertretern oder direkte militärische Präsenz hatte eine stabilisierende Wirkung, auch wenn sie die jeweilige regionale Eigendynamik nicht vollends kontrollieren konnten.<sup>299</sup>

Die amerikanische Außenpolitik war deshalb von ihren Allianzen im bipolaren internationalen System abhängiger als im heutigen Zustand der unipolaren Ordnung.<sup>300</sup>

## 3.1. Die globale Außen- und Sicherheitspolitik der USA

### 3.1.1. Der Gesamtrahmen der Außenpolitik

#### **Definition und Ziel der Außenpolitik**

*Werner Link* definiert Außenpolitik als:

die aktive und reaktive Gestaltung der Beziehungen einer staatlich organisierten Gesellschaft zu ihrer Umwelt nach Zielvorstellungen, die – in Auseinandersetzung mit dieser Umwelt – im internen Willensbildungs- und

---

<sup>298</sup> Vgl. Powell, Robert: *Nuclear Deterrence Theory – The Search for Credibility* (New York: Cambridge University Press, 1990), S. 6–12.

<sup>299</sup> Vgl. Dittgen, Herbert: *Amerikanische Demokratie und Weltpolitik – Außenpolitik in den Vereinigten Staaten* (Paderborn u.a.: Ferdinand Schöningh, 1998), S. 293.

<sup>300</sup> Vgl. Hippler, Jochen: Unilateralismus der USA als Problem der internationalen Politik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (Bonn, B31-32/2003), S. 15–22 (15).

Entscheidungsprozess entwickelt und in konkreten Handlungssituationen umzusetzen versucht werden.<sup>301</sup>

Aus dieser Definition folgt, dass die Gestaltung der Außenpolitik nicht nur von der internationalen Umwelt abhängig ist, sondern auch von innenpolitischen Akteuren. Aber die innenpolitischen Faktoren werden in dieser Studie ausgeklammert.

Ein wichtiges Ziel der amerikanischen Außenpolitik ist traditionell die Dominanz in der westlichen Hemisphäre weiter zu erhalten und ein Auftauchen anderer Großmächte in Europa oder in Nordostasien zu verhindern. Die USA möchten nicht eine weitere Großmacht neben sich haben. Auch nach dem Ende des Ost-West-Konflikts bemühen sich die USA um dieses Ziel. Ein wichtiges Planungsdokument des Pentagons stellte im Jahre 1992 fest:

Our first objective is to prevent the reemergence of new rival (...) that poses a threat on the order of that posed formerly by the Soviet Union. (...) Our Strategy must now refocus on precluding the emergence of any potential future global competitor.<sup>302</sup>

## **Nationale Interessen der USA**

Laut *Samuel Huntington* ist ein nationales Interesse der USA:

A public good of concern to all or most Americans; a vital interest is one which they are willing to expend blood and treasure to defend. National interests usually combine security and material concerns, on the one hand, and moral and ethical concerns, on the other.<sup>303</sup>

---

<sup>301</sup> Link, Werner: Außenpolitische Forschung im Spannungsfeld zwischen Praxisbezug, Praxisrechtfertigung und Praxiskritik, in: *Politische Vierteljahresschrift* (Sonderheft, 9/1978), S. 484–494 (484).

<sup>302</sup> Vgl. Mearsheimer: *The Future of the American Pacifier*, S. 46.

<sup>303</sup> Huntington, Samuel P.: *The Erosion of American National Interests*, in: *Foreign Affairs*, Vol. 76, No.5 (September/October 1997), S. 28–49 (35).

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts müssen die USA ein neues Ziel für die Verwendung amerikanischer Macht finden. Eine *Commission on America's National Interests* stellte im Jahre 1996 dieses Problem im Folgenden fest:

After four decades of unusual single-mindedness in containing Soviet Communist expansion, we have seen five years of ad hoc fits and starts. If it continues, this drift will threaten our values, our fortunes, and indeed our lives.<sup>304</sup>

Und die Kommission identifizierte die fünf folgenden Punkte als vitale nationale Interessen: Angriffe mit Massenvernichtungswaffen auf die USA zu verhindern, das Auftauchen eines feindlichen Hegemons in Europa oder in Asien zu verhindern, das Auftauchen feindlicher Mächte innerhalb der amerikanischen Grenzen oder des Seeraumes zu verhindern, einen Zusammenbruch der globalen Systeme für Handel, Finanzmärkte, Energieversorgungen und Umwelt zu verhindern, und schließlich das Überleben der US-Allianzen zu gewährleisten. Diesbezüglich gäbe es zwei wichtige Bedrohungsszenarios. Kurzfristig könnte ein nuklearer Terrorismus gegen die USA eine Bedrohung darstellen und langfristig das Auftauchen Chinas als ein Hegemon in Nordostasien.<sup>305</sup>

*Zbigniew Brzezinski* (der nationale Sicherheitsberater von Präsident Carter) meinte,<sup>306</sup> dass ein Staat, der den Kontinent „Eurasien“ kontrolliert, auch die Welt beherrschen kann. Deshalb sieht er, dass das nationale Interesse der USA in einer Stabilität Eurasiens liegt. Die Vereinigten Staaten als die globale Führungsmacht seien davon abhängig, wie lange und wie die USA ihre Rolle für die Stabilität Eurasiens in der Region spielen. Dafür betonte er drei Punkte: 1) die Verstärkung der Allianzen mit der EU für eine

---

<sup>304</sup> *America's National Interests, A Report from the Commission on the America's National Interests* (Cambridge: Center for Science and International Affairs, John F. Kennedy School of Government, Harvard University, 1996), S. 1, zitiert nach ebd., S. 36.

<sup>305</sup> Vgl. ebd.

<sup>306</sup> Brzezinski, Zbigniew: *The Grand Chessboard—American Primacy and Its Geostrategic Imperatives* (New York: Basic Books, 1997), siehe Kapitel II.



Erweiterung der NATO (inklusive der Ukraine und vielleicht auch Russlands), 2) die Kontrolle des Aufstiegs der Volksrepublik China zu einer Weltmacht und die Verhinderung des nordkoreanischen Nuklearprogramms mit Hilfe ihren Allianzpartner Japan und Südkorea und schließlich 3) der Schutz der geopolitischen Interessen in Zentralasien und im Kaukasus als „Balkan Eurasiens“<sup>307</sup> im Einflussbereich der sicherheitspolitischen Interessen Russlands, der Türkei und des Irans unter Berücksichtigung der großen Erdöl- und Erdgasreserven<sup>308</sup> dieser Region.

*Robert Art* nannte sechs Punkte als nationale Interessen der USA. Er unterschied die drei entscheidenden Interessen von drei wünschenswerten Interessen. Zu den entscheidenden Interessen gehören 1) der Heimatschutz (hier spielt die Verhinderung eines Angriffes von Terroristen oder rogue states, die über ABC-Waffen verfügen, eine Rolle, aber auch unkonventionelle Angriffe von Großmächten oder „normalen“ Staaten), 2) Frieden im Euro-Asiatischen Raum und 3) der sichere Zugang zu den Ölreserven der Golf-Region zu stabilen Preisen. Zu den drei wünschenswerten Interessen zählen 1) weltweite offene Handelsmöglichkeiten, 2) die Ausdehnung demokratischer Systeme und der Schutz der Menschenrechte und schließlich 3) der weltweite Schutz der Umwelt. Außerdem betonte er die Möglichkeit militärischer Unterstützung für die Ausführung der Interessen.<sup>309</sup>

Die wichtigen nationalen Interessen der USA als die globale Großmacht sind also einen Angriff von Terroristen mit Massenvernichtungswaffen zu verhindern und das Auftauchen einer neuen Weltmacht, die die amerikanische Führungshegemonie in der Welt gefährden würde, abzuwehren.<sup>310</sup> Diese Überlegungen spielen für die globale und regionale Außen- und Sicherheitspolitik der USA immer wieder eine große Rolle.

---

<sup>307</sup> Vgl. ebd., siehe Kapitel V.

<sup>308</sup> Vgl. Müller, Friedmann: Energiepolitische Interessen in Zentralasien, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (Bonn, B8/2002), S. 23–31 (24–27).

<sup>309</sup> Vgl. Art, Robert J.: Geopolitics updated – The Strategy of Selective Engagement, in: *International Security*, Vol. 23, No. 3 (Winter 1998/99), S. 79–113 (84 ff.).

<sup>310</sup> Vgl. Schwarz, Klaus-Dieter: *Weltmacht USA – Zum Verhältnis von Macht und Strategie nach dem Kalten Krieg* (Baden-Baden: Nomos, 1999), S. 24–25.

## US-Dominanz im internationalen System

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion veränderte sich die internationale Struktur von einer bipolaren zu einer unipolaren. Aus der neuen Struktur folgten eine Erweiterung der NATO und eine Vergrößerung des Gipfeltreffens der G7 zu G8. Im internationalen System entstanden die APEC 1993, die NAFTA 1993, die *Uruguay Round of GATT (General Agreement on Tariffs and Trade)* 1993 und die folgende WTO.<sup>311</sup> Die Institutionen sind Instrumente der Ordnungsbildung. Sie helfen den USA, in der regionalen und globalen Ordnung die Wahrung ihrer Interessen zu gewährleisten. Durch Einbindung der anderen Staaten in multilaterale Regeln und Institutionen können die USA ihre Macht bewahren, denn die USA behalten ihre Dominanz in internationalen Organisationen wie z. B. der NATO, APEC, IMF (*International Monetary Fund*), World Bank und WTO.<sup>312</sup> Diese Institutionen können deshalb eine unilaterale Tendenz der USA im internationalen System nicht verhindern. *Werner Link* meint dazu:

Die Großmächte entscheiden von Fall zu Fall, ob sie ihre Interessen unilateral, mit Hilfe ihrer Allianzen oder mittels Internationaler Organisationen durchsetzen zu versuchen. (...) die USA seien entschlossen, wie folgt außenpolitisch zu handeln: „Unilateral, wenn unsere direkten nationalen Interessen am stärksten betroffen sind; in Allianz und Partnerschaft, wenn unsere Interessen von anderen geteilt werden; und multilateral, wenn unsere Interessen allgemeiner Art sind und die Probleme am besten von der internationalen Gemeinschaft angegangen werden.“ (...) Die multilateralen Organisationen der „internationalen Gemeinschaft“ rangieren bezeichnenderweise in Clintons Aufzählung erst an dritter Stelle.<sup>313</sup>

---

<sup>311</sup> Vgl. Clinton, William J.: Advancing our interests through engagement and enlargement, in: Hays, Peter L./Vallance, Brenda J./Tassel, Alan R. Van (eds.): *American Defense Policy*, 7th edition (Baltimore, Maryland: The Johns Hopkins University Press, 1997), S. 284–298 (294–295).

<sup>312</sup> Vgl. Ikenberry, G. John: Multilateralism and U.S. Grand Strategy, in: Patrick, Stewart/Forman, Shepard (eds.): *Multilateralism and U.S. Foreign Policy – Ambivalent Engagement* (Boulder/London: Lynne Rienner, 2002), S. 121–140 (128).

<sup>313</sup> Link: *Die Neuordnung der Weltpolitik*, S. 107–108.

Außerdem veränderten sich die Machtrelationen zwischen den Supermächten im internationalen System. Die Eindämmungspolitik der USA und das bipolare Gleichgewicht während der Zeit des Ost-West-Konflikts endeten mit dem Zerfall der Sowjetunion. Danach haben die USA durch die Entwicklung ihrer Waffentechnologien eine beispiellose militärische Überlegenheit in der Welt erreicht. Sie sind also die einzige Supermacht in der Welt. Man kann von einer unipolaren Machtverteilung im heutigen Weltsystem bezüglich der militärischen Potentiale der USA sprechen.<sup>314</sup> *Zbigniew Brzezinski* behauptete in seinem Buch, dass die Vereinigten Staaten die erste Position in der Welt in den vier wichtigen Bereichen Militär, Wirtschaft, Technologie und Kultur erreichten und es damit zum ersten Mal in der Geschichte nur eine einzige Weltmacht gab.<sup>315</sup> Auch der ehemalige französische Außenminister *Hubert Vedrine* äußerte in Paris Anfang 1999:

The United States of America today predominates on the economic level, the monetary level, on the technological level, and in the cultural area in broad sense of the world. (...) It is not comparable, in terms of power and influence, to anything known in modern history.<sup>316</sup>

### **Überprüfung der US-Verteidigungspolitik**

Bisher hatte sich die amerikanische Verteidigungspolitik nicht sehr stark verändert. Es erfolgte nur eine stückweise Anpassung an die neue internationale Sicherheitsumwelt. In den 1990er Jahren wurde die Verteidigungspolitik der USA mit den folgenden Dokumenten überprüft: die *Bottom-Up Review* (BUR), die *Nuclear Posture Review* (NPR) und die *Quadrennial Defense Review* (QDR). Die BUR (der sog. *Aspin Report*) von 1993 entwarf einen umfassenden Verteidigungsplan für die Post-Kalte Krieg-Ära sowie

---

<sup>314</sup> Vgl. ebd., S. 128–130.

<sup>315</sup> Vgl. Brzezinski: *The Grand Chessboard*, S. 43–44.

<sup>316</sup> Whitney, Craig R.: NATO at 50: With Nations at Odds, Is It a Misalliance?, in: NYT (15.02.1999), S. A07.

für den Zusammenbruch des Kommunismus und das Ende der Eindämmungspolitik gegen die Sowjetunion. Der Bericht enthielt einen Vorschlag für eine Veränderung der Struktur der Streitkräfte. Die Streitkräfte sollen in kleineren Einheiten organisiert werden als in der Zeit des Ost-West-Konfliktes. Aber sie sollen mit Hilfe von Hochtechnologie aufgerüstet werden, da der Golfkrieg 1991 die Notwendigkeit vieler regionaler Schwerpunkte und verschiedener Technologie in der amerikanischen Militärstrategie aufgezeigt hatte.<sup>317</sup>

Die NPR von 1993 war die erste Reformulierung der Nuklearpolitik in der Zeit nach dem Kalten Krieg. Sie nahm Rücksicht auf Größe und Bedeutung der US-Nuklearkräfte während der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen. Wichtige Inhalte lauteten wie folgt: Atomwaffen spielen in absehbarer Zukunft eine erhebliche Rolle in der Sicherheitspolitik. Die USA brauchen strategische und taktische Nuklearwaffen, um Einrichtungen und Streitkräfte ihrer Gegner zerstören zu können. Zur Gewährleistung der Sicherheit und Reliabilität von Kernwaffen benötigt die US-Regierung auch zukünftig weitergehende Atomwaffentests. Deshalb lehnte der amerikanische Senat die Ratifizierung des Atomwaffenteststopp-Vertrags (CTBT) im Oktober 1999 ab.<sup>318</sup> Außerdem sind die US-Atomwaffen notwendig für die Vermeidung der nuklearen Weiterverbreitung, denn es erscheint den Amerikanern wahrscheinlich, dass sich Deutschland, Japan und andere Nicht-Atomwaffen-Staaten um den Besitz von Atomwaffen bemühen würden, wenn der amerikanische Nuklearschirm abgebaut würde.<sup>319</sup>

Die QDR von 1997 stellte eine dritte wichtige strategische Einschätzung des Pentagons in den 1990er Jahren dar. Diese Überprüfung zeigte fünf Sä-

---

<sup>317</sup> Vgl. Spring, Baker u.a.: Thumbs down to the Bottom-Up Review, in: *Backgrounder*, No. 957 (Washington, DC: The Heritage Foundation, 24.09.1993).

<sup>318</sup> Vgl. Hummel, Hartwig/Wulf, Herbert: Rüstung und Sicherheit, in: Hauchler, Ingomar/Messner, Dirk/Nuscheler, Franz (Hrsg.): *Globale Trends 2004/2005 – Fakten Analysen Prognosen*, (Bonn: Stiftung Entwicklung und Frieden, 2003), S. 273–291 (285).

<sup>319</sup> Vgl. Spring, Baker: What the Pentagon's Nuclear Doctrine Review should say, in: *Backgrounder*, No. 987 (Washington, DC: The Heritage Foundation, 26.05.1994), S. 2–13.

len der Verteidigungspolitik Clintons auf, die die BUR und die NPR 1993 weiter verfolgt:

- Vorbereitung der Kapazität, zwei Kriege gleichzeitig führen zu können
- Selektive Teilnahme an Friedenseinsätzen und humanitären Missionen
- Ständige globale Marinepräsenz
- Modernisierung des Waffenarsenals zur Sicherung der technologischen Überlegenheit
- ein Nukleararsenal mit 3.500 Sprengkörpern, sowie die Modernisierung des Raketenabwehrsystems (TMD) in naher Zukunft<sup>320</sup>

### **Revolution in Military Affairs**

Trotz ihrer militärischen Überlegenheit bemühen sich die USA um eine Reform ihres Militärs für die Beibehaltung ihrer Dominanz im internationalen System. Dies ist die so genannte “*Revolution in Military Affairs (RMA)*.” Präsident George W. Bush und sein ehemaliger Verteidigungsminister *Donald Rumsfeld* haben eine neue Strategiedebatte für das neue Jahrhundert gefordert. Es geht um die Veränderung des militärischen Systems, die globale Sicherheit seit Ende des Ost-West-Konflikts, die Reform der Abschreckungsstrategie, die Umstrukturierung der amerikanischen Streitkräfte und die Zukunft der Rüstungskontrollpolitik.<sup>321</sup>

Bei der RMA gibt es zwei wichtige Aspekte. Zum einen geht es um die so genannten “*Military Technical Revolution (MTR)*”, die im Kern mit der Einführung elektronischer Systeme begann und gleichzeitig mit der zivilen Entwicklung in der Mikroelektronik seit Mitte der 1980er Jahre dynamisch vorangetrieben wurde. Die MTR bezieht sich deshalb auf die rasante technologische Weiterentwicklung aktueller Waffensysteme. Im zweiten Aspekt geht es um den konzeptionellen und doktrinären Bereich der MTR. Hier

---

<sup>320</sup> Vgl. O'Hanlon, Michael E.: The Pentagon's Quadrennial Defense Review, in: *Policy Brief*, No. 15 (Washington, DC: The Brookings Institution, 1997).

<sup>321</sup> Vgl. Schwarz, Klaus-Dieter: Bushs “Revolution in Military Affairs” – Konturen einer neuen amerikanischen Militärstrategie, in: *SWP-Studie* (Berlin, September 2001), S. 7.

sind neuartige Organisationsformen der Streitkräfte wichtig, die erst durch moderne Kommunikationstechnologie ermöglicht wurden und mit deren Hilfe bereits vorhandene Waffensysteme wesentlich effizienter und ökonomischer eingesetzt werden können. Daher wird die RMA auch als C4ISR (*Command, Control, Communications, Computers, Intelligence, Surveillance, Reconnaissance*) bezeichnet.<sup>322</sup>

Außerdem verfolgt das Verteidigungsministerium der USA eine “*Global Defense Posture Review (GPR)*” im Kontext der RMA. Die GPR ist ein Plan für die Reduzierung und die Umstrukturierung der im Ausland eingesetzten US-Soldaten. Der Plan wurde von Präsident Bush am 25. November 2003 offiziell verkündet. Damit wollen die USA für eine neue sicherheitspolitische Struktur nach dem Ende des Kalten Krieges ihre Soldaten leichter und beweglicher machen.<sup>323</sup> Dabei strebt das Pentagon an, sowohl einige ihre Soldaten aus Südkorea abzuziehen und ihre Soldaten von der Demilitarisierten Zone (DMZ) in den Westen Südkoreas (in die Nähe von Flughafen- und Hafenstädten für die Erhöhung der Geschwindigkeit ihrer Truppen) zu verlagern, als auch ihr Einflussgebiet nun von Südkorea bis nach Nordostasien zu erweitern.<sup>324</sup>

Russland, der Nachfolgestaat der Sowjetunion, ist nicht mehr der Gegner der Vereinigten Staaten. Dadurch entstand einerseits ein Druck auf das Pentagon und die Geheimdienststellen der USA im Hinblick auf die Reduzie-

---

<sup>322</sup> Vgl. Müller, Harald/Schörning, Niklas: “Revolution in Military Affairs” – Abgesang kooperativer Sicherheitspolitik der Demokratien?, in: *HSFK-Report 8/2001* (Frankfurt/M: Hessische Stiftung Friedens und Konfliktforschung, 2001), S. 8–9.

<sup>323</sup> Vgl. Feith, Douglas J.: *Transforming the U.S. Global Defense Posture* (Washington, DC, 03.12.2003), at <http://www.defenselink.mil/speeches/2003/sp20031203-0722.html> (Stand: 18.01.2005); Lee, Guen: Der GPR und die Zukunft der südkoreanisch-amerikanischen Allianz, in: *Hot Issue & Cool Vision* (Seoul: Korea Institute for Future Strategies, 15.06.2004); Lee, Nam-ju: Der GPR und die Beziehungen zwischen Südkorea und China, in: *Hot Issue & Cool Vision* (Seoul: KiFS, 15.06.2004), (in koreanischer Sprache); und O’Hanlon, Michael E.: Let’s Rethink America’s Global Military Presence, in: *The Baltimore Sun* (13.03.2003), at <http://www.brookings.edu/index/taxonomy.htm> (Stand: 09.01.2005).

<sup>324</sup> Vgl. O’Hanlon, Michael E.: Sensible Plan for South Korea, in: *The Japan Times* (29.11.2003) und O’Hanlon, Michael E.: Why America’s South Korea Plan Makes Sense, in: *The International Herald Tribune* (10.06.2004), both at <http://www.brookings.edu/index/taxonomy.htm> (Stand: 09.01.2005).

rung ihrer Haushalte, Organisationen und des Personals.<sup>325</sup> Andererseits sind die USA nicht mehr mit einem einzelnen nuklearbewaffneten Gegner konfrontiert, sondern mit vielen aufsteigenden Staaten, die sowohl über Massenvernichtungswaffen als auch über weitreichende Trägersysteme verfügen.<sup>326</sup> In diesem Kontext brauchen die US-Regierungen ein neues Konzept, das neue Gegner anstelle der ehemaligen Sowjetunion definieren kann. So entstand der Begriff „*rogue state*.“

Mit der neuen Weltordnung nach dem Ost-West-Konflikt versuchten viele Staaten eine regionale Macht zu werden, denn sie fürchteten nicht mehr die Intervention einer der beiden ehemaligen Supermächte. Als Beispiel mag der irakische Angriff auf Kuwait im Jahre 1990 dienen. Der Irak, *Saddam Hussein*, war nicht mehr unter der Kontrolle der Sowjetunion und schätzte dabei die amerikanische Reaktion falsch ein. Er ging davon aus, dass sich Washington im Konflikt mit Kuwait neutral verhalten würde. Dies zeigt, dass die Gefahr einer nuklearen Auseinandersetzung heute von regionalen Konflikten ausgeht. Dazu gehören vorrangig der Nahe Osten, die Golf-Region, Südostasien und die koreanische Halbinsel.<sup>327</sup>

Auch die Gefahr der Verbreitung von Atomwaffen und nuklearen Technologien steigt besonders nach der Auflösung der Sowjetunion, weil einige Staaten der „Gemeinschaft Unabhängigen Staaten (GUS)“ sowohl über Nuklearkapazitäten und Atomwaffen verfügen als auch mit ihrer Technologie und ihrem Personal nicht mehr von Russland abhängig sind.<sup>328</sup> Dadurch ist die Proliferationspolitik in der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik wichtig geworden.

---

<sup>325</sup> Vgl. Gholz, Eugene/Sapolsky, Harvey M.: Restructuring the U.S. Defense Industry, in: *International Security*, Vol. 24, No. 3 (Winter 1999/2000), S. 5–51 (5–6).

<sup>326</sup> Vgl. Rudolf, Peter: USA – Sicherheitspolitische Konzeptionen und Kontroversen, in: Ferdowsi, Mir A. (Hrsg.): *Internationale Politik* (München: Wilhelm Fink, 2002), S. 147–162 (148–149).

<sup>327</sup> Vgl. Dittgen: *Amerikanische Demokratie und Weltpolitik*, S. 294–295.

<sup>328</sup> Vgl. Litwak, Robert S.: The Calculus of Pre-emption, in: *Survival*, Vol. 44, No. 4 (Winter 2002-03), S. 53–80 (55).

## Multi- und unilaterale Aspekte der US-Außenpolitik

Das Ende des Ost-West-Konfliktes beendete die bipolare alte Weltordnung, die immerhin über vierzig Jahre lang die globale Politik bestimmte. Damit konnten die USA eine unipolare Machtposition im internationalen System erreichen. Dessen ungeachtet legte die *Bush Sen.*-Administration Wert auf einen Multilateralismus als wichtiges Kriterium der „neuen Weltordnung“. Nach *Sarah Sewall* ist dies “Bush’s concept of a ‘new world order’ governed by the rule of law required an effective UN peacekeeping capability.”<sup>329</sup>

Die folgende Rede von Präsident *George H. W. Bush* zeigte auch dies:

As conflicts are resolved and violence subsides, then the institutions of free societies can take hold. And as they do, they become our strongest safeguards against aggression and tyranny.<sup>330</sup>

Sein Multilateralismus beruhte zum großen Teil auf der Zusammenarbeit in den Vereinten Nationen (UN). Als der Irak im August 1990 Kuwait angriff, reagierte die amerikanische Regierung durch den UN-Sicherheitsrat auf den Überfall. Dieses Verhalten unterschied sich deutlich von den Reaktionen, die sowohl zum Serbien-Krieg der NATO von 1999 als auch zum Afghanistan-Krieg von 2001 und dem Irak-Krieg der USA von 2003 führten. Präsident *Bush Sen.* ging noch weiter. Er regte multilaterale Verhandlungen in der ganzen Region zu den Themen an, nämlich Rüstungskontrolle, Flüchtlingsprobleme, wirtschaftliche Entwicklung und weitere Themen.<sup>331</sup>

---

<sup>329</sup> Sewall, Sarah: Multilateral Peace Operations, in: Patrick, Stewart/Forman, Shepard (eds.): *Multilateralism and U.S. Foreign Policy – Ambivalent Engagement* (Boulder/ London: Lynne Rienner, 2002), S. 191–224 (194).

<sup>330</sup> Bush, George: *Remarks to the United Nations Security Council* (31.01.1992), zitiert nach ebd.

<sup>331</sup> Vgl. Czempiel, Ernst-Otto: *Weltpolitik im Umbruch – Die Pax Americana, der Terrorismus und die Zukunft der internationalen Beziehungen* (München: C. H. Beck, 2002), S. 67–75.



In der ersten Hälfte der 1990er Jahre breitete sich der Multilateralismus spürbar aus, vor allem unterstützte die Clinton-Administration einen *assertive multilateralism*. Sie neigte dazu, eine kooperative Sicherheitspolitik zu führen.<sup>332</sup> Präsident Bill Clinton organisierte die erste Gipfelkonferenz der APEC-Staaten im November 1993 in Seattle, USA. Die Konferenz sollte eine „Neue Pazifische Gemeinschaft“ gründen, die in der Zusammenarbeit die politisch-militärische Stabilität in diesem Raum verbessern und damit das Ausmaß der Rüstungsnotwendigkeit verringern sollte. Multilaterale Zusammenarbeit bildete auch die Basis vieler nuklearwaffenfreien Zonen. Die ASEAN-Staaten errichteten eine südostasiatische atomwaffenfreie Zone im Jahre 1995. In Lateinamerika und im Südpazifik wurden atomwaffenfreie Zonen gegründet. Im Jahre 1996 kam Afrika mit dem „Pelendaba-Vertrag“ hinzu. Allen Maßnahmen lag die Einsicht zugrunde, dass Sicherheit nur durch multilaterale Aktionen zu erreichen sei. Rüstungskontrollmaßnahmen, insbesondere von Massenvernichtungswaffen, spielten eine zentrale Rolle. Das Chemiewaffenübereinkommen (CWÜ) konnte im Jahre 1993 beschlossen werden und im Jahre 1995 wurde der Atomwaffensperrvertrag zeitlich unbegrenzt verlängert. Im Jahre 1996 einigte man sich vertraglich über ein umfassendes Verbot von Kernwaffentests.<sup>333</sup>

Trotz multilateraler Elemente der Außenpolitik in der *Bush Sen.*-Administration spielte auch der klassische Bilateralismus weiterhin eine Rolle für ihre Außenpolitik. Die Administration ließ sich weiterhin von einer Weltführungspolitik der USA leiten, dessen Anspruch sich auf die amerikanische Überlegenheit in den Bereichen des Militärs und der Ökonomie gründete. Auch für die Clinton-Regierung spielte dies eine Rolle in ihrer Außenpolitik. Die Regierung unterstrich auch den Führungsanspruch der USA. Im Dezember 1998 führte sie Luftangriffe auf den Irak (sog. *Desert Fox*<sup>334</sup>) durch, um ihn für die Ablehnung erneuter Waffeninspektionen zu bestrafen. Im

---

<sup>332</sup> Vgl. Posen, Barry R./Ross, Andrew L.: *Competing Visions for U.S. Grand Strategy*, in: *International Security*, Vol. 21, No. 3 (Winter 1996-97), S. 5–53 (44–49).

<sup>333</sup> Vgl. Czempiel: *Weltpolitik im Umbruch*, S. 75–76.

<sup>334</sup> Vgl. Center for Defense Information (CDI): *Military Almanac 2001–2002*, S. 51–53, at <http://www.cdi.org/products/almanac0102.pdf> (Stand: 25.10.2003).

März 1999 führte die NATO von den USA organisierte Luftangriffe gegen Serbien durch. Dieser Krieg verstieß gegen das Gewaltverbot des Artikels 2, 4 der Satzung der UN.<sup>335</sup> Die beiden Fälle zeigten, dass die USA weniger auf Verhandlungen und Kooperation, sondern auf die Gewaltanwendung setzten.<sup>336</sup>

Wie oben gezeigt wurde, setzten in den letzten Jahrzehnten die amerikanischen Regierungen ihre Interessen durch multi- und unilaterale außenpolitische Methoden durch. Die beiden Methoden wurden je nach Notwendigkeit genutzt. Allerdings zeigten sich die USA immer ambivalent, was multilaterale Kooperation angeht, denn die Stellung der USA im internationalen System erlaubt unilaterales Handeln, gleichzeitig sind die Kosten für ineffiziente multilaterale Organisationen für die USA besonders hoch. Zum Beispiel leisten die USA einen deutlich größeren Beitrag zur UN als andere Staaten, aber manchmal sind die Entscheidungen dieser Institution für die amerikanische Politik, wie z. B. im Irak-Krieg nicht nützlich. (siehe Abbildung 3–1)

Die Gewichtung multi- und unilateraler Elemente in der amerikanischen Außenpolitik erfolgte nach *Jochen Hippler* in der Regel unter Berücksichtigung der drei folgenden Faktoren:

der Wahrnehmung der eigenen Interessen, dem (innenpolitischen oder internationalen) politischen Kontext – sowohl bezüglich der gesamtpolitischen Rahmenbedingungen als auch spezifischer Sachfragen – sowie der ideologischen Präferenzen der jeweiligen Administration und der außenpolitischen Eliten.<sup>337</sup>

---

<sup>335</sup> Vgl. Gareis, Sven Bernhard/Varwick, Johannes: *Die Vereinten Nationen – Aufgaben, Instrumente und Reformen*, 2. Auflage (Opladen: Leske+Budrich, 2002), S. 310–311.

<sup>336</sup> Vgl. Czempiel: *Weltpolitik im Umbruch*, S. 78–82.

<sup>337</sup> Hippler: *Unilateralismus der USA als Problem der internationalen Politik*, S. 15.

Abbildung 3–1: Beiträge einiger Mitgliedstaaten der UN<sup>338</sup>

Mitgliedstaat	Beitragssatz (ab 2002)
USA	22,0%
Japan	19,7%
Deutschland	9,8%
Frankreich	6,5%
Großbritannien	5,6%
Italien	5,1%
Südkorea	1,9%
China	1,5%
Russland	1,2%

### Vor dem 11. September 2001

Präsident *George H. W. Bush* (1989~1992) hatte die Vereinten Nationen (UN) zumindest verbal in den Mittelpunkt seiner außenpolitischen Ordnungsvorstellungen gestellt. Die Clinton-Administration sprach auch von einer Strategie *“engagement and enlargement.”* Dadurch hatten die beiden Regierungen große Chancen für eine Zusammenarbeit mit anderen Staaten in internationalen Angelegenheiten.<sup>339</sup> Dagegen spricht die aktuelle Bush-Regierung nun von einem „ausgeprägt amerikanischen Internationalismus“ als ihrem Prinzip der Weltführung. Damit knüpft sie an die Amtszeit *Ronald Reagans* (1981~1988) an, in der Präsident *Reagan* einen auf die amerikanische Militärmacht gestützten Unilateralismus durchzusetzen versucht hatte.

<sup>338</sup> Vgl. Gareis/Varwick: *Die Vereinten Nationen*, S. 328–331.

<sup>339</sup> Vgl. Layne: *From Preponderance to Offshore Balancing*, S. 91–92.

Die führenden Personen in der heutigen Bush-Regierung, nämlich Vizepräsident *Dick Cheney*, der damalige Verteidigungsminister *Donald Rumsfeld* und sein damaliger Stellvertreter *Paul Wolfowitz* hatten alle schon in der *Reagan-Administration* gedient.<sup>340</sup>

Nach *Stewart Patrick* von *Council on Foreign Relations* seien wichtige Mitglieder der Bush-Regierung dem Multilateralismus gegenüber skeptisch eingestellt. Diese Position scheint im Gegensatz zur Außenpolitik der Clinton-Regierung zu stehen, die einen pragmatischen Multilateralismus repräsentiert hat. Außerdem besteht aufgrund der politischen Kultur des „*American Exceptionalism*“ eine gewisse Skepsis gegenüber multilateralen Institutionen. Diese Tendenz wird durch drei Faktoren seit Ende des Ost-West-Konflikts bestärkt. Eine unipolare globalisierte Welt erweitert die Handlungsmöglichkeiten der USA. Gleichzeitig versucht die Welt, die USA in Institutionen einzubinden. Allerdings ist dies nicht einfach. Zweitens wird das amerikanische Souveränitätsverständnis durch eine bestehende globale Agenda manchmal in Frage gestellt. Und drittens ist der Einfluss des US-Kongresses auf die amerikanische Außenpolitik wieder stärker.<sup>341</sup>

Die amerikanische Außenpolitik schaffte es nicht, eine effektive Antwort auf globale Herausforderungen zu geben. Präsident George W. Bush erteilte mit zahlreichen Aktionen dem Multilateralismus eine Absage.<sup>342</sup> Wenn die Rüstungskontrolle als kooperativ gehandhabte Teilweltordnung im US-Kongress schon seit längerem auf zunehmende Skepsis gestoßen war, so hatten die US-Präsidenten bisher noch immer daran festgehalten. George W. Bush setzte als erster US-Präsident auf unilaterale Sicherheitsgewährleistung, anstelle von kooperativen Vereinbarungen. Als Prototyp dieser Außenpolitik gilt das *National Missile Defense* (NMD)-Projekt.<sup>343</sup> Anders als die ambivalenten Verhalten seiner Vorgänger bekundet die Bush-Regierung

---

<sup>340</sup> Vgl. Czempiel: *Weltpolitik im Umbruch*, S. 91.

<sup>341</sup> Vgl. Müller, Philipp S.: Die Außenpolitik der USA und der 11. September, in: *SWP-Zeitschriftenschau* (Berlin, Januar 2002), S. 2.

<sup>342</sup> Siehe Kapitel 3.1.3.

<sup>343</sup> Vgl. Czempiel: *Weltpolitik im Umbruch*, S. 91–92.

deutlich, dass es eine strikte Begrenzung in den amerikanischen Bemühungen um Multilateralismus und Globalisierung gibt, wenn internationale Verträge mit der US-Hegemonie nicht übereinstimmend sein oder die amerikanische Souveränität verletzen könnten.<sup>344</sup>

Nach der Clinton-Administration verschlechterte sich die internationale Sicherheitslage mit den unilateralen Handlungen der Bush-Administration erheblich. *Ernst-Otto Czempiel* beschreibt die Situation folgendermaßen:

Im Nahen Osten tobte ein Krieg, der die Region zu destabilisieren drohte. Amerikas Beziehungen zu Russland und China kühlten sich deutlich ab. (...) Die inner-koreanische Aussöhnung war gestoppt, und das chinesisch-taiwanische Verhältnis eingetrübt worden. In der Atlantischen Gemeinschaft zeigten sich Risse, die in diesem Ausmaß bisher nicht aufgetreten waren.<sup>345</sup>

Besonders ihre einseitige Außenpolitik im arabischen Raum<sup>346</sup> verursachte die Terroranschläge vom 11. September 2001.<sup>347</sup> Sie waren vor allem „ein Angriff auf die Symbole US-amerikanischer Weltmacht: auf das Pentagon (als Symbol der militärischen Macht der USA), das World Trade Center (als Symbol ökonomischer Macht) und das Weiße Haus (als Symbol politischer Macht, als Ziel des vorher abgestürzten Flugzeugs)“.<sup>348</sup>

---

<sup>344</sup> Vgl. Brzezinski, Zbigniew: *The Choice – Domination or Leadership* (New York: Basic Books, 2004), S. 220–221.

<sup>345</sup> Czempiel: *Weltpolitik im Umbruch*, S. 105.

<sup>346</sup> Vgl. Jäger, Thomas/Kümmel, Gerhard: Internationale Sicherheit und der reale Stellenwert des Terrorismus, in: *Welt Trends*, Nr. 32 (Herbst 2001), S. 89–94 (89–91); und Buzan, Barry/Waever, Ole: *Regions and Powers – The Structure of International Security* (Cambridge, 2003), S. 201–210.

<sup>347</sup> Vgl. Müller, Harald: *Amerika schlägt zurück – Die Weltordnung nach dem 11. September* (Frankfurt/M: Fischer, 2003), S. 11–12; und Münkler, Herfried: *Die neuen Kriege* (Hamburg: Rowohlt, 2002), S. 202–203.

<sup>348</sup> Hippler, Jochen: Die Folgen des 11. September 2001 für die internationalen Beziehungen, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (Bonn, B3-4/2004), S. 3–6 (3).

## Nach dem 11. September 2001

Diese Terroranschläge veränderten die amerikanischen Gedanken zu Sicherheitsfragen grundlegend. Die Nationale Sicherheitsstrategie 2002 formulierte den ersten fundamentalen außenpolitischen Strategiewechsel der USA nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. In dieser Strategie zog die Bush-Regierung die Lehren aus den Ereignissen des 11. September 2001. Große Kriege zwischen Großmächten sind nicht wahrscheinlich. Gefahr für die amerikanische Sicherheit geht nun vom Terrorismus aus.

In diesem Zusammenhang halten die USA auch *rogue states*, welche Massenvernichtungswaffen und entsprechende Trägersysteme besitzen oder anstreben, für gefährlich, da diese Staaten Terroristen Massenvernichtungswaffen und ihre Technologien übermitteln könnten. Die neuen Bedrohungen sind ungewiss und unberechenbar. Das traditionelle Konzept der Abschreckung gilt deshalb nicht als Mittel gegen solche Bedrohungen. Daher erklärte die Bush-Administration offiziell eine militärische Prävention bzw. Präemption für ihre Sicherheit als erlaubt, wenn es nötig ist.<sup>349</sup> Dies ist mit einer Verkündung der Einsatzmöglichkeit von Atomwaffen in der *Nuclear Posture Review* (NPR) Anfang 2002<sup>350</sup> die wichtigste Strategie in der amerikanischen Sicherheitspolitik nach dem 11. September 2001.

Der 11. September 2001 eröffnete den USA die Chance einer neuen strategischen Ausrichtung der Außenpolitik. Diese Chance wurde mit einem Motto „Krieg gegen den Terror“ für die Mobilisierung von Ressourcen zugunsten einer stark militärlastigen Weltmachtpolitik genutzt. Das Motto rechtfertigte oder erleichterte die expansive Politik der USA im Nahen Osten und in Zentralasien. Damit wurde die sicherheitspolitische Handlungsfreiheit der USA erweitert. Die Bush-Regierung kündigte den *Anti-Ballistic Missile* (ABM) Vertrag im Dezember 2001 auf und lehnte die Bemühung um eine Stärkung des Biowaffenübereinkommen (BWÜ) Ende 2001 ab.

---

<sup>349</sup> Vgl. Bush, George W.: *The National Security Strategy* (September 2002), S. 14–15.

<sup>350</sup> Vgl. U.S. Department of Defense: *Nuclear Posture Review* [Excerpts] (Washington, DC, 2002), S. 9, at [www.globalsecurity.org/wmd/library/policy/dod/npr.htm](http://www.globalsecurity.org/wmd/library/policy/dod/npr.htm) (Stand: 24.01.2004).

Präsident Bush hat sich eine Vision amerikanischer Außenpolitik zu Eigen gemacht, die sehr stark den Vorstellungen der neokonservativen Verfechter einer geradezu imperialen weltpolitischen Rolle folgt.<sup>351</sup>

Außerdem veränderte sich die internationale sicherheitspolitische Lage mit den Terroranschlägen. Der 11. September 2001 bewirkte auch wichtige Veränderungen in den internationalen Beziehungen. Mit diesen Terroranschlägen und dem darauf folgenden Irak-Krieg im März 2003 verschlechterten sich die westlich-islamischen Beziehungen. Auch zeigte sich eine tiefe Kluft der innerwestlichen Beziehungen in Bezug auf den Irak-Krieg und den Wiederaufbau des Iraks, vor allem zwischen den USA und Frankreich bzw. Deutschland. Darüber hinaus beschädigten die Terroranschläge und ihre Konsequenzen die UN und das Völkerrecht als friedliche Konfliktregelungen erheblich.<sup>352</sup>

In Fragen der NATO-Erweiterung, der NATO-Zusammenarbeit mit Russland, der Sicherheit auf dem Balkan oder in der Frage des Raketenabwehrplans zeigen sich die USA unilateral. Trotz eines Reibungswiderstandes versuchen die USA militärische Alleingänge zur Durchsetzung ihres politischen Willens vorzubereiten und durchzuführen. Gründe dafür können sowohl die unterschiedlichen Bedrohungsvorstellungen<sup>353</sup> (wie z. B. die andere Wahrnehmung der Europäer gegenüber Terrorismus,<sup>354</sup> die unterschiedliche Wahrnehmung der Südkoreaner gegenüber der nordkoreanischen Nuklearfrage als die USA sie haben) und ihre daraus resultierenden Antworten, als auch die ungleichen militärischen Fähigkeiten der amerikanischen Allianzen sein. Nach den Terroranschlägen vom 11. September ist

---

<sup>351</sup> Vgl. Rudolf, Peter: Wie der 11. September die amerikanische Außenpolitik verändert hat, in: *SWP-Aktuell 33* (Berlin, September 2002).

<sup>352</sup> Vgl. Hippler: Die Folgen des 11. September 2001 für die internationalen Beziehungen, S. 4–5.

<sup>353</sup> Vgl. Hippler, Jochen: USA und Europa – unterschiedliche Sicherheitspolitiken, in: Hauchler, Ingomar/Messner, Dirk/Nuscheler, Franz (Hrsg.): *Globale Trends 2004/2005 - Fakten Analysen Prognosen* (Bonn: Stiftung Entwicklung und Frieden, 2003), S. 293–307 (297 ff.).

<sup>354</sup> Terrorismus wird erst seit den Anschlägen in Madrid 2003 von den Eliten als Problem hoher Priorität in Europa wahrgenommen. In: Jäger: *Ordnung, Bedrohung, Identität: Grundlagen außenpolitischer Strategien*, S. 16.

also die US-Außenpolitik hinsichtlich der unilateralen Entscheidung in internationalen Beziehungen nicht verändert worden.<sup>355</sup>

Dagegen lassen sich die Fragen von Terrorismus und der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen sowohl mit Europa (z. B. in der iranischen Nuklearfrage) als auch mit einem institutionellen Ordnungsrahmen (z. B. die Sechs-Staaten-Gespräche für die nordkoreanische Nuklearfrage) lösen. In internationalen Beziehungen zeigen die USA einen „taktischen Multilateralismus“.<sup>356</sup> In der Tat standen die USA, Europa und Russland zum ersten Mal auf der gleichen Seite gegen eine gemeinsame Bedrohung durch den Terrorismus. Russland war ein neuer Partner der USA und Europas für den Kampf gegen den internationalen Terrorismus und für den Afghanistan-Krieg 2001.<sup>357</sup> Im darauf folgenden Irak-Feldzug 2003 zeigten sie jedoch schon andere Positionen.

Die USA sind eine hervorragende Zentralmacht angesichts ihres militärischen, politischen und (wirtschaftlichen) Potenzials seit dem Ende des Ost-West-Konflikts, wie schon *Brzezinski* behauptete. Aber die sicherheitspolitische Dominanz der USA wurde nach dem 11. September 2001 durch den gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus mit z. B. Russland, China und Indien schon einigermaßen eingeschränkt. Für den Einsatz in Afghanistan brauchten die USA auch die Hilfe von Pakistan, Usbekistan, Tadschikistan und Turkmenistan für den Zugang zu Luftraum und Stützpunkten. Damit sind „Multi- und Unilateralismus“ zwei Seiten derselben Münze in der amerikanischen Außenpolitik.<sup>358</sup> *Stefan Fröhlich* schreibt über die Entscheidung der US-Außenpolitik:

---

<sup>355</sup> Vgl. Fröhlich, Stefan: Zwischen Multilateralismus und Unilateralismus. Eine Konstante amerikanischer Außenpolitik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (Bonn, B25/2002), S. 23–30 (25–28).

<sup>356</sup> Vgl. Boulden, Jane/Weiss, Thomas G.: Tactical Multilateralism – Coaxing America Back to the UN, in: *Survival*, Vol. 46, No. 3 (Autumn 2004), S. 103–114 (109).

<sup>357</sup> Vgl. Kreft, Heinrich: Vom Kalten zum „Grauen Krieg“ – Paradigmenwechsel in der amerikanischen Außenpolitik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (Bonn, B25/2002), S. 14–22 (20–21).

<sup>358</sup> Vgl. Fröhlich: Zwischen Multilateralismus und Unilateralismus, S. 23–24.



Washingtons Außenpolitik wird traditionell von drei Grundprämissen bestimmt: der globalen Machtverteilung, der ihr entsprechenden Selbsteinschätzung der USA und ihrem daraus resultierenden weltweiten Führungsanspruch und -willen.<sup>359</sup>

Es gibt keinerlei Gründe anzunehmen, dass die Zeit der Unvorhersehbarkeiten jetzt beendend ist. Im Gegenteil, es sprechen sogar viele Gründe dafür, dass wir noch einige Zeit in einer solchen Situation verbleiben werden, darunter z. B. die sich ausweitende Bedrohung durch radikale Islamisten, die Nuklearfrage des Irans bzw. Nordkoreas und das Hervortreten Chinas als regionale Großmacht.<sup>360</sup> Trotz der militärischen Überlegenheit der USA im internationalen System ist die internationale Sicherheitslage noch durch Anarchie gekennzeichnet. Unter dieser anarchischen Lage sind die Proliferationspolitik und die Politik gegenüber *rogue states* in der amerikanischen Außenpolitik noch wichtiger geworden.

### 3.1.2. Die Proliferationspolitik der USA

In der Nichtweiterverbreitungspolitik gibt es zwei Möglichkeiten: Non- und Counter-Proliferation. Zur Unterscheidung lässt sich sagen, dass die Non-Proliferation eine passive und defensive Methode der Verhinderung von Verbreitungsproblemen ist. Dagegen ist die Counter-Proliferation eine aktive und aggressive Methode.

---

<sup>359</sup> Ebd. S. 23.

<sup>360</sup> Vgl. Cohen, Eliot A.: A Tale of two Secretaries, in: *Foreign Affairs*, Vol. 81, No. 3 (May/June 2002), S. 33–46 (42).

## Non-Proliferation

Die Politik der Non-Proliferation hat die Nichtweiterverbreitung von ABC-Waffen und ihrer Technologie zum Ziel. Als eine amerikanische Bemühung darum machte Präsident *Dwight Eisenhower* im Jahre 1953 einen Vorschlag für Friedensprogramm. Dies basierte auf einem optimistischen Gedanken, in der man Atomenergien friedlich nutzen und die Proliferation von Atomwaffen verhindern kann. Der Vorschlag führte zur Gründung der *International Atomic Energy Agency* (IAEA) im Jahre 1957. Ihre Mission ist die friedliche Nutzung von Atomenergien zu fördern und zu kontrollieren. Die IAEA ist das wichtigste internationale Inspektionsorgan für das heutige NPT-Regime.<sup>361</sup>

Der NPT (Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons oder auch Non-Proliferation Treaty), der 1968 unterzeichnet und 1970 in Kraft getreten war, ist ein wichtiges Instrument für die Nichtweiterverbreitung. Seither finden Überprüfungskonferenzen des NPT alle fünf Jahre statt. Das ursprüngliche Ziel des NPT ist die Proliferation von Atomwaffen außer fünf Staaten (Großbritannien, Frankreich, die Sowjetunion, China und die USA) zu verhindern. Der NPT enthält auch die Versprechen der damaligen fünf Nuklearmächte zur Abrüstung sowie die Bereitschaft zur Kooperation bei der Nutzung der zivilen Atomenergie. Die Nichtverbreitungsnorm wurde von fast alle Staaten in der Welt außer Israel, Indien, Pakistan und Nordkorea anerkannt.<sup>362</sup> Damit konnten die USA durch die jeweiligen Allianzen, die den Ländern eine bessere Sicherheitsgarantie geben, Deutschland, Japan, Südkorea, Taiwan und die Türkei davon abbringen, ein Atomwaffenprogramm zu entwickeln.<sup>363</sup>

---

<sup>361</sup> Vgl. Bunn, George: The Nuclear Nonproliferation Regime and Its History, in: Bunn, George/Chyba, Christopher F. (eds.): *U.S. Nuclear Weapons Policy – Confronting Today's Threats* (Washington, DC: Brookings/CISAC, 2006), S. 75–125 (75–76).

<sup>362</sup> Vgl. Müller, Harald: Die Zukunft der nuklearen Ordnung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (Bonn, 48/2005), S. 3–9 (3).

<sup>363</sup> Vgl. Carter, Ashton B.: How to Counter WMD, in: *Foreign Affairs*, Vol. 83, No. 5 (September/October 2004), S. 72–85 (74).

Allerdings konnte der NPT nicht verhindern, dass die Zahl der atomar bewaffneten Staaten von fünf auf acht gestiegen ist. Außerdem verfügen wenigstens 15 Staaten über Langstreckenraketen mit einer Reichweite von bis zu 1.000 Kilometer oder mehr und davon haben neun Staaten „Interkontinentalraketen“. Viele Staaten, die die Fähigkeiten des Aufbaus von Atomwaffen haben, konnten dies während der Zeit des Ost-West-Konfliktes nicht tun, weil sie entweder mit den USA oder mit der Sowjetunion verbündet waren. Die beiden Supermächte übten großen Einfluss darauf aus, den Aufbau von Atomwaffen ihrer Allianzpartner zu verhindern. Danach bewiesen trotz amerikanischen Drucks Indien und Pakistan mit nuklearen Tests im Mai 1998, dass sie Atomwaffen besitzen.<sup>364</sup> Nordkorea und der Iran versuchen, eine Nuklearmacht zu werden. Pyongyang verkündete zum ersten Mal offiziell im Februar 2005, dass es Atomwaffen besitzt. Und es machte den nuklearen Test im Oktober 2006.<sup>365</sup> Teheran steht auch im Verdacht, dass es ein eigenes Atomwaffenprogramm entwickelt. Die beiden Staaten stehen im Brennpunkt der Non-Proliferationspolitik der USA.<sup>366</sup>

Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts spielt die nukleare Strategie der USA eine weniger wichtige Rolle für die Abschreckung der so genannten Schurkenstaaten oder Terroristen, obwohl sie in den Verhältnissen zwischen China, Russland und der westlichen Welt noch eine wichtige Rolle spielt.<sup>367</sup> Die alte nukleare und rüstungskontrollpolitische Ordnung befindet sich deshalb in der fortgeschrittenen Auflösung. Russland erkannte, dass seine strategische Gleichheit und politische Ebenbürtigkeit mit den USA nicht mehr existiert, und es deshalb einen Kurswechsel in seiner Außen- und Sicherheitspolitik vornehmen muss. China rüstet militärisch auf, um von den USA

---

<sup>364</sup> Biowaffenübereinkommen (BWÜ) von 1972 (in Kraft 1975), Chemiewaffenübereinkommen (CWÜ) von 1993 (in Kraft 1997), vgl. Riecke, Henning: Nichtverbreitungspolitik – Im Aufwind oder in der Krise?, in: *Internationale Politik* (1/2004), S. 1–11 (3).

<sup>365</sup> Vgl. Brooke, James: North Korea says it has nuclear weapons and rejects talks, in: NYT (10.02.2005); und Schnepfen, Anne: Schlimme Szenarios in Asien, in: FAZ (09.10.2006).

<sup>366</sup> Vgl. Utgoff, Victor A.: Proliferation, Missile Defense and American Ambitions, in: *Survival*, Vol. 44, No. 2 (Summer 2002), S. 85–102 (85–87).

<sup>367</sup> Vgl. Ikenberry, G. John: America's Imperial Ambition, in: *Foreign Affairs*, Vol. 81 No. 5 (September/October 2002), S. 44–60 (45).

als eine Großmacht wahr- und ernstgenommen zu werden. Dadurch hat sich die dringende Gefahr für die amerikanische Sicherheit von einem großen Krieg z. B. mit Russland hin zu regionalen Konflikten oder zum Terrorismus verlagert. Die USA streben deshalb nach militärischer und unipolarer Dominanz in dreifacher Hinsicht: auf nuklearstrategischer Ebene, im Raketenabwehrsystem (NMD/TMD) und im Bereich konventioneller Streitkräfte mit Unterstützung der Informationstechnologie.<sup>368</sup>

Der Zusammenbruch der Sowjetunion war ein politischer Umschwung, der zu wichtigen Veränderungen in der amerikanischen Sicherheitspolitik führte. Und zwar führte er dazu, dass Angelegenheiten der Proliferation ganz oben auf der US-Sicherheitsagenda stehen. Denn der Charakter der nuklearen Bedrohung veränderte sich grundlegend. Der Verteidigungsminister der Clinton-Administration *William Cohen* sprach von einem Dilemma in einer Erklärung:

A paradox of the new strategic environment is that American military superiority actually increases the threat of nuclear, biological, and chemical attack against us by creating incentives for adversaries to challenge us asymmetrically.<sup>369</sup>

Einige wichtige Elemente der Änderungen in der amerikanischen Sicherheitspolitik während der 1990er Jahre waren:

- Eine ernste Besorgnis über steigende Bedrohungen des biologischen, chemischen und nuklearen Terrorismus
- Eine erfolgreiche Benutzung der traditionellen diplomatischen Ausrichtung und der multilateralen Foren für den internationalen Konsens über die Non- Proliferation

---

<sup>368</sup> Vgl. Schwarz, Klaus-Dieter: Amerikas "New Strategic Framework", in: *SWP-Aktuell* 2, (Berlin, Februar 2002), S. 7.

<sup>369</sup> Andréani, Gilles: The Disarray of US Non-Proliferation Policy, in: *Survival*, Vol. 41, No. 4 (Winter 1999-2000), S. 42–61 (47).

- Ein neues Konzept für die Non-Proliferation (*traditionelle Option*: die passive Verteidigung; *neue Option*: der präemptive konventionelle Angriff und der nukleare Einsatz, um vor biologischen und chemischen Angriffen abzuschrecken → Counter-Proliferation)
- Konsens für den Raketenabwehrplan.<sup>370</sup>

Die Anstrengungen der Non-Proliferationspolitik der USA in den 1990er Jahren waren erfolgreich. Das *Cooperative Threat Reduction* Programm, das mit dem *Nunn-Lugar Act* von 1991 begann, war eine wichtige vertragsgemäße Bemühung von den US-Regierungen, um das Erhalten von Atomwaffen durch Diebstähle, Terroristen oder *rogue states* zu verhindern.<sup>371</sup> Nach diesem Programm wurden mehr 22.000 taktische Nuklearwaffen und 4.000 strategische Nuklearwaffen von 14 „Gemeinschaft Unabhängigen Staaten (GUS)“ nach Russland zurückgekommen.<sup>372</sup>

Das Programm half Russland, der Ukraine, Weißrussland und Kasachstan beim Abbau von Nuklear- und Chemiewaffen. Dafür wurden 3,1 Milliarden von 1991 bis 1999 finanziert und weitere 4,2 Milliarden US-Dollar für 2000 bis 2005 vorgesehen. Über 6.000 Nuklearwaffen wurden mit Hilfe dieses Gesetzes und der relevanten Programme abgebaut. Darüber hinaus hatten die USA einige positive Ergebnisse in ihrer Politik, nämlich das CWÜ von 1993, die unbegrenzte Verlängerung des NPT von 1995 und den Abschluss des CTBT von 1996.<sup>373</sup> Dadurch war die amerikanische Politik der Non-Proliferation erfolgreich in Argentinien, Brasilien und Südafrika in den 1990er Jahren und in Libyen 2004.<sup>374</sup>

Anfang 2001 richtete sich die überparteiliche *Baker-Cutler* Kommission stark auf die Non-Proliferation aus: die dringendste nationale Sicherheitsbe-

---

<sup>370</sup> Vgl. ebd., S. 44.

<sup>371</sup> Vgl. Bunn: *The Nuclear Nonproliferation Regime and Its History*, S. 94.

<sup>372</sup> Vgl. Allison: *North Korea Nuclear Challenge: Bush Administration Failure; China's Opportunity*, S.23.

<sup>373</sup> Vgl. Andréani: *The Disarray of US Non-Proliferation Policy*, S. 45–49.

<sup>374</sup> Vgl. Carter: *How to Counter WMD*, S. 74–75.

drohung für die USA sei die Gefahr, dass die russischen Massenvernichtungswaffen oder waffenfähigen Materialien von Terroristen oder amerikafeindlichen Staaten gestohlen oder ihnen verkauft würden und damit für Angriffe gegen amerikanische Truppen im Ausland oder gegen US-Bürger zu Hause genutzt würden. Seit 1993 berichtet die IAEA ihrer sechzehn solchen Fällen. Obwohl alle Materialien gefunden wurden, glaubt die IAEA, dass es noch unentdeckten Diebstahl gibt. Deshalb empfahl die Kommission, dass die USA die Ausgaben für diese Programme von etwa eine Milliarde auf 3–4 Milliarden US-Dollar pro Jahr erhöhen sollten.<sup>375</sup>

Die Überprüfungskonferenz des NPT im Mai 2005 war ein totaler Misserfolg. Die Teilnehmer der Konferenz präsentierten sich als ein zerstrittenes Gremium. Dabei gab es überhaupt keine Einigung über irgendeine Frage, während in früheren Fällen die gemeinsame Schlusserklärung nur knapp an einer Frage gescheitert war. Ursächlich für diese Lage war die Rolle der amerikanischen Diplomatie, die diskret von Frankreich unterstützt worden war. Dieser Fehlschlag ist ein Bedeutungsverlust des NPT aus der Sicht Washingtons. Trotzdem ignorieren die USA nicht den Vertrag, weil die US-Regierung damit die rüstungspolitische Handlungsfreiheit der Staatenmehrheit beschränken und eventuell ihre Sanktionen gegen atomwaffenproduzierende Staaten durchsetzen kann.<sup>376</sup>

Dank des NPT und anderer Übereinkünfte konnte der Entwicklungsplan eines Atomwaffenprogramms in vielen oben genannten Staaten verhindert und die Anzahl von potentiellen Weiterverbreitungsstaaten reduziert werden. Doch diese Bemühungen der Non-Proliferation durch den NPT und andere Übereinkünfte haben allerdings ein Problem. Die Institutionen haben kein Sanktionsmittel, auch wenn entschlossene Staaten die Ordnung der Non-Proliferation ignorieren oder betrügen. In diesem Kontext konzentriert

---

<sup>375</sup> Vgl. Blinken, Antony J.: From Preemption to Engagement, in: *Survival*, Vol. 45, No. 4 (Winter 2003-04), S. 33–60 (39).

<sup>376</sup> Müller: Die Zukunft der nuklearen Ordnung, S. 3–5.

sich die Bush-Regierung auf *rogue states*. Davon sind der Iran und Nordkorea wichtig in ihrer Politik.<sup>377</sup>

Es gibt die Ansicht, dass der Raketenabwehrplan (sog. NMD) hilfreich für die Verhinderung der nuklearen Verbreitung sei. Denn Nicht-Nuklear-Staaten könnten mit dem Plan sicher sein, dass die USA sie gegen Angriffe mit nuklear bewaffneten Langstreckenraketen verteidigen könnten. Wenn die Welt an der Möglichkeit solcher Verteidigung zweifeln würde, dann wäre eine ausgedehnte nukleare Verbreitung unvermeidbar, sowohl durch Staaten, die angreifen wollten, als auch durch Staaten, die sich als potenzielle Opfer sähen.<sup>378</sup> Dagegen denken europäische Eliten, dass die Gründe des amerikanischen Raketenabwehrplans in innenpolitischer Psychologie und wirtschaftlichen Interessen der USA liegen. Außerdem sind sich die Europäer bewusst, dass der Plan nicht gegen Nordkorea, sondern gegen China gerichtet ist.<sup>379</sup> Darüber hinaus gibt es noch eine andere Sicht: die größte nukleare Bedrohung gegen die USA kommt heutzutage nicht von *rogue states*, sondern durch unbeabsichtigte oder versehentliche Raketenstarts Russlands.<sup>380</sup> Auf jeden Fall nehmen die amerikanische Entwicklung und Einrichtung des Raketenabwehrplans wichtigen Einfluss auf die Frage der Proliferation in der Welt.

*Ashton Carter* (der Vizeverteidigungsminister der Clinton-Regierung) schlug drei Schritte für die heutige amerikanische Politik der Non-Proliferation vor. Erstens soll ein erweiterndes *Nunn-Lugar* Programm auf die Isolation nuklearer Materialien (*fissile materials*) aus weltweiten Forschungsreaktoren zielen. Dabei wird Pakistan die gleiche Art der Hilfe wie schon Russland angeboten. Das selbe Angebot galt damals für den Irak und Libyen im Fall der kompletten und verifizierbaren Beseitigung der Massenvernichtungswaffenprogramme, sondern auch gilt für den Iran und Nordkorea.

---

<sup>377</sup> Vgl. Blinken: *From Preemption to Engagement*, S. 40–41.

<sup>378</sup> Vgl. Utgoff: *Proliferation, Missile Defense and American Ambitions*, S. 98–99.

<sup>379</sup> Vgl. Wallace: *U.S. Unilateralism – A European Perspective*, S. 153.

<sup>380</sup> Vgl. Newhouse, John: *The Missile Defense Debate*, in: *Foreign Affairs*, Vol. 80, No. 4 (July/August 2001), S. 97–109 (99).

Der zweite Schritt soll versuchen, die Sammlung der nuklearen Materialien zu beenden. Schließlich soll der dritte Schritt sich auf die Reduzierung der existierenden Waffenmaterialien ausrichten.<sup>381</sup>

Aber im indischen Fall verhalten sich die USA etwas anders. Aufgrund ihrer strategischen Interessen an Indien, z. B. dass Indien zur künftigen Stabilität der gesamten asiatischen Region bzw. zur Kontrolle der aufsteigenden Volksrepublik China weiter eine große Rolle spielt, erkannte die US-Regierung die indischen Atomwaffen mit einem Abkommen über die zivile Nutzung der Atomenergie zwischen den USA und Indien im März 2006 an.<sup>382</sup> Außerdem schwieg Washington über den indischen Test der Langstreckenraketen *Agni-3* (eine Reichweite von ca. 3.000 Kilometer) vom 9. Juli 2006.<sup>383</sup>

### **Counter-Proliferation**

Die US-Regierung unterschied die Counter-Proliferation von der Non-Proliferation. Die Counter-Proliferation wurde von *Joint Chiefs of Staff* definiert als “those actions (...) taken to defeat the threat and/or use of weapons of mass destruction against the United States, our military forces, friends and allies.”<sup>384</sup> Ein typisches Beispiel für die Politik der Counter-Proliferation war der israelische Angriff auf einen irakischen Atomreaktor. Als die israelischen F-15 und F-16 Jets im Juni 1981 den Nuklearreaktor in *Osirak* (in der Nähe von Bagdad) bombardierten, bezeichnete Israel es als einen Akt der Selbstverteidigung. Der israelischer UN-Botschafter *Yehuda Blum* behauptete: “Israel was exercising its inherent and natural right of

---

<sup>381</sup> Vgl. Carter: *How to Counter WMD*, S. 76–78.

<sup>382</sup> Vgl. Wagner, Christian: *Indien als strategischer Partner der USA*, in: *SWP-Aktuell 13* (Berlin, März 2006).

<sup>383</sup> Vgl. Kumar, Hari/Sanger, David E.: *India Reports a Long-Range Missile Test*, in: *NYT* (10.07.2006).

<sup>384</sup> *Joint Chiefs of State: DOD Dictionary of Military and Associated Terms* (Government Printing Office, 2004), zitiert nach Bunn: *The Nuclear Nonproliferation Regime and Its History*, S. 76.



self-defense, as understood in general international law and well within the meaning of Article 51 of the [UN] Charter.”<sup>385</sup>

Aber die internationale Gemeinschaft verurteilte den Angriff als einen Akt der Aggression. Der britische Vertreter für den UN-Sicherheitsrat, Sir *Anthony Parsons* erklärte:

(...) it was not a response to an armed attack on Israel by Iraq. There was no instant or overwhelming necessity for self-defense. Nor can it be justified as a forcible measure of self-protection. The Israeli intervention amounted to a use of force which cannot find a place in international law or in the Charter and which violated the sovereignty of Iraq.<sup>386</sup>

Außerdem kritisierten die britische Premierministerin *Margaret Thatcher* und der amerikanische UN-Botschafter *Jeane Kirkpatrick* die israelische Aktion. Und die damalige US-Regierung unterstützte eine entsprechende UN-Resolution.<sup>387</sup>

Nach den Terroranschlägen vom 11. September führte die Bush- Regierung im Oktober 2001 Luftschläge gegen die Operationsbasis von *Al-Kaida* in Afghanistan durch, zerstörte das *Taliban*-Regime und gründete eine neue Regierung in Afghanistan unter *Hamid Karsai* im Dezember des selben Jahres. Am 29. Januar 2002 ordnete Präsident Bush in seiner Rede zur Lage der Nation den Irak, den Iran und Nordkorea einer „Achse des Bösen“<sup>388</sup> zu, weil diese Staaten ihre Waffen an Terroristen weitergeben könnten, um die USA oder ihre Allianzen anzugreifen, zu bedrohen oder zu erpressen.<sup>389</sup> Er

---

<sup>385</sup> Arend, Anthony Clark: International Law and the Preemptive Use of Military Force, in: *The Washington Quarterly*, Vol. 26, No. 2 (Spring 2003), S. 89–103 (95).

<sup>386</sup> Ebd., S. 95–96.

<sup>387</sup> Vgl. Ikenberry: *America's Imperial Ambition*, S. 51.

<sup>388</sup> Vgl. Cha, Victor D.: Korea's Place in the Axis, in: *Foreign Affairs*, Vol. 81, No. 3 (May/June 2002), S. 79–92 (79).

<sup>389</sup> Vgl. Schneekener, Ulrich: Irak und Terrorismus – Was verbindet Schurkenstaaten mit Terroristen?, in: *SWP-Aktuell 5* (Berlin, Februar 2003), S. 4.

formulierte hier ein zweites Ziel der amerikanischen Politik nach dem Afghanistan-Krieg, nämlich Terroristen daran zu hindern, Massenvernichtungswaffen zu besitzen, die ihnen von *rogue states* zur Verfügung gestellt werden könnten.<sup>390</sup> Im März 2003 führte die US-Regierung angeblich aufgrund irakischer Massenvernichtungswaffenprogramme trotz vieler Widerstände der Welt einen Angriff gegen den Irak durch und stürzte das *Hussein*-Regime.

Ende Mai 2003 kündigte Präsident Bush in Krakau (Polen) die *Proliferation Security Initiative* (PSI) zur Verhinderung der Weitergabe von sowohl chemischen, biologischen und nuklearen Materialien als auch von Raketen und ihren Technologien an. Die PSI ist ein Zusammenschluss der USA mit einigen westlichen Staaten. Ihr Ziel ist das Abfangen von Waffenlieferungen in internationalen Gewässern. Zur PSI gehören Japan, Australien, Frankreich, Deutschland, Italien, die Niederlande, Polen, Portugal, Spanien und Großbritannien.<sup>391</sup> Danach wurde die PSI auf fünfzehn Staaten inklusive Kanada, Norwegen, Singapur und Russland erweitert.<sup>392</sup> Die teilnehmenden Staaten tauschen Geheimdienstinformation aus, überwachen verdächtige Schiffe und halten Militärübungen zum Aufbringen verdächtiger Transporte ab.<sup>393</sup> Im Jahre 2006 haben mehr als 70 Staaten daran teilgenommen.<sup>394</sup> Südkorea nimmt daran nur eingeschränkt teil, China aber überhaupt nicht.

Anfang 2004 genehmigte der damalige Verteidigungsminister *Rumsfeld* einen geheimen Plan "*Interim Global Strike Alert Order*" (sog. CONPLAN 8022). Als ein Präemptivschlag mit der nuklearen Option enthält der CONPLAN 8022 einen globalen Angriffsplan gegenüber amerikafeindli-

---

<sup>390</sup> Vgl. Czempiel: *Weltpolitik im Umbruch*, S. 115–117.

<sup>391</sup> Vgl. Daase, Christopher: Nonproliferation und das Studium internationaler Legitimität – Eine Antwort auf meine Kritiker, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* (2003) Heft 2, S. 351–364 (356).

<sup>392</sup> Vgl. Braun/Chyba: *Proliferation Rings*, S. 35–36.

<sup>393</sup> Vgl. Busse, Nikolas: Bushs neue Rüstungskontrolle, in: *FAZ* (17.02.2004), S. 10.

<sup>394</sup> Vgl. Allison: *North Korea Nuclear Challenge: Bush Administration Failure; China's Opportunity*, S. 29.

chen Staaten, die Massenvernichtungswaffen entwickeln. Der Plan sieht zwei Szenarios vor. Zum einen ist es eine Antwort auf eine spezifische und akute nukleare Bedrohung, z. B. durch Nordkorea. Dabei geht es um eine Bombardierung der Atomanlagen in Nordkorea mit einem gleichzeitigen Cyberangriff, der einen nordkoreanischen Gegenangriff verhindern soll. Auch dabei geht es um eine militärische Operation, die nordkoreanische nukleare Sprengkörper berauben will. Zum anderen zielt es auf einen allgemeinen Angriff auf Infrastrukturen für den Aufbau von Massenvernichtungswaffen des Gegners ab, beispielsweise des Irans.<sup>395</sup>

### 3.1.3. Die US-Politik gegenüber *rogue states*<sup>396</sup>

Die Clinton-Regierung benutzte den Begriff von *rogue state*, um politische Unterstützung für ihre Politik (z. B. das umfassende Handelsembargo gegen den Iran) zu mobilisieren.<sup>397</sup> Auch die Bush-Regierung behauptet gelegentlich, dass sie den Raketenabwehrplan braucht, um der zunehmenden Bedrohung solcher Staaten mit Massenvernichtungswaffen und Langstreckenraketen zu begegnen. Mit angeblichen Bedrohungen von *rogue state* rechtfertigen also die US-Regierungen ihren NMD-Plan.<sup>398</sup>

Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 bemühte sich die US-Regierung sehr intensiv die Gefahren von *rogue states* zu zeigen. Aber Washington fand nichts Besonderes. Der Iran nahm schnell an der Koalition gegen das *Taliban*-Regime teil, so dass er nicht seiner Unterstützung der *Taliban* bezichtigt werden konnte. Nordkorea nahm auch an dem „Kampf ge-

---

<sup>395</sup> Vgl. Arkin, William: Not Just A Last Resort? – A Global Strike Plan, With a Nuclear Option, in: *Washington Post* (15.05.2005), S. B01.

<sup>396</sup> Für das Konzept „*rogue states*“ siehe Kapitel 2.2.2.

<sup>397</sup> Vgl. Litwak: *The Calculus of Pre-emption*, S. 56.

<sup>398</sup> Vgl. Eland/Lee: *The Rogue State Doctrine and National Missile Defense*, S. 3.

gen den Terror“ teil.<sup>399</sup> Trotzdem bezeichnete Präsident Bush den Iran und Nordkorea als „Achse des Bösen“ und seine Administration sprach von der Möglichkeit der Beziehungen zwischen diesen Staaten und “*Al-Kaida*”.<sup>400</sup>

Der US-Kongress beauftragte die Bush-Administration, ihre Nuklearstrategie und Atomstreitkräfte zu überprüfen. Das Ergebnis war die zweite *Nuclear Posture Review* (NPR) von 2002. In der NPR definierte das Pentagon drei Kriegsfälle für einen Einsatz von Atomwaffen: naheliegende, mögliche und unerwartete Fälle. Zum *naheliegenden Krieg* zählen bekannte Bedrohungen wie z. B. ein irakischer Angriff auf Israel oder andere Nachbarstaaten, ein nordkoreanischer Einmarsch in Südkorea oder eine militärische Konfrontation aufgrund des Status von Taiwan. *Mögliche Kriege* sind plausibel, aber es gibt keine unbedingte Gefahr, wie das Auftreten einer neuen Koalition gegen die USA, von deren Mitgliedern mindestens eins über Massenvernichtungswaffen und Trägersysteme verfügt. *Unerwartete Kriege* sind plötzliche und unvorhersehbare Herausforderungen wie die Kuba-Krise. Der Iran, Nordkorea, Syrien, (damals der Irak und Libyen<sup>401</sup>) könnten in alle drei Kategorien eingeordnet werden, da sie sich seit langer Zeit amerikafeindlich verhalten.<sup>402</sup>

Neu war allerdings, dass die NPR erstmals seit Ende des Ost-West-Konflikts die Adressaten, nämlich neben den oben genannten fünf Schurkenstaaten, auch Russland und China, deutlich benennt und die Umstände beschreibt, die einen Einsatz von Atomwaffen möglich oder notwendig machen könnten.<sup>403</sup> Dies bedeutet, dass die strategische Flexibilität der USA

---

<sup>399</sup> Vgl. Czempiel: *Weltpolitik im Umbruch*, S. 116.

<sup>400</sup> Vgl. Pinkston, Daniel/Saunders, Phillip C.: Seeing North Korea Clearly, in: *Survival*, Vol. 45, No. 3 (Autumn 2003), S. 79–102 (89–91).

<sup>401</sup> Am 20. Dezember 2003 erklärt Gaddafi künftig auf die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen zu verzichten. Und Libyen erwartet eine Normalisierung seiner Beziehungen zu Großbritannien und den USA. vgl. Gaddafi diplomatisch: Libyen rüstet ab, in: FAZ (21.12.2003), S. 6.

<sup>402</sup> Vgl. Sokolsky, Richard: Demystifying the U.S. Nuclear Posture Review, in: *Survival*, Vol. 44, No. 3 (Autumn 2002), S. 133–148 (138–139, 144); und U.S. Department of Defense (2002): *Nuclear Posture Review*, S. 12–13.

<sup>403</sup> Vgl. U.S. Department of Defense (2002): *Nuclear Posture Review*, S. 16–17.

erweitert und das seit 1957 bestehende „Tabu des Atomwaffeneinsatzes“<sup>404</sup> aufgeweicht wird.<sup>405</sup> Darüber hinaus erklärte das Pentagon offiziell die Entwicklung neuer Nuklearwaffen (sog. *Mini-Nukes*<sup>406</sup>), um tiefe Bunkeranlagen von *rogue states* für chemische und biologische Waffen zerstören zu können.

Präsident Bush erklärte in seiner Rede an der Militärakademie *West Point* im Juni 2002:

Deterrence means nothing against shadowy terrorist networks with no nations or citizens to defend. Containment is not possible when unbalanced dictators with weapons of mass destruction can deliver those weapons on missiles or secretly provide them to terrorist allies.<sup>407</sup>

Damit betonte er eine Notwendigkeit der Prävention. Dies wurde in der *National Security Strategy* im September 2002 (sog. Bush-Doktrin) konkretisiert. Die Doktrin beinhaltet, dass die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen in *rogue states* für die amerikanische Sicherheit gefährlich sei. Daher könnten präemptive Aktionen für die Verteidigung der USA notwendig sein, auch wenn Ungewissheit angesichts der Zeit und des Ortes des

---

<sup>404</sup> Das Tabu lautet: Ein nuklear bewaffneter Staat sollte die andere Staaten, die keine Atomwaffen haben, nicht mit Atomwaffen angreifen. vgl. Daase, Christopher: Der Anfang vom Ende des nuklearen Tabus – Zur Legitimitätskrise der Weltnuklearordnung, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* (2003) Heft 1, S. 7–41 (9, 14).

<sup>405</sup> Vgl. Schwarz, Klaus-Dieter: Die imperiale Abschreckung, in: *SWP-Aktuell 16* (Berlin, Mai 2002), S. 6.

<sup>406</sup> Vgl. Levi, Michael A.: Mini-Nukes und andere Entwicklungen, in: *Internationale Politik* (1/2004), S. 26–30 (26); und Müller: *Amerika schlägt zurück*, S. 136–137.

<sup>407</sup> U.S. Office of the Press Secretary: President Bush Delivers Graduation Speech at West Point (Washington, DC: The White House, June 2002), at <http://www.whitehouse.gov/news/release/2002/06/20020601-3.html> (Stand: 24.11.2004).

Angriffs durch *rogue states* bestünde.<sup>408</sup> Damit wird eine „präemptive Prävention“ oder „offensive Defensive“ gerechtfertigt.<sup>409</sup>

## Präemption und Prävention

Die „Präemption“ bedeutet eine begrenzte militärische Aktion gegen einen unmittelbar drohenden Angriff von Gegner, z. B. wenn ein Gegner den Angriff entscheidet. Sie wird in der Regel im Völkerrecht akzeptiert, auch wenn es umstritten ist, wann man von einer akuten Bedrohung sprechen kann. Aber die „Prävention“ ist eine Strategie, um die Kapazität und das Motiv eines Gegners für einen Aufbau der Bedrohung zu beseitigen, bevor der Gegner eine wirkliche Gefahr werden würde. Für die Prävention gibt es zwei Methoden: eine militärische Aktion, um den Gegner zu entwaffnen; und den Regimewechsel so, dass der Gegner nicht mehr eine Bedrohung darstellt.<sup>410</sup>

Es wurde kritisiert, dass dieses Konzept „Prävention“ dem Völkerrecht widerspreche, insbesondere der Souveränität von Staaten, das in der Charter der Vereinten Nationen (UN) <Artikel 51> – „Diese Charter beeinträchtigt im Fall eines bewaffneten Angriffs gegen ein Mitglied der UN keineswegs das naturgegebene Recht (...)“<sup>411</sup> – ausdrücklich beschrieben wurde. Über dieses Thema schrieb *Joachim Krause*: „Die strikte Wahrung der Souveränität sei ein zentrales Element internationaler Stabilität. Wenn dieses von den USA in Frage gestellt werde, gebe es kein Halten mehr und internationale Unordnung wäre die Folge“.<sup>412</sup> Präsident Bush mischte das Konzept „Präemption“ mit „Prävention“ in seiner Doktrin. Der US-Senator *Edward Ken-*

---

<sup>408</sup> Vgl. O'Hanlon, Michael E./Rice, Susan E./Steinberg, James B: The New National Security Strategy and Preemption, in: *Policy Brief*, No. 113 (Washington, DC: The Brookings Institution, December 2002).

<sup>409</sup> Rühl, Lothar: Theorie und Praxis der Bush-Doktrin, in: FAZ (01.09.2003), S. 8.

<sup>410</sup> Vgl. Freedman, Lawrence: Prevention, Not Preemption, in: *The Washington Quarterly*, Vol. 26, No. 2 (Spring 2003), S. 105–114 (106–113); und Litwak: The Calculus of Preemption, S. 54.

<sup>411</sup> Gareis/Varwick: *Die Vereinten Nationen*, S. 320.

<sup>412</sup> Krause, Joachim/Irlenkaeuser, Jan/Schreer, Benjamin: Wohin gehen die USA? Die neue Nationale Sicherheitsstrategie der Bush-Administration, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (Bonn, B48/2002), S. 40–46 (44).

*nedy* wies zudem darauf hin, „dass die Bush-Administration nicht sauber zwischen Präventivschlag und Präemption unterscheide“. <sup>413</sup> In diesem Kontext war im März 2003 der amerikanische Angriff gegen einen Mitgliedstaat, den Irak, ohne Zustimmung des UN-Sicherheitsrats deutlich völkerrechtswidrig. <sup>414</sup>

Außerdem richtet sich die Prävention auf den Sieg über Terrorismus und *rogue states* aus, worunter besonders Nordkorea und der Iran und damals auch noch der Irak fielen. Dagegen unterstellt die Bush-Doktrin nicht, dass die Prävention oder Präemption im Verhältnis zu China und Russland eine Rolle spielen könnte. <sup>415</sup> Deswegen haben amerikafeindliche Staaten Sorge vor der US-Nuklearstrategie, weil die Strategie schon im Irak-Krieg 2003 realisiert geworden ist. Darüber hinaus brandmarkte die Außenministerin der zweiten Amtszeit der Bush-Regierung *Condoleezza Rice* im Senat in der Anhörung ihres Nominierungsverfahrens im Januar 2005 einige Staaten inklusive des Irans und Nordkoreas als „Vorposten der Tyrannei“ in der Welt. <sup>416</sup>

---

<sup>413</sup> Ebd.

<sup>414</sup> Vgl. Hippler, Jochen/Schade, Jeanette: US-Unilateralismus als Problem von internationaler Politik und Global Governance, in: *INEF-Report*, Heft 70 (Duisburg, 2003), S. 16–19.

<sup>415</sup> Vgl. Steinberg, James B./Daalder, Ivo H./Lindsay, James M.: The Bush National Security Strategy: An Evaluation, in: *Policy Brief*, No. 109 (Washington, DC: The Brookings Institution, October 2002), S. 5.

<sup>416</sup> Vgl. Rice Refuses to Be Pinned Down on U.S. Exit From Iraq, in: NYT (19.01.2005).

## 3.2. Die regionale Außen- und Sicherheitspolitik der USA

### 3.2.1. Die US-Politik in Nordostasien

Die Diskussionen über Sicherheitsfragen in Nordostasien wurden von Realisten dominiert. Das Ende des Ost-West-Konfliktes wurde verstanden als die Rückkehr zu den multipolaren Systemen auf regionaler Ebene und einem unipolaren System auf globaler Ebene oder zumindest nicht mehr zum bisherigen bipolaren System. Aber die heutigen Systeme sind anfälliger für Instabilität und Konflikte als die bipolaren Systeme.<sup>417</sup>

Realisten argumentieren, dass Anzeichen eines Machtübergangsprozesses in dieser Region während der 1990er Jahre (nämlich der Aufstieg Chinas, der Fall Russlands, die Stagnation Japans und das Zurückweichen des Hegemons USA) dazu führen, dass es schwer ist, einen stabilen und dauerhaften Frieden zu erreichen. Diese Dynamik lässt die politischen Bedingungen für chinesisch-amerikanische und chinesisch-japanische Rivalitäten entstehen. Diese neue Tendenz kann durch eine Reduzierung des amerikanischen Einflusses und eine Steigerung des chinesischen Einflusses geprägt sein.<sup>418</sup> Dazwischen liegt die nordkoreanische Nuklearfrage. Der chinesische Faktor ist deshalb eine bedeutende Variante für die US-Außenpolitik gegenüber Nordkorea.

Die Vereinigten Staaten haben wichtige Interessen in Nordostasien. Nach dem so genannten "Perry Report"<sup>419</sup> liegen ihre sicherheitspolitischen Interessen zum einen in der Beendigung des nordkoreanischen Nuklearprogramms angesichts der Einhaltung des NPT und in dem Abbruch des Lang-

---

<sup>417</sup> Vgl. Betts: *Wealth, Power, and Instability*, S. 34–48.

<sup>418</sup> Vgl. Kim: *North Korea and Northeast Asia in World Politics*, 7–8.

<sup>419</sup> Siehe Kapitel 3.3.2.2. (S. 196).



streckenraketenprogramms bezüglich des MTCR und zum anderen in der politischen und militärischen Kontrolle des Aufstiegs Chinas. Auch ihr wirtschaftliches Interesse liegt darin.

Nordostasien ist heutzutage die wirtschaftlich dynamischste Region der Welt. Es wird erwartet, dass in Asien und im pazifischen Raum (exklusive der USA) ungefähr ein Drittel der wirtschaftlichen Aktivität der Welt im 21. Jahrhundert erwirtschaftet werden wird. In der Region Asien-Pazifik beträgt der Anteil des amerikanischen Außenhandels ungefähr 400 Milliarden US-Dollar Mitte der 1990er Jahre und etwa 3 Millionen amerikanische Arbeitsplätze hängen von diesem Handel ab.<sup>420</sup> Außerdem ist Südkorea der siebtgrößte Handelspartner für die USA (die USA sind der zweitgrößte Handelspartner für Südkorea).<sup>421</sup> Die Volksrepublik China ist der drittgrößte Handelspartner für die USA, dabei stieg die Handelsgröße von 5 Milliarden in 1980 auf 231 Milliarden US-Dollar in 2004 an.<sup>422</sup>

*Carpenter* und *Bandow* zeigte auch eine ähnliche Perspektive angesichts der amerikanischen Interessen in Nordostasien. Erstens liegt ein US-Interesse darin, das Auftauchen einer einzelnen dominanten Macht in der Region zu verhindern. Die Staaten dieser Region (z. B. China, Japan usw.) haben große Bevölkerungen, militärische Kräfte und riesige wirtschaftliche Kapazitäten. Deshalb könnte ein regionaler Hegemon, der solche enorme Vermögen kontrollieren kann, eine ernsthafte Bedrohung für die amerikanische Sicherheit und Wirtschaft darstellen.

Das zweite wichtige Interesse liegt darin, dass eine angemessene Form der Ordnung und Stabilität in der Region bestehen soll. Sofern regionale Probleme nicht übermäßig gewalttätig und zerrüttet wären, sind amerikanische Interessen relativ sicher. Und die wirtschaftliche Seite stellt den dritten

---

<sup>420</sup> Vgl. Nye, Joseph S., Jr.: East Asian Security – The Case for Deep Engagement, in: *Foreign Affairs*, Vol. 74, No. 4 (July/August 1995), S. 90–102 (91–93).

<sup>421</sup> Vgl. Hwang, Balbina Y.: Minding the Gap: Improving U.S.–ROK Relations, in: *Background*, No. 1814 (Washington, DC: The Heritage Foundation, 21.12.2004), S. 2.

<sup>422</sup> Vgl. Möller, Kay: Die Chinapolitik der USA, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (Bonn, B14/2006), S. 12–18 (13).

Aspekt dar. Die meisten Staaten der Region sind wichtige Handelspartner der USA, z. B. an 3. Stelle Japan; an 4. Stelle China (ohne Hongkong); an 7. Stelle Südkorea; an 8. Stelle Taiwan u. a.<sup>423</sup>

Die USA hatten unterschiedliche institutionelle Formen der Sicherheit in Europa und Asien nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Während die USA eine multilaterale Strategie mit der NATO in Europa verfolgten, strebten sie in Asien bilaterale Sicherheitsbündnisse mit Japan, Südkorea und anderen Staaten in Südostasien an. Westeuropa bestand aus einer Gruppe etwa gleich großer und dicht beieinander liegender Staaten. Deswegen war ein multilateraler Sicherheitspakt mit den USA möglich.

Dagegen waren Staaten in Asien territorial voneinander entfernt. Außerdem war Japan nicht nur geographisch isoliert, sondern wurde auch wegen seiner jüngeren Geschichte als ein “pariah state” wahrgenommen. Darüber hinaus haben einige Staaten (Süd- und Nordkorea, China und Taiwan, früher Süd- und Nordvietnam) wenig Interesse an multilateralen Bündnissen in der Region, aufgrund ihrer Wünsche nach Wiedervereinigung, und sie fürchteten, dass die multilateralen Bündnisse ihre geteilte Situation auf Dauer festigen könnten. Es war deshalb schwierig für die USA, eine multilaterale Institution für die Sicherheit Asiens einzuführen.<sup>424</sup>

Das Verteidigungsministerium der USA veröffentlichte drei Strategien in seinem Dokument der “United States Security for the East Asia-Pacific Region” vom Februar 1995. Zuerst steht die Stärkung der Allianzen mit Japan und Südkorea als Kern der Strategie, was als neue Basis nach dem Ende des Ost-West-Konflikts identifiziert wird. Der zweite Teil der Strategie ist, weiterhin ihre Truppen in der Region stationiert zu lassen. Das Pentagon meinte, dass das unmittelbare Sicherheitsproblem der Region in Pyongyang liegt. Nordkorea ist eine klare und gegenwärtige Gefahr, denn die DVRK besitzt nicht nur 1,1 Million Soldaten und setzt zwei Drittel von ihnen vor der Demilitarisierten Zone (DMZ) auf der koreanischen Halbinsel ein, sondern sie

---

<sup>423</sup> Vgl. Carpenter/Bandow: *The Korean Conundrum*, S. 148.

<sup>424</sup> Vgl. Ikenberry: *Multilateralism and U.S. Grand Strategy*, S. 129–130.

ist auch eine potenzielle Nuklearmacht und ist dabei eine neue Generation von Langenstreckenraketen zu entwickeln. Außerdem gewährleisten die stationierten Soldaten den USA die Gelegenheit der Beteiligung an Streitpunkten in Asien, kümmern sich um einen freien Außenhandel in und aus der Region und ermöglichen den Schutz ihrer Interessen nicht nur in Asien, sondern auch im Persischen Golf, wo sie von Asien aus schnell eingreifen können. Die dritte Dimension der Strategie ist die Entwicklung regionaler Institutionen. Diese Institutionen werden nicht entworfen, um die bisherigen Allianzen zu verdrängen, sondern um die amerikanische Führung in den Allianzen zu ergänzen.<sup>425</sup> Die Sechs-Staaten-Gespräche seit 2003 können ein Beispiel dafür sein.

Die USA spielen eine wichtige Rolle für die Stabilität in der Asien-Pazifik-Region. Sie sind eine der wichtigsten Variablen für die meisten Länder in Nordostasien, wenn die Staaten ihre Sicherheitsfragen diskutieren. Die USA sind zwar nicht die Polizei der Welt, aber ihre offensiv eingesetzten Streitkräfte in Südkorea (36.600), Japan (40.200) und die Siebte US-Flotte (23.400)<sup>426</sup> können die regionale Stabilität gewährleisten, vor einem Angriff gegen ihre Allianzen abschrecken und eine Rüstungskonkurrenz in der Region vermeiden. Ein starkes Engagement der amerikanischen Regierung in dieser Region ist ihr nationales Interesse.<sup>427</sup> Darüber hinaus machen die amerikanischen Nukleargarantien und ihre Soldaten in Japan den anderen Staaten Asiens glaubhaft, dass Japan keine Hochrüstungspolitik mehr betreiben wird.<sup>428</sup>

---

<sup>425</sup> Vgl. Nye: The Case for Deep Engagement, S. 94–96.

<sup>426</sup> Global total: 257.800 in September 2000. vgl. O'Hanlon, Michael E.: Come Partly Home, America – How to Downsize U.S. Deployments Abroad, in: *Foreign Affairs*, Vol. 80, No. 2 (March/April 2001), S. 2–8 (5).

<sup>427</sup> Vgl. Wedgwood, Ruth: Unilateral Action in a Multilateral World, in: Patrick, Stewart/Forman, Shepard (eds.): *Multilateralism and U.S. Foreign Policy – Ambivalent Engagement* (Boulder/London: Lynne Rienner, 2002), S. 167–189 (173); und Nye: The Case for Deep Engagement, S. 102.

<sup>428</sup> Vgl. Fukuyama, Francis: Re-Envisioning Asia, in: *Foreign Affairs*, Vol. 84, No. 1 (January/February 2005), S. 75–87 (76).

### 3.2.2. Die Chinapolitik der USA<sup>429</sup>

Die sich seit den 1980er Jahren wirtschaftlich rasant entwickelnde und damit militärisch verstärkende Volksrepublik China ist eine große Herausforderung an die unipolare Position der USA nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und ist damit eine wichtige Variable für die Sicherheitsfragen in Nordostasien.<sup>430</sup> Die militärisch gestärkte Volksrepublik könnte ein revisionistischer Herausforderer werden. Die chinesische Machtposition ist von einer Fortsetzung des hohen Wirtschaftswachstums für eine längere Zeit abhängig. Und das hohe Wachstum hängt von der Fortsetzung ihrer innenpolitischen und regionalen Stabilität ab. Allerdings kann niemand dies garantieren. Diese Vorstellung kommt aus widersprechenden Chinabildern. Die widersprüchlichen Chinabilder beruhen auf den gegensätzlichen Erwartungen bezüglich des Aufstieges Chinas.<sup>431</sup>

Außerdem nimmt die wirtschaftliche Abhängigkeit Chinas vom internationalen System und vor allem von den USA angesichts des Nahrungsmittels-, Brennstoffs-, Kapitals-, Technologie- und Exportmarktes immer weiter zu. Amerikanische Beamte sehen, dass es schwierig für China ist, in naher Zukunft eine Weltmacht zu werden.<sup>432</sup> Deshalb verfolgte die Clinton-Regierung eine Engagementpolitik mit einer „Strategischen Partnerschaft“, die 1997 Präsident Clinton gemeinsam mit dem damaligen chinesischen Staatspräsidenten *Jiang Zemin* ausgerufen hatte. Trotz einiger Spannungen mit China z. B. durch die amerikanische Bombardierung der chinesischen Botschaft während der NATO-Luftangriffe 1999 in Belgrad, Jugoslawien verzichtete die Regierung nicht auf ihre Einbindungspolitik.

---

<sup>429</sup> Siehe auch Kapitel 2.2.2.

<sup>430</sup> Vgl. Li, Rex: Security Challenge of an Ascendant China – Great Power Emergence and International Stability, in: Zhao, Suisheng (ed.): *Chinese Foreign Policy – Pragmatism and Strategic Behavior* (New York u.a.: An East Great Book, 2004), S. 23–57 (26).

<sup>431</sup> Vgl. Möller: Die Chinapolitik der USA, S. 12.

<sup>432</sup> Vgl. Mastanduno: Preserving the Unipolar Moment, S. 155–156; und Mastanduno/ Kapstein: Realism and State Strategies After the Cold War, S. 20–21.

Danach sprach jedoch die Bush-Regierung von einem „Strategischen Wettbewerb“ anstatt der „Strategischen Partnerschaft“ und verfolgte eine Konfrontationspolitik. Die Teilnahme Chinas an dem „Kampf gegen den Terror“ nach dem 11. September 2001 führte zu einer polizeilichen und nachrichtendienstlichen, nicht aber zu einer militärischen Zusammenarbeit mit den USA. Washington sah China seither als einen Teil der militärischen Partnerschaft. Obwohl das konfrontative US-Verhalten gegenüber China seit dem 11. September deutlich geringer geworden ist, bleibt noch die amerikanische Wahrnehmung einer gefährlich wachsenden Volksrepublik China. So besagte z. B. die *Quadrennial Defense Review* (QDR) Ende 2001, dass die aufsteigende chinesische Macht die langfristig wichtigste Herausforderung an die amerikanische Macht wäre.<sup>433</sup>

Ende 2002 nahmen die USA die sicherheitspolitischen Konsultationen mit China wieder auf, die nach dem so genannten „EP-3-Zwischenfall“ vom 1. April 2001 abgebrochen worden waren. Dabei ging es um die Notlandung eines amerikanischen Aufklärungsflugzeuges auf der chinesischen Insel *Hainan*, woraus sich Spannungen zwischen den beiden Staaten ergaben. Außerdem verhängte die Bush-Regierung dreizehnmal zwischen 2001 und 2004 Sanktionen gegen chinesische Firmen und Organisationen, die Langstrecken- und Lenkraketen oder Chemiewaffen an Pakistan, den Iran und andere Staaten verkauft hatten.<sup>434</sup>

Während die Bush-Regierung mit dem Irak-Krieg abgelenkt war, unterstützte Peking die „Sonnenscheinpolitik“ Südkoreas<sup>435</sup> gegenüber Pyonyang und schloss mit der ASEAN ein Freihandelsabkommen. Im Jahre 2004 versuchte China mit Südkorea und der ASEAN, die Ostasiatische Gemeinschaft (EAC) unter Ausschluss der USA zu gründen. Darin wurden Australien und Japan auch einbezogen. Die US-Regierung äußerte sich irritiert über das Interesse Pekings an regionalen Organisationen, welche die USA

---

<sup>433</sup> Vgl. Jonston, Alastair Iain: Is China a Status Quo Power?, in: *International Security*, Vol. 27, No. 4 (Spring 2003), S. 5–56 (50–51).

<sup>434</sup> Vgl. Möller: Die Chinapolitik der USA, S. 14–15.

<sup>435</sup> Im nächsten Kapitel wird sie ausgeführt.

ausschließen. Washington engagierte sich für die Stärkung der amerikanisch-japanischen Allianz. Außerdem haben die USA in der Region Militärbeziehungen zu Indien, Australien, Indonesien und Vietnam aus- bzw. aufgebaut. Im Jahre 2005 sprach Außenministerin *Rice* von einer „Gemeinschaft der Demokratien“ mit einer Kerngruppe bestehend aus Tokio, Canberra, Delhi und Washington.<sup>436</sup>

Nationale Interessen der Volksrepublik China liegen in der Schaffung einer friedlichen äußeren Umwelt. Diese Umwelt ist für ihre weitere Entwicklung und Integration in das internationale System durch die gut angewendete „friedliche Entwicklung“ Strategie unbedingt erforderlich. Dadurch will sie in der Region allmählich eine wichtige Rolle spielen. Ein weiteres Interesse Chinas liegt in der Verhinderung eines nuklearen Wettrüstens in der Region, das durch den Erwerb von Atomwaffen durch Nordkorea ausgelöst werden würde. Die nukleare Domino-Situation untergräbt langfristige Sicherheitsinteressen Pekings.<sup>437</sup>

Bezüglich der Nuklearkonfrontation zwischen den USA und Nordkorea liegen Chinas Interessen darin, nicht nur einen nuklearfreien Zustand auf der koreanischen Halbinsel zu erreichen, sondern auch einen Sturz des Regimes in Pyongyang zu vermeiden. Denn Peking sorgt sich, dass die nordkoreanische Atombombe die Ambitionen einiger Nachbarländer Chinas (z. B. Südkorea, Japan, Taiwan) zur nuklearen Macht auslösen und dass der Sturz des nordkoreanischen Regimes China sozialpolitisch und wirtschaftlich zur Last werden könnte. Das Interesse an einer nuklearfreien Halbinsel ist gleich mit den USA. Aber die Lösungsmethode ist eine andere als die Washingtons. Die USA versuchen das nordkoreanische Regime zu wechseln, aber Peking wünscht, dass das Regime das so genannte „*soft landing*“ durchführt und

---

<sup>436</sup> Vgl. Möller: Die Chinapolitik der USA, S. 15–16.

<sup>437</sup> Vgl. Huang, Jing/Li, Xiaoting: *Pyongyang's Nuclear Ambitions: China Must Act as a "Responsible Stakeholder"* (The Brookings Institution, 13.10.2006), at <http://www.brookings.org/views/op-ed/fellows/huang20061013.htm> (Stand: 18.10.2006).

damit weiter fortbesteht.<sup>438</sup> Die politische und wirtschaftliche Unterstützung der Volksrepublik China für Pyongyang ist ein wichtiger Störfaktor für die Regimewehselpolitik der USA gegenüber der nordkoreanischen Regierung.

### 3.2.3. Die Koreapolitik der USA

#### **Die Teilung Koreas und der Korea-Krieg (1950–53)**

Am Ende des Zweiten Weltkrieges und als eine Konsequenz des beginnenden Ost-West-Konflikts wurde die koreanische Halbinsel von den USA und der Sowjetunion, ohne Zustimmung des koreanischen Volkes, in Nord- und Südkorea aufgeteilt, ähnlich wie Deutschland. Aufgrund alliierter Absprachen auf der Konferenz von Jalta (Churchill, Roosevelt, Stalin) im Februar 1945 und der Konferenz von Potsdam (Churchill, Truman, Stalin) im Juli und August 1945 kam es zur Besetzung der koreanischen Halbinsel von 1945 bis 1948 durch die USA und die Sowjetunion. Im nördlichen Teil (Hauptwirtschaftszweige: Bergbau, Industrie) entstanden Volksfrontkomitees, die unter *Kim Il-sung* von Exilkoreanern geleitet wurden. Im Süden (hauptsächlich landwirtschaftlich geprägt) wurde eine amerikanische Militärregierung errichtet.<sup>439</sup>

Auf der Moskauer Außenminister-Konferenz im Dezember 1945 wurde der Abzug der sowjetischen und amerikanischen Truppen aus China, sowie die politische Neuordnung von Japan und Korea beschlossen. Nach Differenzen mit der UdSSR beantragten die USA 1947 die Entsendung einer UN-Kommission nach Korea zur Kontrolle freier Wahlen. Allerdings wurde die

---

<sup>438</sup> Vgl. Wu, Anne: What China Whispers to North Korea, in: *The Washington Quarterly*, Vol. 28, No. 2 (Spring 2005), S. 35–48 (36–43); und Wulf: Nordkoreas Griff zur Bombe, S. 18.

<sup>439</sup> Vgl. Oberdorfer, Don: *The Two Koreas – A Contemporary History* (London: Warner Books, 1997), S. 5–8.

Einreise der Kommission nach Nordkorea verweigert. Im August 1948 wurden im südlichen Teil Wahlen zur Nationalversammlung durchgeführt und *Rhee Syng-man* wurde mit amerikanischer Hilfe Präsident der ROK (Südkorea). Im September 1948 proklamierte *Kim Il-Sung* im nördlichen Teil mit sowjetischer Unterstützung die DVRK (Nordkorea).<sup>440</sup>

Nach dem Abzug der sowjetischen und amerikanischen Truppen aus der koreanischen Halbinsel im Jahre 1948, wurde der Korea-Krieg am 25. Juni 1950 durch einen nordkoreanischen Überfall ausgelöst. Allerdings gibt es auch andere Ansichten über den Ursprung des Korea-Krieges: zum Beispiel findet man in der "Acheson Rede" vom 12. Januar 1950 einen wichtigen Grund für den Ausbruch des Krieges. Dort hieß es:

US-Secretary of State *Dean Acheson* delivers a speech before the National Press Club in Washington, D.C., and says that South Korea is outside the US defense perimeter in East Asia. Many people have interpreted the speech as a signal that the United States would not intervene in the case of a southward invasion on the Korean peninsula, and thus a 'green light' to Kim Il-sung to launch the Korean War.<sup>441</sup>

Die nordkoreanische Armee besetzte innerhalb kurzer Zeit die gesamte Halbinsel außer den Regionen Taegu und Busan. Danach bat Südkorea die Welt um Hilfe. Der amerikanische Präsident *Harry Truman* gab den Befehl zum Eingreifen der Truppen.<sup>442</sup> Der UN-Sicherheitsrat erklärte Nordkorea unter Abwesenheit der Sowjetunion zum Aggressor und forderte UN-Mitglieder zur Unterstützung Südkoreas auf. Zuerst wurde die UN-Armee, be-

---

<sup>440</sup> Vgl. ebd.

<sup>441</sup> Cumings, Bruce: *The Origin of the Korean War – The Roaring of the Cataract 1947–1950* (Princeton: Princeton University Press, 1990), S. 412.

<sup>442</sup> "The Truman Administration never perceived the Korean War as purely or essentially a civil war. Rather, the United States became convinced that the Soviet Union was behind the North Korean moves and that the United States was being 'tested' to assess its credibility to resist perceived aggression." in: Evans/Newnham: *The Penguin Dictionary of International Relations*, S. 294.



stehend aus 15 Nationen, unter dem US-General *Douglas MacArthur* auf den Brückenkopf Busan zurückgedrängt. Im September 1950 stießen die UN-Truppen dann bis zur chinesischen Grenze vor. Daraufhin griffen im November chinesische „Freiwilligen-Verbände“ ein. Es folgte ein Stellungskrieg auf der Mitte des 38. Breitgrad. 1951 verlangte *MacArthur* eine Vollmacht zur Zerstörung chinesischer Luft- und Nachschubbasen mit Nuklearwaffen. Er wurde deswegen durch General *Ridgeway* ersetzt, weil Präsident *Truman* einen neuen Weltkrieg befürchtete.<sup>443</sup>

Am 27. Juli 1953 wurde das Waffenstillstandsabkommen in Panmunjom, Korea, zwischen dem Oberbefehlshaber der UN-Truppen und dem Oberbefehlshaber der nordkoreanischen Volksarmee und dem Kommandeur der chinesischen „Freiwilligen-Verbände“ unterzeichnet. Der südkoreanische Präsident *Rhee Syng-man* verweigerte die Unterzeichnung, da er weiter kämpfen wollte. Allerdings war dieses Ereignis für die weiteren Beziehungen zwischen Nord- und Südkorea wichtig, da die USA seither aus der Sicht Piongyangs der Hauptgegner und damit ein Hauptpartner in den Verhandlungen über die Sicherheitsfrage auf der Halbinsel sind.<sup>444</sup>

### **Der Sicherheitspakt zwischen den USA und Südkorea**

Während die sowjetischen Soldaten nach der Gründung der DVRK und die chinesischen Soldaten nach dem Korea-Krieg aus dem Norden abgezogen wurden, sind die amerikanischen Soldaten seit dem Korea-Krieg immer noch im Süden stationiert, da die USA und Südkorea einen Sicherheitspakt im Oktober 1953 abschlossen. Der Artikel 4 des Sicherheitspakts besagt, dass die USA das Recht haben, ihre Soldaten in Südkorea (*United States Forces Korea*, USFK) zu stationieren.<sup>445</sup> Im Juli 1966 wurde das „*Status of*

---

<sup>443</sup> Vgl. Foot: *The Wrong War*, S. 204–231.

<sup>444</sup> Vgl. Schley, Nicole/Busse, Sabine: *Die Kriege der USA - Chronik einer aggressiven Nation* (Kreuzlingen/München, 2003), S. 101–105.

<sup>445</sup> Vgl. Einhorn, Robert/Mitchell, Derek: *A Blueprint for U.S. Policy toward a United Korea* (Washington, DC: Center for Strategic and International Studies, August 2002), S. 53 (Appendix I), at [http://www.csis.org/press/pr02\\_58.htm](http://www.csis.org/press/pr02_58.htm) (Stand: 20.12.2003).

(U.S.) *Forces Agreement* (SOFA)“ zwischen den USA und Südkorea unterzeichnet. Der Sicherheitspakt und die darauffolgende Stationierung der USFK spielten seither eine große Rolle für die Sicherheit Südkoreas und spielen jetzt auch noch eine Rolle. Damit sind die USA der einzige fremde Staat, der seine Soldaten auf der Halbinsel stationiert hat, da die chinesischen Truppen (Freiwilligen-Verbände) nach dem Ende des Korea-Krieges abgezogen wurden.<sup>446</sup> Seit Anfang der 1990er Jahre ist das SOFA allerdings ein viel diskutiertes Thema in der ROK, weil Südkoreaner behaupten, dass es größere Vorteile für die USA hat, gerade auch im Vergleich mit den SOFAs sowohl zwischen den USA und der NATO als auch zwischen den USA und Japan.

Noch ein wichtiges Problem der ROK–US Allianz besteht darin, dass der Oberbefehl eines Operationsplans über alle USFK und südkoreanischen Soldaten bei den USA liegt. Dies bedeutet, dass ein Krieg zwischen den USA und Nordkorea auf der Halbinsel ohne Zustimmung Südkoreas geführt werden könnte. Zum Beispiel waren in der ersten nordkoreanischen Nuklearkrise 1994 die USA beinahe bereit, die Atomanlagen in Yongbyon mit einem gezielten Bombenangriff zu zerstören.<sup>447</sup> Dies hätte zu einer Kriegsgefahr auf der ganzen Halbinsel führen können. Erstaunlicherweise wusste sogar der damalige südkoreanische Präsident *Kim Young-sam* nichts von diesem Angriffsplan der Clinton-Regierung.<sup>448</sup>

### **Der Wandel in der US-Politik auf der koreanischen Halbinsel**

In der amerikanischen Sicht über die koreanische Halbinsel gab es einen wichtigen Wandel seit Ende der 1970er Jahre aufgrund folgender Entwick-

---

<sup>446</sup> Vgl. Quinones, C. Kenneth: North Korea – from Containment to Engagement, in: Suh, Dae-sook/Lee, Chae-jin (eds.): *North Korea After Kim Il Sung* (Boulder/London: Rienner, 1998), S. 101–122 (103).

<sup>447</sup> Vgl. Sommer, Theo: Mit Pauken und Raketen, in: *Die Zeit* (10/2003), unter <http://www.zeit.de/2003/10/Korea> (Stand: 12.08.2003).

<sup>448</sup> Vgl. Lee, Sam-sung: Ein Vorschlag für die Allianz zwischen den USA und Südkorea, in: *Nationale Strategie*, Vol. 9, No. 3 (Seoul: Sejong Institute, 2003), S. 14 (in koreanischer Sprache).

lungen: 1) die Entwicklung der südkoreanischen Wirtschaft, die jetzt viel leistungsfähiger ist als die Nordkoreas; 2) die Normalisierung der amerikanischen Beziehungen zu China seit 1979, die die US-Angst vor einem zweiten amerikanisch-chinesischen Militärkonflikt auf der koreanischen Halbinsel verminderte; und 3) der Zusammenbruch der Sowjetunion von 1991 und damit das Ende der russischen Hilfe an Nordkorea, was die Bedrohung eines nordkoreanischen Angriffs gegen den Süden verringert hat. Diese Faktoren ermöglichten eine neue amerikanische Politik gegenüber Nordkorea, von einer bisherigen Eindämmungspolitik im Zusammenhang mit der Eindämmung der Sowjetunion zu einer Engagementpolitik.<sup>449</sup>

Als die USA erstmals bilaterale Gespräche mit Nordkorea im Januar 1992 aufnahmen, lag ihr Interesse darin, dass Nordkorea den Atomwaffensperrvertrag (NPT) einhält und Inspektionen der Internationalen Atomenergie Agentur (IAEA) akzeptiert. Während die DVRK den NPT im Dezember 1985 unterzeichnete, verweigerte sie aber die Inspektionen der IAEA bis 1992. Deshalb gab es immer Spannungen zwischen beiden Staaten, inklusive einer nordkoreanischen Drohung aus dem NPT auszutreten.<sup>450</sup>

Ein Pentagon Dokument vom Februar 1995 zeigt, dass die USA in absehbarer Zeit weiterhin etwa 100.000 Soldaten in Nordostasien stationiert lassen wollen.<sup>451</sup> Nach der Bemerkung des Verteidigungsminister *William Cohen* im April 1997 möchten die USA ihre Truppen weiter in Südkorea stationieren lassen unabhängig davon, ob die koreanische Halbinsel zukünftig wieder vereinigt würde oder nicht:

But whether or not that comes about, we will still have to maintain a significant presence in the region. We will still maintain a strong presence in

---

<sup>449</sup> Vgl. Moltz, James Clay: US policy interests and the concept of North Korean neutrality, in: Akaha, Tsuneo (ed.): *The Future of North Korea* (London/New York, 2002), S. 64–76 (64–65).

<sup>450</sup> Vgl. Scalapino, Robert A.: Korea – The options and perimeters, in: Akaha, Tsuneo (ed.): *The Future of North Korea* (London/New York, 2002), S. 9–25 (13–14).

<sup>451</sup> Vgl. Johnson, Chalmers/Keehn, E.B.: East Asian Security – The Pentagon's Ossified Strategy, in: *Foreign Affairs*, Vol. 74, No. 4 (July/August 1995), S. 103–116 (103).

Korea. (...) We intend to remain in Korea, assuming there is a reunification, into the indefinite future. (...) This presence helps us to shape events, to respond to crises, and to prepare for an uncertain future.<sup>452</sup>

Außerdem gab es zwei weitere wichtige Dokumente, die die amerikanische Politik auf der koreanischen Halbinsel seit Ende der 1990er Jahre aufzeigen: zum einen der sog. Perry Report und zum anderen der sog. Armitage Report.<sup>453</sup> (siehe Kapitel 3.3.2.)

### **Die „Sonnenscheinpolitik“ der ROK**

Nachdem *Kim Dae-jung* Ende 1997 als Präsident Südkoreas gewählt wurde, verfolgte die Kim-Regierung eine so genannte Sonnenscheinpolitik (auch Engagementpolitik genannt) gegenüber Nordkorea. Die Politik hat drei wichtige Prinzipien: 1) das Prinzip der Nicht-Toleranz einer militärischen Bedrohung durch Nordkorea; 2) der offizielle Verzicht auf die Idee der Wiedervereinigung durch die Absorption und die Ablehnung jeder anderen Mittel, Nordkorea zu untergraben oder zu bedrohen; und 3) die Wiederannäherung und die Kooperation durch die Wiederbelebung der “Basic Agreement on Reconciliation, Non-aggression, Exchanges, and Cooperation” zwischen Süd- und Nordkorea von 1991.<sup>454</sup>

Ein wichtiges Operationsprinzip dieser Sonnenscheinpolitik ist der „flexible Dualismus“ zu nennen, der zu bedeutenden Veränderungen in den Interaktionen zwischen Nord- und Südkorea führen kann. Diese Politik kann folgendermaßen zusammengefasst werden: einfache Probleme zuerst und schwierige Probleme später; die Wirtschaft zuerst und Politik später; Nicht-Regierungsorganisationen zuerst und Regierungsorganisationen später; und erst Geben und später Bekommen. Die Sonnenscheinpolitik sucht nach ei-

---

<sup>452</sup> Carpenter/Bandow: *The Korean Conundrum*, S. 151–152.

<sup>453</sup> Vgl. Lee: *A Troubled Peace*, S. 196.

<sup>454</sup> Vgl. Moon, Chung-in: *The Sunshine Policy and the Korean summit*, in: Akaha, Tsuneo (ed.): *The Future of North Korea* (London/New York, 2002), S. 26–46 (27).

nem Weg der friedlichen Koexistenz und der Wiedervereinigung der beiden Staaten Koreas durch Abbau der Struktur des Kalten Krieges.<sup>455</sup>

Diese Politik führte zum ersten Mal zum Staatsbesuch eines südkoreanischen Präsidenten, nämlich *Kim Dae-jung* in Pyongyang vom 13. bis 15. Juni 2000. Im Treffen erreichten er und sein nordkoreanischer Amtskollege *Kim Jong-il* eine „Gemeinsame Erklärung“ mit folgenden wichtigen Punkten:

- Man verpflichtet sich an neuere Vorschläge angesichts der Wiedervereinigungsfrage anzuknüpfen  
(Nordkorea: lockere Föderation, Südkorea: Konföderation)
- Dritte sollen nicht an diesem Prozess beteiligt werden
- Gefangene sollen ausgetauscht werden und
- Familien sollen zusammengeführt werden.

Insgesamt wurde eine Intensivierung der koreanischen Zusammenarbeit angekündigt und *Kim Jong-il* kündigte einen Gegenbesuch in Südkorea zu einem späteren Zeitpunkt an.<sup>456</sup>

Seit diesem ersten Gipfeltreffen entstand eine neue Atmosphäre in Südkorea. Immer mehr Südkoreaner verlangen eine Reduzierung oder einen Abzug der USFK. Damit steht Washingtons Koreapolitik am Kreuzweg. Trotz der Funktion der Stabilisierung Nordostasiens ist die unbestimmte Fortsetzung der USFK in ihrer heutigen Form für die Koreaner bedenklich, da Korea wieder in den Strudel der von den USA geführten regionalen Konflikte wie z. B. der Taiwan-Problematik geraten könnte.<sup>457</sup> Außerdem haben Südkoreaner eine andere Vorstellung über Nordkorea und *Kim Jong-il* als die US-Regierung, da sie die bisherige „feindliche“ Ansicht nicht mehr tei-

---

<sup>455</sup> Vgl. ebd., S. 28.

<sup>456</sup> Vgl. Möller, Kay: Sonnenschein über Pyöngyang – Korea nach dem Gipfel, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (Bonn, B51/2000), S. 30–38 (30); und Moon: The Sunshine Policy and the Korean summit, S. 36–40.

<sup>457</sup> Vgl. Harrison: Time to Leave Korea, S. 77–78.

len. In der Tat wurde durch das Gipfeltreffen die politische Legitimität von *Kim Jong-il* nach Innen und Außen erheblich verbessert.<sup>458</sup>

### **Anti-Amerikanismus in Südkorea**

Im Juni 2002 fanden große anti-amerikanische Proteste in der ROK statt. Anlass war ein Ereignis, bei dem ein US-Panzer während einer Militärübung zwei 14-jährige südkoreanische Mädchen tötete. Ein US-Gericht entschied, dass dies nur ein Unfall sei, und sprach die zwei US-Soldaten frei. Daraufhin gab es große Demonstrationen in Südkorea und auch vor dem Weißen Haus. Die Demonstranten forderten den Abzug aller amerikanischen Truppen oder eine Revision des SOFAs,<sup>459</sup> weil südkoreanische Gerichte für Kriminalfälle der USFK nicht zuständig sind. Anti-amerikanische Demonstrationen fanden zwar bisher auch schon in Südkorea statt, aber sie wurden nur von einigen Studentengruppen und progressiven bürgerlichen Organisationen unterstützt. Nach diesem Ereignis breitete sich der Gedanken des Anti-Amerikanismus jedoch in der südkoreanischen Gesellschaft aus, vor allem in den jüngeren Generationen. Junge Leute halten die USFK nicht mehr für den Befreier, sondern für einen ausländischen Besatzer.<sup>460</sup>

Es besteht eine tiefe Kluft in der Wahrnehmung der nordkoreanischen Bedrohung zwischen Südkorea und den USA nach dem 11. September 2001. Nach einer Befragung halten die Südkoreaner die USA für gefährlicher für die Sicherheit Südkoreas als Nordkorea.<sup>461</sup> Die meisten Südkoreaner denken, dass der Kalte Krieg zu Ende ist. Und viele Südkoreaner tadeln die grundsätzliche Haltung von Präsident George W. Bush gegenüber Nordkorea. Sie denken, dass diese Haltung verantwortlich für das langsame Vo-

---

<sup>458</sup> Vgl. Steinberg, David I.: On Patterns of Political Legitimacy in North Korea, in: Kim, Samuel S. (ed.): *The North Korean System in the Post-Cold War Era* (New York: Palgrave, 2001), S. 88–113 (109)

<sup>459</sup> Vgl. Hwang, Balbina Y.: Defusing Anti-American Rhetoric in South Korea, in: *Background*, No. 1619 (Washington, DC: The Heritage Foundation, 23.01.2003), S. 1–4.

<sup>460</sup> Vgl. Gibney, Frank: As South Koreans look ahead, U.S. policy is stuck in past, in: *Los Angeles Times* (25.04.2004).

<sup>461</sup> Vgl. U.S. More Dangerous than North Korea, in: *Chosun Daily* (12.01.2004).

rankommen der Wiederannäherung zwischen beiden Koreas und die Unterbrechung des Gespräches mit Pyongyang ist. Diese Wahrnehmung der Südkoreaner wurde bestärkt, als Präsident Bush im Januar 2002 Nordkorea als einen Teil der „Achse des Bösen“ bestimmt hat. Die Amerikaner nehmen hingegen an, dass Nordkorea noch immer eine Bedrohung aufgrund seiner militärischen Kräfte und Massenvernichtungswaffen ist.<sup>462</sup>

Solcher Anti-Amerikanismus in Südkorea ist eine Herausforderung für die amerikanische Politik in dieser Region, da die weitere Stationierung der USFK ein wichtiges Interesse der USA ist. Der Sicherheitspakt zwischen den beiden Staaten ist auch ein sehr umstrittenes Thema in Südkorea, seitdem der damalige US-Verteidigungsminister *Rumsfeld* nach dem GPR Plan den Charakter und die Rolle der USFK umwandeln wollte. Washington will die USFK in Angelegenheiten Nordostasiens, wie z.B. in einem „Taiwan-Streit“ einsetzen können.<sup>463</sup> Südkorea ist dagegen, denn die ROK könnte ein potentieller Gegner Chinas werden, wenn es damit einverstanden wäre. Dies ist auch der Grund, warum Seoul nicht am Plan der *Theatre Missile Defense* (TMD) aktiv teilnehmen will.

Also hält Südkorea eine Provokation oder einen anderen Auslöser, der zu einem Krieg auf der Halbinsel führen kann, für die gefährlichste Sache, da Seoul nur 40 Kilometer von der DMZ entfernt ist. In diesem Kontext versucht Seoul durch wirtschaftliche Unterstützungen und Kooperationen, den Zusammenbruch Nordkoreas zu vermeiden, weil der Zusammenbruch ein Auslöser für einen Krieg sein könnte. Die Interessen Seouls (die Denuklearisierung der Halbinsel und die Vermeidung des Sturzes Nordkoreas) sind nicht mit Washington, sondern mit Peking besser vereinbar, obwohl die ROK in einer Sicherheitsallianz mit den USA steht.

Dagegen sehen die USA die nordkoreanische Übertragung von nuklearen Materialien, Waffen und Technologien an Terroristen oder andere sog.

---

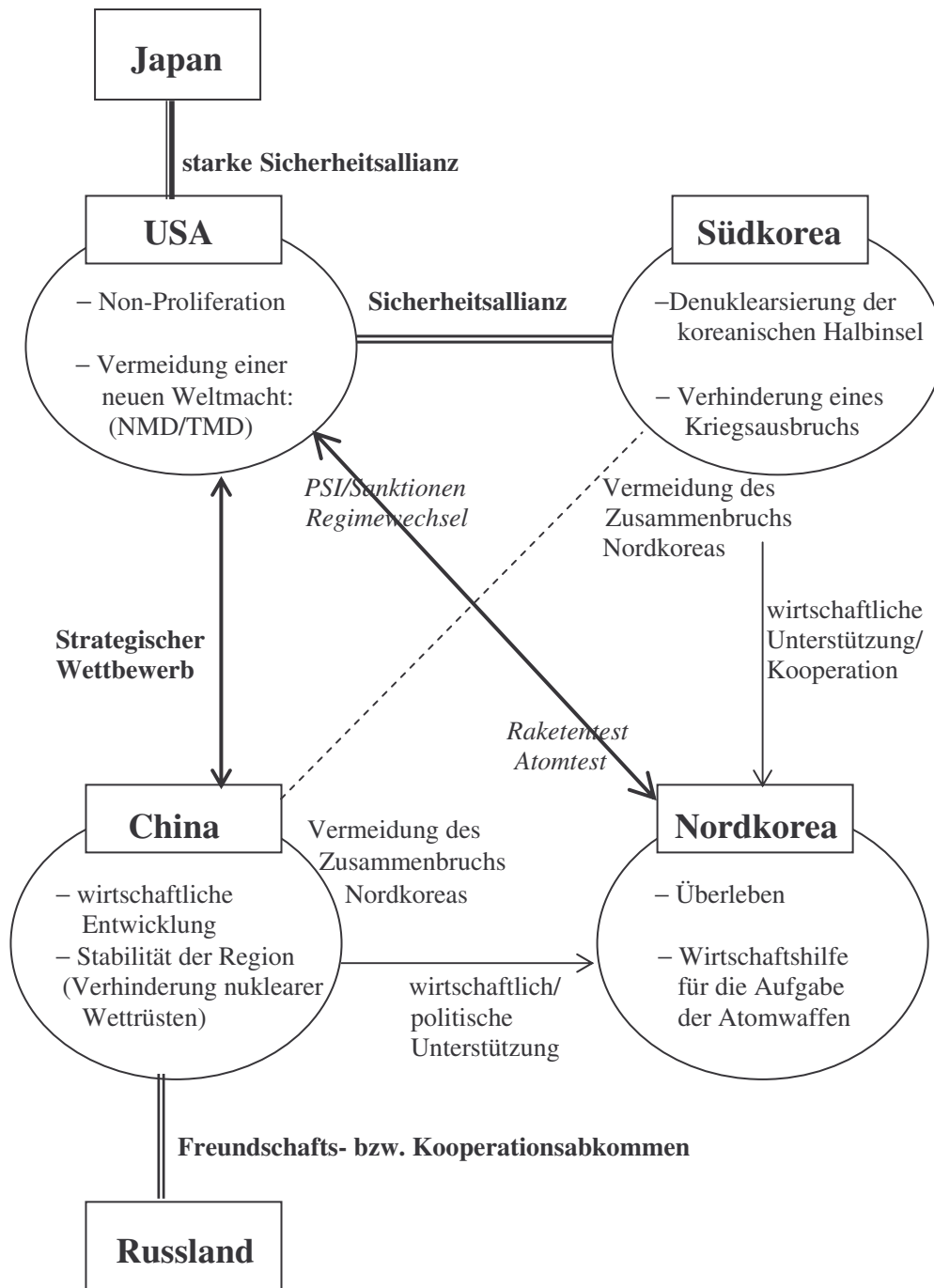
<sup>462</sup> Vgl. Hwang, Balbina Y.: *Minding the Gap: Improving U.S.-ROK Relations*, in: *Background*, No. 1814 (Washington, DC: The Heritage Foundation, 21.12.2004), S. 3–4.

<sup>463</sup> Vgl. Xiang, Lanxin: *Washington's Misguided China Policy*, in: *Survival*, Vol. 43, No. 3 (Autumn 2001), S. 7–23 (16–21).

„Schurkenstaaten“ als die gefährlichste Bedrohung. Für die Verhinderung der Proliferation ist es aus amerikanischer Sicht sehr bedeutsam, dass eine demokratische Regierung in Nordkorea gewählt wird. Deshalb versucht Washington durch finanzielle Sanktionen, Pyongyangs Regime zu stürzen. In diesem Zusammenhang sind die südkoreanische „Sonnenscheinpolitik“ gegenüber dem Norden und der wachsende Anti-Amerikanismus in der ROK der wichtigste Störfaktor für die Ausgestaltung der amerikanischen Nordkoreapolitik.



Abbildung 3–2: US-Beziehungen in Nordostasien



– Die USA und Japan haben noch keine diplomatischen Beziehungen mit Nordkorea, während China und Russland seit Anfang der 1990er Jahre Südkorea diplomatisch anerkennen.

- Obwohl sich die USA und Südkorea in einer Sicherheitsallianz befinden, ist die Interessenlage der beiden Staaten verschieden. Vielmehr zeigen China und Südkorea eine ähnliche Interessenlage bezüglich der nordkoreanischen Nuklearfrage.
- Südkorea und China beschäftigen sich mit der Denuklearisierung der Halbinsel durch Verhandlungen z. B. mit Erfüllung der nordkoreanischen Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen. Dagegen beschäftigen sich die USA und Japan mit der Verhinderung von Proliferation durch die PSI (Proliferation Security Initiative) und mit einem Regimewechsel durch finanzielle Sanktionen.
- Aus amerikanischer Sicht ist ihre Nordkoreapolitik für ihre Sicherheitsstrategie in der globalen oder regionalen Ebene erfolgreich, da sich die anderen Staaten in Nordostasien mit der nordkoreanischen Nuklearfrage beschäftigen sollten. Dadurch können die USA diplomatische Initiativen in der Region ergreifen.

## 3.3. Die Nordkoreapolitik der USA

### 3.3.1. Die Sanktionspolitik im Kalten Krieg

#### **Nukleare Bedrohung**

Der Korea-Krieg (1950-1953) war ein gutes Beispiel des Ost-West-Konflikts.<sup>464</sup> Während des Krieges betonte General *MacArthur* im Juli 1950 bei einem geheimen Telefonat mit Präsident *Truman* die Notwendigkeit Atomwaffen einzusetzen. Im November traf sich der Nationale Sicherheitsrat der USA und diskutierte darüber.<sup>465</sup> Am 9. Dezember bat der General darum, Atombomben einsetzen zu dürfen.<sup>466</sup> Am 24. Dezember sandte er eine Liste möglicher Ziele an das Pentagon und forderte den Einsatz von 34 Atombomben, um einen Gürtel aus radioaktivem Kobalt an der Grenze der Mandschurei zu schaffen.<sup>467</sup>

Im April 1951 befahl *Truman* die Verlegung von Atomwaffen nach *Guam* zur Verteidigung gegen einen chinesischen Angriff auf Korea.<sup>468</sup> Im Mai ratifizierte er den “*Operational Plan NSL-48/5*”: hierin ging es um den Einsatz von “40kt-class” Nuklearbomben im Ostteil Koreas. Im September genehmigte er einen Operationsplan zum Atombombeneinsatz in Korea.<sup>469</sup> Anfang 1953 beharrte Präsident *Eisenhower* auch auf dem Einsatz von Nuk-

---

<sup>464</sup> Vgl. Link: *Der Ost-West-Konflikt*, S. 158–159.

<sup>465</sup> Vgl. Kim, Un-a: U.S. Attempted Atomic Warfare in Korea, in: *Pyongyang Times* (24.08.2002), zitiert nach Center for Nonproliferation (CNS): *North Korea Nuclear Chronology 1941~1989*, S. 4, at [http://www.nti.org/db/profiles/dprk/nuc/chron/NKNCHPre90\\_GO.html](http://www.nti.org/db/profiles/dprk/nuc/chron/NKNCHPre90_GO.html) (Stand: 18.09.2004).

<sup>466</sup> Vgl. Cumings: *The Origins of the Korean War – The Roaring of the Cataract 1947-1950*, S. 750.

<sup>467</sup> Vgl. Weintraub, Stanley: *MacArthur's War - Korea and the Undoing of an American Hero* (New York: Free Press, 2000), S. 263–264.

<sup>468</sup> Vgl. Dingman, Roger: Atomic Diplomacy during the Korean War, in: *International Security*, Vol. 13, No. 3 (Winter 1988/89), S. 50–91 (72–73).

<sup>469</sup> Vgl. Kim, Un-a: U.S. Attempted Atomic Warfare in Korea.

learwaffen im Korea-Krieg. Am 27. Juli 1953 wurde dann das Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet. Einige Analysten glauben, dass die implizite Drohung des Atomwaffeneinsatzes durch *Eisenhower* zum Waffenstillstand führte. Nordkorea beschuldigte später die *Eisenhower*-Administration der Entwicklung von "22 Komplotten mit Atomwaffen gegen Nordkorea und andere sozialistische Länder".<sup>470</sup> Nach *Leon Sigal* wurde Nordkorea bis Anfang der 1990er Jahre sieben Mal von amerikanischen Atomstreitkräften bedroht. So häufig wurde kein anderer Staat bedroht.<sup>471</sup>

### US-Atomwaffen in Südkorea

Nach dem Ende des Korea-Krieges stationierten die USA im Januar 1958 erstmals taktische Nuklearwaffen in Südkorea. Bei den Waffen handelte es sich um nukleare Artillerie, Nuklearraketen *Honest John*, Bomben und atomare Munitionen.<sup>472</sup> Im Jahre 1959 stationierte die amerikanische Luftabwehr Nuklearraketen (a squadron of the matador nuclear cruise missiles) in Südkorea. Die Raketen haben eine Reichweite von 1.100 Km.<sup>473</sup> Am Ende der *Eisenhower*-Administration (1960~1961) wurden etwa 600 Nuklearwaffen nach Südkorea verlegt. Mitte 1967 wurden insgesamt ungefähr 3.200 Nuklearwaffen in der pazifischen Region stationiert, davon etwa 2.600 in Südkorea und Okinawa.<sup>474</sup>

Der Zerfall Südvietnams Mitte der 1970er Jahre war ein großer Schock für Südkorea. Danach war die Möglichkeit eines Atomwaffeneinsatzes ein Teil der amerikanischen Strategie gegenüber Nordkorea geworden. *James*

---

<sup>470</sup> Vgl. Foot, Rosemary J.: Nuclear Coercion and the Ending of the Korean Conflict, in: *International Security*, Vol. 13, No. 3 (Winter 1988/89), S. 92–112 (92–93).

<sup>471</sup> Vgl. Sigal, Leon: *Disarming Strangers* (Princeton: Princeton University Press, 1998), S. 20.

<sup>472</sup> Vgl. Norris, Robert S. u.a.: Where they were, in: *The Bulletin of the Atomic Scientists* (November/December 1999), S. 30, zitiert nach CNS: *North Korea Nuclear Chronology 1941~1989*, S. 7.

<sup>473</sup> Vgl. Cumings, Bruce: *Korea's Place in the Sun* (New York: W.W. Norton, 1997), S. 479.

<sup>474</sup> Vgl. Norris: Where they were, S. 30.

*Schlesinger*, der Verteidigungsminister der *Ford*-Administration gab öffentlich die Anwesenheit von US-Atomwaffen in Südkorea zu und verkündete im Juni 1975, dass die taktischen Nuklearwaffen eingesetzt werden könnten, wenn es nötig wäre. Im Juni 1976 führten die USA und Südkorea ein “*Team Spirit*” Manöver gemeinsam durch. Das Manöver war eine erweiterte und umbenannte Fassung eines früheren Manövers, das bereits 1969 zum ersten Mal stattfand. Dabei wurden groß angelegte Truppenbewegungen geübt. Darüber hinaus gab es Übungen mit dem Ziel, die Anwendung von Atomwaffen auf der koreanischen Halbinsel zu trainieren.<sup>475</sup> Allerdings gab es auch die Meinung, das *Team Spirit* Manöver sei eine konventionelle amerikanisch-südkoreanische Verteidigungsübung gewesen.<sup>476</sup>

### **Sanktions- und Eindämmungspolitik**

Die USA verfolgten seit dem Korea-Krieg eine Sanktionspolitik, was sich in einer Politik der Handels- und Investitionshemmnisse ausdrückte, und eine Eindämmungspolitik, um den sowjetischen Expansionismus einzudämmen. Unbedingtes Ziel war zu verhindern, dass Nordkorea Atomwaffen erlangt. Dies dauerte an bis zur Nuklearkrise von 1993/94.<sup>477</sup> Diese Sanktions- und Eindämmungspolitik führten zu erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Nordkoreas. Die nordkoreanischen oder in der DVRK befindlichen heutigen südkoreanischen Firmen haben große Schwierigkeiten mit ihrem Export aufgrund hoher Zölle in die EU, die USA oder Japan, da die US-Regierung Sanktionen gegen Nordkorea verhängt. Darüber hinaus braucht die DVRK Darlehen von internationalen Finanzorganisationen (z. B. IMF, *Asia Development Bank*, *World Bank*) für die Verbesserung ihrer Infrastruk-

---

<sup>475</sup> Vgl. Oberdorfer, Don: *The Two Koreas – A Contemporary History* (London: Warner Books, 1997), S. 75–76 und 256–257.

<sup>476</sup> Vgl. Quinones: *North Korea – from Containment to Engagement*, S. 106.

<sup>477</sup> Vgl. Harnisch, Sebastian: *Wie die USA lernte, mit der nordkoreanischen Bombe zu leben*, in: Köllner, Patrick (Hrsg.): *Sozialwissenschaftliche Koreaforschung in Deutschland* (Hamburg: Institut für Asienkunde, 2002), S. 77–114 (88).

tur. Diese werden aber nicht gewährt, weil die USA Nordkorea noch in der Liste der terrorismusfördernden Staaten aufführen.<sup>478</sup>

In den 1980er Jahren hatte die *Reagan*-Regierung einen IAEA-Beitritt Nordkoreas mit Hilfe der Sowjetunion gefordert. Die *Bush Sen.*-Regierung übernahm die Non-Proliferationsziele ihres Vorgängers, veränderte aber die Instrumente zu deren Durchsetzung. Die Regierung zog ihre Nuklearwaffen aus Südkorea im Oktober 1991 nach über 30 Jahren Stationierung ab.<sup>479</sup> Trotz des Abzugs und eines diplomatischen Engagements gegenüber Pyonyang änderte sich nicht das grundsätzliche Misstrauen der US-Regierung gegenüber Nordkorea.<sup>480</sup> Deshalb haben die USA trotz dem Ende des Ost-West-Konflikts ihre Beziehungen zu Nordkorea nicht verändert und halten ihre militärische Allianz mit Südkorea aufrecht. In diesem Sinne bemühte sich die US-Regierung nicht darum, ihre Beziehung zu der DVRK zu normalisieren.<sup>481</sup> Im Gegenteil. Die USA zeigten häufig ihre harte Haltung gegenüber Nordkorea. Zum Beispiel erklärte Präsident Clinton bei einem Besuch in Südkorea im Juli 1993, “We would overwhelmingly retaliate if (the North Koreans) were ever to use, to develop and use nuclear weapons. It would be the end of their country as they know it.”<sup>482</sup>

Die Nordkoreapolitik der USA von 1950 bis 1993/94 war also durch folgende Elemente geprägt: die nukleare Bedrohung während des Korea-Kriegs, die darauffolgende Stationierung ihrer Atomwaffen in Südkorea, das nukleare US-ROK Manöver im Süden und die gleichzeitige Sanktions- und Eindämmungspolitik. Mit anderen Worten war nach *Victor Cha* diese Poli-

---

<sup>478</sup> Vgl. Lee, Chung-chul: Eine Perspektive der Beziehungen zwischen Süd- und Nordkorea nach den Sechs-Staaten-Gesprächen, in: *CEO-Information*, No. 440 (Seoul: Samsung Economic Research Institute, 03.03.2004), S. 15–16, (in koreanischer Sprache).

<sup>479</sup> Vgl. Park, Sang-hoon: North Korea and the Challenge to the US-South Korean Alliance, in: *Survival*, Vol. 36, No. 2 (Summer 1994), S. 78–91 (87).

<sup>480</sup> Vgl. Luther, Susanne: *Die Nordostasienpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika nach dem Ende des Kalten Krieges (1989-1996)–Aufbruch in eine neue Ära?* (Hamburg: Institut für Asienkunde, 2000), S. 159–160.

<sup>481</sup> Vgl. Harrison: U.S. Policy Toward North Korea, S. 62.

<sup>482</sup> Daniel Williams: “U.S. warns N. Korea on Nuclear Weapons”, in: *Washington Post* (11.07.1993), zitiert nach Harnisch: Wie die USA lernte, mit der nordkoreanischen Bombe zu leben, S. 89.

tik die “*containment-plus-diplomatic isolation*” oder eine „Status quo“ Politik. Damit nutzten die USA die nordkoreanische Raketenbedrohung für ihren NMD/TMD Plan aus. Und er sah die Politik während des Kalten Kriegs als erfolgreich an.<sup>483</sup> Diese Politik wurde bis Anfang der 1990er Jahre fortgesetzt. Die Elemente einer solchen Politik waren eine große Bedrohung für Nordkorea und damit ein wichtiger Grund für das nordkoreanische Streben nach Atomwaffen.<sup>484</sup>

### 3.3.2. Die Engagementpolitik der Clinton-Regierung

#### 3.3.2.1. Die erste Nuklearkrise von 1993/94

##### **Die erste nordkoreanische Nuklearkrise**

Die Clinton-Administration übernahm die Non-Proliferationspolitik der *Bush Sen.*-Regierung gegenüber Nordkorea. Sie legte sich darauf fest, dass die Entwicklung des nordkoreanischen Atomprogramms die gesamte Region Nordostasiens bedrohe. Der amerikanische Geheimdienst CIA vermutete, dass Nordkorea etwa 12 kg Plutonium aus Kernbrennstoffen dem Reaktor in Yongbyon entnommen haben könnte. Danach forderte die IAEA im Januar 1993 von Nordkorea eine spezielle Inspektion verdächtiger Orte zu erlauben. Pyongyang verweigerte die Forderung und trat am 12. März 1993 aus dem NPT aus. Damit begann die erste nordkoreanische Nuklearkrise.<sup>485</sup> Daraufhin nahm die US-Regierung sofort bilaterale Gespräche mit der DVRK zur Aussetzung des nordkoreanischen Austritts auf, weil der Austritt

---

<sup>483</sup> Vgl. Cha, Victor D.: Assessing the North Korean Threat: The Logic of Preemption, Prevention, and Engagement, in: in: Kim, Samuel S./Lee, Tai Hwan (eds.): *North Korea and Northeast Asia* (New York u.a.: Rowman & Littlefield, 2002), S. 217–248 (219, 237–239, 242).

<sup>484</sup> Vgl. Mazarr: *Going Just a Little Nuclear*, S. 93.

<sup>485</sup> Vgl. Litwak: *The Calculus of Pre-emption*, S. 64.

eine große Herausforderung an die Einhaltung des NPT- und IAEA-Regimes war.<sup>486</sup>

Anfang November 1993 erklärte Präsident Clinton, dass die Herstellung und der Besitz von Atomwaffen durch Nordkorea verhindert werden müsse, nachdem die IAEA mehrmals bei Verifikationsmaßnahmen von Pyongyang behindert worden war. Im Dezember wiederholte US-Verteidigungsminister *Les Aspin* die Position Clintons. In den bilateralen Gesprächen zwischen US-Chefunterhändler *Robert Gallucci* und seinem nordkoreanischen Kollegen *Kang Sok-ju* im November 1993 unterbreitete *Kang* eine Paketlösung, die die Aufrechterhaltung des Safeguard-Abkommens durch die IAEA und den Verzicht auf Wiederaufbereitung des Reaktors in Yongbyon im Austausch für die Aussetzung der vollständigen Erfüllung aller Safeguard-Verpflichtungen vorsah. Aber die USA lehnten dieses Angebot ab. Ein Zwischenergebnis der Verhandlungen Ende Januar 1994 sah vor, dass Nordkorea eine einmalige Inspektion zulassen sollte und im Gegenzug die USA auf das jährliche US–ROK *Team Spirit* Manöver verzichten sollten. Allerdings kamen die Verhandlungen zwischen der IAEA und Pyongyang über das Ausmaß der Inspektionen nach einer kurzen Zwischenlösung zum Erliegen.<sup>487</sup>

Im März 1994 brach ein Inspektorenteam der IAEA seine Mission ab, nachdem Nordkorea den Zugang zu bestimmten Anlagen verweigert hatte. Nach seiner Rückkehr berichtete das Team von Bauarbeiten an der verdächtigten Wiederaufbereitungsanlage sowie über Vorkehrungen zur Entladung des einzigen in Betrieb befindlichen Nuklearreaktors.<sup>488</sup> Im Mai plante die Clinton-Administration einen gezielten Präemptivschlag (drei Optionen, davon z. B. Operations Plan 5027)<sup>489</sup> gegen die Nuklearanlagen in Yongbyon. Aber eine Analyse dieser Planungen verhinderte den geplanten Angriff, weil

---

<sup>486</sup> Vgl. Harnisch, Sebastian: *Außenpolitisches Lernen – Die US-Außenpolitik auf der koreanischen Halbinsel* (Opladen: Leske+Burdich, 2000), S. 526–530.

<sup>487</sup> Vgl. ebd., S. 543–548.

<sup>488</sup> Vgl. Park: *North Korea and the Challenge to the US-South Korean Alliance*, S. 82–83.

<sup>489</sup> Vgl. Oberdorfer: *The Two Koreas – A Contemporary History*, S. 324–325.



die Ergebnisse der Analyse die folgenden waren: Der Angriff könnte zu einem nordkoreanischen Angriff gegen Südkorea führen. Damit hätten die USA in den ersten 90 Tagen mit bis zu 52.000 US-Gefallenen und 490.000 südkoreanischen Opfern zu rechnen. Die nordkoreanischen Opferzahlen würden noch erheblich höher liegen.<sup>490</sup> Nach einer anderen Einschätzung würde es 300.000~750.000 Opfer nur beim Militärpersonal und enorme wirtschaftliche Verluste in Südkorea.<sup>491</sup>

Der Grund für die Aufgabe des Angriffsplans beruhte nicht nur auf der Analyse der Opferzahlen, sondern auch auf der Möglichkeit des Fehlschlages.<sup>492</sup> In der Tat war die Administration nicht sicher, ob sie mit dem Präemptivschlag alle nordkoreanischen Nuklearanlagen beseitigen könnte, da man aus der irakischen Erfahrung vermuten kann, dass Pyongyang schon seine Materialien und wichtige Maschinen in andere geheime Orte transportiert haben könnte. 1981 war der israelische Luftangriff auf den irakischen Nuklearreaktor in *Osirak* erfolgreich. Nach einer Studie des Pentagons waren aber US-Angriffe auf die gleichen Einrichtungen während des Golfkrieges nicht erfolgreich, da die irakische Regierung ihre Programme schon versteckt hatte.<sup>493</sup> Der Angriffsplan ist für Südkorea und Japan wichtig, da er bedeutet, dass die USA unabhängig von den Wünschen Seouls und Tokios damals angegriffen hätten, wenn sie sicher gewesen wären, dass alle nordkoreanischen Nuklearanlagen durch einen Präemptivschlag beseitigen worden wären.

Nach einer weiteren gescheiterten Verhandlungsrunde zwischen Nordkorea und der IAEA trat Ende Mai 1994 das *Principals Committee* der beteiligten amerikanischen Ministerien unter der Leitung von Clinton zusammen. Trotz der offensichtlichen Eskalationsrisiken wurde ein zweistufiger Sankti-

---

<sup>490</sup> Vgl. Harnisch: *Außenpolitisches Lernen*, S. 577–578; und Sommer: *Mit Pauken und Raketen*.

<sup>491</sup> Vgl. Wit/Poneman/Gallucci: *Going Critical*, S. 102.

<sup>492</sup> Vgl. Carpenter/Bandow: *The Korean Conundrum*, S. 6; und Walt: *Taming American Power*, S. 155.

<sup>493</sup> Vgl. Wit/Poneman/Gallucci: *Going Critical*, S. 103–104.

onsplan entschieden, in dessen erster Phase der UN-Sicherheitsrat leichte Sanktionen verhängen und für die zweite Phase die Verhängung von weitergehenden Wirtschaftssanktionen nach Ablauf einer Frist von 30 Tagen beschließen sollte. Die Entladung des nordkoreanischen Reaktorkerns und der daraus resultierende Zwang von Wirtschaftssanktionen brachten die US-Regierung in ein schweres Dilemma. In der Asienpolitik drohte ein beharrliches Vorgehen, z. B. der Angriffsplan, die USA von ihren Verbündeten zu entfremden, weil Südkorea und Japan aufgrund der geografischen Nähe einem Militäreinsatz auf der koreanischen Halbinsel ablehnend gegenüberstehen.<sup>494</sup>

Anfang Juni 1994 traten im Rahmen der Strategie der *Coercive Diplomacy* die ersten Sanktionen gegen Nordkorea in Kraft. Bei der Abstimmung um die Suspendierung sämtlicher technischer IAEA-Hilfen für das zivile nordkoreanische Atomprogramm enthielt sich der chinesische Delegierte der Stimme und signalisierte so der nordkoreanischen Führung, dass diese nicht unbedingt von einem chinesischen Veto gegen weitergehende UN-Sanktionen ausgehen konnte. Daraufhin erklärte Pyongyang am 13. Juni, dass sie weitere IAEA-Inspektionen nicht zulassen und die IAEA in Kürze verlassen werde. Nordkorea betrachte eine Verhängung von UN-Sanktionen als eine „Kriegserklärung“. Es werde deshalb sofort darauf reagieren.<sup>495</sup>

Die Eskalation dieser Nuklearkrise wurde durch eine Vermittlungsaktion des ehemaligen US-Präsidenten *Jimmy Carter* diplomatisch beendet. Er besuchte Pyongyang am 15. Juni 1994 und traf einige Vereinbarungen mit dem nordkoreanischen Führer *Kim Il-sung*. *Carter* bat um eine Änderung der amerikanischen Sanktionspolitik hin zu einem neuen anreizorientierten Verhandlungsansatz. Dabei setzte er seine Medienauftritte ein, um den nordkoreanischen Legitimitätsanspruch gegenüber den Sanktionsdrohungen der USA zu verteidigen. Im Gegenzug dazu versprach Nordkorea, sein Nuklearwaffenprogramm einzufrieren und die IAEA-Inspektoren unbehindert

---

<sup>494</sup> Vgl. Harnisch: Wie die USA lernte, mit der nordkoreanischen Bombe zu leben, S. 93–103; und Harnisch: *Außenpolitisches Lernen*, S. 580–584

<sup>495</sup> Vgl. ebd.

arbeiten zu lassen. Seinen Austritt aus dem NPT machte *Kim Il-sung* rückgängig. Außerdem stimmte er einem Gipfeltreffen mit Südkorea zu.<sup>496</sup>

Danach wurde durch weitere Verhandlungen eine Vereinbarung für die Beilegung des Atomprogramms erreicht. Der damalige Verteidigungsminister der USA *William Perry* nannte die Nuklearkrise von 1993-94 die gefährlichste Episode der Post-Kalten Krieg-Ära.<sup>497</sup> *Richard Solomon* (der damalige Assistant Secretary of State for East Asian and Pacific Affairs) bezeichnete auch das nordkoreanische Nuklearproblem als “the number-one threat to Asian security”.<sup>498</sup> Außerdem war aus der Perspektive des Sicherheitsdilemmas das Verhalten der nordkoreanischen Regierung rationaler und vernünftiger als es in der Welt wirkte.<sup>499</sup>

#### **Das Agreed Framework von 1994**<sup>500</sup>

Die Delegationen der USA und Nordkoreas vereinbarten eine umfassende Lösung der Nuklearfrage auf der koreanischen Halbinsel bei den Gesprächen in Genf, Schweiz vom 23. September bis 21. Oktober 1994. Die Verhandlungsführer, *Robert Gallucci* (Assistant Secretary of State for Political Military Affairs of the United States) und *Kang Suk-chu* (the First Vice-Minister of Foreign Affairs of the DPRK), unterschrieben das Rahmenabkommen (sog. *Agreed Framework*) am 21. Oktober 1994. Das Abkommen besteht aus vier Abschnitten.

Der erste Abschnitt legt die Einfrierung des nordkoreanischen Atomprogramms fest und sieht den Austausch des bisherigen *graphite-moderated* Reaktors und der relevanten Anlagen durch Leichtwasserreaktoren mit einer

---

<sup>496</sup> Vgl. ebd., S. 587–590.

<sup>497</sup> Vgl. Litwak: *The Calculus of Pre-emption*, S. 64.

<sup>498</sup> Vgl. Manning: *United States–North Korean Relations*, S. 69.

<sup>499</sup> Vgl. Kim, Jungsup: *The Security Dilemma: Nuclear and Missile Crisis on the Korean Peninsula*, in: *The Korean Journal of Defense Analysis*, Vol. XVIII, No. 3 (Fall 2006), S. 89–106 (95–106).

<sup>500</sup> Vgl. Wit/Poneman/Gallucci: *Going Critical*, S. 421–423 (*Agreed Framework between the USA and the DPRK*); und Harnisch: *Außenpolitisches Lernen*, S. 615–626.

Gesamtkapazität von 2.000 MW bis zum Jahr 2003 vor. Zu diesem Zweck organisieren und leiten die USA ein Konsortium zur Finanzierung und Lieferung der Leichtwasserreaktoren. Die USA verpflichten sich, in diesem Konsortium der wichtigste Ansprechpartner für Nordkorea zu sein und der DVRK jährlich 500.000 Tonnen Schweröl bis zur Fertigstellung der neuen Anlagen als Kompensation für den Energieausfall des stillgelegten Reaktors zu liefern. Im Gegenzug verpflichtet sich Nordkorea, die bestehende dreifache Einfrierung seiner Atomanlagen (die Einfrierung des 5MW<sup>501</sup>-Reaktors und einen Baustop für einen 50 und einen 200 MW-Reaktor) fortzuführen. Unter der Kontrolle der IAEA friert Nordkorea innerhalb eines Monats seine Anlagen ein und belässt die abgebrannten Brennstäbe (etwa 8.000) aus dem experimentalen 5 MW-Reaktor im überwachten Kühlbecken. Die Demontage des *graphite-moderated* Reaktors und der relevanten Anlagen wird simultan zur Fertigstellung von Leichtwasserreaktoren stattfinden.

Im zweiten Abschnitt geht es um die Normalisierung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten. Er beinhaltet die Bestimmungen über den Abbau der amerikanischen Handels- und Investitionshemmnisse, sowie über den Aufbau von Liaison-Büros in den jeweiligen Hauptstädten und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen Zug um Zug bis zum Botschafter-Niveau.

Der Abschnitt drei umfasst weitere sicherheits- und vertrauensfördernde Maßnahmen, wie die Abgabe einer US-Sicherheitsgarantie für Nordkorea (die USA versprechen, Nordkorea nicht mehr mit Nuklearwaffen zu bedrohen<sup>502</sup>) und die Aufnahme von Nord-Süd-Gesprächen.

Schließlich verpflichtet sich Nordkorea im vierten Abschnitt, weiterhin Mitglied des NPT zu bleiben und der IAEA innerhalb festgelegter Zeiträume vollen Zugang zu seinen nuklearen Standorten zu geben.

---

<sup>501</sup> The abbreviation MW(e) stands for “megawatt electric”. A megawatt, or 1 million watts, is a unit of power. (...) Operation of the 5 MW(e) reactor will produce enough plutonium for one additional weapon per year. In: Braun/Chyba: Proliferation Rings, S. 9–10.

<sup>502</sup> “The U.S. will provide formal assurance to the DPRK, against the threats or use of nuclear weapons by the U.S.” in: Agreed Framework (III 1).

## **Eine Einschätzung des Rahmenabkommens**

US-Chefunterhändler *Gallucci* trat direkt nach der Unterzeichnung des Rahmenabkommens vor die Öffentlichkeit. Er argumentierte, dass das Abkommen das „Potential“ habe, das Risiko eines Krieges auf der koreanischen Halbinsel stark zu verringern und die Proliferation von Atomwaffen in Nordostasien zu verhindern. Außerdem kann die Schwächung des NPT-Regimes abgewendet werden. *Gallucci* stellte fest, dass es trotz der Unterzeichnung noch ein langer Weg bis zur erfolgreichen Implementierung der Abmachung sei. Die schrittweise Implementierung, bei der die Schritte der Parteien aneinander gekoppelt sind, ist deshalb ein Kern des Abkommens. Diese erste Stellungnahme der Clinton-Regierung zu den Zielen und Erfolgen der Verhandlungen mit Nordkorea kann als Fundus für die spätere Verteidigung des Abkommens vor dem US-Kongress gewertet werden.<sup>503</sup>

Das erste Ziel der US-Regierung mit Hilfe des Rahmenabkommens war der Verbleib der abgebrannten Brennstäbe in einem Kühlbecken. Eine Wiederaufbereitung dieser Brennstäbe, nämlich die Separierung von waffenfähigem Plutonium, sollte unbedingt verhindert werden. Das zweite Ziel umfasste die Stilllegung des bestehenden 5 MW-Reaktors, um die Erzeugung neuen Plutoniums zu verhindern. Das dritte Ziel war schließlich die Stilllegung der Wiederaufbereitungsanlage.<sup>504</sup> Mit dem Abkommen erreichte die Clinton-Regierung ihr Ziel vorübergehend. Allerdings traf sie später aufgrund Widerstands des US-Kongresses auf einige Schwierigkeiten bei der Implementierung des Abkommens.

Ein wichtiges Problem des Rahmenabkommens für die USA lag darin, dass das Abkommen sich nur mit der Einfrierung des gegenwärtigen (also Stand 1994) nordkoreanischen Nuklearprogramms befasste. Der Grund dafür war vielleicht die falsche Annahme der US-Regierung über die nordkoreanische Regierung. Sowohl der Zusammenbruch der Sowjetunion und das Ende des Ostblocks Anfang der 1990er Jahre als auch der abrupte Tod des

---

<sup>503</sup> Vgl. Harnisch: *Außenpolitisches Lernen*, S. 627.

<sup>504</sup> Vgl. ebd., S. 627–628.

nordkoreanischen Führers *Kim Il-sung*<sup>505</sup> am 8. Juli 1994 könnten Washington veranlasst haben zu denken, dass die nordkoreanische Regierung in absehbarer Zeit zusammenbrechen würde.<sup>506</sup> Nicht nur in Seoul, sondern auch in Washington gab es eine starke Annahme für einen Zusammenbruch in Pyongyang nach dem Tod *Kim Il-sungs*.

When Kim Il-sung died in July 1994, many predicted that the DPRK would collapse within six months or that no more three years and Korea would have a German-style reunification by absorption.<sup>507</sup>

Deswegen war nur die Einfrierung des gegenwärtigen nordkoreanischen Atomwaffenprogramms für die USA wichtig. Im Gegenzug zur Einfrierung konnte deshalb die US-Regierung die großzügigen Konzessionen wie die Lieferung der jährlich 500.000 Tonne Schweröl und den Aufbau der Leichtwasserreaktoren (LWR) abgeben. Aufgrund der Zugeständnisse im Rahmenabkommen, die auf der falschen Annahme des Zusammenbruchs des Regimes in Pyongyang beruhten, traf die Clinton-Regierung später auf Schwierigkeiten im von republikanisch dominierten Kongress und führte die Implementierung des Abkommens verzögernd aus,<sup>508</sup> weil die amerikanische Regierung die Zustimmung des Kongresses für die Ausgaben der Implementierung brauchte. Deshalb verzögerte die US-Regierung manchmal die Schweröl-Lieferung.<sup>509</sup>

---

<sup>505</sup> Vgl. ebd., S. 599.

<sup>506</sup> Vgl. Ahn, Byung-joon: The Man who would be Kim, in: *Foreign Affairs*, Vol. 73, No. 6 (November/December 1994), S. 94–108 (94, 99).

<sup>507</sup> Kim, Samuel S.: Introduction – A Systems Approach, in: Kim, Samuel S. (ed.): *The North Korean System in the Post-Cold War Era* (New York: Palgrave, 2001), S. 1–37 (2).

<sup>508</sup> Vgl. Snyder, Scott: Pyongyang's Pressure, in: *The Washington Quarterly*, Vol. 23, No. 3 (Summer 2000), S. 163–170 (168).

<sup>509</sup> Vgl. Harnisch: *Außenpolitisches Lernen*, S. 650.

## Der KEDO-Prozess

Mit der Unterzeichnung des so genannten „Genfer Rahmenabkommens“ im Oktober 1994 entstand ein wichtiger Wandel in der amerikanischen Nordkoreapolitik, und zwar von der Eindämmungspolitik zu einer eingeschränkten Engagementpolitik.<sup>510</sup> Damit bevorzugte die US-Regierung ein kooperatives Verhalten gegenüber Nordkorea anstelle des bisherigen harten Verhaltens. Auch wurde ihre Nordkoreapolitik innerhalb der „Korean Peninsula Energy Development Organization (KEDO)“ durchgeführt. Die KEDO war deshalb eine der wichtigsten Institutionen während der verbleibenden Zeit der Clinton-Regierung für die Beendigung des nordkoreanischen Atomwaffenprogramms.

Am 9. März 1995 unterzeichneten die USA, Japan und Südkorea die Gründungsakte der KEDO, deren Sitz in New York angesiedelt wurde. Ziel der KEDO ist die Umsetzung des Rahmenabkommens, das kurzfristig das nordkoreanische Atomprogramm auf dem Stand von 1994 einfriert. Langfristig sollen die bestehenden nordkoreanischen Atomanlagen mit Hilfe der KEDO vollständig eingestellt und durch die zwei Leichtwasserreaktoren ersetzt werden, in denen weniger waffenfähiges Material anfällt als in dem bisherigen Reaktor. Aufgabe der KEDO ist es, den Bau der Leichtwasserreaktoren und den Transfer von Schweröl (Alternativenergie) bis zur Fertigstellung der beiden Reaktoren zu finanzieren. Außerdem soll sie sich um die Durchsetzung aller mit den bisherigen Aufgaben verbundenen Maßnahmen, sowie um die vollständige Implementierung des Rahmenabkommens durch Nordkorea kümmern.<sup>511</sup>

Für den Bau der zwei Reaktoren werden etwa 4 Milliarden US-Dollar benötigt. Davon werden 2,8 Milliarden von Südkorea (70%), 0,8 Milliarde von Japan (20%) und die Restsumme von den USA und anderen Staaten

---

<sup>510</sup> Vgl. Cha, Victor D.: Engaging North Korea Credibly, in: *Survival*, Vol. 42, No. 2 (Summer 2000), S. 136–155 (136).

<sup>511</sup> Vgl. Harnisch, Sebastian: Die Korean Peninsula Energy Development Organization (KEDO), in: Maull, Hanns W./Nabers, Dirk (Hrsg.): *Multilateralismus in Ostasien-Pazifik* (Hamburg, 2001), S. 118–156 (118).

(10%) finanziert.<sup>512</sup> Bis zum Jahre 2003 wurden 1.227 Millionen von Südkorea, 447 Millionen von Japan und 120 Millionen US-Dollar von einer Organisation der EU (European Atomic Energy Community) finanziert.<sup>513</sup> Die USA finanzierten 40 Millionen Dollar für die Schweröl-Lieferung an Nordkorea.<sup>514</sup>

Mit der Gründung der KEDO haben die westlichen Staaten eine bisher erfolgreiche Strategie der Einbindung Nordkoreas in die internationale Staatengemeinschaft eingeschlagen. Die anfängliche Hoffnung oder Erwartung der KEDO-Mitglieder hat sich indes noch nicht erfüllt. Die Erwartung war, dass das autoritäre Regime aufgrund seiner wirtschaftlichen Schwäche sowie angesichts der notwendigen westlichen Hilfsleistungen und der ideologischen Widersprüchlichkeiten zusammenbrechen werde.<sup>515</sup> Deshalb hielt die US-Regierung das Rahmenabkommen für ein Mittel, eine politische Änderung in Nordkorea zu erleichtern. Da das Abkommen zu Glasnost in Nordkorea führen sollte, nannten einige westliche Analytiker die KEDO-hergestellten Leichtwasserreaktoren eine „Gift Mohrrübe“. Nach der Unterzeichnung des Abkommens prognostizierten US-Beamte den Zusammenbruch des Pyongyang Regimes.<sup>516</sup> Es sieht deshalb so aus, dass die USA nicht ernsthaft beabsichtigten, die Leichtwasserreaktoren für Nordkorea aufzubauen.<sup>517</sup>

Allerdings vollzog sich die Implementierung des Rahmenabkommens durch die KEDO sehr schleppend und wurde durch einige Krisen auf der

---

<sup>512</sup> Vgl. Bandow, Doug: Nuclear Issues between the United States and North Korea, in: Suh, Dae-sook/Lee, Chae-jin (eds.): *North Korea After Kim Il Sung* (Boulder/London: Rienner, 1998), S. 123–145 (127).

<sup>513</sup> Vgl. Park, Young-jun: Der Südkorea-Japan Gipfeltreffen und die nordkoreanische Nuklearfrage, in: *Hot Issue & Cool Vision* (in koreanischer Sprache), (Seoul: Korea Institute for Future Strategies, 24.06.2005).

<sup>514</sup> Vgl. Lee: *A Troubled Peace*, S. 300.

<sup>515</sup> Vgl. Harnisch: Die Korean Peninsula Energy Development Organization (KEDO), S. 153–154.

<sup>516</sup> Vgl. Litwak, Robert S.: Non-Proliferation and the Dilemmas of Regime Change, in: *Survival*, Vol. 45, No. 4 (Winter 2003-04), S. 7–32 (23–24).

<sup>517</sup> Vgl. Harrison, Selig S.: *Korean Endgame - A Strategy for Reunification and U.S. Disengagement* (Princeton/Oxford: Princeton University Press, 2002), S. 259.



koreanischen Halbinsel (z. B. U-Boot-Krise 1996, *Hwang Jang-yop* Flucht 1997, Raketentest 1998, Seegefechte 2002) immer wieder unterbrochen.<sup>518</sup> Die eigentlich für 2003 vorgesehene Übergabe der beiden Reaktoren dürfte sich mindestens um sieben Jahre verschieben, auch die Auslieferung des Schweröls verzögerte sich immer wieder. Ein wichtiger Grund dafür war, dass der republikanisch dominierte Kongress immer wieder die Bewilligung für die jährlich anfallenden KEDO-Beiträge der USA verschleppte. Die im Abkommen vereinbarte schrittweise Aufhebung amerikanischer Sanktionen gegen Nordkorea ist auch bisher nur geringfügig vorangekommen. Die DVRK verbleibt auf einer Liste des US-Außenministeriums unter den terrorismusfördernden Staaten,<sup>519</sup> auch wenn Nordkorea seit 10 Jahren mit dem Terror in der Welt nicht verbunden ist.<sup>520</sup>

Darüber hinaus gab und gibt es in Nordostasien viele regionale Institutionen wie zum Beispiel ARF, APEC, TCOG, TRADP, TEMM und ASEAN Plus Three.<sup>521</sup> Im ARF wurden die Themen von Non-Proliferation und Fragen bezüglich der koreanischen Halbinsel von 1994 bis 1999 jährlich behandelt.<sup>522</sup> Aber diese institutionellen Bemühungen haben auch noch keine Lösung für die nordkoreanische Nuklearfrage gefunden. Diese Problematik zeigt also, dass internationale Institutionen für die Lösung der nordkoreanischen Frage nicht sehr hilfreich sind und Nationalstaaten die wichtigen Akteure in internationalen Beziehungen sind.

---

<sup>518</sup> Vgl. Harnisch, Sebastian: Nordkoreas nukleare Programme – Entstehung, Fähigkeiten und die internationalen Bemühungen um ihre Eindämmung, in: *Österreichische Militärische Zeitschrift* (2003) 2, S. 149–162 (153).

<sup>519</sup> Vgl. Möller, Kay: Ende der koreanischen Eiszeit?, in: *SWP-Aktuell 24* (Berlin, August 2002), S. 2.

<sup>520</sup> Vgl. Demick, Barbara: Has Bush Overstated North Korean Threat? – Asia: Although regime is lumped in an ‘axis of evil’, experts say its dialogue with South has eased regional tensions, in: *Los Angeles Times* (07.02.2002), S. 12.

<sup>521</sup> ARF (Asian Regional Forum, 23 States), APEC (Asia Pacific Economic Cooperation, 21), TCOG (Trilateral Coordination & Oversight Group, 3), TRADP (*Tuman* River Area Development Program, 5), TEMM (Tripartite Environment Minister's Meeting, 3), ASEAN Plus Three (13), vgl. Kim: North Korea and Northeast Asia in World Politics, S. 14–15.

<sup>522</sup> Vgl. Nabers, Dirk: Das ASEAN Regional Form (ARF), in: Maull, Hanns W./ders. (Hrsg.): *Multilateralismus in Ostasien-Pazifik* (Hamburg, 2001), S. 90–117 (98–99).

### 3.3.2.2. Der Langstreckenraketenentest von 1998

#### **Der erste Langstreckenraketenentest**

Unter der amerikanischen Sanktions- und Eindämmungspolitik versuchte Nordkorea nicht nur das Atomprogramm, sondern auch ein Raketenprogramm zu entwickeln. Der Beginn seines Raketenprogramms kann auf das Ende der 1960er Jahre datiert werden. Nordkorea importierte einzelne „FROG-Systeme“ aus der Sowjetunion, die jedoch bald selbstständig hergestellt wurden. Nach Berichten westlicher Geheimdienste entwickelte Nordkorea ballistische Trägersysteme nicht nur für das eigene Militär, sondern auch für den Export vornehmlich in den Nahen und Mittleren Osten. Nach der Verschlechterung seiner Beziehungen zu der Sowjetunion und China Anfang der 1970er Jahre und der damit verbundenen Beeinträchtigung der gemeinsamen Entwicklung und Produktion einer Kurzstreckenrakete vom Typ <DF-61>, entschloss sich Pyongyang zum Aufbau eines unabhängigen Raketenprogramms. Technische Schwierigkeiten führten zu einer engen Zusammenarbeit mit Ägypten, das Anfang der 1980er Jahre einzelne sowjetische Raketen vom Typ <R-17 E> an Nordkorea lieferte.<sup>523</sup>

Nordkoreanische Ingenieure benutzten die <R-17 E> als Vorlage für die Rakete *Hwasung-5*, die als erster nordkoreanischer Typ gelten kann. Der Prototyp dieser Rakete wurde erstmals 1984 getestet. Damit etablierte Nordkorea ein ernstzunehmendes Raketenexportprogramm. Im Juni 1987 schloss Nordkorea einen Rüstungsvertrag von 500 Millionen US-Dollar mit dem Iran, der die Lieferung von etwa 100 Raketen umfasste. Im Juni 1990 wurde das neue System *Hwasung-6* (sog. *Scud-C*, mit einer Reichweite von ca. 500 Kilometer und einem 700 Kilogramm schweren Sprengkopf) getestet und wenig später an den Iran und Syrien verkauft. Von den insgesamt bis heute produzierten 600~1.000 *Scud-C* Raketen sollen 300~500 exportiert worden sein. Außerdem erwarben auch Vietnam, Libyen und der Sudan die-

---

<sup>523</sup> Vgl. Braun/Chyba: Proliferation Rings, S. 21.

se Raketentechnologie. Ende der 1980er Jahre begann Nordkorea die Entwicklung eines Mittelstreckenraketen-systems. Dieses System wurde erstmals Ende Mai 1993 getestet und *Nodong-1* (etwa 1.300 Km Reichweite und 1.000 Kg Sprengkopf) und *Nodong-2* (etwa 1.500 Km) genannt. Durch diese Raketen wird nicht nur Japan, sondern durch den Export in den Iran und Pakistan sowie möglicherweise Syrien und Libyen auch weite Teile Südostasiens, Israel und die südlichen Mittelmeeranrainerstaaten der EU bedroht.<sup>524</sup> Vor allem fühlt sich Japan dadurch bedroht, weil mehr als die Hälfte seines Gebietes in Reichweite der Rakete *Nodong-1* steht.<sup>525</sup>

Obwohl die Clinton-Administration das Rahmenabkommen unterzeichnete und dadurch ein kooperatives Verhalten für die Beendigung des nordkoreanischen Atomprogramms aufnahm, veränderte sich jedoch ihre Sanktionspolitik gegenüber Nordkorea nicht sehr viel. Damit entstand kein wirtschaftlicher Austausch zwischen den beiden Staaten.<sup>526</sup> Aus diesem Phänomen kann man folgern, dass der damalige US-Wunsch nicht in der Normalisierung ihrer Beziehung zu Nordkorea lag, sondern in einem Zusammenbruch des Pyongyang Regimes. Dagegen bemühte sich die DVRK weiter um die Erreichung ihrer Abschreckung gegen die USA und die Förderung ihrer Wirtschaft. Diese Bemühungen führten mit dem Langstreckenraketen-test *Taepodong-1* vom August 1998 zu einer Krise.

Nach dem Abschluss des Rahmenabkommens von 1994 hätten die USA die Entwicklung der nordkoreanischen Raketenprogramme mit einer wirklichen Implementierung des Abkommens unterbrechen können. Aber die Verzögerung der Implementierung durch sowohl das Fortbestehen der wirtschaftlichen Sanktionen als auch die Nicht-Normalisierung der politischen

---

<sup>524</sup> Vgl. Harnisch, Sebastian: Erst verhandeln, dann rüsten? Die nordkoreanische Bedrohung in der amerikanischen Raketenabwehrdebatte, in: *Raketenabwehrforschung International, Bulletin*, Nr. 14 (Frankfurt/M: Hessische Stiftung Friedens und Konfliktforschung, 2000), S. 10–11.

<sup>525</sup> Vgl. Hughes, Christopher W.: The North Korean Nuclear Crisis and Japanese Security, in: *Survival*, Vol. 38, No. 2 (Summer 1996), S. 79–103 (82–84).

<sup>526</sup> Vgl. Jung, Young-tae: *Die Möglichkeit von Aufhebung des nordkoreanischen Atomwaffenprogramms und die Beziehungen zwischen Nordkorea und den USA* (Seoul: Korea Institute for National Unification, 2004), S. 84–86 (in koreanischer Sprache).

und diplomatischen Beziehungen zu Nordkorea, führte dazu, dass Pyongy-ang gegenüber den USA misstrauisch wurde. Deshalb versuchte Nordkorea, eigene Mittel für seine Selbsterhaltung und Wirtschaft zu finden. Mit der im August 1998 getesteten Rakete *Taepodong-1* dringt Nordkorea weiter in den Langstreckenbereich vor. Diese Rakete hat eine Reichweite von 2.000~4.000 Km. Das Nachfolgermodell *Taepodong-2* soll eine Reichweite von 8.000~12.000 Km mit einem Sprengkopf von 500~1.000 Kg erzielen können. Dies erhöhte die Sorge der US-Regierung, weil die USA nun auch in Reichweite von Raketen des Typs *Taepodong-2* stehen.<sup>527</sup> Nach dem Raketentest *Taepodong-1* genehmigte Japan auch im Dezember 1998 seine Teilnahme an dem TMD.<sup>528</sup> In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre exportierte Nordkorea *Taepodong* Systeme bzw. Technologien in den Iran und nach Pakistan.<sup>529</sup>

### **Perry Prozess**

Ende der 1990er Jahre brauchte die Clinton-Regierung eine neue Perspektive für ihre Nordkoreapolitik, da sich die Sicherheitssituation auf der koreanischen Halbinsel seit der Nuklearkrise 1994 verändert hatte. Präsident Clinton ernannte *William Perry* (der damalige Verteidigungsminister) zum Koordinator der amerikanischen Nordkoreapolitik und zum Sonderberater des Präsidenten und Außenministers.<sup>530</sup> Eine *Policy Review* wurde im Oktober 1999 angefertigt. Dies war der so genannte „Perry Report“.<sup>531</sup> Wichtige Ergebnisse waren:

---

<sup>527</sup> Vgl. Wilkening, Dean A.: *Ballistic-Missile Defense and Strategic Stability*, in: *Adelphi Paper 334* (Oxford: Oxford University Press, May 2000), S. 10–12.

<sup>528</sup> Vgl. Calder, Kent E.: *The New Face of Northeast Asia*, in: *Foreign Affairs*, Vol. 80, No. 1 (January/February 2001), S. 106–122 (115).

<sup>529</sup> Vgl. Harnisch: *Erst verhandeln, dann rüsten?*, S. 11–12.

<sup>530</sup> “The U.S. North Korea Policy Coordinator and Special Advisor to the President and the Secretary of State.” In: Lee: *A Troubled Peace*, S. 195–196.

<sup>531</sup> Vgl. Perry, William J.: *Review of United States Policy Toward North Korea: Findings and Recommendations* (Unclassified Report), (Washington, DC, 12.10.1999), S. 5–6, at [http://www.state.gov/www/regions/eap/991012\\_northkorea\\_rpt.html](http://www.state.gov/www/regions/eap/991012_northkorea_rpt.html) (Stand: 25.08.2004).

- Das nordkoreanische Streben nach Nuklearwaffen und Langstreckenraketen könnte sowohl die Stabilität auf der koreanischen Halbinsel als auch die Erreichung eines andauernden Friedens langfristig untergraben. Diese Aktivitäten führen auch zur ernsthaften Bedrohung der regionalen bzw. globalen US-Interessen. Deshalb sollen die USA darauf zielen, sie zu beenden.
- Die USA und ihre Allianzen könnten einen zweiten Krieg auf der Halbinsel sicher gewinnen, aber die Zerstörung von Leben und materiellen Gütern wäre enorm. Daher müssen die USA ihr Ziel bezüglich der Nuklearfrage ohne militärische Aktionen verfolgen.
- Wenn die Beendigung der Nuklearfrage durch Kooperation zu Stabilität der Region führen könnte, sollten sich die USA auf eine Normalisierung ihrer Beziehung zu Nordkorea vorbereiten und an der südkoreanischen Engagementpolitik teilnehmen.
- Die USA sollen das *Agreed Framework* 1994 beibehalten. Dafür ist die trilaterale Kooperation (USA, Südkorea, Japan) wichtig.<sup>532</sup>

Das *Review Team* des Berichts zeigte eine „Zwei-Wege Strategie“ auf. Die Strategie sollte sich auf das Gebiet der Nuklearwaffen und Langstreckenraketen konzentrieren. Der erste Weg enthält eine neue umfassende Strategie für die amerikanischen Verhandlungen mit Nordkorea. Die USA sollten sich versichern, dass Nordkorea kein Atomwaffenprogramm mehr hat. Washington sollte auch versuchen, sowohl Test, Produktion und Einsatz der Raketen außerhalb der Parameter des MTCR (Missile Technology Control Regimes) vollständig und nachweislich zu unterbrechen als auch Export solcher Raketen, Einrichtungen und Technologien zu stoppen. Auf diesem Weg sollten die USA und ihre Allianzen eine schrittweise und reziproke Annäherung zu Nordkorea aufnehmen. Wenn Nordkorea auf die Bedrohung durch seine Nuklearwaffen und Langstreckenraketen verzichten würde, dann könnten die USA ihre Beziehungen zu Nordkorea normalisieren und die schon lang bestehenden Sanktionen aufheben. Der zweite Weg handelt

---

<sup>532</sup> Vgl. Perry: *Review of United States Policy Toward North Korea*, S. 5–6.

von der Notwendigkeit militärischer Aktion gegen Nordkorea, wenn die USA ihr Ziel durch Verhandlungen nicht erreichen können.

Außerdem glaubte das Team daran, dass es besser ist, die Fragen der chemischen und biologischen Waffen multilateral zu behandeln. Die Frage einer Wiedervereinigung der Halbinsel ist letztlich abhängig von der Entscheidung des koreanischen Volks. Darüber hinaus wies das Team nachdrücklich darauf hin, dass trotz einer Wiedervereinigung Koreas die USA ihre Truppen von der Halbinsel nicht abziehen sollten. Der Abzug wäre für Frieden und Stabilität nicht hilfreich, sondern würde die heutige starke Abschreckung in der Region untergraben.<sup>533</sup>

Hinsichtlich der Analyse empfahl das Team fünf wichtige Maßnahmen für die amerikanische Nordkoreapolitik:

- 1) eine alle Elemente berücksichtigende Annäherung an die nordkoreanische Nuklearfrage mit Unterstützungen der Allianzen in der Region einzunehmen.
- 2) einen effektiven Mechanismus innerhalb der US-Regierung für die Durchsetzung der Nordkoreapolitik zu schaffen. Die Arbeitskomitees, die sich mit Nordkorea beschäftigen sollen, von einem hohen Beamten mit Botschaftsstatus geführt werden und im Außenministerium liegen, und für die Koordinierung der Nordkoreapolitik zuständig sein sollen.
- 3) Die "*Trilateral Coordination and Oversight Group (TCOG)*" mit Südkorea und Japan soll weitergeführt werden.
- 4) eine ausdauernde, bilaterale und langfristige Orientierung bezüglich der Nuklearfrage einzunehmen. Dabei spielt auch der Kongress eine große Rolle.
- 5) einen Aktionsplan für einen Notfall bei einer nordkoreanischen Provokation wie ein Einsatz der Langstreckenraketen zu genehmigen. Aber sofern die nordkoreanischen Aktionen nicht gegen die Bedingungen

---

<sup>533</sup> Vgl. ebd., S. 7–9.

des Genfer Rahmenabkommens verstoßen, sollten die USA und ihre Allianzen das Abkommen selbst auch nicht untergraben.<sup>534</sup>

Die Nordkoreapolitik der USA verlagerte sich Ende der 1990er Jahre von Abschreckung zu „Abschreckung-Plus“. Die Logik der Abschreckung-Plus Politik, die mit dem Perry-Prozess vereinbar ist, war weder das nordkoreanische System zu unterstützen noch seinen Zusammenbruch zu suchen, sondern einen Dialog-Prozess und Beziehungen zur Vertrauensbildung zu fördern.<sup>535</sup>

Der Perry Report wies auf das Problem des Rahmenabkommens hin. In der Zeit des Abschlusses des Abkommens 1994 wurde von der US-Regierung erwartet, dass die Vielzahl deutlich erkennbarer nordkoreanischer Probleme zu einer Veränderung führen würde. Aber es gab keinen Anlass mehr zu diesem Zeitpunkt 1999 zu glauben, dass ein Regimewechsel in Nordkorea entstehen könnte. Deshalb müssen die USA zukünftig auf solche Erwartung oder Wünsche verzichten.<sup>536</sup> Außerdem wies der Armitage Report (siehe unten) auch auf das gleiche Problem bezüglich des Rahmenabkommens hin. Also wird das *Agreed Framework* aus der amerikanischen Sicht als gescheitert angesehen.<sup>537</sup>

Der Perry Report war für die USA und ihre Allianzen in der Region wichtig, da er eine „road map“ für die Verhandlungen über die Nuklearfrage der DVRK aufzeigte. In der Tat beruhte die Nordkoreapolitik der USA bis vor der zweiten Nuklearkrise Ende 2002 auf diesem Report.

---

<sup>534</sup> Vgl. ebd., S. 10–11.

<sup>535</sup> Vgl. Manning: United States–North Korean Relations, S. 27.

<sup>536</sup> Vgl. Perry: *Review of United States Policy Toward North Korea*, S. 3–4.

<sup>537</sup> Vgl. Pritchard, Charles L.: The Korean Peninsula and the role of multilateral talks, in: United Nations Institute for Disarmament Research (UNIDIR): *Disarmament Forum – North-East Asian Security*, No. 2 (2005), S. 26–34 (27), at [http://www.unidir.org/bdd/fiche-article.php?ref\\_article=2275](http://www.unidir.org/bdd/fiche-article.php?ref_article=2275) (Stand: 03.05.2005).

## Armitage Report<sup>538</sup>

Der Entwurf wurde von *Richard Armitage* (US-Republikaner, ehemaliger Vizeverteidigungsminister und Vizeaußenminister) angefertigt. Nach diesem Bericht war seit der Unterzeichnung des Rahmenabkommens 1994 die Sicherheitslage der koreanischen Halbinsel und in Nordostasien schlechter geworden. Die Entdeckung einer nordkoreanischen Anlage 1998, die für die Entwicklung von Atomprogramm geeignet schien, und der Abschuss der Langstreckenrakete *Taepodong-1* im August 1998 weckten das Misstrauen gegenüber Nordkorea und stellten die kooperative US-Politik bezüglich ihrer Effizienz stark in Frage. Vor allem stellte die Entwicklung von *Taepodong-1* eine breite Sicherheitsbedrohung für Nordostasien, den Nahen Osten, Europa und sogar die USA dar.

Damals in der Zeit der Unterzeichnung des Rahmenabkommens setzte die US-Regierung drei Annahmen voraus. Zuerst könnte das Abkommen zur Beendigung nordkoreanischer Atomwaffenprogramme führen. Zweitens, dass Nordkorea am Rand eines Zusammenbruchs liegt. Ein *hard landing* Nordkoreas sollte vermieden werden, da der Zusammenbruch vielleicht mit einem Angriff auf Südkorea begleitet würde. Und drittens könnte das Abkommen Nordkorea zu einer Glasnost, einer realen Reform und damit zu einem *soft landing* führen. Aber die Realität war anders. Die Entdeckung der verdächtigen Atomanlage (in einer Höhle in *Kumchang-Ri*<sup>539</sup>) bedeutete, dass Pyongyang nur einen Teil seiner Atomprogramme abgebrochen hatte. Die Kernannahme, nämlich der nahe bevorstehende Zusammenbruch, war ein noch größerer Fehler. Und es gab kein Signal, dass Nordkorea eine radikale Reform beabsichtigte.<sup>540</sup>

---

<sup>538</sup> Armitage, Richard L.: *The Armitage Report on North Korea: Naval Blockades and Preemptive Strikes by Japanese Forces?* (National Defense University: Strategic Forum, No. 159, March 1999), at <http://www.kimsoft.com/1997/armitag.htm> (Stand: 25.08.2004).

<sup>539</sup> Im März 1999 wurde endlich nachgewiesen, dass die Höhle nicht für nukleare Einrichtungen relevant war. vgl. Feffer, John: *Nordkorea und die USA – Die amerikanischen Interessen auf der koreanischen Halbinsel* (Kreuzlingen/München: Diederichs, 2004), S. 96; und Carpenter/Bandow: *The Korean Conundrum*, S. 53–55.

<sup>540</sup> Vgl. Armitage: *The Armitage Report on North Korea*, S. 2–3.



Der Bericht wies deshalb darauf hin, dass Nordkorea durch das Abkommen die Zeit haben könnte, seine Regierung zu stärken, Atomprogramme weiter zu treiben und eine neue Generation von Raketen zu entwickeln. Um US-Interessen und ihre Allianzen zu schützen, muss eine neue umfassende Abschreckungsstrategie eingeführt werden. Die Abschreckung hängt im Wesentlichen von der geeigneten Mischung an Diplomatie, verkündender Politik und beweisbaren Militärkapazitäten ab. Dafür sind die folgenden Schritte wichtig:

- Die USA sollen Japan die Wichtigkeit ihrer Allianz versichern.
- Die USA sollen trilaterale Treffen der Verteidigungsminister der USA, Südkorea und Japan fordern.
- Die drei Länder sollen ein nicht mehr akzeptables Verhalten Nordkoreas (*Red Line*) klarstellen.
- Die amerikanischen Soldaten sollen in Südkorea ohne Reduzierung stationiert bleiben.

Ziel der US-Politik soll sein, die Bedrohung durch nordkoreanische Massenvernichtungswaffen und Langstreckenraketen mit friedlichen Mitteln zu beseitigen. Dafür sollte Washington Pyongyang ein umfassendes Paket vorschlagen, das sich um die wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen der DVRK vertreten kann. Für die USA und ihre Verbündeten bedeutet das Paket, dass sie sich darauf vorbereiten, Nordkorea als einen legitimen Akteur anzuerkennen, bis hin zu einer Normalisierung der Beziehungen.<sup>541</sup>

Schließlich forderte der Bericht, dass die USA zwei unattraktive Optionen für die koreanische Halbinsel vorbereiten sollten, falls die Diplomatie scheitern würde. Dies ist einmal eine mit Atomwaffen und Trägersystemen bewaffnete DVRK abzuschrecken. Die andere Option ist ein Präemptivschlag gegen Nordkorea allerdings mit begleitenden Ungewissheiten.<sup>542</sup>

---

<sup>541</sup> Vgl. ebd., S. 3–6.

<sup>542</sup> Vgl. ebd., S. 6–8.

## Die Versöhnungsphase zwischen den USA und Nordkorea

Trotz der im April 1996 begonnenen bilateralen Gespräche zwischen den USA und Nordkorea über eine Beendigung des Raketenprogramms konnte keine Einigung in dieser Frage erzielt werden. Nach dem Test *Taepodong-1* verhärteten sich die Verhandlungspositionen beider Staaten. Kurz nach dem Raketentest boten die USA Nordkorea finanzielle Unterstützung für regelmäßige Satellitenstarts im Ausland an. Dieses Angebot wurde in den bilateralen Gesprächen im März und während des *Perry*-Besuchs im Mai 1999 in Pyongyang wiederholt.<sup>543</sup> Die USA zielten auf die Beendigung des nordkoreanischen Raketenprogramms im Einklang mit den Richtlinien des MTCR ab. Dabei sollte Pyongyang auf die Produktion, den Test und den Einsatz von Raketen mit einer Reichweite von mehr als 300 Km und einer Tragkraft von mehr als 500 Kg sowie den Export von Raketen bzw. deren Technologie verzichten.<sup>544</sup>

Im September 1999 erreichten die beiden Staaten in Berlin eine Vereinbarung in der Raketenfrage. Nordkorea versprach mündlich, während der Dauer der US–DVRK Verhandlungen über die Raketenfrage zusätzliche Raketentests auszusetzen.<sup>545</sup> An diesem Moratorium hielt Pyongyang bis Juli 2006 fest. Im Gegenzug dazu versprach die US-Regierung, wirtschaftliche Sanktionen gegen Nordkorea aufzuheben.<sup>546</sup> Dies entsprach schon dem Inhalt des Rahmenabkommens von 1994. Für den Testverzicht verlangte Nordkorea von den USA Hilfe beim Start eigener Satelliten in Drittstaaten und für den Verzicht auf Exporte eine finanzielle Kompensation in Höhe von einer Milliarde US-Dollar. Bezüglich der Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen verlangte Pyongyang auch die Streichung von der amerikanischen Liste der terrorismusfreundlichen Staaten. Washington lehnte di-

---

<sup>543</sup> Vgl. Lee: *A Troubled Peace*, S. 197.

<sup>544</sup> Vgl. Harnisch: Die Gespräche zur Beendigung des nordkoreanischen Raketenprogramms zwischen Washington und Pjöngjang, S. 416.

<sup>545</sup> Vgl. Pritchard: *The Korean Peninsula and the role of multilateral talks*, S. 26.

<sup>546</sup> Vgl. Snyder: *Pyongyang's Pressure*, S. 167–169.

rekte Kompensationszahlungen ab, zeigte sich aber in der Raketenfrage verhandlungsbereit.<sup>547</sup>

Nach dem Test verständigten sich die beiden Staaten in den bilateralen Gesprächen im September 2000 darauf, dass der hochrangige nordkoreanische Militärvertreter *Cho Myong-rok* die USA vom 9. bis zum 12. Oktober 2000 besuchen sollte. Bei seinem Besuch in Washington wurde ein „gemeinsames Kommuniqué“<sup>548</sup> abgeschlossen. Das Kommuniqué enthielt einige wichtige Punkte, die auf die wachsende Annäherung zwischen beiden Staaten hinweisen. Zum einen bestätigte Nordkorea seinen Langstreckenraketenentest auszusetzen, *wenn sich die Gespräche bezüglich der Raketenfragen fortsetzen*. Zum anderen wiesen beide Seiten auf die Fortschritte im Bereich der Zusammenarbeit gegen den internationalen Terrorismus hin. Außerdem vereinbarten die beiden Seiten die Verpflichtungen des Rahmenabkommens von 1994 weiter beizubehalten.<sup>549</sup>

Im Gegenzug besuchte US-Außenministerin *Madeleine Albright* Pjöngjang vom 22. bis 24. Oktober 2000. Durch den gegenseitigen Besuch wurde die Beziehung zwischen den beiden Seiten deutlich verbessert. Die avisierte Reise von Präsident Clinton nach Pjöngjang blieb auf der bilateralen Tagesordnung bis zur Absage Ende Dezember 2000. Außerdem wurden die im Juli unterbrochenen bilateralen Raketengespräche auf Expertenebene für Anfang November einberufen, um noch die ausstehenden Raketenfragen zu erörtern. In den verbleibenden zwei Monaten der Amtszeit Clintons kamen die viel versprechenden Raketengespräche unter dem Druck der Präsidentschaftswahl in den USA wieder in Schwierigkeiten.<sup>550</sup>

Die Clinton-Regierung war zu diesem Zeitpunkt einer Beendigung des nordkoreanischen Raketenprogramms sehr nahe gekommen. Während des

---

<sup>547</sup> Vgl. Möller: *Korea 2001 – Neue Konfliktlinien*, S. 3; und Manning: *United States–North Korean Relations*, S. 80–81.

<sup>548</sup> U.S. Department of State: U.S.-D.P.R.K. Joint Communiqué (12, October 2000), at [http://www.state.gov/www/regions/eap/001012\\_usdprk\\_jointcom.html](http://www.state.gov/www/regions/eap/001012_usdprk_jointcom.html) (Stand: 18.12.2004); und Wit/Poneman/Gallucci: *Going Critical*, S. 425–428.

<sup>549</sup> Vgl. Lee: *A Troubled Peace*, S. 204–205.

<sup>550</sup> Vgl. ebd., S. 205–207.

*Albright*-Besuchs akzeptierte die DVRK grundsätzlich, dass sie auf die Entwicklung, die Produktion, den Test und den Export von Trägersystemen mit einer Reichweite von über 300 Kilometer verzichten würde. Darüber hinaus war sie damit einverstanden, dass der Verzicht nicht monetär (wie bisher gefordert), sondern materiell in Form von Satellitenstarts oder Wirtschaftshilfe kompensiert werden würde. Offen blieben die Verifikationsfrage und die Größe der Kompensation von den USA.<sup>551</sup> Später bedauerte die Clinton-Regierung, diese Gelegenheit verpasst zu haben. Laut *Lee Chae-jin* hieß es:

Clinton instead urged the new Bush administration to continue his policy of engagement toward North Korea and to “build on the progress we have made.” (...) Clinton later told William Perry that it was his “biggest regret” that he did not visit North Korea. Albright also recalled that there had been a chance to change the dynamics in Korea, saying, “Do I regret that we did not go forward? I personally do. I wish we could have.”<sup>552</sup>

Durch den gegenseitigen Besuch des zweiten nordkoreanischen Militärvertreter und der amerikanischen Außenministerin wurden die Beziehungen der beiden Staaten für kurze Zeit besser. Aber die Beziehungen werden wieder in Frage gestellt, seitdem Präsident George W. Bush gewählt wurde.

---

<sup>551</sup> Vgl. Harnisch, Sebastian: Die Gespräche zur Beendigung des nordkoreanischen Raketenprogramms zwischen Washington und Pjöngjang, in: *Österreichische Militärzeitschrift* (2002) 4, S. 415–424 (418–420); und Kim: North Korea and Northeast Asia in World Politics, S. 27.

<sup>552</sup> Lee: *A Troubled Peace*, S. 207.

### 3.3.3. Die hegemoniale Politik der Bush-Regierung

#### 3.3.3.1. Die zweite Nuklearkrise seit Ende 2002

##### **„Achse des Bösen“**

Die verbesserte Beziehung zwischen den USA und Nordkorea während der zweiten Amtszeit der Clinton-Administration verschlechterte sich wieder, als Präsident Bush Ende 2000 gewählt wurde. Vor allem nach dem 11. September 2001 kühlte sich die Beziehung ab. Eine konservative Gruppe der Bush-Administration meinte, dass die Nordkoreapolitik Clintons ausschließlich Beschwichtigung gewesen sei. Die Hardliner vertraten die Meinung, dass die USA die nordkoreanische Erpressung nicht belohnen sollten. Dagegen plädierte eine andere Gruppe der Regierung mit Unterstützungen der Wirtschaft für diplomatische Verhandlungen.<sup>553</sup> Diese gegensätzlichen Perspektiven innerhalb der Regierung haben sich bis heute wenig geändert, obwohl das Weiße Haus eine neue Nordkoreapolitik ankündigte, um die beiden widerstreitenden Positionen zu integrieren. Die neue Politik ist hart und kompromisslos, aber sie hat auch keine klare Haltung gegenüber Nordkorea. Danach finden die von der Clinton-Administration vorgesehenen Gespräche nicht mehr statt.<sup>554</sup>

In der zweiten *Nuclear Posture Review* (NPR) Anfang 2002 deklarierte das Pentagon Nordkorea mit sechs anderen Staaten zum potentiellen Ziel eines Atomwaffeneinsatzes. Damit verstießen die USA gegen die Vereinbarung des Genfer Rahmenabkommens, das 1994 mit der DVRK geschlossen wurde. Damals hatte die US-Regierung versprochen, Nordkorea zukünftig nicht mehr mit Atomwaffen zu bedrohen. Außerdem versuchte die Bush-

---

<sup>553</sup> Vgl. Abramowitz, Morton I./Laney, James T./Heginbotham, Eric: *Meeting the North Korean Nuclear Challenge* (Report of an Independent Task Force: the Council on Foreign Relations, June 2003), S. 2–3.

<sup>554</sup> Vgl. Wulf, Herbert: Poker um Nordkoreas Atomprogramm, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (Bonn, 48/2005), S. 16–23 (18–21).

Regierung neue Atomwaffen (sog. *Mini-Nukes*) zu entwickeln. Damit wollte sie nordkoreanische Bunker, einschließlich Lager für chemische und biologische Waffen, zerstören können.

Im Januar 2002 ordnete Präsident Bush Nordkorea einer „Achse des Bösen“ zu. Danach betonte er die Möglichkeit eines Präventivschlages gegenüber *rogue states* inklusive Nordkorea. In der nationalen Sicherheitsstrategie (NSS) im September 2002 verkündete die Bush-Regierung, dass eine präventive bzw. präemptive militärische Intervention als Mittel der Nichtweiterverbreitung und ein Regimewechsel als Mittel der Abrüstung eingesetzt werden könnte. Ende 2002 unterbrach sie das Genfer Rahmenabkommen angeblich aufgrund eines geheimen Atomwaffenprogramms Nordkoreas.

### **Das Thema des Urananreicherungsprogramms**

Nach dem Besuch des US-Asienbeauftragten *James Kelly* in Nordkorea vom 3. bis 5. Oktober 2002 meldeten Agenturen am 17. Oktober 2002, dass die nordkoreanische Führung in Gesprächen mit den USA eingestanden habe, Atomwaffen zu besitzen und ein geheimes Urananreicherungsprogramm (*highly enriched uranium*, HEU) zu betreiben. Die US-Regierung gab bekannt, dass Pyongyang entgegen dem Rahmenabkommen sein Atomprogramm wieder aufgenommen habe. Aber es gibt bisher keinen überzeugenden Beweis dafür. *Kellys* Behauptung beruht darauf, dass die nordkoreanische Regierung „noch furchtbare Waffen“ erwähnte.<sup>555</sup> Wörtlich verlautete die *Korean Central News Agency* (KCNA):

That was why the DPRK made itself very clear to the special envoy of the U.S. President that the DPRK was entitled to possess not only nuclear weapon but

---

<sup>555</sup> Vgl. Möller, Kay: Pyöngyang bekennt sich zur Bombe, in: *SWP-Aktuell 41* (Berlin, Oktober 2002), S. 1; und Lee: *A Troubled Peace*, S. 223–225.

any type of weapon more powerful than that so as to defend its sovereignty and right to existence from the ever-growing nuclear threat by the U.S.<sup>556</sup>

Diese nordkoreanische Provokation war eine Verteidigungsstrategie gegen die hegemoniale Außenpolitik der Bush-Regierung (z. B. als ein potenzielles Ziel von US-Atomwaffen, ein Teil der „Achse des Bösen“), die die Einbindungsversuche der Clinton-Regierung aufgegeben hatte.<sup>557</sup> Während Pyöngyang mit dem Eingeständnis zu versuchen schien, die USA zur Aufnahme von einem bilateralen Gespräch zu bewegen, verweigerte aber die US-Regierung das Gespräch aufgrund des Eskalationsrisikos und anders gelagerter internationaler Prioritäten.<sup>558</sup>

Die Bush-Regierung inklusive Vizepräsident *Dick Cheney* behauptete, dass der pakistanische Atomwissenschaftler *A. Q. Khan* bestätigt habe, dass Pakistan seine nukleare Technologie an Nordkorea verkauft habe. Daraus ergeben sich für die USA kaum Zweifel, dass Nordkorea ein Urananreicherungsprogramm hat.<sup>559</sup> Viele westliche Analytiker halten die Behauptung der US-Regierung für richtig. Die amerikanischen Wissenschaftler für Nordostasien, *Michael O’Hanlon* und *Mike Mochizuki* setzten die Existenz des nordkoreanischen „HEU Programms“ in ihrem Buch voraus.<sup>560</sup> Einige deutsche Wissenschaftler z. B. *Kay Möller*,<sup>561</sup> *Oliver Thränert*<sup>562</sup> und *Sebastian Harnisch* scheinen in der Regel die Behauptung der USA zu akzeptieren. *Harnisch* beschreibt diese Situation folgendermaßen:

---

<sup>556</sup> DPRK Foreign Ministry Statement: Conclusion of non-aggression treaty between DPRK and U.S. called for, in: KCNA (25.10.2002), at <http://www.kcna.co.jp/index-e.htm> (Stand: 14.05.2004).

<sup>557</sup> Vgl. Möller: Nordkorea – der verschleppte Konflikt, S. 2.

<sup>558</sup> Vgl. Möller: Pyöngyang bekennt sich zur Bombe, S. 4.

<sup>559</sup> Vgl. Kahn, Joseph/Chira, Susan: Chinese Official Challenges U.S. Stance on North Korea, in: NYT (09.06.2004).

<sup>560</sup> Vgl. O’Hanlon, Michael E./Mocizuki, Mike M.: *Crisis on the Korean Peninsula – How to deal with a Nuclear North Korea* (McGraw-Hill, 2003), S. 65–67.

<sup>561</sup> Vgl. Möller: Pyöngyang bekennt sich zur Bombe, S. 1–4.

<sup>562</sup> Vgl. Thränert, Oliver: Nordkorea unterläuft den Atomwaffensperrvertrag, in: *Die Welt* (19.11.2002).

This secret nuclear program violates the commitment of the NPT (April 18, 1985), the Joint North-South Declaration on the Denuclearisation of the Korean Peninsula (January 20, 1992), the IAEA Safeguards Agreement (April 9, 1992) and the Geneva Agreed Framework (October 21, 1994), if it is true.<sup>563</sup>

Die bisher veröffentlichten Berichte über das Urananreicherungsprogramm ergeben kein klares Bild. Sie bilden vielmehr ein Puzzle, das nur einige (vorläufige) begründete Vermutungen über den Charakter und die Ziele des Projektes zulässt.<sup>564</sup>

Trotzdem akzeptiert er die amerikanische Behauptung des geheimen Urananreicherungsprogramms ohne klare Beweise.

Aber Nordkorea bestritt die Behauptung *Kellys*<sup>565</sup> und bezeichnete das Geständnis des pakistanischen Wissenschaftlers *Khan* über die illegale Weitergabe von Nukleartechnologie an Pyonyang als „glatte Lüge“.<sup>566</sup> Auch China glaubt die Behauptung nicht. Ein hoher chinesischer Beamter sagte, dass die Behauptung der Bush-Regierung zweifelhaft sei, dass Nordkorea versuche, Atomwaffen mit einer Urananreicherung aufzubauen. Er brachte die US-Regierung dazu, die Unterbrechung der Nuklearverhandlungen nicht mehr mit *Kellys* Behauptung zu begründen.<sup>567</sup>

## **Die zweite nordkoreanische Nuklearkrise**

Der Verwaltungsrat der KEDO verurteilte mit der Behauptung *Kellys* die nordkoreanische Handlung und beschloss im November 2002, die Schwer-

---

<sup>563</sup> Harnisch, Sebastian: Make or Break? Relations between the United States and North Korea after Pyongyang's admission of a secret nuclear weapons program, in: *Asien-Afrika-Lateinamerika* 30 (2002) 6, S. 581–597 (584).

<sup>564</sup> Harnisch: Nordkoreas nukleare Programme, S. 155.

<sup>565</sup> Vgl. Pinkston/Saunders: Seeing North Korea Clearly, S. 82.

<sup>566</sup> Vgl. Atomhandel "Eine glatte Lüge", in: FAZ (10.02.2004), S. 8.

<sup>567</sup> Vgl. Kahn/Chira: Chinese Official Challenges U.S. Stance on North Korea.



öl-Lieferungen auszusetzen. Die Aussetzung war die offizielle Unterbrechung des Rahmenabkommens der amerikanischen Seite. Die IAEA forderte Nordkorea gemäß einer Resolution auf, seine vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen. Pyongyang wies diese Forderung zurück und beschuldigte die IAEA, nur die amerikanischen Interessen zu vertreten. Danach wurde der Forschungsreaktor in Yongbyon wieder mit Brennstäben beladen. Die von der IAEA installierten Videokameras wurden entfernt und die beiden IAEA-Inspektoren im Dezember 2002 des Landes verwiesen. Im Januar 2003 forderte die IAEA Nordkorea ultimativ auf, seine Verpflichtungen zu erfüllen und eine Rückkehr der Inspektoren nach Yongbyon zu erlauben. Anderenfalls würde die Angelegenheit an den UN-Sicherheitsrat überwiesen. Aber Nordkorea erklärte seinen sofortigen Austritt aus dem NPT. Dadurch wurden endgültig das Rahmenabkommen und (ein Jahr später) der KEDO-Prozess unterbrochen. Damit begann die zweite nordkoreanische Nuklearkrise.<sup>568</sup>

Eine Verurteilung Nordkoreas im UN-Sicherheitsrat scheiterte im Februar 2003 aufgrund des Widerspruchs Chinas und Russlands. Pyongyang drohte daraufhin mit einer Aufkündigung des Waffenstillstandsabkommens. Die Bush-Regierung verlautete, dass alle Optionen offen seien. Sie fürchtet die Verbreitung nuklearen Materials, indem die DVRK es anderen *rogue states* oder Terrororganisationen verkauft, da die Aussetzung der Heizöllieferung die wirtschaftliche Situation Nordkoreas verschlimmert. Die US-Regierung will deshalb verdächtige nordkoreanische Schiffe und Flugzeuge mit Hilfe pazifischer und europäischer Staaten im Rahmen der PSI (Proliferation Security Initiative) aufbringen. Außerdem schlug sie Verhandlungen unter Einbeziehung der fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats, der beiden koreanischen Staaten, Japans, Australiens und der EU vor.<sup>569</sup>

Im April 2003 gab Nordkorea im Drei-Staaten-Gespräch (USA, DVRK, China) in Peking seinen Widerstand gegen den amerikanischen Vorschlag

---

<sup>568</sup> Vgl. Lee: *A Troubled Peace*, S. 224–227.

<sup>569</sup> Vgl. Hilpert, Hanns Günter/Möller, Kay: *Der nordkoreanische Atomkonflikt. Eine Chronologie*, in: *SWP-Diskussionspapier* (Berlin, 2006), siehe 2002–2003.

von multilateralen Verhandlungen auf. Als Vorschlag bot die DVRK an, ihre Atomprogramme unter Beobachtung einzufrieren und später abzubauen. Im Gegenzug sollten die USA ein formelles „Nicht-Angriffs-Abkommen“ unterzeichnen und sich verpflichten, die Entwicklung politischer und wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Nordkorea und Südkorea bzw. Nordkorea und Japan nicht zu verhindern. Die Leichtwasserreaktoren sollten fertig gebaut und Ersatzenergie in der Übergangszeit zur Verfügung gestellt werden. Diese Forderungen waren ähnlich wie die im Genfer Rahmenabkommen. Aber die US-Regierung blieb bei ihrer Forderung nach einem bedingungslosen Ende aller Atomprogramme, erklärte sich jedoch zu weiteren Gesprächen bereit.<sup>570</sup>

Kurz nach dem Sturz *Saddam Husseins* teilte der damalige Verteidigungsminister *Rumsfeld* mit, dass die USA mit China zusammenarbeiten sollten, um einen Regimewechsel in Pyongyang herbeizuführen.<sup>571</sup> Und *Richard Perle*, ein einflussreicher Berater *Rumsfelds*, äußerte am 16. Juni 2003 die Meinung, noch im selben Jahr gleichzeitig mit dem Irak-Krieg die Nuklearanlagen in Yongbyon durch einen militärischen Angriff zu zerstören.<sup>572</sup> Anfang 2004 genehmigte *Rumsfeld* den geheimen „CONPLAN 8022“. Damit können die USA im Prinzip die nordkoreanischen Nuklearanlagen präemptiv angreifen.

Im Juli 2003 meldeten amerikanische Nachrichtendienste Wiederaufbereitungsaktivitäten in Yongbyon. Diese nordkoreanische Verhaltensweise, die in Verhandlungen die Möglichkeit von Konzessionen des Verhandlungspartners durch Täuschungsmanöver oder Bedrohungen maximieren will, nennt man die Strategie einer „Krisendiplomatie“ oder „*Brinkmanship*“.<sup>573</sup> Unter diesen Umständen erreichten die USA und Nordkorea mit der Hilfe der chinesischen Diplomaten ein „Sechs-Staaten-Gespräch“ in Peking. Damit kehrten die USA von einer bisherigen strengen Position angesichts

---

<sup>570</sup> Vgl. Möller: Nordkorea – der verschleppte Konflikt, S. 2.

<sup>571</sup> Vgl. Feffer: *Nordkorea und die USA*, S. 104–108.

<sup>572</sup> Vgl. Perle–Nuklearanlagen in Nordkorea angreifen, in: FAZ (17.06.2003), S. 6.

<sup>573</sup> Vgl. Snyder: *Negotiating on the edge*, S. 68–85.

des nordkoreanischen Nuklearprogramms zu diplomatischen Verhandlungen zurück.

Obwohl die USA an den Sechsparteiengesprächen in Peking seit August 2003 teilgenommen hatten, verkündete die Bush-Regierung den “North Korean Human Rights Act” im Oktober 2004. Das Gesetz hat vor, Klarheit in die Verteilung der humanitären Hilfe für das nordkoreanische Volk zu bringen und seine Flüchtlinge zu schützen (heutzutage etwa 200.000–300.000 Personen in China).<sup>574</sup> Dafür wird ein Budget von 20 Millionen US-Dollar jährlich bis 2008 aufgestellt. Aber das Gesetz bestärkte die nordkoreanische Wahrnehmung der US-Politik des Regimewechsels.<sup>575</sup> Durch den Beschluss des Gesetzes erhöhte die US-Regierung ihre Voraussetzungen für eine Normalisierung ihrer Beziehung zu Nordkorea,<sup>576</sup> das heißt, die nordkoreanische Regierung soll für die Normalisierung der Beziehung nicht nur auf ihr Atomprogramm verzichten, sondern sich auch um Menschenrechte kümmern. Japan hat eine positive Haltung gegenüber diesem Gesetz. Aber Südkorea und China lehnen es ab, da sie glauben, dass das Gesetz nicht für die Lösung der Nuklearfrage hilfreich ist.<sup>577</sup> Darüber hinaus brandmarkte Außenministerin *Rice* Nordkorea als ein „Vorposten der Tyrannei“ in der Welt im Januar 2005. Die bisherige US-Politik ist also eine große Bedrohung für Nordkorea.

### **Eine Analyse der Nordkoreapolitik der Bush-Regierung**

*Kellys* Behauptung (Nordkorea betreibe ein Urananreicherungsprogramm) war für die USA und Nordkorea sehr relevant, weil die Bush-Regierung

---

<sup>574</sup> Vgl. Cohen, Roberta: Talking Human Rights With North Korea, in: *Washington Post* (29.08.2004).

<sup>575</sup> Vgl. Wu: What China Whispers to North Korea, S. 37–38.

<sup>576</sup> Vgl. Abramowitz/Laney/Heginbotham: *Meeting the North Korean Nuclear Challenge*, S. 11–12.

<sup>577</sup> Vgl. Hwang, Balbina Y.: Spotlight on the North Korean Human Rights Act – Correcting Misperceptions, in: *Backgrounder*, No. 1823 (Washington, DC: The Heritage Foundation, 10.02.2005), S. 1–5.

damit das Rahmenabkommen unterbrechen und die verbesserten nordkoreanischen Beziehungen zu Südkorea und Japan abbrechen konnte. Vor allem hatte die US-Regierung einige Schwierigkeiten bezüglich der Implementierung des Rahmenabkommens, aufgrund des Widerstandes aus dem Kongress, die Heizöl-Lieferungen an Nordkorea durchzusetzen und die Leichtwasserreaktoren aufzubauen. Außerdem schwächte sich die Initiative der USA langsam etwas in dieser Region ab, weil die Beziehungen zwischen Nord- und Südkorea seit dem koreanischen Gipfeltreffen im Juni 2000 einerseits und Nordkorea und Japan andererseits immer besser wurden. Der japanische Premierminister *Junichiro Koizumi* besuchte Pyongyang im September 2002. Dadurch hätten die beiden Staaten bald eine Normalisierung ihrer Beziehung erreichen können.<sup>578</sup>

Darüber hinaus hatten die meisten Staaten der Europäischen Union schon diplomatische Beziehungen zu Nordkorea aufgenommen. Die Bundesrepublik Deutschland, als 11. EU-Mitglied, nahm im September 2001 Beziehungen zu Pyongyang auf.<sup>579</sup> Zu diesem Zeitpunkt tauchte im Oktober 2002 die Behauptung *Kellys* auf. Damit wurden die verbesserten Beziehungen zwischen Nord- und Südkorea bzw. Nordkorea und Japan vorübergehend abgebrochen. Dadurch gewann die Bush-Regierung wieder die politische Initiative in Nordostasien, unabhängig davon, ob die Behauptung richtig oder falsch war. In diesem Fall spielte der Wahrheitsgrad der Behauptung eine geringe Rolle.

Diese Politik zeigt deutlich zum einen den unilateralen Aspekt der amerikanischen Außenpolitik gegenüber Nordkorea, dass die Bush-Regierung nur aufgrund ihrer eigenen unbewiesenen Behauptung das Rahmenabkommen unterbrach, obwohl Nordkorea diese Vorwürfe bestritt und es keinen Beweis dafür gab. Damit verzichtete die US-Regierung selbst auf eine diplomatische Lösung des nordkoreanischen Atomprogramms. Zum anderen zeigt sie, dass die USA eine angespannte Situation auf der koreanischen

---

<sup>578</sup> Vgl. Möller: Ende der koreanischen Eiszeit?, S. 4.

<sup>579</sup> Vgl. Möller, Kay: Korea 2001– Neue Konfliktlinien, in: *SWP-Aktuell 9* (Berlin, April 2001).

Halbinsel und in Nordostasien nicht unbedingt vermeiden wollen, weil sie einerseits durch die Behauptung eine Möglichkeit zur Rückkehr zum angespannten Zustand vor dem Rahmenabkommen haben und sie andererseits damit auch die besser werdenden nordkoreanischen Beziehungen zu Südkorea und Japan schwächen.

Außerdem verwendete die Bush-Regierung die Behauptung *Kellys* später auch als einen Vorwand für die Verzögerung der Nuklearverhandlung in den „Sechs-Staaten-Gesprächen“, die seit dem August 2003 geführt werden. Aber nach der zweiten Gesprächsrunde erwähnte die US-Regierung das nordkoreanische HEU Programm nicht mehr. Dies bedeutet, dass das „HEU Programm“ für die USA eigentlich nicht so wichtig war und nur ein strategisches Mittel war.

Abgesehen davon verfolgt die Bush-Regierung eine widersprüchliche Politik gegenüber Nordkorea: einerseits eine „Übertreibung“ der Nuklearfragen und andererseits eine „wohlmeinende Vernachlässigung“. Mit der Übertreibung rechtfertigt sie ihren Plan der Raketenabwehrsysteme (NMD und TMD) bzw. ihre Militärausgaben.<sup>580</sup> Im Gegensatz dazu verfolgt sie die Politik der Vernachlässigung, weil zum einen zumindest der militärische „Status quo“ in Nordostasien aus amerikanischer Sicht langfristig ihren Interessen nicht entgegensteht. Zum anderen gibt es nach *Kay Möller* folgende Schwierigkeiten für eine militärische Option gegen Nordkorea:

erstens angesichts der militärischen Verwundbarkeit Südkoreas, zweitens wegen hoher Eskalationsrisiken, drittens aufgrund horizontaler Proliferationsprobleme (d. h. Auslösung eines atomaren Wettrüstens in Nordostasien), sowie viertens mit Blick auf mögliche negative Folgen für die Bündnisse der USA in Nordostasien.<sup>581</sup>

---

<sup>580</sup> Vgl. Cha: *Assessing the North Korean Threat: The Logic of Preemption, Prevention, and Engagement*, S. 238; und Reiter: *Nach dem Irak nun Nordkorea?*, S. 6.

<sup>581</sup> Möller, Kay: Nordkorea – der verschleppte Konflikt, in: *SWP-Aktuell* 32 (Berlin, September 2003), S. 3.

Noch ein anderer Grund für die widersprüchliche Politik könnte im Folgenden liegen. Wenn die US-Regierung ihre Beziehung zu Nordkorea normalisieren würde, dann müsste sie vielleicht ihre Truppen aus Südkorea abziehen, da die USFK ihr Ziel (Abschreckung und Eindämmung gegen Nordkorea) verlieren würden. Sowohl durch den Abzug der USFK als auch durch eine gute Beziehung zwischen einem „wiedervereinigten Korea“ und China könnten die USA ihre bisherige dominante Position in der Region verlieren. Vor allem steht der Abzug deutlich ihrer Sicherheitsstrategie entgegen, die bisher immer wieder vom Pentagon betont wurde. Außerdem würde die US-Regierung mit der Normalisierung ihrer Beziehung zur DVRK ein Argument für den Raketenabwehrplan (NMD/TMD) verlieren.

Nach ihren globalen und regionalen Interessen verfolgt die US-Regierung bisher eine übertriebene oder vernachlässigende Haltung gegenüber Nordkorea. Es sieht also so aus, dass die USA nach einer Strategie suchen, die ohne Verlust ihrer Vorherrschaft in der Region die nordkoreanische Nuklearfrage lösen kann. Dabei ist der „Regimewechsel“<sup>582</sup> Nordkoreas eine Möglichkeit. Dadurch könnte eine pro-amerikanische Regierung in der DVRK wie in Afghanistan oder im Irak gebildet werden. Die neue Regierung würde weiter amerikanische Unterstützung brauchen. Damit könnten die USA ihre Soldaten auf der koreanischen Halbinsel weiter stationieren und dadurch ihre Dominanz nicht verlieren. Deshalb zeigt sich die Bush-Regierung für bilaterale Verhandlung mit der nordkoreanischen Regierung für eine schnelle Lösung der Nuklearkrise nicht bereit.

---

<sup>582</sup> Vielleicht aufgrund der Schwierigkeit eines Regimewechsels ändert die Bush-Regierung allmählich das Konzept von “regime change” zu “regime transformation” und “regime behavior change”. vgl. Shim, Jae-yun: Washington Seeks “Transformation” of North Korean Regime: Hadley, in: The Korea Times (08.12.2004), at <http://times.hankooki.com/lpage/200412/kt2004120815151210220.htm> (Stand: 24.10.2006); und U.S. Department of State: Libya Important Model for Regime Behavior Change, Rice Says – Iran, North Korea should make similar strategic decisions, says secretary (15.05.2006), at <http://usinfo.state.gov/is/Archive/2006/May/19-212673.html> (Stand: 24.10.2006).

### 3.3.3.2. Die Sechs-Staaten-Gespräche seit 2003

#### Die erste Gesprächsrunde

Vom 27. bis 29. August 2003 fanden die ersten Sechs-Staaten-Gespräche mit den USA, China, Russland, Japan, Nord- und Südkorea über eine Beendigung des nordkoreanischen Nuklearprogramms in Peking statt. Nordkorea forderte von den USA einen Nichtangriffspakt. China und Russland gaben vor den Verhandlungen bekannt, dass sie Nordkoreas Forderung nach einer Sicherheitsgarantie unterstützen. Nordkorea bot auch an, sein Atomprogramm aufzugeben, wenn die USA ihre Heizöl-Lieferungen an Nordkorea wiederaufnehmen. Außerdem bestritt Nordkorea wieder die Behauptung *Kellys*. Dies sei nur eine Strategie der Amerikaner.<sup>583</sup> Die sechs Staaten einigten sich nur darauf, dass der Atomstreit mit Nordkorea friedlich durch Dialog beigelegt werden müsse, so dass Frieden und Sicherheit auf der koreanischen Halbinsel gesichert werden können. Die Gespräche endeten mit der Versicherung, sie fortsetzen zu wollen, aber ohne Ergebnis.<sup>584</sup> Zusammenfassend schlug die nordkoreanische Delegation eine Paket-Lösung (sog. „kühnen Plan“<sup>585</sup>) verbunden mit gleichzeitigen Aktionen der USA und Nordkoreas vor, nämlich:

Die USA sollten in einem Stufenplan wieder Öl und humanitäre Hilfe liefern, einen Nichtangriffspakt unterzeichnen und diplomatische Beziehungen zu Nordkorea aufnehmen. Nordkorea wollte im Gegenzug keine Atomwaffen herstellen, atomare Inspektionen erlauben, am Ende die Nuklearanlagen abbauen, den Test von Raketen einstellen und ihren Export stoppen.<sup>586</sup>

---

<sup>583</sup> Vgl. Zweite Runde im Oktober? – Nordkorea-Gespräche ohne größere Fortschritte, in: FAZ (29.08.2003), S. 4.

<sup>584</sup> Vgl. Atomstreit: Nordkorea – Gespräche ohne Ergebnis, aber mit Fortsetzung, in: FAZ (30.08.2003), S. 6.

<sup>585</sup> Vgl. Erling, Johnny: Nordkorea bietet einen „neuen kühnen Plan“ an, in: *Die Welt* (29.08.2003).

<sup>586</sup> Sechser-Gespräche in Peking. Nordkorea-Gipfel endet ohne greifbaren Erfolg, in: *Süddeutsche Zeitung* (29.08.2003).

Die USA blieben bei ihrer Position, derzufolge für sie ein Nichtangriffspakt im Moment nicht in Frage kommt. Die amerikanische Seite machte Andeutungen hinsichtlich einer neuen Flexibilität, legte aber kein neues Gegenangebot vor. Die USA forderten von Nordkorea einen Verzicht auf sein Atomprogramm ohne Bedingungen.<sup>587</sup> Zuvor erklärte die nordkoreanische Delegation vor der Abreise in Peking laut der Frankfurter Allgemeinen Zeitung:

„Es gibt keine Notwendigkeit, diese Art von Gesprächen zu führen“, „Wir haben daran kein Interesse mehr. Unsere Erwartungen sind verschwunden“, und „Wir haben festgestellt, dass die Vereinigten Staaten nicht die Absicht haben, ihre Politik zu ändern, und versuchen, uns durch Tricks zu entwaffnen“.<sup>588</sup>

### **Die zweite Gesprächsrunde**

Die zweiten Verhandlungen fanden in Peking zwischen dem 25. und 28. Februar 2004 statt. Nordkorea verlangte Sicherheitsgarantien und Wirtschaftshilfe im Gegenzug für seine Aufgabe des Atomprogramms. Dagegen forderten die USA von Pyongyang die so genannte „vollständige, überprüfbare, unwiderrufliche Aufgabe“<sup>589</sup> aller Atomprogramme, erst dann sei die Bush-Administration bereit, eine Sicherheitsgarantie für Nordkorea abzugeben. Als Geste gegenüber Pyongyang versicherte der amerikanischen Delegationsleiter *Kelly* zum Auftakt der Verhandlungen, dass die USA Nordkorea nicht angreifen wollten.<sup>590</sup>

Die südkoreanische Delegation legte einen Vorschlag vor, wonach Südkorea, China und Russland bei der Energieversorgung helfen könnten. Vor-

---

<sup>587</sup> Vgl. Pomfret, John: U.S., North Korea Don't Bend on Arms – No Movement at Nuclear Talks in Beijing, in: *Washington Post* (28.08.2003).

<sup>588</sup> Nordkorea will offenbar keine weiteren Atomgespräche, in: FAZ (31.08.2003), S. 4.

<sup>589</sup> „Complete, verifiable, irreversible dismantlement (CVID)“, in: Kahn, Joseph: North Korea Nuclear Talks Wind Down With Little Progress, in: NYT (27.02.2004).

<sup>590</sup> Vgl. Fortschritte bei Nordkorea-Gesprächen, in: FAZ (27.02.2004), S. 6; und Pan, Philip P.: South Korea tries to broker deal between U.S. and North Korea, in: *Washington Post* (25.02.2004).



aussetzung sei allerdings, dass Nordkorea garantieren müsse, sein Atomprogramm vollständig aufzugeben. Japan und die USA unterstützten dies, wollten sich aber nicht an der Hilfe beteiligen.<sup>591</sup> Außerdem schlug Südkorea vor, die Gespräche künftig monatlich zu veranstalten und für die Zwischenzeit eine Arbeitsgruppe zu installieren.<sup>592</sup> Nach russischen Angaben erklärte Nordkorea sich bereit, sein militärisches Atomprogramm einzustellen. Das Land wolle dafür aber an seinen Atomanlagen zur Energieerzeugung weiterbauen, hieß es.<sup>593</sup>

Kernpunkt des Streits war der Verdacht Washingtons, dass Nordkorea Uran zur Atomwaffen-Produktion anreichern wolle – ein Vorwurf, der von Nordkorea bestritten wird und für den die USA keine Beweise vorgelegt haben. Die USA bezeichneten die Gespräche als sehr erfolgreich, da die „komplette, verifizierbare und irreversible“ Einstellung der nordkoreanischen Atomprogramme nun mehr denn je auf der Tagesordnung sei. Trotzdem gab es weiter erhebliche Differenzen zwischen den USA und Nordkorea.<sup>594</sup> Der chinesische Delegationsleiter bzw. der Vorsitzende der Gespräche *Wang Li* sagte, dass es nötig ist, die Gespräche weiterzuführen, weil es einige Unterschiede und Schwierigkeiten gibt.<sup>595</sup>

### **Die dritte Gesprächsrunde**

Die dritten Verhandlungen fanden in Peking vom 23. bis 26. Juni 2004 statt. In dieser dritten Runde legten die USA ein erstes Angebot an Nordkorea vor. Sollte Nordkorea sein Atomprogramm einfrieren, könnte es daraufhin sofort Energiehilfe und eine vorläufige Sicherheitsgarantie bekommen.<sup>596</sup> Im Detail kann Nordkorea Wirtschaftshilfe seitens Dritter erhalten, voraus-

---

<sup>591</sup> Vgl. North Korea says U.S. is Stalling Nuclear Talks, in: NYT (26.02.2004).

<sup>592</sup> Vgl. Hilpert/Möller: *Der nordkoreanische Atomkonflikt*, siehe Februar 2004.

<sup>593</sup> Vgl. North Korea says U.S. is Stalling Nuclear Talks.

<sup>594</sup> Vgl. Sechs-Gespräche: Nordkorea-Streit schwelt weiter, in: FAZ (28.02.2004), S. 8.

<sup>595</sup> Vgl. Pan, Philip P./Kessler, Glenn: North Korea Talks ending without Agreement, in: *Washington Post* (27.02.2004).

<sup>596</sup> Vgl. Pjöngjang droht mit Atomtest, in: FAZ (26.06.2004), S. 4.

gesetzt, die DVRK lege binnen drei Monaten eine vollständige Liste sämtlicher nuklearer Aktivitäten vor und friere bestimmte Programme unter Aufsicht ein. Außerdem würde man eine „provisorische multilaterale Sicherheitsgarantie“<sup>597</sup> erteilen.

Der Vorschlag stellte eine Wende in der amerikanischen Politik dar, da die Bush-Administration bislang darauf bestanden hatte, dass Nordkorea nicht für den Bruch internationaler Abmachungen (das Rahmenabkommen) belohnt werden dürfe. Die Wende der Politik war nach der Meinung von diplomatischen Beobachtern vor allem durch den Druck der asiatischen Nachbarn Nordkoreas eingeleitet worden, die die USA zu mehr Flexibilität im Umgang mit Nordkorea gedrängt hätten.<sup>598</sup> Der stellvertretende chinesische Außenminister *Wang Yi* bekräftigte die Zweifel der Volksrepublik China an der Behauptung der USA, dass Nordkorea ein Atomwaffenprogramm auf Uranbasis betreibe. Und er forderte Washington zu größerer „Flexibilität“ auf.<sup>599</sup>

Pyongyang erneuerte das Angebot, sein Plutoniumprogramm als ersten Schritt einer umfassenden Lösung im Gegenzug für Wirtschaftshilfen und Sicherheitsgarantien einzufrieren. Wenn die übrigen fünf nordkoreanische Vorschläge akzeptiert werden sollten, könne man auch über einen Wiederbeitritt der DVRK zum NPT und eine Rückkehr der IAEA-Inspektoren sprechen.<sup>600</sup> Später drohte ein nordkoreanischer Diplomat in einem bilateralen Gespräch der US-Delegation mit einem Atomtest, berichtete ein amerikanischer Diplomat. Japanische und südkoreanische Diplomaten zeigten sich danach bemüht, die Äußerung herunterzuspielen. Nordkorea hatte bereits bei vorangegangenen Gesprächen mit Atomtests gedroht. Nach der Einschätzung von Diplomaten wollte die nordkoreanische Delegation mit

---

<sup>597</sup> Hilpert/Möller: *Der nordkoreanische Atomkonflikt*, siehe Juni 2004.

<sup>598</sup> Vgl. FAZ (26.06.2004).

<sup>599</sup> Vgl. Talks on North Korea Nuclear Program End, in: NYT (26.06.2004).

<sup>600</sup> Vgl. Hilpert/Möller: *Der nordkoreanische Atomkonflikt*, siehe Juni 2004.

dieser Drohung größere Zugeständnisse der Amerikaner erreichen.<sup>601</sup> Der chinesische Vize-Außenminister sagte, dass es noch einen ernsthaften Mangel im gegenseitigen Vertrauen gäbe.<sup>602</sup>

### **Die vierte Gesprächsrunde**

Nach dreizehnmonatiger Unterbrechung fanden die vierten Verhandlungen in Peking zwischen dem 26. Juli und 7. August sowie dem 13. und 19. September 2005 statt. Endlich wurde eine „Gemeinsame Erklärung (*Joint Statement*)“ erreicht. Die Gemeinsame Erklärung über Grundzüge für ein Ende des nordkoreanischen Atomwaffenprogramms war das erste gemeinsame Dokument, das in den bisher viermaligen Verhandlungsrunden seit August 2003 angenommen worden war.<sup>603</sup> Die Erklärung beinhaltet die folgenden sechs Punkte:

- 1) –Die sechs Parteien haben das Ziel bekräftigt, Kerntechnik auf der koreanischen Halbinsel auf friedliche und nachprüfbar Weise abzuschaffen.
  - Nordkorea verpflichtet sich, alle Atomwaffen und Atomprogramme aufzugeben und zum Atomwaffensperrvertrag zurückzukehren.
  - Die USA haben versichert, dass sie keine Atomwaffen auf der koreanischen Halbinsel stationiert und keine Absicht haben, Nordkorea anzugreifen.
  - Südkorea bekräftigt seine Verpflichtung, keine Atomwaffen anzunehmen.
  - Nordkorea stellt fest, dass es das Recht zu einer friedlichen Nutzung von Atomenergie hat.
  - Die anderen Parteien haben zugestimmt, zu „einem angemessenen Zeitpunkt“ das Thema einer Lieferung eines Leichtwasserreaktors zu diskutieren.
- 2) Nordkorea und die USA respektieren ihre gegenseitige Souveränität, wollen friedlich gemeinsam existieren und ihre Beziehung normalisieren.

---

<sup>601</sup> Vgl. FAZ (26.06.2004).

<sup>602</sup> Vgl. NYT (26.06.2004).

<sup>603</sup> Vgl. Nordkorea will sein Atomprogramm aufgeben, in: FAZ (19.09.2005).

- 3) Die Parteien werden die wirtschaftliche Zusammenarbeit in den Bereichen Energie, Handel und Investitionen fördern. China, Japan, Südkorea, Russland und die USA wollen Energiehilfen an Nordkorea leisten. Südkorea wird zwei Millionen Kilowatt Strom liefern.
- 4) Die direkt betroffenen Staaten werden einen dauerhaften Frieden für die koreanische Halbinsel in einem passenden, separaten Rahmen aushandeln.
- 5) Die Parteien werden nach dem Prinzip „Zusage gegen Zusage, Tat gegen Tat“ Schritte zur Umsetzung der Vereinbarung machen.
- 6) Die sechs Parteien werden eine fünfte Runde der Gespräche im November in Peking halten.<sup>604</sup>

Trotz der Einigung sind einige Fragen noch offen. Erstens haben die USA und Nordkorea andere Interpretationen über die Reihenfolge der Implementierung des Abkommens. Darüber hinaus gibt es in der gemeinsamen Erklärung auch keine Erwähnung darüber, wann z. B. Nordkorea sein Nuklearprogramm aufgibt, wann die Inspektion der IAEA beginnt, wann die USA und die anderen vier Staaten Energiehilfe geben und vor allem wann „ein angemessener Zeitpunkt“ für die Lieferung der Leichtwasserreaktoren (LWR) ist. Außerdem ist es unklar, ob die USA damit ihre Politik gegenüber Nordkorea (z. B. Regimewechsel) ändert haben oder nicht. Obwohl die USA erklärt haben, dass sie keine Absicht haben, Nordkorea mit nuklearen oder konventionellen Waffen anzugreifen, ist es aber unwahrscheinlich, dass die USA ihre Truppen aus Südkorea abziehen und amerikanisch-südkoreanische Militärmanöver aufhören werden.<sup>605</sup>

Nordkorea verlangte einen Tag nach der entsprechenden Vereinbarung die Lieferung der LWR als eine Vorbedingung für den Verzicht auf Atomwaffen und eine Garantie für die Vertrauensbildung. Das Außenministerium der DVRK behauptete, dass die USA nicht davon träumen, dass Nordkorea sein Abschreckungsmittel abrüstet, bevor die LWR geliefert werden. Die

---

<sup>604</sup> Gemeinsame Erklärung, in: *Die Welt* (20.09.2005); und vgl. Text of Joint Statement From Nuclear Talks, in: *NYT* (19.09.2005).

<sup>605</sup> Vgl. Koo, Bon-Hak: The Six-Party Talks: A Critical Assessment and Implications for South Korea's Policy Toward North Korea, in: *The Korean Journal of Defense Analysis*, Vol. 18, No. 1 (Spring 2006), S. 85–110 (94–95).

USA wiesen die Forderung zurück und erklärten, dass diese nordkoreanische Haltung der am Vortag unterzeichneten Vereinbarung widerspreche.<sup>606</sup> [Nordkorea will sein Atomprogramm aufgeben, wenn Washington die Sicherheitsgarantie und die Wirtschaftshilfe für Nordkorea gibt. Die USA wollen die Sicherheitsgarantie und Wirtschaftshilfe geben, wenn Pyongyang sein Atomprogramm aufgibt.] Dieses Konzept ist eigentlich ganz klar für beide Seiten. Das Problem liegt immer darin, wie diese Vereinbarung erreicht wird und wer zuerst beginnt oder was die Beiden gleichzeitig tun.<sup>607</sup> In der Gemeinsamen Erklärung fehlte dieser Punkt. In diesem Sinne ist die gemeinsame Erklärung der vierten Runde nicht sehr nützlich.

### **Die fünfte Gesprächsrunde**

Die fünfte Runde der Sechs-Parteien-Gespräche vom 9. bis 11. November 2005 endete ergebnislos. Der stellvertretende nordkoreanische Außenminister *Kim Kye-gwan* bot einen Fünfstufenplan zum Atomwaffenverzicht an, forderte dafür aber Vorleistungen der USA. Der amerikanische Verhandlungsführer *Christopher Hill* verlangte einen verifizierbaren Stopp des Reaktorbetriebs in Yongbyon. Danach verlangte Nordkorea von den USA die Freigabe der eingefrorenen nordkoreanischen Guthaben (etwa \$25 Mio.) in der Bank "*Banco Delta Asia*" in Macao,<sup>608</sup> den Widerruf des Vorwurfes (die DPRK bringe falsche Dollarnoten in Umlauf) und die Aufhebung aller finanziellen Sanktionen. Die USA waren dagegen. Die von China vorgeschlagene Einrichtung von Arbeitsgruppen kam nicht zustande. Auch ein Zeitpunkt für die Wiederaufnahme der Gespräche konnte nicht vereinbart werden.<sup>609</sup>

---

<sup>606</sup> Vgl. Nordkorea macht Rückzieher, in: FAZ (20.09.2005).

<sup>607</sup> Vgl. Abramowitz u.a.: *Meeting the North Korean Nuclear Challenge*, S. 2.

<sup>608</sup> Vgl. Möller/Hilpert: Falschgeld, Drogen, Menschenrechte: Sechs Parteien in der Sackgasse?; und Bahng, Tae-seop u.a.: "Nordkorea Variable" und Sicherheitsrisiko, in: *CEO-Information*, No. 567 (Seoul: Samsung Economic Research Institute, 23.08.2006), (in koreanischer Sprache).

<sup>609</sup> Vgl. Hilpert/Möller: Der nordkoreanische Atomkonflikt. Eine Chronologie, siehe November 2005.

Mit der gemeinsamen Erklärung vom September 2005 wurde eine Lösung für die nordkoreanische Nuklearfrage erreicht. Dabei bleibt jedoch eine wichtige Frage. Nach *David Sanger* in der *New York Times* heißt es:

An agreement that was signed in September by North Korea and the five other nations involved in the talks (...) commits the country to give up its weapons and rejoin the Nuclear Nonproliferation Treaty "at an early date" but leaves *completely unclear* what would have to come first: disarmament or a series of steps that would aid North Korea.<sup>610</sup>

Obwohl innerhalb der US-Regierung (besonders von Außenministerin *Condoleezza Rice* und ihrem Berater *Philip Zelikow*) einige Diskussionen für die Durchbrechung der Patt-Situation (z. B. die Einführung neuer Verhandlungen vom bisherigen Waffenstillstandabkommen zu einem Friedensvertrag) stattfanden, weigerten sich die USA immer noch, die Sanktionen aufzuheben. Der nationale Sicherheitsberater von Präsident Bush *Stephen Hadley* sagte in einer kleinen Gruppe von Außenpolitikexperten, dass die finanziellen Sanktionen das Erste waren, das nordkoreanische Aufmerksamkeit gehabt haben. Einige Informationsbeamte sagen:

They believe the protests may have arisen in part because they affected a secretive operation in North Korea called Unit 39 that finances the personal activities of Kim Jong Il, the North Korean leader, providing the money he spends for his entertainment and to win the loyalty of others in the leadership.<sup>611</sup>

Damit befinden sich die Verhandlungen weiter in einer Sackgasse.

---

<sup>610</sup> Sanger, David E.: U.S. Said to Weigh a New Approach on North Korea, in: NYT (18.05.2006); eigene Hervorhebungen.

<sup>611</sup> Ebd.

Abbildung 3–3: Ziel und Methoden in den Sechs-Staaten-Gesprächen

	Ziel	Methoden		
	Denuklearsierung der koreanischen Halbinsel	Regime- wechsel	Sanktionen	Diplomatie
USA	o	o	o	Δ
Japan	o	o	o	Δ
Südkorea	o	x	Δ	o
China	o	x	x	o
Russland	o	x	x	o
Nordkorea	Δ	x	x	o

o = dafür, x = dagegen, Δ= ambivalent

- Alle Staaten außer Nordkorea sind mit dem Ziel der Denuklearsierung der koreanischen Halbinsel einverstanden, versuchen aber, das Ziel mit verschiedenen Methoden zu erreichen.
- Die USA (und Japan) versuchen, das Ziel mit einem Regimewechsel durch Sanktionen zu erreichen, während die anderen Staaten das Ziel durch die Diplomatie erreichen wollen.
- Japan hat kein Interesse am Ausbruch eines Krieges zwischen den USA und Nordkorea auf der koreanischen Halbinsel, da es aufgrund einiger US-Militärbasen in Japan durch die nordkoreanischen Raketen angegriffen werden könnte. Dieses Interesse gleicht dem Südkoreas. Aber die japanische Nordkoreapolitik (Sanktionen, harte Haltung) für die Lösung der Nuklearfrage unterscheidet sich grundlegend von der Südkoreas.

– Nach dem Langstreckenraketen- und Atombombentest Nordkoreas 2006 nehmen China und Südkorea teilweise an den Sanktionen teil. (siehe unten)

### 3.3.3.3. Der Atomwaffentest von 2006

#### **Der zweite Langstreckenraketenentest**

Am 05. Juli 2006 führte Nordkorea trotz internationaler Warnungen der USA, Japans, Südkoreas und der Volksrepublik China seine Raketentests durch, dabei wurden sieben Raketen ohne Sprengkörper abgefeuert. Es handelte sich dabei um sechs Kurzstrecken- und Mittelstreckenraketen (Scud-C und Nodong), die von *Kittaeryong*, im Nordostgebiet Nordkoreas abgeschossen wurden, sowie die zum ersten Mal getestete Langstreckenrakete vom Typ *Taepodong-2*, deren Start in *Musudan-Ri* erfolgte. Während die Tests für die Scud- und Nodong-Raketen erfolgreich verliefen, stürzte die *Taepodong-2*, die nach Einschätzung des amerikanischen Militärs theoretisch einen nuklearen Sprengkopf bis nach Alaska und an die Westküste der USA tragen könnte, 42 Sekunden nach dem Abschuss ab. Alle sieben Raketen landeten in der „Ostsee“ der koreanischen Halbinsel, wobei eine Rakete lediglich 40 Kilometer von der russischen Grenze (etwa 155 Meilen von der russischen Hafenstadt, *Vladivostok*) entfernt ins Meer stürzte. Diese Raketentests fanden zum ersten Mal seit acht Jahren wieder statt.<sup>612</sup>

Kurz nach den Tests beantragte Japan eine Dringlichkeitssitzung des UN-Sicherheitsrats und legte mit der Unterstützung der USA einen Resolutionsentwurf vor, in dem der Abschuss der Raketen als Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit gewertet und mit Sanktionen gedroht wird. Japan appellierte an die Mitgliedsländer des UN-Sicherheitsrates, sich einstimmig der Resolution anzuschließen. China wies den japanischen Resolutionsentwurf zurück und sprach sich gegen mögliche Sanktionen Nord-

---

<sup>612</sup> Vgl. Onishi, Norimitsu/Sanger, David E.: Missile Fired by North Korea; Tests Protested, in: NYT (05.07.2006).



koreas aus und formulierte mit Unterstützung Russlands einen eigenen Resolutionsentwurf. Dieser Entwurf beinhaltet nicht das Kapitel VII der UN-Charta, das Sanktionen oder militärische Aktionen autorisiert.<sup>613</sup> Seit dem Irak-Krieg 2003 haben Peking und Moskau Sorge darum, dass die Bush-Administration militärische Mittel benutzen möchte, Regierungen, die sich den USA widersetzen, zu beseitigen. Deshalb wollten China und Russland das Kapitel VII in die Resolution nicht einbeziehen, da dies dafür genutzt werden könnte, militärische Angriffe gegen Nordkorea zu rechtfertigen.<sup>614</sup>

Nach dem Erreichen eines Kompromisses mit China wurde am 15. Juli 2006 eine Resolution einstimmig von den 15 Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates angenommen. Damit brachte der UN-Sicherheitsrat die <Resolution 1695> zu den nordkoreanischen Raketentests zustande. Die Resolution verurteilt die nordkoreanischen Raketentests vom 5. Juli und fordert, dass Nordkorea alle Raketen-Aktivitäten aussetzt und zu den Sechsparteiengesprächen zurückkommt. In der EntschlieÙung findet sich kein Verständnis für die nordkoreanische Aktion, aber auch keine militärische Sanktionen, da China und Russland so weit von vornherein nicht gehen wollten.<sup>615</sup> Direkt nach der Annahme sagte der nordkoreanische UN-Botschafter *Park Gil-yon*:

[Our country] resolutely condemns the attempt of some countries to misuse the Security Council for the despicable political aim to isolate and put pressure on the Democratic People's Republic of Korea, and totally rejects the solution.<sup>616</sup>

Und ein Tag später erklärte der Sprecher des nordkoreanischen Außenministeriums:

---

<sup>613</sup> Vgl. Schnepfen, Anne: Pjöngjang gegen den Rest der Welt, in: FAZ (06.07.2006).

<sup>614</sup> Vgl. Hoge, Warren: U.N. Council, in Weakened Resolution, Demands End to North Korean Missile Program, in: NYT (16.07.2006).

<sup>615</sup> Vgl. Kommentare – Nicht bedroht, in: FAZ (16.07.2006), S. 10.

<sup>616</sup> Hoge: U.N. Council, in Weakened Resolution, Demands End to North Korean Missile Program.

Our republic will bolster its war deterrent for self-defense in every way, by all means and methods, now that the situation has reached the worst phase due to the extremely hostile act of the U.S.<sup>617</sup>

Aus technischer Sicht waren die Raketentests ein Misserfolg, besonders die *Taepodong-2*. Diese Rakete stand seit einigen Wochen im Mittelpunkt der internationalen Aufmerksamkeit, da es unklar war, ob sie amerikanisches Territorium erreichen könnte. Offenbar hat Nordkorea noch keine Fähigkeiten, um eine funktionsfähige Langstreckenrakete zu bauen. Auch wenn nach Einschätzung westlicher Dienste die *Taepodong-2* womöglich sogar über eine Reichweite von bis zu 10.000 Kilometer verfügen könnte, gibt es noch ein Problem: dazu dürfte der aufgeladene Sprengkopf aber nicht schwerer als 500 bis 600 Kilogramm sein. Als Hochtechnologie gilt bei nuklearen Sprengköpfen eine Nutzlast unter 800 Kilogramm, womit sehr weit entfernte Ziele erreicht werden. In diesem Zusammenhang ist es für Fachleute äußerst unwahrscheinlich, dass Pyongyang derzeit in der Lage ist, einen so leichten Nuklearsprengkopf aufzubauen. Deshalb sehen viele die nordkoreanischen Tests nicht als eine reale Bedrohung, sondern als den Versuch einer Machtdemonstration.<sup>618</sup>

Die US-Regierung warnte Nordkorea vor weiteren Provokationen. Präsidentschaftssprecher *Tony Snow* kündigte an, dass die USA alle notwendigen Maßnahmen ergreifen werden, um das Land und ihre Allianzen zu schützen.<sup>619</sup> Der nationale Sicherheitsberater *Stephen Hadley* bezeichnete die Tests als Provokation, zugleich versicherte er, dass keine Gefahr für die USA besteht und sagte,

This is not a U.S.-North Korean matter, and we're not going to let the leader of North Korea transform it into that. (...) the key point is to figure

---

<sup>617</sup> North Korea Is Defiant Over U.N. Council Nuclear Resolution, in: NYT (17.07.2006).

<sup>618</sup> Vgl. Busse, Nikolas: Nordkoreas Raketenprogramm – Wieder ein Fehlschlag, in: FAZ (05.07.2006).

<sup>619</sup> Vgl. Washington warnt Nordkorea vor "Provokationen", in: FAZ (05.07.2006).

out a diplomatic way to get the North Koreans to set back and rejoin the six-party talks.<sup>620</sup>

China und Russland unterstützten die UN-Resolution 1695 gegen Nordkorea. Dies war ein Erfolg für die Diplomatie der Bush-Regierung, da in der Resolution China und Russland auf der amerikanischen Seite gestanden haben. Außerdem führte dieses Ereignis wahrscheinlich dazu, die Hardliner der US-Regierung zu bestärken. Die USA überlegen derzeit, die seit 1999 ausgesetzten Handelssanktionen gegen Nordkorea wieder einzuführen. Sie umfassen Handelsbeschränkungen und strikte Lizenzierungserfordernisse sowie Ausgabenlimits, an die amerikanische Besucher in Nordkorea gebunden sind.

Es war auch unklar, warum Nordkorea Kurz- und Mittelstreckenraketen abschoß, die in der Vergangenheit schon erfolgreich überprüft wurden. Nach einem hohen Beamter der US-Regierung heißt es:

One theory is that they knew that there was a probability that things with the Taepodong-2 wouldn't work, so it was good to fire off a few missiles that would actually work.<sup>621</sup>

Auch ein Nordkoreaexperte der Yonsei Universität in Seoul *Kim Woo-sang* sagte:

Clearly the Taepodong-2 was not ready, but North Korea was sending a message. They wanted to demonstrate that while they might not be a threat to the U.S. as the failure of Taepodong-2 shows, they can still absolutely be a threat to South Korea and Japan.<sup>622</sup>

---

<sup>620</sup> Faiola, Anthony: North Korea Test-Fires Seventh Missile – Launch Comes After Controversial Long-Range Rocket Fails; U.N. Session Set After U.S., Japan Condemn Action, in: *Washington Post* (05.07.2006).

<sup>621</sup> Onishi/Sanger: Missiles Fired by North Korea.

<sup>622</sup> Faiola: North Korea Test-Fires Seventh Missile.

Deshalb prüfte das japanische Verteidigungsministerium unterdessen, ob ein präemptiver Angriff auf nordkoreanische Militärbasen verfassungskonform sei. In Japan brachten die Raketentests dem bekannten Nordkorea-Kritiker *Shinzo Abe* wesentliche Vorteile, der als Nachfolger von Ministerpräsident *Koizumi* vorgesehen war. (Kurz danach im September 2006 ist *Abe* japanischer Ministerpräsident geworden.) Unter dieser Stimmung konnten japanische Politiker mit harter Haltung gegenüber Pyongyang Sympathien im Volk gewinnen. Die japanische Regierung will nach Angaben von Kyoto dem US-Vorbild folgen und Finanzsanktionen gegen Finanzinstitute erheben, die im Verdacht nordkoreanischer Geldwäsche stehen.<sup>623</sup>

Das chinesische Außenministerium hatte keinen Kommentar direkt nach den Abschüssen. Danach äußerte es „schwere Bedenken“ gegen die Raketentests und forderte aber alle Seiten auf, einen ruhigen Zustand aufrechtzuerhalten und Handlungen zu vermeiden, die zu Spannungen und zu einer noch komplizierteren Situation führen könnten. Vor den Raketentests hatte Peking Nordkorea eindringlich aufgefordert, davon Abstand zu nehmen. Pyongyang hörte im entscheidenden Moment offensichtlich nicht auf Peking.<sup>624</sup>

Der Sicherheitsberater des südkoreanischen Präsidenten *Roh Moo-hyun*, *Suh Choo-suk* rief die Nachbarländer dazu auf, alle Provokationen zu beenden und an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Der südkoreanische Präsident *Roh* äußerte sich erst nach sieben Tagen öffentlich zu den Tests: Nordkorea habe nicht auf jemanden gezielt und damit sehe er die nationale Sicherheit nicht bedroht. Besorgnis bereite ihm jedoch die harsche Reaktion Japans, die die Situation verschlimmern könne. Aber die Raketentests waren ein Schlag ins Gesicht für die südkoreanische Regierung. Die „Sonnen-scheinpolitik“ dürfte endgültig gescheitert sein. Damit kühlten die innerkoreanischen Beziehungen ab. Zumindest vorübergehend wurden die vom Süden versprochenen Hilfslieferungen von 100.000 Tonnen Dünger und

---

<sup>623</sup> Vgl. Schnepfen: Pjöngjang gegen den Rest der Welt.

<sup>624</sup> Vgl. ebd.

500.000 Tonnen Reis eingestellt. Das südkoreanische Projekt „Industriekomplex (mehr als zwanzig Fabrikhallen)“ in *Kaesong*, Nordkorea, bei dem südkoreanische Firmen billige nordkoreanische Arbeitskräfte nutzen, und das Tourismusprogramm des südkoreanischen Unternehmens „Hyundai“ im *Keumgang*-Gebirge im Norden bleiben davon aber unberührt.<sup>625</sup>

Die NATO gab eine Erklärung über die nordkoreanischen Raketentests ab:

North Korea's missile proliferation and provocative actions necessitate a firm response from the international community. [The launching tests are] a serious threat to the region and the international community at large.<sup>626</sup>

Und sie drängte auch Nordkorea, an den Verhandlungstisch zurückzukommen. Die deutsche und die französische Regierung nannten die Raketentests „zutiefst bedauerlich“ und sprachen von einer „unverantwortlichen Provokation“. Außerdem forderten die Führer der G8-Staaten sowie der Mitglieder der ASEAN Nordkorea zum Stopp des Raketenprogramms auf.<sup>627</sup>

Nach der amtlichen nordkoreanischen Nachrichtenagentur KCNA wurden die Raketentests als Teil einer Routine-Militärübung zur Stärkung der Selbstverteidigung bezeichnet. Der Sprecher des DVRK- Außenministeriums sagte weiter, dass die Tests das Recht eines souveränen Staates seien und dass die DVRK von der internationalen Norm der MTCR (Missile Technology Control Regimes) nicht abhängig ist, da Nordkorea kein Mitglied der MTCR ist und deshalb keine Pflicht hat, den Regeln der MTCR zu folgen. Außerdem hat die DVRK das Versprechen des Moratoriums (die Aussetzung der Raketentests) mit den USA 1999 oder die nordkoreanisch-japanische Pyongyang-Erklärung 2002 nicht verletzt, weil das Versprechen mit den USA gilt, nur wenn die Gespräche zwischen den USA und Nordkorea

---

<sup>625</sup> Vgl. Washington warnt Nordkorea vor „Provokationen“; und Hilpert/Möller: *Der nordkoreanische Atomkonflikt. Eine Chronologie*, siehe Juli 2005.

<sup>626</sup> O'Neil, John: U.N. Council to Address Tests by North Korea, in: NYT (05.07.2006).

<sup>627</sup> Vgl. ebd.; und vgl. Washington warnt Nordkorea vor „Provokationen“.

fortgesetzt würden. Aber Washington lehnt die bilateralen Gespräche mit Nordkorea immer noch ab. Angesichts der Pyongyang-Erklärung mit Japan ist das Moratorium nur gültig, unter der Voraussetzung, dass die Beziehungen zwischen Japan und der DVRK normalisiert werden und Tokio Nordkorea für die Vergangenheit entschädigt. Seit der Behauptung *Kellys* (HEU Programm) verfolgt Tokio aber keine Versöhnungspolitik mehr.<sup>628</sup>

Nordkorea wies die UN-Resolution zurück und sieht trotz scharfer Proteste und Sanktionsdrohungen die weitere Entwicklung von Raketen als notwendig an, um das „Kräftegleichgewicht sowie Frieden und Stabilität in Nordostasien“ aufrechtzuerhalten. Der Nordkoreanische UN-Gesandte *Han Sung-ryul* sagte in New York dem japanischen Fernsehen TBS: „Wenn Sanktionen ergriffen werden, wird das zu umfassenden Gegenmaßnahmen führen.“<sup>629</sup> Der nordkoreanische Verteidigungsminister *Kim Il-chul* kündigte an, dass die DVRK als Reaktion auf die UN-Resolution und die anhaltende amerikanische Feindseligkeit ihr Atomprogramm weiter stärken wolle. Außerdem gab Nordkorea an, dass die jüngsten Tests nicht mit der Nuklearfrage zusammenhängen und erklärte sich zu einer Rückkehr zu den Sechsstaaaten-Gesprächen bereit, wenn bestimmte Bedingungen (zuerst die Aufhebung des eingefrorenen nordkoreanischen Kapitals in der Bank „Banco Delta Asia“) eingehalten werden. Zudem zeigte es sich auch bereit, auf weitere Tests zu verzichten, wenn die USA im Gegenzug auf ihre gemeinsamen Militärübungen mit Südkorea verzichten würden. DVRK-Außenminister *Paek Nam-sun* nahm am ASEAN Regional Forum (ARF) in Kuala Lumpur teil. Ein informales Treffen zwischen den am Atomstreit beteiligten Parteien am Rande des Forums kam jedoch nicht zustande. Nordkorea weigerte sich, solch einem Treffen beizuwohnen und nannte die Aufhebung der amerikani-

---

<sup>628</sup> Vgl. DPRK Foreign Ministry Spokesman on Its Missile Launches, in: KCNA (07.07.2006), at <http://www.kcna.co.jp/index-e.htm> (Stand: 14.08.2006).

<sup>629</sup> Nordkorea will weitere Raketen testen, in: FAZ (06.07.2006).

schen Finanzsanktionen als Vorbedingung für die Wiederaufnahme von Gesprächen.<sup>630</sup>

### **Der Atomwaffentest von 2006**

Am 9. Oktober 2006 machte Nordkorea einen unterirdischen Atombombentest. Direkt danach äußerten Experte verschiedene Meinungen über den Test, da die nukleare Explosion kleiner als bei einem normalen Atomtest war. Die Atombombe, die von den USA 1945 auf Hiroshima abgeworfen wurde, hatte eine Sprengkraft von mindestens 13 Kilotonnen TNT. In jüngerer Zeit sind Atomtests mit einer Sprengkraft von mindestens 10 Kilotonnen TNT eingestiegen. Nach der internationalen Organisation, CTBTO in Wien, deren Aufgabe es ist, heimliche Kernwaffentests aufzuspüren, könnte der nordkoreanische Test bis zu fünf Tonnen TNT gewesen sein. Wenn die DVRK eine so kleine Atomwaffe gezündet hat, müsste sie über bemerkenswerte technische Fähigkeiten verfügen. Ein Nuklearsprengsatz dieser Größe ist schwerer zu realisieren als eine normale Atombombe.<sup>631</sup>

Direkt nach dem Atomtest bestätigte Präsident Bush nicht den Erfolg des Tests, hielt den Test für einen provokativen Akt und reagierte darauf:

The transfer of nuclear weapons or material by North Korea to states or non-state entities would be considered a grave threat to the United States, and we would hold North Korea fully accountable of the consequences of such action.<sup>632</sup>

---

<sup>630</sup> Vgl. DPRK Foreign Ministry Spokesman on Its Missile Launches; und Hilpert/Möller: *Der nordkoreanische Atomkonflikt. Eine Chronologie*, siehe Juli 2005.

<sup>631</sup> Vgl. Illinger, Patrick: Das Gespür für die feinen Kurven, in: *Süddeutsche Zeitung* (10.10.2006).

<sup>632</sup> Abramowitz, Michael/Lynch, Colum: U.S. Urges Sanctions on North Korea, in: *Washington Post* (10.10.2006), S. A01.

Aus amerikanischer Sicht sollte ein erfolgreicher Atombombetest eine Sprengkraft von 10 bis 60 Kilotonnen TNT haben. Ein US-Beamter behauptete, dass der nordkoreanische Test nur weniger als eine Kilotonne TNT groß gewesen sein könnte. Er sagte, “we have assessed that the explosion in North Korea was a sub-kiloton explosion. (...) We don’t know, in fact, whether it was a nuclear explosion.”<sup>633</sup> Nach der Nachrichtenagentur ITAR-TASS sagte der russische Verteidigungsminister *Sergei Ivanov*, Moskau glaube, dass die Sprengkraft der Waffe zwischen 5 und 15 Kilotonnen TNT war.<sup>634</sup> Eine Woche später sprachen endlich doch die USA vom nordkoreanischen Nukleartest, da die US-Armee Radioaktivität in Nordkorea gemessen hatte.<sup>635</sup>

Sechs Tage nach dem nordkoreanischen Atomtest verhängte der UN-Sicherheitsrat einstimmig Sanktionen gegen die DVRK. Alle 15 Mitglieder des Gremiums verurteilten den Atomtest scharf und beschlossen eine Resolution. Der Atomtest wurde in der <Resolution 1718> als eine klare Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit verurteilt. Der Sicherheitsrat forderte Pyongyang auf, auf weitere Atomwaffen- oder Raketentests zu verzichten und sich ohne Vorbedingungen wieder an den Sechs-Staaten-Gesprächen zu beteiligen. Die Resolution sieht ein Verbot für die Lieferung von Panzern, Kriegsschiffen, Kampfflugzeugen und Raketen sowie Atomtechnologien vor. Außerdem soll ein Lieferstopp für Luxusgüter verhängt werden. Darüber hinaus sind Reiseverbote und scharfe Kontrolle des Warenverkehrs vorgesehen. Dabei wird aber Gewalt explizit ausgeschlossen.<sup>636</sup>

Der amerikanische UN-Botschafter *John Bolton* sagte, „der Text ist nicht völlig zufrieden stellend für die USA. Aber er erfüllt alle Hauptziele, die in

---

<sup>633</sup> Stout, David/O’Neil John: North Korea’s Claim Is Met With Doubt and Anger, in: NYT (09.10.2006).

<sup>634</sup> Vgl. ebd.

<sup>635</sup> Vgl. Resolution 1718 – Harte Sanktionen gegen Nordkorea, in: *Süddeutsche Zeitung* (14.10.2006).

<sup>636</sup> Vgl. Sicherheitsrat beschließt Sanktionen gegen Nordkorea, in: FAZ (14.10.2006).



wir den Diskussionsprozess einbringen wollten“.<sup>637</sup> Außerdem sagte er, “the United States was ‘very pleased with the outcome’ of the vote. (...) it sent a ‘strong message that there will be serious repercussions’ to North Korea’s behavior.”<sup>638</sup> Der chinesische UN-Botschafter *Wang Guangya* äußerte sich darüber:

I think we have some concern about what this resolution might lead to, especially peace and stability in the region. (...) China was insisting on the terms that were “firm” but also “appropriate,” a reference to Beijing’s worry that punishing steps could produce a backlash from North Korea.<sup>639</sup>

*Park Gil-yon*, der nordkoreanische UN-Botschafter sagte dem Sicherheitsrat:

Our government “totally rejected” the resolution, (...) accused the panel’ members of “gangsterlike” behavior and double standards. (...) if the United States continued to take what it called “provocative” steps, North Korea would consider them a declaration of war to which its government had to respond.<sup>640</sup>

Mit dem Atomtest reihte sich Nordkorea als neuntes Mitglied in den Kreis der Nuklearmächte ein. Dieser Fall ist eine große Herausforderung an den Atomwaffensperrvertrag, da man durch den nordkoreanischen Fall daran zweifeln kann, dass das NPT-Regime für die Verhinderung nuklearer Proliferaion weiter eine wichtige Rolle spielen kann. Die DVRK konnte mit dem Austritt aus dem Nichtweiterverbreitungsvertrags im Januar 2003 einen Verstoß gegen die NPT-Norm vermeiden. Die nordkoreanischen Atomwaffen stellen eine große Gefahr für die internationale Sicherheit dar, weil Py-

---

<sup>637</sup> Resolution 1718 – Harte Sanktionen gegen Nordkorea, in: *Süddeutsche Zeitung* (14.10.2006).

<sup>638</sup> Hoge, Warren: Security Council Backs Sanctions on North Korea, in: *NYT* (15.10.2006).

<sup>639</sup> Ebd.

<sup>640</sup> Ebd.

ongyang aufgrund des Mangels an Devisen ihre nuklearen Materialien und Sprengköpfe an Dritte verkaufen könnte. Außerdem steht die Autorität des UN-Sicherheitsrats auf dem Spiel. Vorher warnte der Sicherheitsrat vor einem nordkoreanischen Atomtest, aber die konnte ihn nicht verhindern.<sup>641</sup>

Die Bush-Regierung erkennt die nordkoreanische Position als Atommacht nicht an. Bisher zeigte sie keine klare Perspektive für das nordkoreanische Atomprogramm. Nach *Möller* und *Thränert* von der SWP stellt Washington diese „strategische Ambiguität“ dar. Die US-Regierung versuchte durch finanzielle Sanktionen, das Regime in Pjongjang zu stürzen. Diese Strategie widerspricht allerdings ihrer gleichzeitigen Zusicherung, dass der Sturz *Kim Jong-ils* nicht angestrebt wird. Dieser Widerspruch ist das Ergebnis einer Vermischung der unterschiedlichen außenpolitischen Ziele. Einerseits versuchen die USA, als Ziel der Non-Proliferation das nordkoreanische Nuklearprogramm einzustellen. Aber andererseits rechtfertigt die Existenz des Nuklearprogramms den Aufbau von regionalen Raketenabwehrsystemen und stärkt ihre Allianzen mit Südkorea und Japan. Die TMD Pläne und die Allianzen sind für die Eindämmung der aufsteigenden Volksrepublik China wichtig.<sup>642</sup>

Auch *Park Hyeong-jung* vom “Korea Institute for National Unification (KINU)” schreibt über das amerikanische Interesse im Folgenden:

US’s real interest lies not in North Korea’s nuclear weaponry itself, but the possible impact it may have on international politics in Northeast Asia and global non-proliferation. Its reaction to North Korea’ nuclear weapons would immediately affect the behavior of Iran.<sup>643</sup>

---

<sup>641</sup> Vgl. Möller, Kay/Thränert, Oliver: Nordkoreas Atombombentest – Die Folgen für die globale und regionale Sicherheit, in: *SWP-Aktuell* 47 (Berlin, Oktober 2006), S. 1–4.

<sup>642</sup> Vgl. ebd., S. 7–8.

<sup>643</sup> Park, Hyeong-jung: The North Korea’s Nuclear Test and US’s North Korea Policy, in: *Online Series* 06–12 (Seoul: KINU, 24.10.2006), at <http://www.brookings.org/views/articles/fellows/park20061026.htm> (Stand: 30.10.2006).

Dagegen sah *Bruce Bennett* von RAND den Atomtest als ein innenpolitisches Problem Nordkoreas folgendermaßen:

Mr. Kim needs nuclear weapons as the only real sign of empowerment his government has, (...) nuclear weapons give him the leverage he craves to deter attacks by the United States and his neighbors, (...) nuclear threats will press his neighbors to pay him off rather than face nuclear destruction. Mr. Kim also sees nuclear technology and weapons as valuable export commodities and is cozying up to oil-rich Iran as a buyer able to pay huge sums of hard currency for nukes.<sup>644</sup>

### **Die dritte Phase der fünften Gesprächsrunde von Februar 2007**

Zwei Monate später nach dem nordkoreanischen Atomtest vom Oktober 2006 wurden die ersten Sechsparteiengespräche (die zweite Phase der fünften Gesprächsrunde) aufgrund von Meinungsverschiedenheiten zwischen den USA und der DVRK erfolglos beendet. Mitte Januar 2007 fanden informelle bilaterale Gespräche zwischen dem amerikanischen Gesandten *Christopher Hill* und dem nordkoreanischen Vizeaußenminister *Kim Kye-Gwan* in Berlin statt. Die Inhalte der Verhandlungen wurden nicht offiziell bekannt, aber die US-Regierung bewerte diese Gespräche positiv.<sup>645</sup>

Danach fanden die Sechs-Staaten-Gespräche (die dritte Phase der fünften Gespräche) vom 8. bis 13. Februar 2007 in Peking statt. Dabei wurde ein „Aktionsplan“ für die Implementierung der „Gemeinsamen Erklärung“ vom September 2005 vereinbart. Als Kern des Aktionsplans ist zu sehen, dass die DVRK innerhalb von 60 Tagen die Atomanlagen in Yongbyon schließen und Inspektionen der IAEA wieder zulassen soll. Im Gegenzug sollen die anderen Staaten Nordkorea eine Energiehilfe von etwa 50.000 Tonnen Schweröl liefern. Außerdem werden innerhalb von 30 Tagen die amerikani-

---

<sup>644</sup> Bennett, Bruce: On the Edge, in: *Washington Times* (15.10.2006).

<sup>645</sup> Vgl. Streit über Atomprogramm: Gespräche zwischen Amerika und Nordkorea in Berlin, in: FAZ (17.01.2007).

schen Finanzsanktionen gegen die DVRK aufgehoben und fünf Arbeitsgruppen eingerichtet. Diese Arbeitsgruppen sollen sich mit folgenden Themen beschäftigen: Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel, Normalisierung der amerikanisch-nordkoreanischen Beziehungen, Normalisierung der japanisch-nordkoreanischen Beziehungen, Zusammenarbeit bei Wirtschaft und Energie, gemeinsame Friedens- und Sicherheitsmechanismen in Nordostasien. Darüber hinaus kann die DVRK weitere 950.000 Tonnen Schweröl erhalten, wenn alle Atomanlagen gemeldet und geschlossen werden.<sup>646</sup>

Sicher scheint zu sein, dass diese Vereinbarung ein wichtiger Kurswechsel in der Nordkoreapolitik der USA ist, da die Bush-Regierung der Forderung der DVRK bezüglich der Aufhebung der Finanzsanktionen nachgegeben hat. Bisher hatte Washington immer gesagt, dass die Frage des nordkoreanischen Gelds bei der Bank "Banco Delta Asia" von der Nuklearfrage getrennt behandelt werden sollte. Mit dieser Konzession verändert die US-Regierung die bisherige harte Haltung gegenüber dem Regime in Pyongyong und begann Anfang März 2007 in Washington Gespräche bezüglich der Normalisierung ihrer Beziehungen zu Nordkorea.<sup>647</sup>

Die Gründe für diesen amerikanischen Politikwechsel können darin liegen, dass die DVRK erfolgreich einen Atomtest durchgeführt hat und die Gefahr eines weiteren Tests bzw. die Möglichkeit einer Weitergabe von nuklearwaffenfähigen Materialien an anderen Staaten oder nicht-staatlichen Akteuren besteht. Darüber hinaus könnte eine Rolle spielen, dass die Bush-Regierung bei den Kongresswahlen im November 2006 eine Niederlage erlitten hat und auch Schwierigkeiten bezüglich von Truppenverstärkungen im Irak und mit dem Iran hat. Deswegen sieht es so aus, dass die Bush-Regierung unbedingt einen diplomatischen Erfolg bezüglich der nordkoreanischen

---

<sup>646</sup> Vgl. Yardley, Jim: North Korea to Close Reactor in Exchange for Raft of Aid, in: NYT (13.02.2007); und Washington kommt Pjöngjang entgegen – Öl für Abrüstung, in: FAZ (13.02.2007).

<sup>647</sup> Vgl. Cody, Edward: N. Korea Agrees to Nuclear Disarmament, in: Washington Post (13.02.2007).

Nuklearfrage erreichen möchte, da sie kein Mittel zur weiteren Kontrolle dieser Nuklearfrage hat.<sup>648</sup>

Allerdings ist die Implementierung dieses Aktionsplans nicht leicht, da die vom 19. März 2007 vorgesehenen Sechsparteiengespräche aufgrund des Problems des Geldtransfers nicht eröffnet wurden. Denn Nordkorea forderte als Beweis für die Aufhebung der amerikanischen Finanzsanktionen, vor Beginn der neuen Gesprächsrunde, über das Geld der nordkoreanischen Konten verfügen zu können. Dies war aber nicht der Fall. Deshalb hat Nordkorea die Verhandlungen in Peking verlassen.<sup>649</sup>

---

<sup>648</sup> Vgl. Hiemann, Roland/Thränert, Oliver: Der weite Weg zur nuklearen Abrüstung – Die Atomverhandlungen mit Nordkorea vor der nächsten Krise?, in: *SWP-Aktuell 18* (Berlin, März 2007).

<sup>649</sup> Vgl. Lague, David: Bank Freeze Stalls North Korean Nuclear Talks, in: NYT (22.03.2007); und ders.: China Ends North Korea Talks Amid Delay in return of Funds, in: NYT (23.03.2007).

Abbildung 3–4: Die US–DVRK Nuklearverhandlungen

	Ursache	Ausbruch der Krise	Verhandlungsprozess	Ergebnis
Clinton-Regierung	US-Bedrohung (Stationierung von Atomwaffen, nukleare Manöver)/ Sanktions- und Eindämmungspolitik	Austritt Nordkoreas aus NPT  US-Angriffsplan auf Yongbyon	Carter-Besuch in Pyongyang  US-DVRK Verhandlungen in Genf	Genfer Rahmenabkommen  KEDO-Prozess
	Sanktionen/ Verzögerung der Implementierung des Rahmenabkommens	Raketentest Taepodong-1	Bilaterale Verhandlungen in Berlin	Moratorium der Raketentests  Aufhebung wirtschaftlicher Sanktionen  Gegenseitiger Besuch (Cho/Albright)
Bush-Regierung	HEU Programm/ Unterbrechung des Rahmenabkommens	Austritt Nordkoreas aus NPT/ Wiederaufbereitung in Yongbyon	Drei-Staaten-Gespräche  Sechs-Staaten-Gespräche in Peking (1te–4te)	Gemeinsame Erklärung (9.19)
	Patt-Situation der Verhandlung/ Finanzsanktionen  Schwierigkeiten im Irak und Iran/ Kongresswahlen	Raketentests Taepodong-2  Atomwaffentest	  Sechs-Staaten-Gespräche (5te)	UN-Resolution 1695  UN-Resolution 1718  Vereinbarung eines Aktionsplans (2.13)

## *Zwischenfazit*

Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes erreichten die USA eine unipolare Machtposition in der Welt. Als die einzige Supermacht versuchen sie, ihre Sicherheit und Position zu behaupten. Die nationalen Interessen der USA liegen darin, die Proliferation oder die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen und Trägersystemen zu verhindern und das Auftauchen einer neuen Weltmacht in Europa oder in Asien zu vermeiden.

Der 11. September 2001 veränderte die Bedrohungswahrnehmung der USA grundlegend. Gefahr für ihre Sicherheit geht nun von Terrorangriffen mit Massenvernichtungswaffen aus. In diesem Kontext ist das Thema der Proliferation und *rogue states* in der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik noch wichtiger geworden, da solche Staaten Terroristen Massenvernichtungswaffen oder deren Technologien übermitteln könnten. Dabei hat die Bush-Regierung eine härtere Haltung gegen diese Staaten als ihre Vorgänger. In der Tat hat sie Afghanistan 2001 und den Irak 2003 angegriffen und verfolgt eine Politik des Regimewechsels und der Sanktionen gegenüber so genannten Schurkenstaaten.

In dieser Linie versucht die US-Regierung in Nordostasien, das nordkoreanische Atomprogramm auf der Ebene ihrer Proliferationspolitik zu beenden und den Aufstieg Chinas zur neuen Weltmacht zu kontrollieren. Aber es gibt einen widersprüchlichen Aspekt in der gleichzeitigen Durchführung der beiden Ziele. Für die Kontrolle und Initiative in Nordostasien brauchen die USA die Stationierung ihrer Truppen in dieser Region. Allerdings ist die Existenz der USFK (*United States Forces Korea*) sowohl für die Lösung der nordkoreanischen Nuklearfrage als auch für die Normalisierung ihrer Beziehung mit der DVRK nicht hilfreich.

Die Stationierung der USFK hängt von der amerikanischen Beziehung zu Südkorea ab. Dabei spielen zwei Faktoren eine große Rolle. Einmal, ob der Anti-Amerikanismus in Südkorea weiter wächst. Das andere Mal, wie die nordkoreanische Nuklearfrage sich entwickelt, weil die US-Soldaten trotz

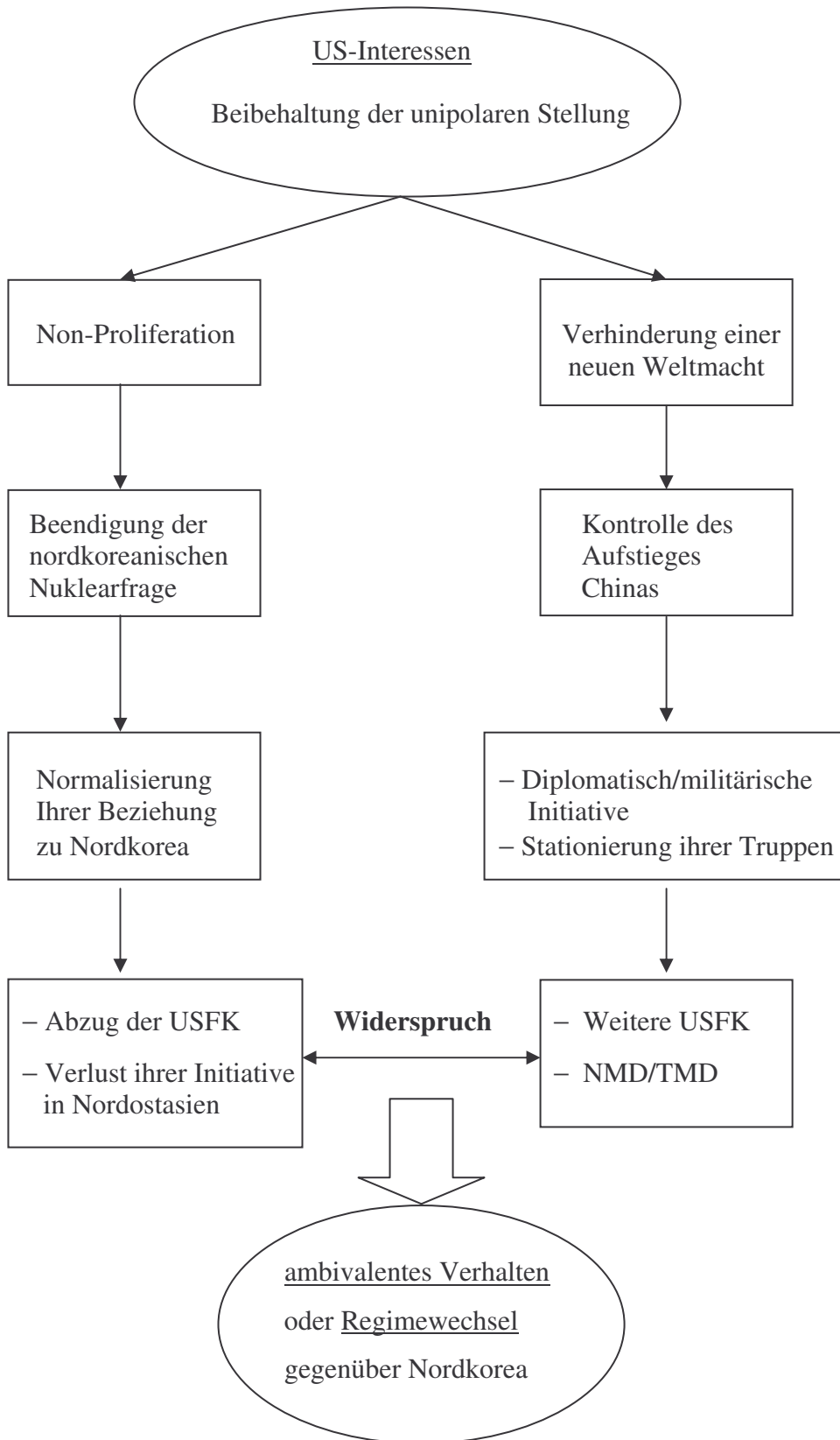
des Anti-Amerikanismus im Süden weiter stationiert bleiben würden, sofern die Nuklearfrage nicht gelöst ist. Die US-Regierung möchte einerseits ihre Truppen in Nordostasien weiter stationieren, um ihre größeren Handlungsoptionen dort zu haben. Aber andererseits soll sie für die Lösung der Nuklearfrage vielleicht ihre Soldaten von der koreanischen Halbinsel abziehen. Darin liegt das amerikanische Dilemma. Für die Lösung der Nuklearfrage und die Beibehaltung ihrer Macht in der Region versuchen deshalb die USA, einen Regimewechsel in Pyongyang herbeizuführen. Diese Überlegungen sind einige Hintergründe für die amerikanische Nordkoreapolitik.

Die Nordkoreapolitik der USA war zwischen der Zeit des Korea-Krieges und Anfang der 1990er Jahre durch eine Sanktions- und Eindämmungspolitik geprägt. Obwohl die Clinton-Regierung das *Agreed Framework* 1994 unterzeichnet und damit ein kooperatives Verhalten aufgenommen hatte, veränderte sie ihre Sanktionspolitik gegenüber Nordkorea nicht sehr. Später verfolgt die Bush-Regierung eine strenge Politik gegenüber Nordkorea in der *Nuclear Posture Review* (NPR) und *National Security Strategy* (NSS), auch wenn sie an den Sechs-Staaten-Gesprächen teilgenommen hat.

Die USA verhalten sich gegenüber der nordkoreanischen Nuklearfrage ambivalent – zum einen eine Übertreibung (siehe die Raketenabwehrsysteme) und zum anderen eine Vernachlässigung, was sich in einem „Status quo“ in Nordostasien ausdrückt. Zugleich betreiben die USA für die Beendigung der Nuklearkrise einerseits diplomatische Verhandlungen wie z. B. das *Agreed Framework* und die Sechsparteiengespräche und andererseits eine harte Politik, wie z. B. die nukleare Bedrohung, das mögliche Ziel eines Präventivschlages, der Regimewechsel, die weitere finanzielle Sanktions- und Eindämmungspolitik. Die ambivalenten oder widersprüchlichen Handlungen sind für ihre nationalen Interessen relevant. Diese Handlungen können für unilateral oder hegemonial gehalten werden. Also ist diese amerikanische Politik gegenüber Nordkorea möglich, da die USA eine unipolare Stellung im internationalen System nach dem Ende des Ost-West-Konflikts eingenommen haben.



Abbildung 3–5: Das US-Dilemma in Nordostasien



## 4. Die Handlungsoptionen Nordkoreas

### 4.1. Das Motiv für Atomwaffen

Nordkoreas Motiv zur Entwicklung seines Atomprogramms entsprang der nuklearen Bedrohung durch die USA während der Zeit des Korea-Krieges. Die DVRK bemühte sich nach dem Korea-Krieg darum, mit Hilfe der Sowjetunion und Chinas ein Atomprogramm zu entwickeln. Im März 1956 schlossen Nordkorea und die UdSSR ein Abkommen über die Organisation einer nuklearen Zusammenarbeit. Aufgrund des Abkommens gingen etwa 30 Nordkoreaner in die Sowjetunion, um eine Ausbildung in der Nukleartechnologie zu erhalten. Pyongyang beschloss, ein radiochemisches Institut zu bauen.<sup>650</sup> Im Januar 1958 half die Sowjetunion das „*Atomic Weapons Training*“ Zentrum in oder in der Nähe von Kilju-Kun, Nordkorea zu errichten.<sup>651</sup>

Pyongyang und Moskau unterzeichneten im Jahre 1959 ein nukleares Kooperationsabkommen, worin die Sowjetunion ihre Absicht bekundete,

---

<sup>650</sup> Vgl. Chang, Chun-ik: *Die Geschichte der Nuklearraketen Nordkoreas* (Seoul, 1999), S. 116 (in koreanischer Sprache).

<sup>651</sup> Vgl. Bermudez, Joseph S. Jr.: North Korea's Nuclear Infrastructure, in: *Jane's Intelligence Review* (February 1994), S. 79, zitiert nach CNS: *North Korea Nuclear Chronology 1941~1989*, S. 7.

technische Hilfe bei der Errichtung eines nuklearen Forschungszentrums in Nordkorea zu leisten.<sup>652</sup> Im Jahre 1963 begann unter Aufsicht des sowjetischen Atomwissenschaftlers *Vladislav Kotlov* die Konstruktion des sowjetischen Kernreaktors IRT-2000 in Yongbyon.<sup>653</sup> Zwischen Mai und Juni 1965 stellte Nordkorea die Konstruktion des Kernreaktors fertig. Im April 1974 bat *Kim Il-sung* bei einem Besuch in Peking *Chou En-lai* um Hilfe beim Aufbau eines Nuklearprogramms in Nordkorea. Er bat auch um eine chinesische Sicherheitsgarantie für Nordkorea. Obwohl China die Forderungen von *Kim* nicht alle erfüllte, ermöglichte es die Ausbildung nordkoreanischer Nuklearwissenschaftler und Ingenieure in China.<sup>654</sup> Im Mai 1984 reiste *Kim Il-sung* nach Moskau, um den sowjetischen Staatschef *Konstantin Chernenko* zu treffen. Dabei bat *Kim* darum, dass die Sowjetunion Nordkorea zivile Atomkraftwerke für die Behebung des Elektrizitätsmangels zur Verfügung stelle.<sup>655</sup>

Im Dezember 1985 trat die DVRK unter dem Druck der Sowjetunion dem NPT bei. Aber sie lehnte bis 1992 ab, mit der IAEA ein Inspektionsabkommen abzuschließen.<sup>656</sup> Kurz danach unterzeichneten Moskau und Pjöngjang ein Abkommen zur wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Kooperation. Die Übereinkunft enthielt die Lieferung von vier Leichtwasserreaktoren (LWR) durch die Sowjetunion im Gegenzug zur Unterzeichnung des NPT von Pjöngjang. Aber dieses Projekt scheiterte im Jahre 1988 aufgrund des Mangels an Geld von Moskau.<sup>657</sup>

---

<sup>652</sup> Vgl. Zhebin, Alexander: Political History of Soviet – North Korean Nuclear Cooperation, in: Moltz, James Caly/Mansourov, Alexandre Y. (eds.): *The North Korean Nuclear Program: Security, Strategy, and New Perspectives from Russia* (New York, 2000), S. 30, zitiert nach CNS: *North Korea Nuclear Chronology 1941–1989*, S. 7.

<sup>653</sup> Vgl. Bermudez, Joseph S. Jr.: Exposing North Korea's Secret Nuclear Infrastructure - Part Two, in: *Jane's Intelligence Review* (August 1999), S. 41, zitiert nach ebd., S. 10.

<sup>654</sup> Vgl. Bermudez, Joseph S. Jr.: North Korea's Nuclear Programs, in: *Jane's Intelligence Review* (September 1991), S. 406–408, zitiert nach ebd., S. 12.

<sup>655</sup> Vgl. Oberdorfer: *The Two Koreas – A Contemporary History*, S. 254.

<sup>656</sup> Vgl. Park: North Korea and the Challenge to the US-South Korean Alliance, S. 80.

<sup>657</sup> Vgl. Quinones: North Korea – from Containment to Engagement, S. 108.

In der Tat wird Nordkorea mit einem amerikanischen Nuklearangriff seit der Stationierung von US-Atomwaffen in Südkorea 1958 bedroht. Obwohl die DVRK ein Freundschaftsabkommen mit der Sowjetunion und China im Juli 1961 schloss, gaben Moskau und Peking offiziell keinen Nuklearschirm für Pyongyang.<sup>658</sup> Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks gibt es keine Sicherheitsgarantie für Nordkorea mehr, da der militärische Beistandspakt mit Russland beendet wurde und der Beistandswille Chinas ambivalent ist.<sup>659</sup> Außerdem nahmen Moskau und Peking Anfang der 1990er Jahre diplomatische Beziehungen zu Südkorea auf, obwohl Washington und Tokio keine diplomatischen Beziehungen zu Nordkorea aufgenommen haben.<sup>660</sup> Dieser Punkt spielt für die Sicherheitswahrnehmung der DVRK eine wichtige Rolle.

Nordkorea steht noch immer unter den Sanktionen der USA und es befindet sich seit dem Ende des Korea-Krieges in einer politischen Isolation und in wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Hingegen entwickelte sich Südkorea rasant mit der wirtschaftlichen bzw. militärischen Hilfe (ca. 10 Milliarden US-Dollar zwischen 1946 und 1999)<sup>661</sup> und Kooperation der USA. Südkorea trat 1996 in die OECD ein.<sup>662</sup> Zwischen 1989 und 1993 ist das nordkoreanische Sozialinlandsprodukt um 20% zurückgegangen. Es betrug etwa 20,5 Milliarden US-Dollar im Jahre 1993 und damit etwa ein Sechzehntel desjenigen Südkoreas, das 328,7 Milliarden betrug.<sup>663</sup> Aufgrund der Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen Süd- und Nordkorea ist es für Pyongyang schwer, gegen Südkorea mit konventionellen

---

<sup>658</sup> Vgl. Hamm, Taik-young: Threat Perception of North Koreans and Asymmetric Capabilities, in: *IFES Forum*, No. 05-5-31-1 (Seoul: Institute for Far Eastern Studies, 31.05.2005), S. 2, at [http://ifes.kyungnam.ac.kr/ifes/ifes/eng/activity/05\\_ifes\\_forum.asp](http://ifes.kyungnam.ac.kr/ifes/ifes/eng/activity/05_ifes_forum.asp) (Stand: 01.06.2005).

<sup>659</sup> Vgl. Köllner, Patrick: Nordkoreas Außen- und Sicherheitspolitik im Zeichen der Krisen, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (Bonn, B35-36/2003), S. 25–31 (29); und Hughes: The North Korean Nuclear Crisis and Japanese Security, S. 85.

<sup>660</sup> Vgl. Hamm: Threat Perception of North Koreans and Asymmetric Capabilities.

<sup>661</sup> Vgl. Lee: *A Troubled Peace*, S. 297.

<sup>662</sup> Vgl. Eberstadt, Nicholas: Hastening Korean Reunification, in: *Foreign Affairs*, Vol. 76, No. 2, (March/April 1997), S. 77–92 (81).

<sup>663</sup> Vgl. Ahn: The Man who would be Kim, S. 97.

Waffen aufzurüsten. Ein Vergleich der militärischen Ausgaben zwischen Südkorea [12,8 Milliarden US-Dollar] und Nordkorea [1,3 ~ 2,1 Milliarden] im Jahre 2000 zeigte dies deutlich.<sup>664</sup>

Nach *Selig Harrison* war die nordkoreanische Bemühung zur Erlangung von Atomwaffenkapazitäten ursprünglich eine Verteidigungsstrategie. Sie war die defensive Antwort auf die Stationierung taktischer Nuklearwaffen und die US–ROK Manöver wie *Team Spirit* oder anderen Manöver während einer mehrere Jahre währenden Periode.<sup>665</sup> Deswegen bemühte sich Nordkorea um die Aufrüstung seines ABC-Waffenarsenals. Vor diesem Hintergrund der Bedrohungswahrnehmung durch die USA und der zunehmenden wirtschaftlichen Schwächung Nordkoreas bringt der Besitz von Atomwaffen aus der nordkoreanischen Sicht nicht nur Prestige im In- und Ausland, sondern stellt auch die billigste Art der Abschreckung dar.<sup>666</sup> In diesem Zusammenhang ist der Gedanke *Ralph Hawtreys* hilfreich. Er schreibt:

If the country's prestige is thus diminished, it is weakened in any future diplomatic conflict. And if a diplomatic conflict is about anything substantial, the failure is likely to mean a diminution of material strength. A decline of prestige is therefore an injury to be dreaded. (...) A country will fight when it believes that its prestige in diplomacy is not equivalent to its real strength.<sup>667</sup>

Das Ende des Kalten Krieges, der Zusammenbruch der Sowjetunion und das Scheitern des wirtschaftlichen Modells der DVRK führten nach *Robert Manning* zur nordkoreanischen Nuklearfrage. In den 1970~80 Jahren sah

---

<sup>664</sup> Vgl. Center for Defense Information (CDI): *2001–2002 Military Almanac*, S. 39; und Lee: *A Troubled Peace*, S. 299.

<sup>665</sup> Vgl. Harrison, Selig S.: As North Korea Liberalizes, Sanction should be eased, in: *Survival*, Vol. 38, No. 4 (Winter 1996-97), S. 37–40 (39).

<sup>666</sup> Vgl. Köllner: Nordkoreas Außen- und Sicherheitspolitik im Zeichen der Krisen, S. 29–30.

<sup>667</sup> Hawtreys: *Economic Aspects of Sovereignty*, S. 64–65.

*Kim Il-sung* sein Atomwaffenprogramm als eine Abschreckungsmöglichkeit, aber auch als Mittel Korea zwangsweise vereinigen zu können. Darüber hinaus diene es zur Steigerung des Prestiges. Seit Ende der 1980 Jahre hält Nordkorea am Atomwaffenprogramm als die höchste Versicherung für seine Sicherheit und ein politisches “*Bargaining Chip*” für das Überleben des Regimes in Pyongyang fest.<sup>668</sup>

Laut *Carpenter* und *Bandow* könnten die nordkoreanischen Motive zur Suche nach Atomwaffen die folgenden sein: mit Atomwaffen kann die DVRK die Zugeständnisse von den USA oder ihren Nachbarn erpressen und Prestige gewinnen. Ein anderes Motiv könnte die Kosten sein. Atomwaffen sind eine noch billigere Methode für die Abschreckung als die konventionelle Aufrüstung. Dadurch kann Pyongyang die Größe und die Ausgaben seiner konventionellen Kräfte reduzieren. Außerdem kann Nordkorea Atomwaffen als ein strategisches Motiv haben, und zwar als das zuverlässigste Abschreckungsmittel oder vielleicht das einzige zuverlässige Mittel überhaupt.<sup>669</sup>

Also glauben einige Experten, dass Nordkorea seine Nuklearkapazität als einziges Mittel unbedingt haben will, um einen amerikanischen Angriff abzuschrecken. Die anderen glauben, dass die DVRK sich für Verhandlungen interessiert und sich darauf vorbereitet, im Austausch für Sicherheitsgarantien der USA, diplomatische Beziehungen zu den USA und wirtschaftliche Unterstützungen (entweder von den USA oder von anderen Staaten) ihr Nuklearprogramm aufzugeben.<sup>670</sup>

Aus der Sicht des klassischen Realismus liegt das Motiv der DVRK zur Atombombe darin, dass sie ihre Macht im internationalen System vergrößern will. Aus dieser Perspektive möchte sie ihre Atomwaffenprogramme nicht aufgeben. Die Nuklearverhandlungen sind nur ein Instrument zur Zeitgewinnung, damit Nordkorea die Atomprogramme weiter entwickeln

---

<sup>668</sup> Vgl. Manning: *United States–North Korean Relations*, S. 64–65.

<sup>669</sup> Vgl. Carpenter/Bandow: *The Korean Conundrum*, S. 71–72.

<sup>670</sup> Vgl. Abramowitz/Laney/Heginbotham: *Meeting the North Korean Nuclear Challenge*, S. 17–21.

kann. Aus der Sicht des strukturellen Realismus liegt das Motiv darin, dass sie eine Gegenmacht gegenüber der amerikanischen Bedrohung bilden will. In dieser Sicht könnte sie ihre Atomwaffenprogramme aufgeben, wenn sie als Gegenleistungen ihre Beziehung zu den USA normalisieren und ihre Wirtschaft mit Hilfe anderer Länder entwickeln kann.

## 4.2. Die Überlebenspolitik

In einer Verlautbarung des nordkoreanischen Außenministeriums vom 25. Oktober 2002 erklärte Nordkorea zu versuchen, den Konflikt mit seinen Nuklearprogrammen durch Verhandlungen beizulegen, wenn die drei folgenden Bedingungen erfüllt würden:

- Anerkennung der Souveränität Nordkoreas durch die USA
- Unterzeichnung eines Nicht-Angriffs-Abkommens zwischen den USA und Nordkorea
- Keine Behinderung der wirtschaftlichen Entwicklung Nordkoreas durch die USA.<sup>671</sup>

Das nordkoreanische Nuklearprogramm dient sowohl einer Sicherheitsgarantie als auch einem *Bargaining Chip* für seine Wirtschaft. Daraus kann man letztendlich ableiten, dass das Interesse der DVRK in der Normalisierung ihrer Beziehung mit den USA durch Verhandlungen liegt. Das Ziel der nordkoreanischen Regierung ist damit ihr Überleben.

---

<sup>671</sup> Vgl. DPRK Foreign Ministry Statement: Conclusion of non-aggression treaty between DPRK and U.S. called for, in: KCNA (25.10.2002).

Für dieses Interesse verfolgte Pyongyang bisher zwei unterschiedliche Nuklearstrategien. Bezüglich seines Besitzes von Atomwaffen zeigte sich Nordkorea immer ambivalent vor der offiziellen Bekanntgabe seines Atom-bombebesitzes im Februar 2005. Es war unklar, ob Nordkorea Atomwaffen bzw. Massenvernichtungswaffen schon besitzt oder nicht. Diese Tatsache war ohnehin nicht wichtig für die Strategie Pyongyangs, aber sehr wichtig für Washington, denn es könnte zu einem Protest des Kongresses gegen die Regierungspolitik kommen, wenn die US-Regierung aufgrund falscher In-formationen Nordkorea große Konzessionen erteilen würde.

Für die Existenz von Atomwaffen in Nordkorea gab es keinen Beweis vor dem nuklearen Test im Oktober 2006, nur Vermutungen oder Zweifel von internationalen Institutionen, Geheimdiensten und Nachbarstaaten. Nach Einschätzung der IAEA war Nordkorea bald in der Lage, eine Atom-bombe zu bauen. IAEA-Sprecherin *Melissa Fleming* sagte im August 2003 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, „Was wir aber sagen können ist, dass Nordkorea technisch ziemlich weit fortgeschritten ist und dass wir uns gut vorstellen können, dass sie bald in der Lage sind, eine Atombombe zu haben“.<sup>672</sup> Die amerikanischen Geheimdienste haben lange geglaubt, dass Pyongyang schon eine oder zwei Nuklearwaffen hergestellt haben könnte. Eine Einschätzung des chinesischen Geheimdienstes war noch alarmieren-der. Peking glaubte, dass Nordkorea bis zu fünf Atomwaffen haben könn-te.<sup>673</sup> Nordkorea hat seinen Besitz von Atomwaffen vor dem Februar 2005 weder eingestanden noch verneint. Aus welchen Gründen sollte Pyongyang solche ambivalenten Strategien angesichts seiner Atomwaffen verfolgen? Nordkorea verfolgte bis Februar 2005 die folgenden unterschiedlichen Stra-tegien.

---

<sup>672</sup> Nordkorea bestreitet Besitz von Nuklearwaffen, in: FAZ (28.08.2003), S. 8.

<sup>673</sup> Vgl. Carpenter, Ted Galen: Living with the Unthinkable – How to coexist with a nuclear North Korea, in: *The National Interest* (Winter 2003/04), S. 92–98 (94).



### **Strategie 1: Keine Leugnung der Existenz von Atomwaffen**

Die nordkoreanische Nuklearstrategie bestand aus zwei gegenseitigen Aspekten. Einerseits gab es die Strategie der nicht deutlichen Leugnung der Existenz seiner Atomwaffen. Ein Grund der Strategie war, dass Pyongyang eine nukleare Abschreckung für seine Sicherheit in der Situation der Konfrontation mit den USA und Südkorea brauchte. Aufgrund der militärischen und wirtschaftlichen Asymmetrien war es schwer vorstellbar, dass Nordkorea eine andere Möglichkeit für seine Sicherheit außer dem Besitz von Massenvernichtungswaffen haben kann.<sup>674</sup>

Ein anderer Grund war, dass Nordkorea eine verstärkte Verhandlungsfähigkeit bei Gesprächen mit den USA haben wollte. Wenn es bewiesenermaßen keine Atomwaffen in Nordkorea gäbe, würden die USA Nordkorea als einen Gegner oder Verhandlungspartner erheblich weniger ernst nehmen.<sup>675</sup> Somit wäre es schwer vorstellbar, dass Nordkorea amerikanische Konzession in Verhandlungen erreichen könnte. Pyongyang benutzt deshalb diese nukleare Ambiguität manchmal bewusst, um seine Verhandlungsfähigkeit zu vergrößern.<sup>676</sup>

### **Strategie 2: Kein Eingeständnis der Existenz von Atomwaffen**

Andererseits verfolgte Nordkorea die Strategie des nicht eindeutigen Eingeständnisses der Existenz von Atomwaffen. Für die Notwendigkeit dieser Politik gab es auch einige Gründe. Zuerst möchte die DVRK mit dem „Tabu des Atomwaffeneinsatzes“ einen amerikanischen Nuklearangriff vermeiden.<sup>677</sup> Aber diese Strategie ist nicht mehr gültig, nachdem die USA die Möglichkeit des Einsatzes von Atomwaffen in der *Nuclear Posture Review* (NPR) 2002 verkündet haben.

---

<sup>674</sup> Vgl. Snyder: Pyongyang's Pressure, S. 169.

<sup>675</sup> Vgl. Hilpert, Hanns Günther: Nordkoreas Nuklearpoker, in: *SWP-Diskussionspapier* (Berlin, September 2003), S. 7.

<sup>676</sup> Vgl. Pinkston/Saunders: Seeing North Korea Clearly, S. 92.

<sup>677</sup> Vgl. Möller: Nordkorea – der verschleppte Konflikt, S. 3.

Außerdem könnte der nordkoreanische Besitz von Atomwaffen Südkorea, Japan und Taiwan zum Besitz von Atomwaffen antreiben. Diese Konsequenzen würden zu Spannungen in Nordostasien führen.<sup>678</sup> Die Volksrepublik China hat kein Interesse an nuklear bewaffneten Nachbarländern und hat große Sorgen bezüglich einer Aufrüstung besonders in Taiwan. China beliefert Nordkorea heute mit 90% seines Energiebedarfs und stellt etwa ein Drittel der nordkoreanischen Lebensmittelimporte und Lebensmittelhilfe. Seit Mitte der 1990er Jahre fehlt es Nordkorea jährlich an ungefähr zwei Millionen Tonnen Getreide. In der DVRK betrug 1980 die Produktion an Getreide etwa 5 Millionen Tonnen. Aber die Produktion ist 1990 um 40% zurückgegangen.<sup>679</sup> Es war daher nicht einfach, dass Pyongyang Aktionen oder politische Meinungen gegen chinesische Interessen durchführt. In diesem Sinne ist Nordkorea von China etwas abhängig, sowohl in wirtschaftlicher Hinsicht als auch in internationaler Rückendeckung, wie z. B. im UN-Sicherheitsrat.<sup>680</sup>

Darüber hinaus kann die „Gemeinsame Erklärung über die Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel“ von Süd- und Nordkorea vom 31. Dezember 1991 noch ein weiterer Grund sein.<sup>681</sup>

### **Nordkoreanische Angst vor einem US-Angriff**

Hinter den ambivalenten Nuklearstrategien der DVRK standen ihre sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Waffenstillstand auf der koreanischen Halbinsel und in Verhandlungen mit den USA. Der amerikanische Angriff auf den Irak im März 2003 wurde von Nordkorea als

---

<sup>678</sup> Vgl. Hughes: *The North Korean Nuclear Crisis and Japanese Security*, S. 81; und Carpenter: *Living with the Unthinkable*, S. 97.

<sup>679</sup> Vgl. Park, Jung-dong: *Entwicklungsökonomie – ein Vergleich zwischen China und Nordkorea* (Seoul, 2003), S. 94 (in koreanischer Sprache); Noland, Marcus: *Why North Korea will muddle through*, in: *Foreign Affairs*, Vol. 76, No. 4 (July/August 1997), S. 105–118 (109–110); und Ahn, Yinhay: *North Korea – Economy, Society, and Women*, in: Kim, Samuel S. (ed.): *The North Korean System in the Post-Cold War Era* (New York: Palgrave, 2001), S. 115–137 (128–129).

<sup>680</sup> Vgl. Köllner: *Nordkoreas Außen- und Sicherheitspolitik im Zeichen der Krisen*, S. 28.

<sup>681</sup> Vgl. Wit/Poneman/Gallucci: *Going Critical*, S 10.

eine große Bedrohung angesehen. UN-Chefinspektor *Hans Blix* informierte den UN-Sicherheitsrat am 9. Januar 2003, dass bislang keine Beweise für illegale Waffen im Irak gefunden worden seien. Am 14. Januar 2003 erklärte der UN-Generalsekretär *Kofi Annan*, es sei zu früh, an einen Militärschlag gegen den Irak zu denken. Der deutsche Bundeskanzler *Gerhard Schröder* bekräftigte sein Nein zu einer deutschen Beteiligung an einem Militärschlag gegen den Irak. Mehr als zehn Millionen Menschen demonstrierten am 14. Februar 2003 weltweit gegen einen Irak-Krieg. Die größten Kundgebungen fanden in Rom, London und Berlin statt. Frankreich, Russland und Deutschland legten dem UN-Sicherheitsrat ein Memorandum vor, dem sich auch China anschloss. Das Memorandum stellte am 24. Februar 2003 fest, dass die Begründungen für den Gewalteininsatz gegen den Irak nicht erfüllt seien. Zur Begründung hieß es, bislang gebe es keine Beweise dafür, dass der Irak noch immer Massenvernichtungswaffen besitze.<sup>682</sup>

Aber alle diese Bemühungen um die Vermeidung eines Irak-Krieges waren nutzlos. Der amerikanische Angriff auf den Irak ohne Zustimmung des UN-Sicherheitsrats zeigte deutlich, dass es nicht entscheidend für einen US-Präventivschlag ist, ob *rogue states* Massenvernichtungswaffen haben oder nicht. Es war in jüngerer Zeit nicht das erste Mal, dass sich die USA zur Durchsetzung ihrer Interessen außerhalb der internationalen Staatengemeinschaft bewegten und gegen das Völkerrecht verstießen.<sup>683</sup> Nordkorea hat eine Lehre aus dem US-Angriff gegen den Irak, dem Scheitern der internationalen Bemühungen um die Vermeidung des Irak-Krieges und der amerikanischen Politik gegenüber Nordkorea gezogen, nämlich dass ohne Atomwaffen niemand vor einem US-Angriff sicher sei. Deshalb bemühte sich Nordkorea unter allen Umständen zum Zwecke der Abschreckung um ein eigenes ABC-Arsenal.<sup>684</sup>

---

<sup>682</sup> Chronik eines angekündigten Krieges, in: *Spiegel Online* (18.09.2003), S. 6–8, unter <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,265296,00.html> (Stand: 12.02.2004).

<sup>683</sup> Vgl. Paech, Norman: Die Rolle der UNO und des Sicherheitsrats im Irakkonflikt, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (Bonn, B24-25/2003), S. 35–44 (41).

<sup>684</sup> Vgl. Sommer, Theo: Wahnsinn mit Methode- Nordkorea droht mit Atomtests, in: *Die Zeit* (37/2003), unter <http://zeus.zeit.de/text/2003/37/Atompolitik> (Stand: 07.04.2004).

## 4.3. Alternativen für Pyongyang

Wenn ein Staat eine äußerliche Bedrohung hat, dann versucht der Staat, diese Bedrohung zu beseitigen. Für die Beseitigung der Bedrohung gibt es nach der balance-of-threat Theorie zwei Möglichkeiten – *Balancing* und *Bandwagoning*. Im *Balancing* gibt es ein inneres und ein äußeres *Balancing*. Das innere *Balancing* bedeutet, dass der Staat eine Gegenmacht durch die Mobilisierung innerlicher Mittel selbst bildet. Hierbei spielt der Besitz von Nuklearwaffen eine große Rolle, vor allem wenn der bedrohte Staat unter einer asymmetrischen Beziehung zum bedrohenden Staat steht. Darüber schreibt T.V. Paul folgendermaßen:

Nuclear possession – even in small numbers – offers assurance to second-tier major powers that the hegemon will not directly threaten their existence as independent actors. Thus, at a minimum the existential deterrence offered by nuclear weapons provides these states with existential security.<sup>685</sup>

Das äußere *Balancing* bedeutet, dass der Staat sich mit anderen Staaten gegen die wichtigste Quelle der Bedrohung verbündet. Durch die Allianz kann der Staat eine Gegenmacht bilden. *Bandwagoning* bedeutet, dass der Staat sich mit dem Staat verbündet, der die wichtigste Bedrohung darstellt. Dadurch kann der Staat die Bedrohung beseitigen.

Seit dem Korea-Krieg fühlt sich Nordkorea von den USA bedroht. Während der Zeit des Ost-West-Konfliktes brauchte die DVRK relativ wenig Angst vor der amerikanischen Bedrohung zu haben, da sie die Sowjetunion oder China als Anlehnungsmacht hatte. Nach dem Kalten Krieg gibt es kei-

---

<sup>685</sup> Paul: *Soft Balancing in the Age of U.S. Primacy*, S. 56.

ne Anlehnungsmacht mehr. Deswegen sollte die nordkoreanische Regierung eine neue Gegenmacht bilden. Seit Anfang 2000 steht Nordkorea unter der unilateralen bzw. hegemonialen Außenpolitik der Bush-Administration. Mit dem Irak-Krieg 2003 ist die Angst der nordkoreanischen Regierung vor der amerikanischen Bedrohung noch größer geworden.

In dieser Situation gibt es für Pyongyang zwei Möglichkeiten: ein äußeres oder inneres *Balancing* und ein *Bandwagoning*. Für das „äußere *Balancing*“ könnte sich Nordkorea mit der Volksrepublik China verbünden. Aber China ist noch nicht eine Weltmacht wie die damalige Sowjetunion oder die USA. Darauf muss Pyongyang noch warten. Wenn China die Weltmacht werden würde, dann könnte sich Nordkorea daran anlehnen und damit die amerikanische Bedrohung beseitigen.

Für das „*Bandwagoning*“ kann die nordkoreanische Regierung die USA zu integrieren versuchen. Dies wäre eine letzte Option für sie, da das *Bandwagoning* ihre Souveränität beeinträchtigt. Trotzdem versuchte sie schon, durch die Aufgabe ihrer Atomwaffenprogramme ihre Beziehung mit den USA zu normalisieren. Aber Washington verweigert dieses Angebot und versucht das nordkoreanische Regime zu wechseln. Also hat Pyongyang momentan keine Möglichkeit, durch *Bandwagoning* mit den USA seine Bedrohung zu beseitigen.

Deshalb versucht die nordkoreanische Regierung eine Gegenmacht durch das „innere *Balancing*“ selbst zu bilden, und zwar durch die Entwicklung der Atomwaffen- und Langstreckenraketenprogramme. Damit versucht sie ihre Souveränität zu erhalten, bis China eine Weltmacht geworden ist. Es sieht so aus, dass die Regierung der DPRK für ihr Überleben keine andere Wahl außer einer solchen Strategie hat, wenn Washington seine Politik des Regimewechsels gegenüber Pyongyang nicht ändern möchte.

Bezüglich der Aufgabe des nordkoreanischen Nuklearprogramms gibt der Fall Südafrikas einige Hinweise. Mitte der 1970er Jahre hatte die südafrikanische Regierung eigene Atomprogramme entwickelt und hatte sechs

Atombomben gegen die Bedrohung durch die Sowjetunion. Präsident *F. W. de Klerk* erklärte im März 1993 in seinem Parlament:

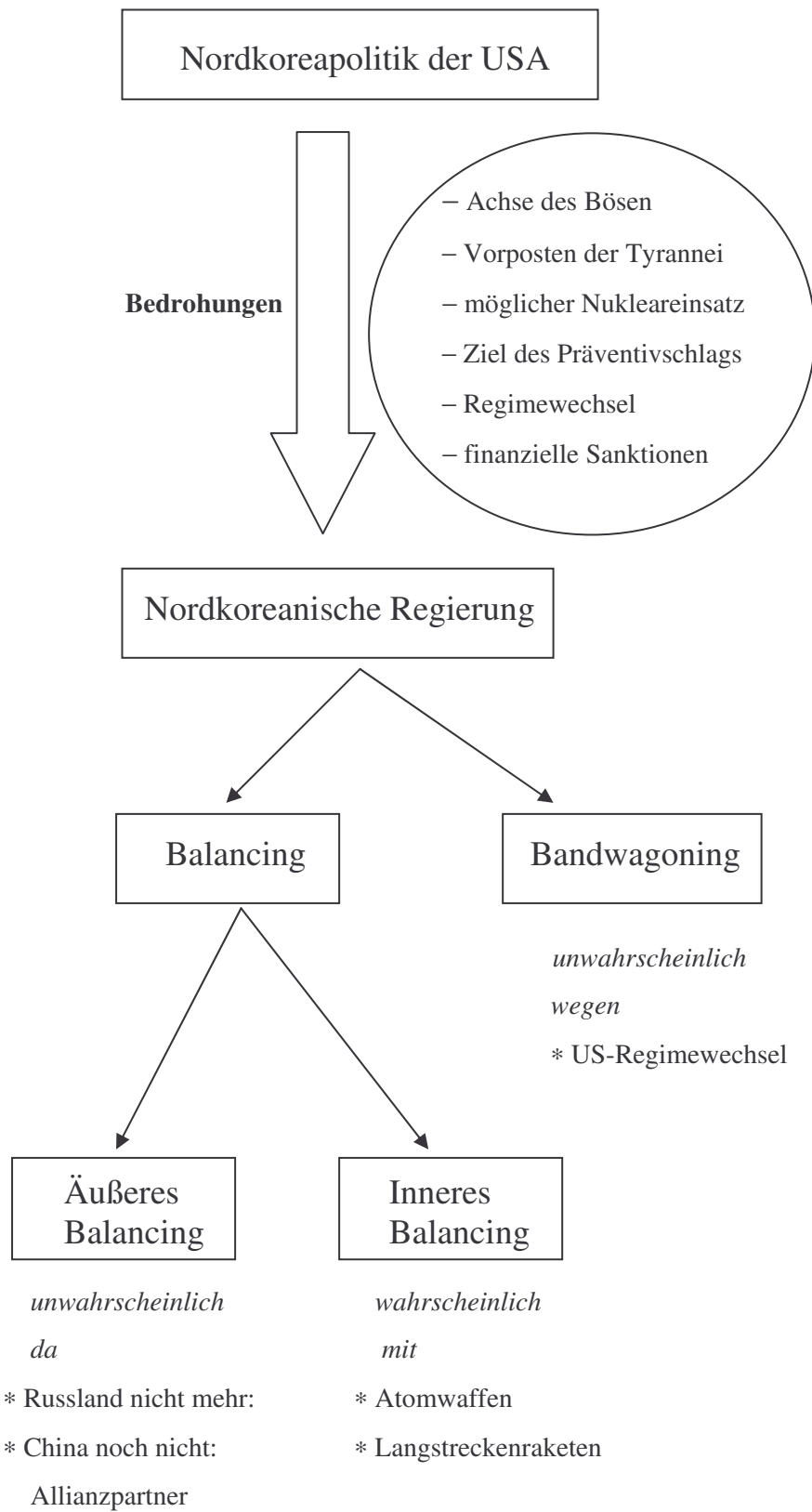
Soviet expansionist threat to southern Africa (...) the buildup of the Cuban forces in Angola from 1975 onwards reinforced the perception that a deterrent was necessary, as did South Africa's relative international isolation and the fact that it could not rely on outside assistance should it be attacked.<sup>686</sup>

Südafrika vernichtete sein kleines nukleares Arsenal 1991, als die Bedrohung eines von der Sowjetunion geführten oder unterstützten Angriffs gegen Südafrika wirklich beseitigt wurde. In Analogie dazu wollte auch die nordkoreanische Regierung ihre Nuklearprogramme nicht aufgeben, solange die amerikanische Bedrohung nicht beseitigt werden würde.

---

<sup>686</sup> Sagan: Why Do States Build Nuclear Weapons?, S. 60–61.

Abbildung 4–1: Handlungsoptionen Nordkoreas



## 5. Schlussfolgerung

Die USA wollen die unipolare Machtposition im internationalen System seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes weiter behalten. Dafür versuchen sie, den Aufstieg der Volksrepublik China zu kontrollieren und die Proliferation von Massenvernichtungswaffen in der Welt, vor allem in den so genannten Schurkenstaaten und Terrororganisationen zu verhindern. Vor diesem Hintergrund verfolgen die USA ihre Nordkoreapolitik, und zwar einmal eine eingeschränkte Engagementpolitik der Clinton-Regierung und das andere Mal die unilaterale oder hegemoniale Politik der Bush-Regierung.

Anfang der 1990er Jahre entwickelte Nordkorea sein eigenes Atomwaffenprogramm. Mit dem nordkoreanischen Austritt aus dem NPT und einem amerikanischen Angriffsplan auf Nuklearanlagen Nordkoreas entstand 1993-94 die erste Nuklearkrise. Die Krise wurde durch das Genfer Rahmenabkommen zwischen den USA und der DVRK im Oktober 1994 vorübergehend beigelegt. Im August 1998 entwickelte sich die Raketenkrise mit dem nordkoreanischen Test der „*Taepodong-1*“ Rakete, da die Implementierung des Abkommens nicht gut ausgeführt wurde. Diese Krise wurde auch durch die bilateralen Gespräche in Berlin im September 1999 bereinigt.

Seit dem ersten koreanischen Gipfeltreffen im Juni 2000 veränderten sich die internationalen Beziehungen in Nordostasien erheblich, wie z. B. die Annäherung zwischen Nord- und Südkorea, die diplomatischen Beziehun-



gen zwischen den meisten Staaten der EU und Nordkorea, und der Besuch des japanischen Premierminister *Koizumi* in Pyongyang im September 2002 zeigen. Inzwischen setzte die Bush-Regierung die Schweröl-Lieferung an Nordkorea angeblich aufgrund eines Urananreicherungsprogramms (HEU) aus. Daraufhin nahm die nordkoreanische Regierung die Aufbereitungsaktivität der Kernbrennstoffe in seiner Nuklearanlage im Dezember 2002 wieder auf. Dadurch wurde das Rahmenabkommen von 1994 unterbrochen und damit begann die zweite Nuklearkrise.

Für die Suche nach einer Lösung dieser Krise fanden die Sechs-Staaten-Gespräche mit den USA, China, Japan, Russland, Süd- und Nordkorea in Peking seit August 2003 statt. In der vierten Gesprächsrunde im September 2005 erreichten die Sechsparteien eine Vereinbarung durch eine „Gemeinsame Erklärung“. Aber die USA und Nordkorea befinden sich jetzt in einer Sackgasse, da sich die beiden Staaten mit dem Prozess der Implementierung noch weiter auseinandersetzen.

Im Hinblick auf die widersprüchlichen Aspekte der nordkoreanischen Atomwaffen- und Raketenprogramme zeigt sich die Bush-Regierung ambivalent. Sie verfolgt eine diplomatische Verhandlung (die Sechsparteiengesprächen in Peking) einerseits und eine unilaterale oder hegemoniale Politik – im Sinne eines Regimewechsels in Nordkorea, die Strategie eines Präventionskriegs, die Ankündigung eines möglichen Atomwaffeneinsatzes, finanzielle und andere Sanktionen – andererseits. Kein Staat kann diese hegemoniale Politik verhindern. Also kann die Ausgestaltung dieser amerikanischen Nordkoreapolitik durch die heutige unipolare Stellung der USA im internationalen System erklärt werden.

Aus der realistischen Perspektive, besonders aus der Sicht der balance-of-threat Theorie, eröffnen sich der nordkoreanischen Regierung zwei Handlungsoptionen unter der amerikanischen Bedrohung in einem solchen unipolaren internationalen System – *Balancing* gegen die USA oder *Bandwagoning* mit den USA. Ein äußeres *Balancing* mit anderen Staaten ist für Nordkorea kaum möglich, da kein Staat sich den USA widersetzen möchte. Das

*Bandwagoning* ist auch nicht wahrscheinlich, weil mittlerweile die Bush-Regierung das Regime in Pyongyang zu stürzen versucht. Deswegen ist es für die nordkoreanische Regierung schwierig, für ihre Sicherheit einen anderen Weg außer einer eigenen Gegenmachtbildung zu finden. Beim inneren *Balancing* geht es darum, die Kapazitäten von Atomwaffen und Langstreckenraketen weiter zu verstärken. Aber es gibt eine Grenze für die nordkoreanische Bemühung um den weiteren Widerstand gegen die USA, da Nordkorea nur eine asymmetrische Gegenmacht erreichen kann.

Deshalb versucht Pyongyang gleichzeitig über den Weg des *Bandwagoning* auch noch, bilaterale direkte Verhandlungen mit Washington durch einige provokative Methoden, z. B. durch den Langstreckenraketen test im Juli 2006, zu erreichen. Aber die US-Regierung bewegte sich nicht. Am 3. Oktober 2006 kündigte das nordkoreanische Außenministerium an, dass die DVRK einen Atomwaffentest durchführen will. Direkt danach am 9. Oktober führte Nordkorea seinen nuklearen Test durch. Sofern die USA die unipolare Position im internationalen System weiter behalten können, verändern sich nicht ihre hegemoniale Politik gegenüber Nordkorea. Dagegen versucht die nordkoreanische Regierung, ihre Abschreckungskapazität mit Atomwaffen weiter zu vergrößern.

Aufgrund des erfolgreichen nordkoreanischen Atomtests, der Niederlage bei den Kongresswahlen und weiterer Schwierigkeiten im Irak, hat die Bush-Regierung vor kurzem ihre Nordkoreapolitik von einer harten Position hinzu einer diplomatischen verändert. Deshalb wurde eine Vereinbarung bei den Sechs-Staaten-Gesprächen von Februar 2007 getroffen. Aber die Implementierung des Aktionsplans ist nicht einfach. Bezüglich der Aufhebung der US-Finanzsanktionen haben die beiden Seiten Meinungsverschiedenheiten an den Tag gelegt. Die USA haben nur die Sanktion gegen das Geld bei der Bank in Macao aufgehoben, aber Nordkorea hat die Aufhebung der ganzen US-Finanzsanktionen gegen Nordkorea erwartet. So ist also wohl der Weg zur Lösung der nordkoreanischen Nuklearfrage noch weit, obwohl die USA und Nordkorea mit dem Aktionsplan eigentlich einverstanden sind.

## Anhang 1: Chronologie der US–DVRK Nukleardiplomatie aus dieser Arbeit

1950–1953	Korea-Krieg
Jan 1958	Taktische US-Atomwaffen in Südkorea (seither ca. 600 Atomwaffen)
1963–1965	Konstruktion des Kernreaktors IRT-2000 in Yongbyon, Nordkorea
Jun 1976	Beginn des US–ROK <i>Team Spirit</i> Manövers
Dez 1985	Beitritt Nordkoreas zum NPT
Okt 1991	Abzug der US-Atomwaffen aus Südkorea
Dez 1991	Gemeinsame Erklärung über die Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel von Süd- und Nordkorea
bis 1992	Nordkoreas Ablehnung der IAEA-Inspektionsabkommens
Mär 1993	Austritt Nordkoreas aus dem NPT
Mai 1993	<i>Nodong</i> Raketentests
Jun 1994	<i>Carter</i> -Besuch in Pyongyang
Okt 1994	“Agreed Framework” zwischen den USA und Nordkorea
Mär 1995	Gründung der KEDO
Aug 1998	<i>Taepodong-1</i> Raketentest
Sep 1999	Raketen-Vereinbarung in Berlin
Okt 1999	Perry Report
Jun 2000	Erste Gipfeltreffen der beiden koreanischen Präsidenten in Pyongyang
Okt 2000	<i>Cho</i> -Besuch in Washington / <i>Albright</i> -Besuch in Pyongyang
Anfang 2002	Nordkorea: potentielles Ziel von US-Atomwaffeneinsatz in NPR
Jan 2002	Nordkorea: Teil der „Achse des Bösen“ von Bush
Sep 2002	Bush-Doktrin: Präemption/Prävention in NSS
	<i>Koizumi</i> -Besuch in Pyongyang

Okt 2002	Behauptung <i>Kellys</i> über HEU
Nov 2002	Einstellung der Schweröllieferung der KEDO an Nordkorea
Jan 2003	Austritt Nordkoreas aus dem NPT
Mär 2003	US-Angriff auf den Irak / Sturz des <i>Hussein</i> -Regimes
Apr 2003	Drei-Staaten-Gespräche (USA, DVRK, China) in Peking
Mai 2003	US-Ankündigung der PSI
Juli 2003	Wiederaufbereitungsaktivitäten in Yongbyon, Nordkorea
Aug 2003	Erste Sechs-Staaten-Gespräche in Peking (USA, China, Japan, Russland, Süd- und Nordkorea)
Anfang 2004	Geheim Plan des Pentagons (CONPLAN-8022)
Feb 2004	Zweite Sechsparteiengespräche
Juni 2004	Dritte Sechsparteiengespräche
Okt 2004	US-Ankündigung der "North Korean Human Rights Act"
Jan 2005	<i>Rice</i> erklärt Nordkorea zum „Vorposten der Tyrannei“
Feb 2005	DVRK-Ankündigung des Besitzes von Atomwaffen
Aug/Sep2005	Vierte Sechsparteiengespräche: 9.19 Gemeinsame Erklärung
Nov 2005	Fünfte Sechsparteiengespräche
Juli 2006	<i>Taepodong-2</i> Raketentests → UN-Resolution 1695
Okt 2006	Atomwaffentest Nordkoreas → UN-Resolution 1718
Nov 2006	US-Kongresswahlen
Feb 2007	Dritte Phase der fünften Sechsparteiengespräche: 2.13 Aktionsplan

## Anhang 2: Literaturverzeichnis

- Abramowitz, Morton I./Laney, James T./Heginbotham, Eric: *Meeting the North Korean Nuclear Challenge* (Report of an Independent Task Force: the Council on Foreign Relations, June 2003).
- Ahn, Byung-joon: The Man who would be Kim, in: *Foreign Affairs*, Vol. 73, No. 6 (November/December 1994), S. 94–108.
- Ahn, Yinhay: North Korea – Economy, Society, and Women, in: Kim, Samuel S. (ed.): *The North Korean System in the Post-Cold War Era* (New York: Palgrave, 2001), S. 115–137.
- Allison, Graham/Zelikow, Philip: *Essence of Decision – Explaining the Cuban Missile Crisis*, second edition (New York u.a.: Addison Wesley Longman, 1999).
- Allison, Graham: North Korea Nuclear Challenge: Bush Administration Failure; China's Opportunity, in: *The Korean Journal of Defense Analysis*, Vol. XVIII, No. 3 (Fall 2006), S. 7–34.
- Andréani, Gilles: The Disarray of US Non-Proliferation Policy, in: *Survival*, Vol. 41, No. 4 (Winter 1999-2000), S. 42–61.
- Annan, Kofi: The Secretary-General Address to the General Assembly (New York, 23.09.2003), at <http://www.un.org/webcast/ga/58/statements/sg2eng030923.htm> (Stand: 03.08.2006).
- Arend, Anthony Clark: International Law and the Preemptive Use of Military Force, in: *The Washington Quarterly*, Vol. 26, No. 2 (Spring 2003), S. 89–103.
- Armitage, Richard L.: *The Armitage Report on North Korea: Naval Blockades and Preemptive Strikes by Japanese Forces?* (National Defense University: Strategic Forum, No. 159, March 1999), at <http://www.kimsoft.com/1997/armitag.htm> (Stand: 25.08.2004).
- Arreguin-Toft, Ivan: *How the Weak Win Wars: A Theory of Asymmetric Conflict* (New York u.a.: Cambridge University Press, 2005).
- Art, Robert J.: Geopolitics updated – The Strategy of Selective Engagement, in: *International Security*, Vol. 23, No. 3 (Winter 1998/99), S. 79–113.
- Bahng, Tae-seop u.a.: “Nordkorea Variable” und Sicherheitsrisiko, in: *CEO-Information*, No. 567 (Seoul: SERI, 23.08.2006), (in koreanischer Sprache).
- Bandow, Doug: Nuclear Issues between the United States and North Korea, in: Suh, Dae-sook/Lee, Chae-jin (eds.): *North Korea After Kim Il Sung* (Boulder/London: Rienner, 1998), S. 123–145.

- Betts, Richard K.: Wealth, Power, and Instability – East Asia and United States after the Cold War, in: *International Security*, Vol. 18, No. 3 (Winter 1993/94), S. 34–77.
- Betts, Richard K.: The Future of Force and U.S. National Security Strategy, in: *The Korean Journal of Defense Analysis*, Vol. XVII, No. 3 (Winter 2005), S. 7–26.
- Blinken, Antony J.: From Preemption to Engagement, in: *Survival*, Vol. 45, No. 4 (Winter 2003-04), S. 33–60.
- Boulden, Jane/Weiss, Thomas G.: Tactical Multilateralism – Coaxing America Back to the UN, in: *Survival*, Vol. 46, No. 3 (Autumn 2004), S. 103–114.
- Braun, Chaim/Chyba, Christopher F.: Proliferation Rings – New Challenges to the Nuclear Nonproliferation Regime, in: *International Security*, Vol. 29, No. 2 (Fall 2004), S. 5–49.
- Brooks, Stephen G./Wohlforth, William C.: Hard Times for Soft Balancing, in: *International Security*, Vol. 30, No. 1 (Summer 2005), S. 72–108.
- Brzezinski, Zbigniew: *The Grand Chessboard – American Primacy and Its Geostrategic Imperatives* (New York: Basic Books, 1997).
- Brzezinski, Zbigniew: *The Choice – Domination or Leadership* (New York: Basic Books, 2004).
- Budget of the United States Government: *Fiscal Year 2003 - Historical Table* (Washington, DC: The White House, 2004) at <http://www.whitehouse.gov/omb/budget/> (Stand: 23.09.2004).
- Bull, Hedley: *The Anarchical Society – A Study of Order in World Politics* (London: Macmillan, 1977).
- Bunn, George/Chyba, Christopher F. (eds.): *U.S. Nuclear Weapons Policy – Confronting Today's Threats* (Washington, DC: Brookings/CISAC, 2006).
- Burchill, Scott: Realism and Neo-realism, in: Burchill, Scott u.a. (eds.): *Theories of international relations*, 2nd edition (New York: Palgrave, 2001), S. 70–102.
- Bush, George W.: *The National Security Strategy of the United States of America* (Washington, DC: The White House, September 2002).
- Bush, George W.: *The National Security Strategy of the United States of America* (Washington, DC: The White House, March 2006).
- Buzan, Barry/Waever, Ole: *Regions and Powers – The Structure of International Security* (Cambridge, 2003).
- Calder, Kent E.: The New Face of Northeast Asia, in: *Foreign Affairs*, Vol. 80, No. 1 (January/February 2001), S. 106–122.
- Carpenter, Ted Galen: Living with the Unthinkable – How to coexist with a nuclear North Korea, in: *The National Interest* (Winter 2003/04), S. 92–98.

- Carpenter, Ted Galen/Doug Bandow: *The Korean Conundrum – America's troubled relations with North and South Korea* (New York: palgrave, 2004).
- Carter, Ashton B.: How to Counter WMD, in: *Foreign Affairs*, Vol. 83, No. 5 (September/October 2004), S. 72–85.
- Center for Defense Information (CDI): *Military Almanac 2001–2002*, at <http://www.cdi.org/products/almanac0102.pdf> (Stand: 25.10.2003).
- Cha, Victor D.: Engaging North Korea Credibly, in: *Survival*, Vol. 42, No. 2 (Summer 2000), S. 136–155.
- Cha, Victor D.: Korea's Place in the Axis, in: *Foreign Affairs*, Vol. 81, No. 3 (May/June 2002), S. 79–92.
- Cha, Victor D.: Assessing the North Korean Threat: The Logic of Preemption, Prevention, and Engagement, in: Kim, Samuel S./Lee, Tai Hwan (eds.): *North Korea and Northeast Asia* (New York u.a.: Rowman & Littlefield, 2002), S. 217–248.
- Chang, Chun-ik: *Die Geschichte der Nuklearraketen Nordkoreas* (Seoul, 1999), (in koreanischer Sprache).
- Chung, Kyung-young: Strategy for Institutionalization of Military Cooperation in Northeast Asia, in: *KNDU Review*, Vol. 10, No. 2 (December 2005), S. 45–74.
- Clausewitz, Carl von: *Vom Kriege*, 3. Auflage (München: Ullstein, 2002).
- Clinton, William J.: Advancing our interests through engagement and enlargement, in: Hays, Peter L./Vallance, Brenda J./Tassel, Alan R. Van (eds.): *American Defense Policy*, 7th edition (Baltimore, Maryland: The Johns Hopkins University Press, 1997), S. 284–298.
- CNS: *North Korea Nuclear Chronology 1941~1989*, at [http://www.nti.org/db/profiles/dprk/nuc/chron/NKNCHPre90\\_GO.html](http://www.nti.org/db/profiles/dprk/nuc/chron/NKNCHPre90_GO.html) (Stand: 18.09.2004).
- Cohen, Eliot A.: A Tale of two Secretaries, in: *Foreign Affairs*, Vol. 81, No. 3 (May/June 2002), S. 33–46.
- Cumings, Bruce: *The Origins of the Korean War–The Roaring of the Cataract 1947-1950* (Princeton: Princeton University Press, 1990).
- Cumings, Bruce: *Korea's Place in the Sun* (New York: W.W. Norton, 1997).
- Czempiel, Ernst-Otto: *Weltpolitik im Umbruch–Die Pax Americana, der Terrorismus und die Zukunft der internationalen Beziehungen* (München: C. H. Beck, 2002).
- Daase, Christopher: Der Anfang vom Ende des nuklearen Tabus – Zur Legitimitätskrise der Weltnuklearordnung, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* (2003) Heft 1, S. 7–41.

- Daase, Christopher: Nonproliferation und das Studium internationaler Legitimität – Eine Antwort auf meine Kritiker, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* (2003) Heft 2, S. 351–364.
- Deutsch, John u.a.: Making the World Safe for Nuclear Energy, in: *Survival*, Vol. 46, No. 4 (Winter 2004-05), S. 65–80.
- Diedrichs, Udo/Wessels, Wolfgang: Europäische Union, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): *Europa von A bis Z* (Bonn, 2002), S. 166–175.
- Dingman, Roger: Atomic Diplomacy during the Korean War, in: *International Security*, Vol. 13, No. 3 (Winter 1988/89), S. 50–91.
- Dittgen, Herbert: *Amerikanische Demokratie und Weltpolitik – Außenpolitik in den Vereinigten Staaten* (Paderborn u.a.: Ferdinand Schöningh, 1998).
- Eberstadt, Nicholas: Hastening Korean Reunification, in: *Foreign Affairs*, Vol. 76, No. 2, (March/April 1997), S. 77–92.
- Einhorn, Robert/Mitchell, Derek: *A Blueprint for U.S. Policy toward a United Korea* (Washington, DC: Center for Strategic and International Studies, August 2002), at [http://www.csis.org/press/pr02\\_58.htm](http://www.csis.org/press/pr02_58.htm) (Stand: 20.12.2003).
- Eland, Ivan/Lee, Daniel: The Rogue State Doctrine and National Missile Defense, in: *Foreign Policy Briefing*, No. 65 (Washington, DC: Cato Institute, 29.03.2001), S. 2–4, at <http://www.cato.org/pubs/fpb65.pdf> (Stand: 15.04.2005).
- Evans, Graham/Newnham, Jeffrey: *The Penguin Dictionary of International Relations* (London: Penguin Books, 1998).
- Feffer, John: *Nordkorea und die USA – Die amerikanischen Interessen auf der koreanischen Halbinsel* (Kreuzlingen/München: Diederichs, 2004).
- Feith, Douglas J.: *Transforming the U.S. Global Defense Posture* (Washington, DC, 03.12.2003), at <http://www.defenselink.mil/speeches/2003/sp20031203-0722.html> (Stand: 18.01.2005).
- Foot, Rosemary J.: *The Wrong War – American Policy and the Dimensions of Korean Conflict 1950-1953* (Ithaca: Cornell University Press, 1985).
- Foot, Rosemary J.: Nuclear Coercion and the Ending of the Korean Conflict, in: *International Security*, Vol. 13, No. 3 (Winter 1988/89), S. 92–112.
- Freedman, Lawrence: Prevention, Not Preemption, in: *The Washington Quarterly*, Vol. 26, No. 2 (Spring 2003), S. 105–114.
- Fröhlich, Stefan: Zwischen Multilateralismus und Unilateralismus. Eine Konstante amerikanischer Außenpolitik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (Bonn, B25/2002), S. 23–30.
- Fuchs, Werner u.a. (Hrsg.): *Lexikon zur Soziologie*, 2. Auflage (Opladen, 1978).



- Fues, Thomas: Klima und Energie, in: Hauchler, Ingomar/Messner, Dirk/Nuscheler, Franz (Hrsg.): *Globale Trends 2004/2005 – Fakten Analysen Prognosen* (Bonn: SEF, 2003), S. 194–213.
- Fukuyama, Francis: The End of History?, in: *The National Interest* (Summer 1989), S. 3–18.
- Fukuyama, Francis: Re-Envisioning Asia, in: *Foreign Affairs*, Vol. 84, No. 1 (January/February 2005), S. 75–87.
- Gardiner, Nile/Schaefer, Brett D.: U.N. Security Council Expansion Is Not in the U.S. Interest, in: *Backgrounders*, No. 1876 (Washington, DC: The Heritage Foundation, 18.08.2005).
- Gareis, Sven Bernhard/Varwick, Johannes: *Die Vereinten Nationen – Aufgaben, Instrumente und Reformen*, 2. Auflage (Opladen: Leske+Budrich, 2002).
- Gholz, Eugene/Sapolsky, Harvey M.: Restructuring the U.S. Defense Industry, in: *International Security*, Vol. 24, No. 3 (Winter 1999/2000), S. 5–51.
- Gilpin, Robert: *War and Change in World Politics* (New York: Cambridge University Press, 1981).
- Glaser, Charles L.: Realists as Optimists: Cooperation as Self-Help, in: *International Security*, Vol. 19, No. 3 (Winter 1994/95), S. 50–90.
- Goldgeier, James M./McFaul, Michael: A tale of two worlds: core and periphery in the post-cold war ear, in: *International Organization*, Vol. 46, No. 2 (Spring 1992), S. 467–491.
- Gu, Xuewu: *Theorien der internationalen Beziehungen* (München: Oldenbourg, 2000).
- Haass, Richard N.: Regime Change and Its Limits, in: *Foreign Affairs*, Vol. 84, No. 4 (July/August 2005), S. 66–78.
- Haftendorn, Helga: Zur Theorie außenpolitischer Entscheidungsprozesse, in: *Politische Vierteljahresschrift* (Sonderheft, 21/1990), S. 401–423.
- Haftendorn, Helga: Eine neue NATO?, in: *SWP-Aktuell 16* (Berlin, April 2004).
- Hamm, Taik-young: Threat Perception of North Koreans and Asymmetric Capabilities, in: *IFES Forum*, No. 05-5-31-1 (Seoul: IFES, 31.05.2005), at [http://ifes.kyungnam.ac.kr/ifes/ifes/eng/activity/05\\_ifes\\_forum.asp](http://ifes.kyungnam.ac.kr/ifes/ifes/eng/activity/05_ifes_forum.asp) (Stand: 01.06.2005).
- Han, Yong-sup: Implications of the European Success of Multilateral Security Cooperation for Peace in East Asia and Northeast Asia, in: *The Korean Journal of Security Affairs*, 11–1 (June 2006), S. 83–101.
- Harnisch, Sebastian: *Außenpolitisches Lernen – Die US-Außenpolitik auf der koreanischen Halbinsel* (Opladen: Leske+Burdich, 2000).
- Harnisch, Sebastian: Erst verhandeln, dann rüsten? Die nordkoreanische Bedrohung in der amerikanischen Raketenabwehrdebatte, in: *Raketenabwehrforschung International, Bulletin*, Nr. 14 (Frankfurt/M: HSFK, 2000), S. 10–11.

- Harnisch, Sebastian: Die Korean Peninsula Energy Development Organization (KEDO), in: Maull, Hanns W./Nabers, Dirk (Hrsg.): *Multilateralismus in Ostasien-Pazifik* (Hamburg, 2001), S. 118–156.
- Harnisch, Sebastian: Die Gespräche zur Beendigung des nordkoreanischen Raketenprogramms zwischen Washington und Pjöngjang, in: *Österreichische Militärzeitschrift* (2002) 4, S. 415–424.
- Harnisch, Sebastian: Make or Break? Relations between the United States and North Korea after Pyongyang's admission of a secret nuclear weapons program, in: *Asien-Afrika-Lateinamerika* 30 (2002) 6, S. 581–597.
- Harnisch, Sebastian: Wie die USA lernte, mit der nordkoreanischen Bombe zu leben, in: Köllner, Patrick (Hrsg.): *Sozialwissenschaftliche Koreaforschung in Deutschland* (Hamburg: Institut für Asienkunde, 2002), S. 77–114.
- Harnisch, Sebastian: Nordkoreas nukleare Programme – Entstehung, Fähigkeiten und die internationalen Bemühungen um ihre Eindämmung, in: *Österreichische Militärische Zeitschrift* (2003) 2, S. 149–162.
- Harrison, Selig S.: As North Korea Liberalizes, Sanction should be eased, in: *Survival*, Vol. 38, No. 4 (Winter 1996-97), S. 37–40.
- Harrison, Selig S.: U.S. Policy Toward North Korea, in: Suh, Dae-sook/Lee, Chae-jin (eds.): *North Korea After Kim Il Sung* (Boulder/London: Lynne Rienner, 1998), S. 61–83.
- Harrison, Selig S.: Time to Leave Korea, in: *Foreign Affairs*, Vol. 80, No. 2 (March/April 2001), S. 62–78.
- Harrison, Selig S.: *Korean Endgame - A Strategy for Reunification and U.S. Disengagement* (Princeton/Oxford: Princeton University Press, 2002).
- Hauchler, Ingomar/Messner, Dirk/Nuscheler, Franz: Der Irakkrieg: Zehn Thesen zu einer weltpolitischen Zäsur, in: dieselbe (Hrsg.): *Globale Trends 2004/2005 – Fakten Analysen Prognosen* (Bonn: SEF, 2003), S. 9–27.
- Heise, Volker/Schmidt, Peter: NATO und EU: Auf dem Weg zu einer strategischen Partnerschaft?, in: Jäger, Thomas/Höse, Alexander/Oppermann, Kai (Hrsg.): *Transatlantische Beziehungen: Sicherheit–Wirtschaft–Öffentlichkeit* (Wiesbaden: VS Verlag, 2005).
- Herz, John H.: *Weltpolitik im Atomzeitalter* (Stuttgart, 1961).
- Hiemann, Roland/Thränert, Oliver: Der weite Weg zur nuklearen Abrüstung – Die Atomverhandlungen mit Nordkorea vor der nächsten Krise?, in: *SWP-Aktuell 18* (Berlin, März 2007).
- Hilpert, Hanns Günther: Nordkoreas Nuklearpoker, in: *SWP-Diskussionspapier* (Berlin, September 2003).
- Hilpert, Hanns Günter/Möller, Kay: *Der nordkoreanische Atomkonflikt. Eine Chronologie*, in: *SWP-Diskussionspapier* (Berlin, 2006).

- Hippler, Jochen/Schade, Jeanette: US-Unilateralismus als Problem von internationaler Politik und Global Governance, in: *INEF-Report*, Heft 70 (Duisburg, 2003).
- Hippler, Jochen: Unilateralismus der USA als Problem der internationalen Politik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (Bonn, B31-32/2003), S. 15–22.
- Hippler, Jochen: USA und Europa – unterschiedliche Sicherheitspolitiken, in: Hauchler, Ingomar/Messner, Dirk/Nuscheler, Franz (Hrsg.): *Globale Trends 2004/2005 - Fakten Analysen Prognosen* (Bonn: SEF, 2003), S. 293–307.
- Hippler, Jochen: Die Folgen des 11. September 2001 für die internationalen Beziehungen, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (Bonn, B3-4/2004), S. 3–6.
- Hoffman, Bruce: *Terrorismus – Der unerklärte Krieg: Neue Gefahren politischer Gewalt*, 4. Auflage (Frankfurt/M: Fischer, 2002).
- Hughes, Christopher W.: The North Korean Nuclear Crisis and Japanese Security, in: *Survival*, Vol. 38, No. 2 (Summer 1996), S. 79–103.
- Hummel, Hartwig/Wulf, Herbert: Rüstung und Sicherheit, in: Hauchler, Ingomar/Messner, Dirk/Nuscheler, Franz (Hrsg.): *Globale Trends 2004/2005–Fakten Analysen Prognosen*, (Bonn: SEF, 2003), S. 273–291.
- Huntington, Samuel P.: Why International Primacy Matters, in: *International Security*, Vol. 17, No. 4 (Spring 1993), S. 68–83.
- Huntington, Samuel P.: *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order* (New York, 1996).
- Huntington, Samuel P.: The Erosion of American National Interests, in: *Foreign Affairs*, Vol. 76, No.5 (September/October 1997), S. 28–49.
- Huntington, Samuel P.: The Only Superpower, in: *Foreign Affairs*, Vol. 78, No. 2 (March/April 1999), S. 35–49.
- Hwang, Balbina Y.: Defusing Anti-American Rhetoric in South Korea, in: *Backgrounder*, No. 1619 (Washington, DC: The Heritage Foundation, 23.01.2003).
- Hwang, Balbina Y.: Minding the Gap: Improving U.S.–ROK Relations, in: *Backgrounder*, No. 1814 (Washington, DC: The Heritage Foundation, 21.12.2004).
- Hwang, Balbina Y.: Spotlight on the North Korean Human Rights Act – Correcting Misperceptions, in: *Backgrounder*, No. 1823 (Washington, DC: The Heritage Foundation, 10.02.2005).
- Ikenberry, G. John: *After Victory – Institutions, Strategic Restraint, and the Rebuilding of Order after Major Wars* (Princeton/Oxford: Princeton University Press, 2001).
- Ikenberry, G. John: America’s Imperial Ambition, in: *Foreign Affairs*, Vol. 81 No. 5 (September/October 2002), S. 44–60.

- Ikenberry, G. John: Multilateralism and U.S. Grand Strategy, in: Patrick, Stewart/Forman, Shepard (eds.): *Multilateralism and U.S. Foreign Policy – Ambivalent Engagement* (Boulder/London: Lynne Rienner, 2002), S. 121–140.
- Jacobs, Andreas: Realismus, in: Schieder, Siegfrieder/ Spindler, Mauela (Hrsg.): *Theorien der Internationalen Beziehungen* (Opladen: Leske+Budrich, 2003), S. 35–59.
- Jäger, Thomas: *Isolation in der internationalen Politik* (Baden-Baden: Nomos, 1996).
- Jäger, Thomas/Kümmel, Gerhard: Internationale Sicherheit und der reale Stellenwert des Terrorismus, in: *Welt Trends*, Nr. 32 (Herbst 2001), S. 89–94.
- Jäger, Thomas: Ordnung, Bedrohung, Identität: Grundlage außenpolitischer Strategien, in: Jäger, Thomas/Höse, Alexander/Oppermann, Kai (Hrsg.): *Die Sicherheitsstrategien Europas und der USA – Transatlantische Entwürfe für eine Weltordnungspolitik* (Baden-Baden: Nomos, 2005), S. 9–26.
- Jäger, Thomas: Die Entwicklung der transatlantischen Beziehungen unter den Bedingungen machtpolitischer Asymmetrie und kultureller Differenz, in: Jäger, Thomas/Höse, Alexander/Oppermann, Kai (Hrsg.): *Transatlantische Beziehungen: Sicherheit–Wirtschaft–Öffentlichkeit* (Wiesbaden: VS Verlag, 2005), S. 13–33.
- Joffe, Josef: “Bismarck” or “Britain”? – Toward an American Grand Strategy after Bipolarity, in: *International Security*, Vol. 19, No.4 (Spring 1995), S. 94–117.
- Johnson, Chalmers/Keehn, E.B.: East Asian Security – The Pentagon's Ossified Strategy, in: *Foreign Affairs*, Vol. 74, No. 4 (July/August 1995), S. 103–116.
- Jonston, Alastair Iain: Is China a Status Quo Power?, in: *International Security*, Vol. 27, No. 4 (Spring 2003), S. 5–56.
- Jopp, Mathias: Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): *Europa von A bis Z* (Bonn, 2002), S. 160–165.
- Jung, Young-tae: *Die Möglichkeit von Aufhebung des nordkoreanischen Atomwaffenprogramms und die Beziehungen zwischen Nordkorea und den USA* (Seoul: KINU, 2004).
- Kamp, Karl-Heinz: Wie sicher sind Pakistans Atomwaffen?, in: *Internationale Politik* (9/2004), S. 51–56.
- Kang, David C.: Getting Asia Wrong–The Need for New Analytical Frameworks, in: *International Security*, Vol. 27, No. 4 (Spring 2003), S. 57–85.
- Keohane, Robert O.: Neoliberal Institutionalism: A Perspective on World Politics, in: ders. (ed.): *International Institutions and State Power. Essays in International Relations Theory* (Boulder: Westview Press, 1989), S. 1–20.

- Kim, Jungsup: The Security Dilemma: Nuclear and Missile Crisis on the Korean Peninsula, in: *The Korean Journal of Defense Analysis*, Vol. XVIII, No. 3 (Fall 2006), S. 89–106.
- Kim, Samuel S.: Introduction – A Systems Approach, in: Kim, Samuel S. (ed.): *The North Korean System in the Post-Cold War Era* (New York: Palgrave, 2001), S. 1–37.
- Kim, Samuel S.: North Korea and Northeast Asia in World Politics, in: Kim, Samuel S./Lee, Tai-hwan (eds.): *North Korea and Northeast Asia* (New York u.a.: Rowman & Littlefield, 2002), S. 3–58.
- Köllner, Patrick: Nordkoreas Außen- und Sicherheitspolitik im Zeichen der Krisen, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (Bonn, B35-36/2003), S. 25–35.
- Koo, Bon-Hak: The Six-Party Talks: A Critical Assessment and Implications for South Korea's Policy Toward North Korea, in: *The Korean Journal of Defense Analysis*, Vol. 18, No. 1 (Spring 2006), S. 85–110.
- Koo, Kab-woo/Park, Kun-young/Choi, Young-jong: Promoting Peace on the Korean Peninsula and Multilateral Security Cooperation in East Asia, in: *Korea and International Politics*, Vol. 21, No. 2 (Summer 2005), S. 31–64.
- Krause, Joachim/Irlenkaeuser, Jan/Schreier, Benjamin: Wohin gehen die USA? Die neue Nationale Sicherheitsstrategie der Bush-Administration, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (Bonn, B48/2002), S. 40–46.
- Krause, Joachim: Amerikanische und europäische Konzepte zur internationalen Ordnung, in: Jäger, Thomas/Höse, Alexander/Oppermann, Kai (Hrsg.): *Transatlantische Beziehungen: Sicherheit–Wirtschaft–Öffentlichkeit* (Wiesbaden: VS Verlag, 2005), S. 35–61.
- Krauthammer, Charles: The Unipolar Moment, in: *Foreign Affairs*, Vol. 70, No. 1 (Winter 1990/91), S. 23–33.
- Kreft, Heinrich: Vom Kalten zum „Grauen Krieg“ – Paradigmenwechsel in der amerikanischen Außenpolitik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (Bonn, B25/2002), S. 14–22.
- Krell, Gert: *Weltbilder und Weltordnung – Einführung in die Theorie der internationalen Beziehungen*, 3. Auflage (Baden-Baden: Nomos, 2004).
- Labs, Eric: Beyond Victory: Offensive Realism and Expansion War Aims, in: *Security Studies* Vol. 6, No. 4 (Summer 1997), S. 1–49.
- Lake, Anthony: Confronting Backlash States, in: *Foreign Affairs*, Vol. 73, No. 2 (March/April 1994), S. 45–55.
- Layne, Christopher: The Unipolar Illusion: Why New Great Power Will Rise, in: *International Security*, Vol. 17, No. 4 (Spring 1993), S. 5–51.
- Layne, Christopher: From Preponderance to Offshore Balancing – America's Future Grand Strategy, in: *International Security*, Vol. 22, No. 1 (Summer 1997), S. 86–124.

- Lee, Chae-Jin: *A Troubled Peace – U.S. Policy and the Two Koreas* (Baltimore: The Johns Hopkins University Press, 2006).
- Lee, Chung-chul: Eine Perspektive der Beziehungen zwischen Süd- und Nordkorea nach den Sechs-Staaten-Gesprächen, in: *CEO-Information*, No. 440 (Seoul: SERI, 03.03.2004), (in koreanischer Sprache).
- Lee, Guen: Der GPR und die Zukunft der südkoreanisch-amerikanischen Allianz, in: *Hot Issue & Cool Vision* (Seoul: KiFS, 15.06.2004), (in koreanischer Sprache).
- Lee, Nam-ju: Der GPR und die Beziehungen zwischen Südkorea und China, in: *Hot Issue & Cool Vision* (Seoul: KiFS, 15.06.2004), (in koreanischer Sprache).
- Lee, Sam-sung: Ein Vorschlag für die Allianz zwischen den USA und Südkorea, in: *Nationale Strategie*, Vol. 9, No. 3 (Seoul: Sejong Institute, 2003), (in koreanischer Sprache).
- Legro, Jeffrey W./Moravcsik, Andrew: Is Anybody still Realist?, in: *International Security*, Vol. 24, No. 2 (Fall 1999), S. 5–55.
- Lemke, Christiane: *Internationale Beziehungen* (München u.a.: Oldenbourg, 2000).
- Levi, Michael A.: Mini-Nukes und andere Entwicklungen, in: *Internationale Politik* (1/2004), S. 26–30.
- Levy, Jack S.: What Do Great Powers Balance Against and When?, in: Paul, T.V./Wirtz, James J./Fortmann, Michel (eds.): *Balance of Power – Theory and Practice in the 21<sup>st</sup> Century* (Stanford, Cal.: Stanford University Press, 2004), S. 29–51.
- Li, Rex: Security Challenge of an Ascendant China – Great Power Emergence and International Stability, in: Zhao, Suisheng (ed.): *Chinese Foreign Policy – Pragmatism and Strategic Behavior* (New York u.a.: An East Great Book: 2004).
- Lieber, Keir A./Alexander, Gerard: Waiting for Balancing – Why the World Is Not Pushing Back, in: *International Security*, Vol. 30, No. 1 (Summer 2005), S. 109–139.
- Link, Werner: Außenpolitische Forschung im Spannungsfeld zwischen Praxisbezug, Praxisrechtfertigung und Praxiskritik, in: *Politische Vierteljahresschrift* (Sonderheft, 9/1978), S. 484–494.
- Link, Werner: *Der Ost-West-Konflikt*, 2. Auflage (Stuttgart u.a.: Kohlhammer, 1988).
- Link, Werner: *Die Neuordnung der Weltpolitik- Grundprobleme globaler Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert*, 3. Auflage (München: Beck, 2001).
- Litwak, Robert S.: The Calculus of Pre-emption, in: *Survival*, Vol. 44, No. 4 (Winter 2002-03), S. 53–80.

- Litwak, Robert S.: Non-Proliferation and the Dilemmas of Regime Change, in: *Survival*, Vol. 45, No. 4 (Winter 2003-04), S. 7–32 (23–24).
- Luther, Susanne: *Die Nordostasienpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika nach dem Ende des Kalten Krieges (1989-1996) – Aufbruch in eine neue Ära?* (Hamburg, 2000).
- Maihold, Günther: Kurswechsel in Madrid – Die Außenpolitik Spaniens nach den Attentaten vom 11. März 2004 und vor dem Regierungswechsel, in: *SWP-Aktuell 12* (März 2004).
- Manning, Robert A.: United States – North Korean Relations: From Welfare to Workfare, in: Kim, Samuel S./Lee, Tai Hwan (eds.): *North Korea and Northeast Asia* (New York u.a.: Rowman & Littlefield, 2002), S. 61–88.
- Mastanduno, Michael/Kapstein, Ethan B.: Realism and State Strategies After the Cold War, in: Mastanduno, Michael/Kapstein, Ethan B. (eds.): *Unipolar Politics – Realism and State Strategies After the Cold War* (New York: Columbia University Press, 1999), S. 1–27.
- Mastanduno, Michael: Preserving the Unipolar Moment – Realist Theories and U.S. Grand Strategy After the Cold War, in: Mastanduno, Michael/Kapstein, Ethan B. (eds.): *Unipolar Politics – Realism and State Strategies After the Cold War* (New York: Columbia University Press, 1999), S. 138–181.
- Mazarr, Michael J.: Going Just a Little Nuclear – Nonproliferation Lessons from North Korea, in: *International Security*, Vol. 20, No. 2 (Fall 1995), S. 92–122.
- Mearsheimer, John J.: Back to the Future: Instability in Europe After the Cold War, in: *International Security*, Vol. 15, No. 1 (Summer 1990), S. 5–56.
- Mearsheimer, John J.: The False Promise of International Institutions, in: *International Security*, Vol. 19, No. 3 (Winter 1994/95), S. 5–49.
- Mearsheimer, John J.: The Future of the American Pacifier, in: *Foreign Affairs*, Vol. 80, No. 5 (September/October 2001), S. 46–61.
- Mearsheimer, John J.: *The Tragedy of Great Power Politics* (New York/London: W. W. Norton, 2001).
- Messner, Dirk/Schade, Jeanette/Weller, Christoph: Weltpolitik zwischen Staatenanarchie und *Global Governance*, in: Hauchler, Ingomar/Messner, Dirk/Nuscheler, Franz (Hrsg.): *Globale Trends 2004/2005 – Fakten Analysen Prognosen* (Bonn: SEF, 2003), S. 235–251.
- Meyers, Reinhard: Grundbegriffe und theoretische Perspektiven der Internationalen Beziehungen, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): *Grundwissen Politik*, 3. Auflage (Bonn, 1997), S. 313–434.
- Miles, James: Waiting out North Korea, in: *Survival*, Vol. 44, No. 2 (Summer 2002), S. 37–49.

- Möller, Kay: ASEAN and the United States – For Want of Alternatives, in: Dosch, Jörn/Mols, Manfred (eds.): *International Relation in the Asia-Pacific – New Patterns of Power, Interest, and Cooperation* (New York, 2000), S. 155–169.
- Möller, Kay: Sonnenschein über Pyöngyang – Korea nach dem Gipfel, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (Bonn, B51/2000), S. 30–38.
- Möller, Kay: Korea 2001– Neue Konfliktlinien, in: *SWP-Aktuell 9* (Berlin, April 2001).
- Möller, Kay: Ende der koreanischen Eiszeit?, in: *SWP-Aktuell 24* (Berlin, August 2002).
- Möller, Kay: Pyöngyang bekennt sich zur Bombe, in: *SWP-Aktuell 41* (Berlin, Oktober 2002).
- Möller, Kay: Nordkorea – der verschleppte Konflikt, in: *SWP-Aktuell 32* (Berlin, September 2003).
- Möller, Kay/Hilpert, Hanns Günther: Falschgeld, Drogen, Menschenrechte: Sechs Parteien in der Sackgasse? – Nach der Ausweitung der amerikanischen Nordkorea-Agenda, in: *SWP-Aktuell 59* (Berlin, Dezember 2005).
- Möller, Kay: Die Chinapolitik der USA, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (Bonn, B14/2006), S. 12–18.
- Möller, Kay/Thränert, Oliver: Nordkoreas Atombombentest – Die Folgen für die globale und regionale Sicherheit, in: *SWP-Aktuell 47* (Berlin, Oktober 2006).
- Moltz, James Clay: US policy interests and the concept of North Korean neutrality, in: Akaha, Tsuneo (ed.): *The Future of North Korea* (London/New York, 2002), S. 64–76.
- Moon, Chung-in: The Sunshine Policy and the Korean summit, in: Akaha, Tsuneo (ed.): *The Future of North Korea* (London/New York, 2002), S. 26–46.
- Morgenthau, Hans J.: *Politics among Nations. The Struggle for Power and Peace* (New York, 1948); und deutsch: *Macht und Frieden – Grundlegung einer Theorie der internationalen Politik* (Gütersloh, 1963).
- Morris, Stephen J.: Averting the Unthinkable, in: *The National Interest* (Winter 2003/04), S. 99–107.
- Müller, Friedmann: Energiepolitische Interessen in Zentralasien, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (Bonn, B8/2002), S. 23–31.
- Müller, Harald/Schörning, Niklas: "Revolution in Military Affairs" – Abgesang kooperativer Sicherheitspolitik der Demokratien?, in: *HSFK-Report 8/2001* (Frankfurt/M, 2001).
- Müller, Harald: *Amerika schlägt zurück – Die Weltordnung nach dem 11. September* (Frankfurt/M: Fischer, 2003).



- Müller, Harald: Die Zukunft der nuklearen Ordnung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (Bonn, 48/2005), S. 3–16.
- Müller, Philipp S.: Die Außenpolitik der USA und der 11. September, in: *SWP-Zeitschriftenschau* (Berlin, Januar 2002).
- Münkler, Herfried: *Die neuen Kriege* (Hamburg: Rowohlt, 2002).
- Nabers, Dirk: Das ASEAN Regional Form (ARF), in: Maull, Hanns W./ders. (Hrsg.): *Multilateralismus in Ostasien-Pazifik* (Hamburg, 2001), S. 90–117.
- Newhouse, John: The Missile Defense Debate, in: *Foreign Affairs*, Vol. 80, No. 4 (July/August 2001), S. 97–109.
- Noland, Marcus: Why North Korea will muddle through, in: *Foreign Affairs*, Vol. 76, No. 4 (July/August 1997), S. 105–118.
- Novak, Michael: Global Liberty – Toward a Foreign Policy for Democratic Nations, in: American Enterprise Institute (AEI) for Public Policy Research (28.01.2005), at [http://www.aei.org/include/news\\_print.asp?newsID=21893](http://www.aei.org/include/news_print.asp?newsID=21893) (Stand: 20.02.2005).
- Nye, Joseph S., Jr.: East Asian Security – The Case for Deep Engagement, in: *Foreign Affairs*, Vol. 74, No. 4 (July/August 1995), S. 90–102.
- Oberdorfer, Don: *The Two Koreas – A Contemporary History* (London: Warner Books, 1997).
- O’Hanlon, Michael E.: The Pentagon's Quadrennial Defense Review, in: *Policy Brief*, No. 15 (Washington, DC: The Brookings Institution, 1997).
- O’Hanlon, Michael E.: Come Partly Home, America – How to Downsize U.S. Deployments Abroad, in: *Foreign Affairs*, Vol. 80, No. 2 (March/April 2001), S. 2–8.
- O’Hanlon, Michael E./Rice, Susan E./Steinberg, James B: The New National Security Strategy and Preemption, in: *Policy Brief*, No. 113 (Washington, DC: The Brookings Institution, December 2002).
- O’Hanlon, Michael E./Mocizuki, Mike M.: *Crisis on the Korean Peninsula – How to deal with a Nuclear North Korea* (McGraw-Hill, 2003).
- Osama bin Laden's “letter to the American people” (24.11.2002), at <http://observer.guardian.co.uk/worldview/story/0,11581,845725,00.html> (Stand: 07.08.2006).
- Paech, Norman: Die Rolle der UNO und des Sicherheitsrats im Irakkonflikt, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (Bonn, B24-25/2003), S. 35–44.
- Paik, Hak-soon: The Building of Peace System in Korean Peninsula and Multilateral Security Cooperation in Northeast Asia, in: *Policy Report*, 2006–5 (Seoul: The Sejong Institute, October 2006), (in koreanischer Sprache).
- Pape, Robert A.: Soft Balancing against the United States, in: *International Security*, Vol. 30, No. 1 (Summer 2005), S. 7–45.

- Park, Hyeong-jung: The North Korea's Nuclear Test and US's North Korea Policy, in: *Online Series* 06–12 (Seoul: KINU, 24.10.2006).
- Park, Jung-dong: *Entwicklungsökonomie – ein Vergleich zwischen China und Nordkorea* (Seoul, 2003), (in koreanischer Sprache).
- Park, Sang-hoon: North Korea and the Challenge to the US-South Korean Alliance, in: *Survival*, Vol. 36, No. 2 (Summer 1994), S. 78–91.
- Park, Young-jun: Der Südkorea-Japan Gipfeltreffen und die nordkoreanische Nuklearfrage, in: *Hot Issue & Cool Vision* (in koreanischer Sprache), (Seoul: KiFS, 24.06.2005).
- Patrick, Stewart: Multilateralism and Its Discontents: The Causes and Consequence of U.S. Ambivalence, in: Patrick, Stewart/Formen, Shepard (eds.): *Multilateralism and U.S. Foreign Policy* (Boulder/London: Lynne Rienner, 2002), S. 1–44.
- Paul, T.V.: Soft Balancing in the Age of U.S. Primacy, in: *International Security*, Vol. 30 No. 1 (Summer 2005), S. 46–71.
- Perry, William J.: *Review of United States Policy Toward North Korea: Findings and Recommendations* (Unclassified Report), (Washington, DC, 12.10.1999), at [http://www.state.gov/www/regions/eap/991012\\_northkorea\\_rpt.html](http://www.state.gov/www/regions/eap/991012_northkorea_rpt.html) (Stand: 25.08.2004).
- Pinkston, Daniel/Saunders, Phillip C.: Seeing North Korea Clearly, in: *Survival*, Vol. 45, No. 3 (Autumn 2003), S. 79–102.
- Pollack, Kenneth/Takeyh, Ray: Taking on Tehran, in: *Foreign Affairs*, Vol. 84, No.2 (March/April 2005), S. 20–34.
- Posen, Barry R./Ross, Andrew L.: Competing Visions for U.S. Grand Strategy, in: *International Security*, Vol. 21, No. 3 (Winter 1996-97), S. 5–53.
- Powell, Robert: *Nuclear Deterrence Theory – The Search for Credibility* (New York: Cambridge University Press, 1990), S. 6–12.
- Powell, Robert: Nuclear Deterrence Theory, Nuclear Proliferation, and National Missile Defense, in: *International Security*, Vol. 27, No. 4 (Spring 2003), S. 86–118.
- Pritchard, Charles L.: The Korean Peninsula and the role of multilateral talks, in: United Nations Institute for Disarmament Research (UNIDIR): *Disarmament Forum – North-East Asian Security*, No. 2 (2005), S. 26–34, at [http://www.unidir.org/bdd/fiche-article.php?ref\\_article=2275](http://www.unidir.org/bdd/fiche-article.php?ref_article=2275) (Stand: 03.05.2005).
- Quinones, C. Kenneth: North Korea – from Containment to Engagement, in: Suh, Dae-sook/Lee, Chae-jin (eds.): *North Korea After Kim Il Sung* (Boulder/London: Rienner, 1998), S. 101–122.

- Reiter, Erich: *Nach dem Irak nun Nordkorea? – Die Krise um das nordkoreanische Atomwaffenprogramm* (Wien: Büro für Sicherheitspolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung, Juni 2003).
- Reiter, Erich: Die Sicherheitsstrategie der EU, in: Jäger, Thomas/Höse, Alexander/Oppermann, Kai (Hrsg.): *Die Sicherheitsstrategien Europas und der USA – Transatlantische Entwürfe für eine Weltordnungspolitik* (Baden-Baden: Nomos, 2005), S. 57–65.
- Riecke, Henning: Nichtverbreitungspolitik – Im Aufwind oder in der Krise?, in: *Internationale Politik* (1/2004), S. 1–11.
- Rodman, Peter W.: The World’s Resentment – Anti-Americanism as a Global Phenomenon, in: *The National Interest*, No. 60 (Summer 2000), S. 33–41.
- Roy, Denny: North Korea as an Alienated State, in: *Survival*, Vol. 38, No. 4 (Winter 1996-97), S. 22–36.
- Rudolf, Peter: USA – Sicherheitspolitische Konzeptionen und Kontroversen, in: Ferdowski, Mir A. (Hrsg.): *Internationale Politik* (München: Wilhelm Fink, 2002), S. 147–162.
- Rudolf, Peter: Wie der 11. September die amerikanische Außenpolitik verändert hat, in: *SWP-Aktuell 33* (Berlin, September 2002).
- Rudolf, Peter: Amerikanische Irakpolitik – wie weiter?, in: *SWP- Aktuell 36* (Berlin, September 2003).
- Sagan, Scott D.: Why Do States Build Nuclear Weapons? – Three Models in Search of a Bomb, in: *International Security*, Vol. 21, No. 3 (Winter 1996/97), S. 54–86.
- Scalapino, Robert A.: Korea – The options and perimeters, in: Akaha, Tsuneo (ed.): *The Future of North Korea* (London/New York, 2002), S. 9–25.
- Schley, Nicole/Busse, Sabine: *Die Kriege der USA - Chronik einer aggressiven Nation* (Kreuzlingen/München, 2003).
- Schmittchen, Dirk: “Rogue States”– “Schurkenstaaten”: Ein stringentes US-Konzept im Kampf gegen Terrorismus und Proliferation von ABC-Waffen?, in: *SWP- Diskussionspapier* (Berlin, Februar 2006).
- Schneckener, Ulrich: Irak und Terrorismus – Was verbindet Schurkenstaaten mit Terroristen?, in: *SWP-Aktuell 5* (Berlin, Februar 2003), S. 4.
- Schnell, Rainer/Hill, Paul B./Esser, Elke: *Methoden der empirischen Sozialforschung*, 7. Auflage (München/Wien: Oldenbourg, 2005).
- Schörnig, Niklas: Neorealismus, in: Schieder, Siegfrieder/Spindler, Mauela (Hrsg.): *Theorien der Internationalen Beziehungen* (Opladen: Leske+Budrich, 2003), S. 61–87.
- Schreer, Benjamin/Wagner, Christian: Amerikanische-indische Sicherheitsbeziehungen – Aufbruch zu einer neuen „Ära“?, in: *SWP- Aktuell 33* (Berlin, Juli 2005).

- Schwarz, Klaus-Dieter: *Weltmacht USA – Zum Verhältnis von Macht und Strategie nach dem Kalten Krieg* (Baden-Baden: Nomos, 1999), S. 24–25.
- Schwarz, Klaus-Dieter: Bushs “Revolution in Military Affairs” – Konturen einer neuen amerikanischen Militärstrategie, in: *SWP-Studie* (Berlin, September 2001), S. 7.
- Schwarz, Klaus-Dieter: Amerikas "New Strategic Framework", in: *SWP-Aktuell 2*, (Berlin, Februar 2002), S. 7.
- Schwarz, Klaus-Dieter: Die imperiale Abschreckung, in: *SWP-Aktuell 16* (Berlin, Mai 2002), S. 6.
- Schweigler, Gebhard: Außenpolitik, in: Adams, Willi Paul/Lösche, Peter (Hrsg.): *Länderbericht USA – Geschichte Politik Geographie Wirtschaft Gesellschaft Kultur* (Bonn, 1998), S. 393–473.
- Schweller, Randall L.: Bandwagoning for Profit: Bringing the Revisionist State Back In, in: *International Security*, Vol. 19, No. 1 (Summer 1994), S. 72–107.
- Schweller, Randall L.: Realism and the Present Great Power System – Growth and Positional Conflict Over Scarce Resources, in: Mastanduno, Michael/Kapstein, Ethan B. (eds.): *Unipolar Politics – Realism and State Strategies After the Cold War* (New York: Columbia University Press, 1999), S. 28–68.
- Schweller, Randall L.: Unanswered Threats: A Neoclassical Realist Theory of Underbalancing, in: *International Security*, Vol. 29, No. 2 (Fall 2004), S. 159–201.
- Sewall, Sarah: Multilateral Peace Operations, in: Patrick, Stewart/Forman, Shepard (eds.): *Multilateralism and U.S. Foreign Policy – Ambivalent Engagement* (Boulder/London: Lynne Rienner, 2002), S. 191–224.
- Sigal, Leon: *Disarming Strangers* (Princeton: Princeton University Press, 1998).
- Snyder, Jack: *Myths of Empire: Domestic Politics and International Ambition* (Ithaca, NY: Cornell University, 1991).
- Snyder, Scott: *Negotiating on the edge – North Korean Negotiating Behavior* (Washington, DC: United States Institute of Peace Press, 1999).
- Snyder, Scott: Pyongyang’s Pressure, in: *The Washington Quarterly*, Vol. 23, No. 3 (Summer 2000), S. 163–170.
- Sokolsky, Richard: Demystifying the U.S. Nuclear Posture Review, in: *Survival*, Vol. 44, No. 3 (Autumn 2002), S. 133–148 und Department of Defense (2002): *Nuclear Posture Review*, S. 12–13.
- Spring, Baker u.a.: Thumbs down to the Bottom-Up Review, in: *Backgrounder*, No. 957 (Washington, DC: The Heritage Foundation, 24.09.1993).
- Spring, Baker: What the Pentagon’s Nuclear Doctrine Review should say, in: *Backgrounder*, No. 987 (Washington, DC: The Heritage Foundation, 26.05.1994).

- Steinberg, David I.: On Patterns of Political Legitimacy in North Korea, in: Kim, Samuel S. (ed.): *The North Korean System in the Post-Cold War Era* (New York: Palgrave, 2001), S. 88–113.
- Steinberg, James B./Daalder, Ivo H./Lindsay, James M.: The Bush National Security Strategy: An Evaluation, in: *Policy Brief*, No. 109 (Washington, DC: The Brookings Institution, October 2002).
- Stelzenmüller, Constanze: Bündnis in Bedrängnis: Die NATO in ihrer größten Bewährungsprobe, in: *Internationale Politik* (6/2004), S. 1–12.
- Suh, Dae-sook/Lee, Chae-jin (eds.): *North Korea After Kim Il Sung* (Boulder/London: Rienner, 1998).
- Takeyh, Ray: Iran's Nuclear Calculations, in: *World Policy Journal*, Vol. 20, No. 2 (Summer 2003), at <http://www.worldpolicy.org/journal/articles/wpj03-2/takeyh.html> (Stand: 18.06.2006).
- Takeyh, Ray: Iran – From Reform to Revolution?, in: *Survival*, Vol. 46, No. 1 (Spring 2004), S. 131–144.
- The Secretary of State: *United States Strategic Plan for International Affairs* (Washington, DC, February 1999).
- Tkacik Jr., John J.: America's "China Policy" Is in Urgent Need of Definition, in: *Heritage Lectures*, No. 874 (Washington, DC: The Heritage Foundation, 19.04.2005).
- U.S. Department of Defense: *Nuclear Posture Review* [Excerpts] (Washington, DC, 2002), S. 9, at [www.globalsecurity.org/wmd/library/policy/dod/npr.htm](http://www.globalsecurity.org/wmd/library/policy/dod/npr.htm) (Stand: 24.01.2004).
- U.S. Department of State: U.S.-D.P.R.K. Joint Communiqué (12, October 2000), at [http://www.state.gov/www/regions/eap/001012\\_usdprk\\_jointcom.html](http://www.state.gov/www/regions/eap/001012_usdprk_jointcom.html) (Stand: 18.12.2004).
- U.S. Department of State: Libya Important Model for Regime Behavior Change, Rice Says – Iran, North Korea should make similar strategic decisions, says secretary (15.05.2006).
- U.S. Office of the Press Secretary: President Bush Delivers Graduation Speech at West Point (Washington, DC: The White House, June 2002), at <http://www.whitehouse.gov/news/release/2002/06/20020601-3.html> (Stand: 24.11.2004).
- Umbach, Frank: Atommacht Nordkorea – was tun?, in: *Internationale Politik* (11/2003), S. 65–68.
- Utgoff, Victor A.: Proliferation, Missile Defense and American Ambitions, in: *Survival*, Vol. 44, No. 2 (Summer 2002), S. 85–102.
- Wagner, Christian: Indien als strategischer Partner der USA, in: *SWP- Aktuell 13* (Berlin, März 2006).

- Wallace, William: U.S. Unilateralism: A European Perspective, in: Patrick, Stewart/Forman, Shepard (eds.): *Multilateralism and U.S. Foreign Policy - Ambivalent Engagement* (Boulder/London: Rienner, 2002), S. 141–164.
- Walt, Stephen M.: Alliance Formation and the Balance of World Power, in: *International Security*, Vol. 9, No. 4 (Spring 1985), S. 3–43.
- Walt, Stephen M.: *The Origins of Alliances* (Ithaca, NY: Cornell University Press, 1987).
- Walt, Stephen M.: The Progressive Power of Realism, in: *American Political Science Review* Vol. 91, No. 4 (December 1997), S. 931–935.
- Walt, Stephen M.: International Relations: One World, Many Theories, in: *Foreign Policy* (Spring 1998), S. 29–46.
- Walt, Stephen M.: *Taming American Power - The Global Response to U.S. Primacy* (New York/London: W. W. Norton, 2005).
- Waltz, Kenneth N.: *Man, the State, and War—A Theoretical Analysis* (New York: Columbia University Press, 1959).
- Waltz, Kenneth N.: *Theory of International Politics* (Reading, Mass.: Addison-Wesley, 1979).
- Waltz, Kenneth N.: The Emerging Structure of International Politics, in: *International Security*, Vol. 18, No. 2 (Fall 1993), S. 44–79.
- Waltz, Kenneth N.: Structural Realism after the Cold War, in: *International Security*, Vol. 25, No. 1 (Summer 2000), S. 5–41.
- Wedgwood, Ruth: Unilateral Action in a Multilateral World, in: Patrick, Stewart/Forman, Shepard (eds.): *Multilateralism and U.S. Foreign Policy – Ambivalent Engagement* (Boulder/London: Lynne Rienner, 2002), S. 167–189.
- Weintraub, Stanley: *MacArthur's War - Korea and the Undoing of an American Hero* (New York: Free Press, 2000).
- Wilkening, Dean A.: Ballistic-Missile Defense and Strategic Stability, in: *Adelphi Paper 334* (Oxford: Oxford University Press, May 2000).
- Wit, Joel S./Daniel B. Poneman/Robert L. Gallucci: *Going Critical – The First North Korean Nuclear Crisis* (Washington, DC: Brookings Institution Press, 2005).
- Wohlforth, William C.: Realism and the End of the Cold War, in: *International Security*, Vol.19, No. 3 (Winter 1994/95), S. 91–129.
- Wohlforth, William C.: The Stability of a Unipolar World, in: *International Security*, Vol. 24, No. 1 (Summer 1999), S. 5–41.
- Wu, Anne: What China Whispers to North Korea, in: *The Washington Quarterly*, Vol. 28, No. 2 (Spring 2005), S. 35–48.
- Wulf, Herbert: Poker um Nordkoreas Atomprogramm, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (Bonn, 48/2005), S. 16–23.

- Wulf, Herbert: Nordkoreas Griff zur Bombe – Möglichkeiten und Strategien zum Stopp des Nuklearprogramms unter europäischer Beteiligung, in: *SWP-Studie* (Berlin, Juni 2006).
- Xiang, Lanxin: Washington's Misguided China Policy, in: *Survival*, Vol. 43, No. 3 (Autumn 2001), S. 7–23.

## Zeitungsartikel

- Whitney, Craig R.: NATO at 50: With Nations at Odds, Is It a Misalliance?, in: *NYT* (15.02.1999).
- Demick, Barbara: Has Bush Overstated North Korean Threat? – Asia: Although regime is lumped in an 'axis of evil', experts say its dialogue with South has eased regional tensions, in: *Los Angeles Times* (07.02.2002).
- DPRK Foreign Ministry Statement: Conclusion of non-aggression treaty between DPRK and U.S. called for, in: *KCNA* (25.10.2002), at <http://www.kcna.co.jp/index-e.htm> (Stand: 14.05.2004).
- Thränert, Oliver: Nordkorea unterläuft den Atomwaffensperrvertrag, in: *Die Welt* (19.11.2002).
- O'Hanlon, Michael E.: Let's Rethink America's Global Military Presence, in: *The Baltimore Sun* (13.03.2003).
- Perle-Nuklearanlagen in Nordkorea angreifen, in: *FAZ* (17.06.2003).
- Nordkorea bestreitet Besitz von Nuklearwaffen, in: *FAZ* (28.08.2003).
- Pomfret, John: U.S., North Korea Don't Bend on Arms – No Movement at Nuclear Talks in Beijing, in: *Washington Post* (28.08.2003).
- Sechser-Gespräche in Peking. Nordkorea-Gipfel endet ohne greifbaren Erfolg, in: *Süddeutsche Zeitung* (29.08.2003).
- Erling, Johnny: Nordkorea bietet einen „neuen kühnen Plan“ an, in: *Die Welt* (29.08.2003).
- Zweite Runde im Oktober? – Nordkorea-Gespräche ohne größere Fortschritte, in: *FAZ* (29.08.2003).
- Atomstreit: Nordkorea – Gespräche ohne Ergebnis, aber mit Fortsetzung, in: *FAZ* (30.08.2003).
- Nordkorea will offenbar keine weiteren Atomgespräche, in: *FAZ* (31.08.2003).
- Rühl, Lothar: Theorie und Praxis der Bush-Doktrin, in: *FAZ* (01.09.2003).

Chronik eines angekündigten Krieges, in: *Spiegel Online* (18.09.2003), unter <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,265296,00.html> (Stand: 12.02.2004).

O'Hanlon, Michael E.: Sensible Plan for South Korea, in: *The Japan Times* (29.11.2003).

Libyen rüstet ab, in: FAZ (21.12.2003).

Sommer, Theo: Mit Pauken und Raketen, in: *Die Zeit* (10/2003).

Sommer, Theo: Wahnsinn mit Methode- Nordkorea droht mit Atomtests, in: *Die Zeit* (37/2003).

U.S. More Dangerous than North Korea, in: *Chosun Daily* (12.01.2004).

Atomhandel "Eine glatte Lüge", in: FAZ (10.02.2004).

Busse, Nikolas: Bushs neue Rüstungskontrolle, in: FAZ (17.02.2004).

Pan, Philip P.: South Korea tries to broker deal between U.S. and North Korea, in: *Washington Post* (25.02.2004).

North Korea says U.S. is Stalling Nuclear Talks, in: NYT (26.02.2004).

Fortschritte bei Nordkorea-Gesprächen, in: FAZ (27.02.2004).

Pan, Philip P./Kessler, Glenn: North Korea Talks ending without Agreement, in: *Washington Post* (27.02.2004).

Sechs-Gespräche: Nordkorea-Streit schwelt weiter, in: FAZ (28.02.2004).

Gibney, Frank: As South Koreans look ahead, U.S. policy is stuck in past, in: *Los Angeles Times* (25.04.2004).

Talks on North Korea Nuclear Program End, in: NYT (26.06.2004).

Cohen, Roberta: Talking Human Rights With North Korea, in: *Washington Post* (29.08.2004)

Kahn, Joseph/Chira, Susan: Chinese Official Challenges U.S. Stance on North Korea, in: NYT (09.06.2004).

O'Hanlon, Michael E.: Why America's South Korea Plan Makes Sense, in: *The International Herald Tribune* (10.06.2004).

Pjöngjang droht mit Atomtest, in: FAZ (26.06.2004).

Shim, Jae-yun: Washington Seeks "Transformation" of North Korean Regime: Hadley, in: *The Korea Times* (08.12.2004).

Rice Refuses to Be Pinned Down on U.S. Exit From Iraq, in: NYT (19.01.2005).

Brooke, James: North Korea says it has nuclear weapons and rejects talks, in: NYT (10.02.2005).

Brinkley, Joel/Weisman, Steven R.: Rice Seeks Details on Pakistani's Nuclear Help to Iran, in: NYT (16.03.2005).

Arkin, William: Not Just A Last Resort? – A Global Strike Plan, With a Nuclear Option, in: *Washington Post* (15.05.2005).



Nordkorea will sein Atomprogramm aufgeben, in: FAZ (19.09.2005).

Text of Joint Statement From Nuclear Talks, in: NYT (19.09.2005).

Gemeinsame Erklärung, in: Die Welt (20.09.2005).

Nordkorea macht Rückzieher, in: FAZ (20.09.2005).

Ekert, Paul: US, Japan agree overhaul of security ties, in: *Washington Post* (01.05.2006).

Sanger, David E.: U.S. Said to Weigh a New Approach on North Korea, in: NYT (18.05.2006).

Faiola, Anthony: North Korea Test-Fires Seventh Missile – Launch Comes After Controversial Long-Range Rocket Fails; U.N. Session Set After U.S., Japan Condemn Action, in: *Washington Post* (05.07.2006).

Onishi, Norimitsu/Sanger, David E.: Missile Fired by North Korea; Tests Protested, in: NYT (05.07.2006).

Busse, Nikolas: Nordkoreas Raketenprogramm – Wieder ein Fehlschlag, in: FAZ (05.07.2006).

O’Neil John: U.N. Council to Address Tests by North Korea, in: NYT (05.07.2006).

Washington warnt Nordkorea vor “Provokationen”, in: FAZ (05.07.2006).

Nordkorea will weitere Raketen testen, in: FAZ (06.07.2006).

Schnepfen, Anne: Pjöngjang gegen den Rest der Welt, in: FAZ (06.07.2006).

DPRK Foreign Ministry Spokesman on Its Missile Launches, in: KCNA (07.07.2006), at <http://www.kcna.co.jp/index-e.htm> (Stand: 14.08.2006).

Nordkoreas Raketentests – „Hoffe, sie treffen die richtige Wahl“, in: FAZ (10.07.2006).

Kumar, Hari/Sanger, David E.: India Reports a Long-Range Missile Test, in: NYT (10.07.2006).

Kommentare – Nicht bedroht, in: FAZ (16.07.2006)

Hoge, Warren: U.N. Council, in Weakened Resolution, Demands End to North Korean Missile Program, in: NYT (16.07.2006).

North Korea Is Defiant Over U.N. Council Nuclear Resolution, in: NYT (17.07.2006).

Schnepfen, Anne: Schlimme Szenarios in Asien – Nordkoreas Diktator Kim Jong-il hält die Welt in Atem, in: FAZ (09.10.2006).

Stout, David/O’Neil John: North Korea’s Claim Is Met With Doubt and Anger, in: NYT (09.10.2006).

Illinger, Patrick: Das Gespür für die feinen Kurven, in: *Süddeutsche Zeitung* (10.10.2006).

- Abramowitz, Michael/Lynch, Colum: U.S. Urges Sanctions on North Korea, in: *Washington Post* (10.10.2006).
- Huang, Jing/Li, Xiaoting: Pyongyang's Nuclear Ambitions: China Must Act as a "Responsible Stakeholder" (The Brookings Institution, 13.10.2006).
- Sicherheitsrat beschließt Sanktionen gegen Nordkorea, in: FAZ (14.10.2006).
- Resolution 1718 – Harte Sanktionen gegen Nordkorea, in: *Süddeutsche Zeitung* (14.10.2006).
- Hoge, Warren: Security Council Backs Sanctions on North Korea, in: NYT (15.10.2006).
- Bennett, Bruce: On the Edge, in: *Washington Times* (15.10.2006).
- Streit über Atomprogramm: Gespräche zwischen Amerika und Nordkorea in Berlin, in: FAZ (17.01.2007).
- Yardley, Jim: North Korea to Close Reactor in Exchange for Raft of Aid, in: NYT (13.02.2007).
- Washington kommt Pjöngjang entgegen – Öl für Abrüstung, in: FAZ (13.02.2007).
- Cody, Edward: N. Korea Agrees to Nuclear Disarmament, in: Washington Post (13.02.2007).
- Lague, David: Bank Freeze Stalls North Korean Nuclear Talks, in: NYT (22.03.2007).
- Lague, David: China Ends North Korea Talks Amid Delay in return of Funds, in: NYT (23.03.2007).

# Lebenslauf

## **Angaben zur Person:**

Name: Sungbok Cho

Jahrgang: 1964

Nationalität: südkoreanisch

Adresse: Alfred-Döblin-Straße 9, 50829 Köln, Deutschland

Tel.: + 49-(0)221-397 9647

E-Mail: [sbcho99@hotmail.com](mailto:sbcho99@hotmail.com)

## **Akademische Ausbildung:**

- 1982 – 1985 Studium der Volkswirtschaftslehre an der YONSEI Universität in Seoul (B.A.)
- 1998 – 1999 Besuch von studienvorbereitenden Deutschkursen in Berlin und Münster
- 2000 – heute Studium der Politikwissenschaft an der Universität zu Köln und der Universität Duisburg-Essen
- 2005 Studienabschluss als Diplom-Sozialwissenschaftler an der Universität Duisburg-Essen

## **Berufserfahrung:**

- 1987–1988 Militärdienst
- 1991–1997 Assistent Manager bei der Firma LG in Korea